

7. XII. 1917

1

(Die Rayonierung des Lebensmittelverschleißes.) Der hauptstädtische Magistrat hat bekanntlich den Minister für Volksernährung erjucht, seine Verordnung betreffend die Einführung des Rayonierungssystems zurückzuziehen. Da es jedoch ungewiß ist, ob der Minister den Wunsch der Hauptstadt erfüllen wird, trifft die Approvisionierungssektion mit größtem Eifer die zur Einführung des neuen Systems nötigen Vorbereitungen, um es, falls der Minister darauf beharren sollte, unverzüglich ins Leben rufen zu können. Eine liberale Verfügung des Ministers ist, daß den Konsumenten die Wahl der Kaufleute freisteht; das neue System ist also eigentlich keine Rayonierung, sondern entspricht dem deutschen System der Kundenlisten. Damit die Konsumenten in der Lage seien, die Kaufleute, bei denen sie die nötigen Bedarfsartikel einkaufen wollen, namhaft zu machen, wird nächste Woche eine neue Konstriktion des Publikums vorgenommen. Alles Wissenswerte in dieser Hinsicht wird das Publikum aus einer Samstag zu affischierenden Kundmachung des Magistrats erfahren. Die Hausbesorger werden Samstag und an den folgenden Tagen Konstriptionsblätter unter die Parteien verteilen, die die Rubriken der Blätter genau und wahrheitsgetreu auszufüllen haben. In die entsprechende Rubrik sind die Namen der Kaufleute einzutragen, bei denen die betreffende Partei ihre Bedarfsartikel beschaffen will. Es kommen jedoch nur solche Konsumartikel in Betracht, deren Verschleiß an besondere Karten gebunden ist; andere Lebensmittel oder Gebrauchsartikel können auch nach Einführung des neuen Systems an jeder beliebigen Verschleißstelle gekauft werden. Auf Grund von Karten werden folgende Konsumartikel verkauft: Fett, Seife und Petroleum, Kartoffeln, Butter, Hülsenfrüchte, Zucker und Kaffee. Die Konsumenten haben also einen Selcher zu bezeichnen, bei dem sie Fett kaufen wollen, einen Kaufmann, bei dem sie ihre Seifen- und Petroleumkarten einlösen wollen usw. Hält ein Kaufmann mehrere der angeführten Artikel, so kann ihn die Partei für alle betreffenden Artikel angeben. Die Mitglieder von Konsumgenossenschaften bezeichnen die betreffende Genossenschaft als ihre Einkaufsquelle. Auch die behördlichen Verschleißstellen können angegeben werden. Wo man Zucker verkauft, wird nach Einführung des neuen Systems auch Kaffee zu haben sein; für diese beiden Lebensmittel ist also nur eine Verschleißstelle anzugeben. Auf Mehl und Brot bezieht sich die Rayonierung nicht; bezüglich dieser beiden Lebensmittel bleibt die jetzige Ordnung unverändert. Für das große soziale Gefühl des Ministers für Volksernährung spricht seine Verfügung, daß die Minderbemittelten, und zwar solche Personen, deren monatliches Einkommen 400 Kronen nicht übersteigt, die genannten Konsumartikel zu billigeren Preisen erhalten; damit nun auch diejenigen, die auf diese Begünstigung Anspruch haben, zusammengeschrieben werden können, enthält das Konstriptionsblatt eine Rubrik, in die die betreffenden Personen ihr Monatseinkommen einzutragen haben. Wenn jemand, trotzdem sein Einkommen 400 Kronen nicht übersteigt, auf die Begünstigung nicht reflektiert, so hat er diese Rubrik nicht auszufüllen. Die Konstriptionsblätter müssen bis spätestens 11. d. ausgefüllt werden. Das Material der Konstriktion wird vom Zentral-Mehlante, das bekanntlich über einen großartigen Apparat verfügt, unverzüglich aufgearbeitet, und falls Minister Graf Hadik seine Verordnung nicht zurückzieht, wird noch im Laufe dieses Monats jede Haushaltung außer den Lebensmittelkarten eine sogenannte Einkaufslegitimation erhalten, die auf die von der betreffenden Haushaltung bezeichneten Verschleißstellen lauten wird. Vom Tage des Inbetriebtretens des neuen Systems an wird man nur bei den auf der Einkaufslegitimation bezeichneten Kaufleuten die ausgegebenen Karten einlösen können. Von diesem Tage an verlieren die ausgegebenen Lebensmittellegitimationen ihre Gültigkeit; sie werden durch die Einkaufslegitimation ersetzt.

## Die Wiener Ernährungskonferenz.

Beschwerden des Bürgermeisters über Ungarn.

Unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler begann heute vormittags im Abgeordnetenhaus die von den Wiener Reichsratsabgeordneten beschlossene Konferenz über die Wiener Ernährungsfragen, zu der sämtliche Abgeordneten Wiens, Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den Vizebürgermeistern, ferner die Minister Graf Loggenburg, Graf Silva-Tarouca, Freiherr v. Banhans, Generalmajor Höfer und Ritter v. Somann sowie der Präsident des Gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr v. Pragenau erschienen waren.

### Die Beschwerde des Bürgermeisters.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler begrüßte die Konferenzteilnehmer, worauf Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein Situationsbild der Ernährungsverhältnisse Wiens entwarf. Er führte aus, daß die Lage ungemein schwierig sei. Die Gemeinde Wien lebe von der Hand in den Mund, sie besitze keinen eisernen Vorrat an Brot und Nahrungsmitteln, so daß die Gefahr bestehe, daß Wien eines Tages überhaupt kein Brot haben werde. Es sei wohl notwendig, die Kartoffelquote zu erhöhen, die gegenwärtig 1 1/2 Kilogramm pro Kopf betrage, während in Deutschland die Kopfquote 7 Pfund ausmache. Die Milchversorgung Wiens sei auf einem unerträglichen Tiefstand angelangt. Statt 900.000 Liter werden jetzt nur mehr 174.000 Liter angeliefert, wovon 140.000 Liter als Pflichtmenge für Kranke und Kinder abgegeben werden müssen, so daß für den übrigen Teil der Bevölkerung nur etwas mehr als 30.000 Liter bleibt. Die Milcheinfuhr aus Ungarn ist auf 20.000 Liter herabgesunken, aber auch diese geringe Menge ist natürlich von großer Bedeutung. Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Gemeinde Wien einen Lieferungsvertrag für Gemüse und Sauerkraut abgeschlossen habe, daß aber Ungarn die Ausfuhr dieser Artikel nicht gestattet, trotzdem bereits die Fässer und Gebinde nach Ungarn zum Abtransport gesendet worden sind. Ein besonderes Kapitel bilde die Hasenlieferung. Es wurden 150.000 Hasen abgeschlossen, doch Ungarn verlangt den unerhörten Preis von 16 Kronen pro Stück. Der Bürgermeister forderte schließlich die Regierung und die Abgeordneten auf, die Verhältnisse Wiens im Auge zu behalten und auf die schwierigen Approvisionierungsverhältnisse Wiens Rücksicht zu nehmen.

### Erklärungen des Ernährungsministers.

Der Leiter des Ernährungsamtes Generalmajor Höfer erklärte, daß er gerade heute mit den Vertretern der ungarischen Regierung Verhandlungen zu pflegen habe, um jene Erleichterungen zu schaffen, die für die Ernährung Wiens notwendig sind. Der Minister teilt mit, daß das Quantum Mehl, das wir im Vorjahre aus Rumänien bezogen haben, infolge der dortigen ungünstigen Ernte wesentlich reduziert werden mußte, daß wir von Deutschland weder Mehl noch anderes Brotgetreide erhalten können, weil die Verhältnisse im Deutschen Reich in dieser Beziehung selbst im argen liegen. Aus der italienischen Deute ist uns ein großer Teil zugewiesen worden.

Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca wies längeren Ausführungen auf die Schwierigkeiten, die der Landwirtschaft aus der Futternot sowie dem Mangel an Rohstoffen erwachsen.

### Die Angriffe gegen Ungarn.

Der Präsident des Gemeinsamen Ernährungsausschusses O.M. Landwehr v. Pragenau verweist zunächst darauf, daß der Ernährungsminister O.M. Höfer über die tatsächlichen Ernährungsverhältnisse bereits erschöpfend Aufklärung gegeben habe. Im weiteren Verlauf seiner Rede hält es der Redner nicht für angebracht, daß fortwährend Angriffe gegen Ungarn gerichtet werden, weil diese die Verhandlungen mit Ungarn erschweren. Wenn man ihn frage, ob wir über Weihnachten hinaus gesichert wären, so antwortete er mit einem deutlichen Ja! Schließlich berweist der Redner darauf, daß, wenn auch unsere Ernährungsverhältnisse nicht gerade befriedigend seien, wir doch zufrieden sein müssen, wenn wir auch jetzt im vierten Kriegswinter immerhin so gestellt sind, um durchhalten zu können.

### Die Äpfelversorgung für Weihnachten.

Abg. v. Baechlé (Christlichsozial) verlangt die Herausgabe von 300 Transportscheinen für Bismarkhändler, damit diese für Weihnachten Äpfel, die in genügender Menge vorhanden seien, nach Wien bringen können. Es besteht sonst die Gefahr, daß der Weihnachtsmarkt nicht besichtigt wird, da die „Geos“ in dieser Hinsicht vollständig versagt habe.

### Die Taktik gegen Ungarn.

Abg. Seilinger (parteilos) erklärt, er sei der Ansicht, daß durch Freundlichkeit und Ergebenheit bei Ungarn nichts zu richten sei. Mit dieser Taktik können wir nur dorthin gelangen, wo wir heute stehen, nämlich, daß Ungarn ganz gegen Gesetz und Recht uns absperre, als wenn wir ein fremdes Reich wären. Er verlangt vollständige Gleichheit in Oesterreich und Ungarn. Im Widerspruch zu dem beklagten Waggonmangel siehe die Tatsache, daß von Seiten des Militärs eine Reise der Jünglinge der Kadettenschulen nach dem Kriegsschauplatz beabsichtigt wird. Das sei überflüssig.

Der Redner fordert, daß die Tobau für die Wiener Gärtner reserviert werde. Mit dem dort gebauten Gemüse könne ganz Wien versorgt werden. Abg. Ofner (deutschfreierlich) wendet sich gegen die „Geos“ und verlangt, daß nicht immer nur Protektionskinder, sondern diejenigen entbunden werden, die auf Grund ihrer Sachkenntnisse tatsächlich wertvolle Arbeit im Hinterland leisten können.

O.M. Reumann (Sozialdemokrat) bespricht die Preisbildung und die Fleischfrage. In den äußeren Bezirken, wo sich die ärmere Bevölkerung das teure

Fleisch nicht kaufen könne, herrsche derartige Not, daß man nicht weiter ruhig zusehen dürfe.

Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans gibt eine ziffermäßige Darstellung unseres Wagenparkes und versichert, daß der Waggonmangel schon in aller nächster Zeit nachlassen werde. Er erwartet eine Besserung um 10 Prozent, weil die Mühenkampagne vorüber sei, namentlich aber, weil einerseits im Falle eines Waffenstillstandes der Nachschub an die russische Front aufhöre und der Nachschub an die Südwestfront bereits in ein bestimmtes System gebracht sei.

Hierauf trat eine Mittagspause ein. Die Beratungen werden im Laufe des Nachmittags fortgesetzt werden.

8. VII. 1914

8

4

(Konfektion der Bevölkerung und Rationierung des Lebensmittelverschleißes.) Im Sinne einer Verfügung des Ministers für Volksernährung ordnet der Magistrat für den 11. d. eine Konfektion der Bevölkerung an. Die Konfektionsblankette werden am 8., 9. und 10. d. von Organen der Bezirksvorstellungen in allen Häusern verteilt. Der Hauptmieter ist verpflichtet, alle in seiner Wohnung ständig wohnenden Personen einzeln aufzuzählen. Untermieter, die eine besondere Haushaltung führen, haben einen besonderen Bogen auszufüllen. Gäste oder seit längerer Zeit abwesende Personen werden nicht zusammengeschrieben. Institute, Waisenhäuser, Erziehungsanstalten usw. haben ihre Mitglieder einzeln anzugeben. Die im Spital gepflegten Kranken müssen nicht einzeln genannt werden, man muß bloß ihre Anzahl angeben; dagegen ist das Arzte- und Pflegepersonal des Spitals namentlich aufzuzählen. In Hotels und Pensionen sind nur die dort wohnenden Angestellten, ferner die daselbst ständig wohnenden Budapestenser Insassen und deren Angehörige zusammenzuschreiben, und zwar die von der Anstalt gepflegten Angestellten auf einem gemeinsamen Konfektionsbogen, diejenigen Angestellten aber, die eine besondere Haushaltung führen, sowie die im Hotel oder in der Pension ständig wohnenden Personen auf einem besonderen Bogen. Fremde werden nicht zusammengeschrieben. In militärischen Gebäuden, die ständig zu militärischen Zwecken verwendet werden, wird die Militärbehörde die Blankette verteilen lassen, während in solchen Privatgebäuden, die nur für die Dauer des Krieges militärischen Zwecken dienen, die zuständige Bezirksvorstellung die Blankette verteilt, jedoch nur für die in diesen Gebäuden wohnenden Zivilpersonen. Die Konfektionsbogen müssen nach dem Zustand vom 11. d. genau und gewissenhaft ausgefüllt werden. Der Hausbesitzer ist verpflichtet, die ausgefüllten Bogen am 12. Dezember einzusammeln, zu überprüfen, in das ihm übergebene Sammelklovert zu legen und dessen Rubriken entsprechend auszufüllen. Die Konfektionsbogen werden am 13. und 14. Dezember von Organen der Bezirksvorstellungen eingesammelt. An einem später zu bestimmenden Tage wird die Einteilung der Konsumenten in Rayons ins Leben treten. Von diesem Tage an werden die Haushaltungen die an das Kartensystem gebundenen Bedarfsartikel nur in dem Geschäft kaufen können, das sie selbst in dem Konfektionsbogen namhaft gemacht haben. Die Artikel sind auf der dritten Seite des Konfektionsbogens in sechs Gruppen geteilt; für jede Gruppe kann ein besonderes Geschäft bezeichnet werden, wenn jedoch in einem Geschäft die Artikel mehrerer Gruppen zu haben sind, so kann das betreffende Geschäft für alle diese Artikel angegeben werden. Der Magistrat ersucht das Publikum, möglichst die Geschäfte anzumelden, wo es auch bisher eingekauft hat. Speck und Fett werden in Zukunft nicht nur in den kommunalen Lebensmittelgeschäften verkauft

werden, sondern auch noch bei 154 Selchern. Kaffee wird fortan in jedem Geschäft zu haben sein, wo Zucker verkauft wird und umgekehrt. Als Einkaufsquelle kann man die Geschäfte der Kaufleute (Spezereihändler, Greisler usw.), die kommunalen Verschleißstellen, die Filialen der Milchhallen, die Konsumgenossenschaften sowie die Beschaffungsgruppen der Aemter, Fabriken usw. namhaft machen. Der Mehl- und Brotverschleiß wird nicht rationiert; diese Lebensmittel kann man dort kaufen, wo man sie bisher gekauft hat. Die Behörde wird vielleicht für die minderbemittelten Klassen zu billigeren Preisen Lebensmittel in Verkehr bringen; diejenigen Haushaltungen, die auf diese Begünstigung Anspruch haben, müssen ihr ganzes Monats Einkommen anmelden, falls es 400 Kronen nicht übersteigt.

## Die Wiener Ernährungskonferenz.

Von Reichsratsabgeordneten G. V. Zentner.

Wien, 7. Dezember.

Die Konferenz über den Stand der Wiener Ernährungsfrage, die heute unter dem Vorherrsche des Wiener-Präsidenten ihren Fortgang genommen, liegt im Zeichen der verjaunten Gelegenheiten und ergötzt durch dieses Verjaunnis ihren Charakter. Hätten sich vor drei oder doch vor zwei Jahren die Regierung, die Stadtverwaltung und die Reichsratsabgeordneten zu gemeinsamer Rate zusammengefunden, dann wäre so manche schmerzliche Anregung für die Verwaltung aus dieser Kooperation hervorgegangen, manche Aktion der Regierung hätte einen kräftigen Nachstoß bekommen und die Ängste von den heute so tief bellagten Uebelständen wären zu vermeiden gewesen. Damals aber galt es noch als politisches Argument, das im Verlage der Not und die Kontrolle der Volksvertreter unwirksam, ja schädlich sei. Und wenn man jetzt, belehrt durch die unerbittliche Notwendigkeit und bedrückt von der ungeheuren Macht der übernommenen Verantwortung, an die Abgeordneten herantritt, kommt leider der gute Rat ebenso spät wie die Reue. Die gegenwärtige Konferenz kann heute kaum mehr etwas anderem dienen als der Aufklärung der Information der Regierung über den Stand der Wiener Ernährungsfrage, aber auch der Information der Regierung über die Lage und Stimmung der breiten Bevölkerungsschichten. Daß das Wohlwollen beide Teile erhielten, nicht sehr rasig sein kann, bedarf keiner Erklärung. Die Wiener Abgeordneten, die mit ganz wenigen Ausnahmen der freischafflichen oder sozialdemokratischen Partei angehören, müssen mit aller Bestimmtheit jede Verantwortung ablehnen für Fehler und Verjaunnisse, die in einer Zeit begangen wurden, wo man sie nicht nur nicht befragt, sondern jeden Rat und jede Kritik ihrer-

seits mit Hilfe des Seniors schonungslos unterdrückt hat. Nicht ablehnen aber wollen sie ihre Mitarbeit und Hilfe, wenn es gilt, für Gegenwart und Zukunft zu retten, was noch zu retten ist. Dann wird man sich aber auch dazu herbeilassen müssen, von jenen Missethungen zu lassen, welche zwar für eine kurze Zeit die öffentliche Meinung über den Ernst der Lage hinwegzutäuschen vermögen, die Not aber schließlich um so empfindlicher hervorbringen lassen.

Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Ausführungen, die in den beiden Konferenzen vernommen wurden, die Klage, daß ein Hauptgrund für die mißliche Lage der Approvisionierung Wiens im Kriege die mangelnde Rücksicht Ungarns auf Oesterreich sei. Weder der Bürgermeister von Wien noch die österreichischen Minister stehen im Verdacht feindseliger Voreingenommenheit gegen Ungarn und gegen den Dualismus, und doch sind es gerade die ziffermäßigen Mitteilungen dieser Herren, welche in der Konferenz die eifrigste Ueberzeugung hervorgerufen und befestigt haben, daß nur durch ein ganz energisches Auftreten gegenüber der ungarischen Regierung und durch eine wirkliche Parität der Bevölkerung beider Staaten in allen Ernährungsfragen Wien, das größte Konsumtionszentrum des Reiches, vor einer ernstlichen Gefahr bewahrt werden könne. Wenn die Konferenz kein anderes Ergebnis hätte, als daß die Regierungsvertreter auf den vollen Ernst der Stimmung aufmerksam gemacht und bei den eben jetzt schwebenden Verhandlungen mit Ungarn in ihrer Entschiedenheit bestärkt und gefestigt würden, dann wäre diese Aktion nicht fruchtlos und ergebnislos gewesen.

Aber auch im eigenen Wirkungskreise wird die Regierung zu beweisen haben, daß sie nicht bloß das Talent besitzt, alle Klagen, Kritiken und Ratschläge über sich ergehen zu lassen, sondern auch den Willen, daraus praktische Folgerungen zu ziehen. Seit der Wiedereröffnung des Reichsrates sind in zahlreichen „Ernährungsdebatten“ die beachtenswerthesten sachlichen Anregungen gegeben worden, ohne daß man irgendwie merken könnte, daß die Regierung daraus den geringsten Nutzen gezogen hat. In der Wiener Lebensmittelversorgung macht sich besonders die Schwäche der Verwaltung gegen die berühmte Länderautonomie und gegen die Agrarier spürbar. Es ist jedenfalls äußerst bemerkenswert, daß die Vertreter der Regierung in der Konferenz wiederholt darauf hinwiesen, daß Wien dem flachen Lande und den Provinzen gegenüber bisher eine große „Protektion“ in der Approvisionierung genossen hätte. Das ist eine Wendung, die mir im Budgetauschuß unlängst auch der tschechische Agrarier Praschek zugeworfen hat. Nun, daß Erzellenz Praschek kein Verständnis für die Ausnahmestellung der Millionenstadt Wien hat, läßt sich begreifen, bei einer österreichischen Regierung muß aber doch eine andere Auffassung von der Stellung und Bedeutung Wiens vorausgesetzt werden. Und schließlich äußert sich die Schwäche der Regierung ganz besonders der Militärverwaltung gegenüber. Diese Nachgiebigkeit macht ihre verhängnisvollen Wirkungen in allen Verwaltungsgebieten spürbar, in der Ernährungsfrage vor allem in dem vollständigen Verzicht auf die haartrockne Verfügung über die Lebensmittel.

Es geht aus den Verhandlungen der Konferenz in der unzweideutigen Weise hervor, daß die Wiener Ernährungsfrage in erster Linie transportliche ist, aber auch, daß diese transportliche Welt weniger auf den Mangel an rollendem Material als auf die mangelnde Dispositionsfreiheit der Militärbehörden zurück geht. Daß im Kriege die Militärbehörden einen weitgehenden Einfluß auf die Transportmittel besitzen muß, wird kein Einsichtiger bestreiten. Aber deswegen darf die zivile Eisenbahnbehörde nicht in ihrer pflichtmäßigen Sorge für die Volkswirtschaft behindert und lahmgelegt werden; wenn aber schon die Zentralkontrollleitung Hand auf alle Verkehrsmittel legt, dann muß sie Ernährung des Hinterlandes voll benützt sein. Die Konferenz hat in dieser Hinsicht mit ihrer Meinung keineswegs hinter den Berg gehalten, und es ist zu erwarten, daß die Regierung in ihrem Verkehr mit der Militärverwaltung den auf sie geübten Druck weiter geben werde. Und das ist das meiste, was die Konferenz wirken kann. Geheime Mittel gegen jahrelange Fehler einer kontrolllosen Verwaltung besitzt sie ebensowenig wie geheime Vorräte von verfügbaren Lebensmitteln. Aber die Regierung ist nun über die Stimmung in der Bevölkerung Wiens unterrichtet, und sie weiß, daß sie im Kampf gegen die überzüssigen und legitimen Hemmungen aller Vertreter des Wiener Volkes ohne Unterschied der Partei hinter sich hat. Das kann ein Erfolg der Konferenz sein, wenn man den Abgeordneten nicht bloß die Verantwortung aufhalsen, sondern auch ihren Rat befolgen will.

8. VII. 1917

6

## Die Ernährungskonferenz.

### Wünsche und Beschwerden der Vertreter Wiens.

Wie bereits berichtet, fand gestern die zweite Konferenz der Wiener Volksvertreter zur Erörterung der Approvisionierungsfrage statt. Im Laufe der Nachmittagsdebatte wurden unter anderem auch die Transportbeschwerden eingehend erörtert.

### Gegen eine Verkürzung der Brot- und Mehlsquote.

Gemeinderat Hein führte aus, er vermisste noch immer einen starken Versorgungsplan. Voriges Jahr seien wir von Dezember bis März wenigstens von Böhmen versorgt worden, jetzt sind wir ausschließlich auf Ungarn angewiesen. Erst im Frühjahr haben wir von Rumänien Mais zu erwarten. Gegen eine Verkürzung der Brot- und Mehlsquote müsse entschieden protestiert werden. Die länderweise Versorgung habe den großen Nachteil, daß die Kronländer sich überdecken, während für Wien kein Ueberschuß übrigbleibe.

Gemeinderat Dr. v. Dorn hofft, daß wir durch einen Friedensschluß mit Rußland die Möglichkeit erlangen, von dort Lebensmittel zugeführt zu erhalten.

### Ankündigung der Eierkarte.

Oberst Wallenstorfer gibt Aufschlüsse über die Verteilung der rumänischen Ernte. Es sei der Vorwurf erhoben worden, daß die Communiqués des Ernährungsrates zu kostig gehalten seien. Als Grundlage für diese Communiqués dienten die deutschen Informationen, die sich nachträglich als zu günstig erwiesen. Im übrigen müsse er feststellen, daß Deutschland uns gegenüber sich stets kulant verhalten habe; so haben wir von der rumänischen Ernte statt der uns ursprünglich zugesicherten 40 Prozent 55 Prozent erhalten. Man werde alles tun, um im Inland noch etwas an Lebensmitteln zutage zu fördern. Mit Ungarn seien fortgesetzt Verhandlungen im Gange, und man werde sich von österreichischer Seite gewiß bemühen, unter allen Umständen von Ungarn so viel zu bekommen, daß unsere Versorgung für den Winter gesichert wird. Oberst Wallenstorfer erwähnt bei Besprechung der einzelnen Bedarfsartikel, daß die Kartoffelversorgung vorzüglich sei, und daß das Ernährungsamt an die Einführung der Eierkarte denke; man hoffe, daß man ein Ei pro Kopf und Woche werden ausgeben können.

Gemeinderat Müller kritisiert die Ausführungen des Eisenbahnministers, die wohl etwas allzu optimistisch gehalten seien. Redner führt hierauf Klage über den nach wie vor florierenden Schleichhandel.

### Ungarische Schikanen.

Abg. Denk führt aus, Minister Höfer habe uns nur in ganz bogen Umrissen ein Bild von den Ernährungsaussichten in der nächsten Zeit gegeben. Die einzige positive Mitteilung sei die gewesen, daß wir für vier Wochen versorgt seien. Bei den Selbstversorgern auf dem Lande wären noch große Vorräte zu finden, die für den Wiener Verbrauch herangezogen werden sollten. Hauptsache sei und bleibe aber, von Ungarn ausreichende Zuschüsse zu erhalten. Redner befürwortet die Schaffung eines gemeinsamen Ernährungsministeriums. Generalmajor Landwehr von Pragenau schein aber gegenüber Ungarn recht wenig anzurichten. Wenn Generalmajor v. Landwehr beklage, daß der auf beiden Seiten herrschende gereizte Ton ein befriedigendes Fortschreiten der Verhandlungen erschwere, so müsse er darauf verweisen, daß man in Ungarn vielfach einen geradezu unerhörten Ton gegenüber Oesterreich anschlage. Kennzeichnend sei auch, daß man zum Beispiel den aus Siebenbürgen heimkehrenden Ferienkolonisten, die in Budapest mit kleinen Geschenken, bestehend aus Nahrungsmitteln, betriegt wurden, diese Geschenke an der Grenze bei Preßburg wieder abgenommen habe.

### Zucker und Mehl.

Magistrat Dr. Moskovy verlangt, daß die in den Fabriken eingelagerten Zuckervorräte der Stadt Wien zugeführt werden. Was die Mehlvorräte anlangt, so fordert er, daß man der Gemeinde Wien wenigstens das zur Versorgung einer Woche erforderliche Quantum als eiserne Reserve zur Verfügung stelle. Das Mindestquantum für eine Woche betrage 220 Waagons.

### Die Wiener Kohlenversorgung.

Arbeitsminister Ritter v. Domanig erklärt, daß die Ernährungsfrage letzten Endes nur eine Transportfrage sei. Dank der Bemühungen des Arbeitsministeriums verfüge die Gemeinde Wien derzeit über eine eiserne Reserve an Kohle, die dem Hausbrand von 56 Tagen gleichkomme. Für dieselbe Zeit seien die städtischen Gaswerke und das Elektrizitätswerk versorgt. Für später schon jetzt bestimmte Garantien zu geben, sei er nicht in der Lage.

Abg. Jenker beantragt mit Rücksicht darauf, daß nach den Ergebnissen der heutigen Beratung die Lösung sowohl der Approvisionierungs- als auch der

Kohlenfrage von der Behebung der Transportbeschwerden abhängen, die Vertreter der hierbei in Betracht kommenden Ressorts aber nicht zugegen seien, eine neue Konferenz einzuberufen und zu dieser auch die Vertreter der Zentraltransportleitung einzuladen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner schließt sich diesem Antrag an und verlangt, daß auch der Kriegsminister zu dieser neuen Konferenz geladen werden solle.

Nach einem Schlusswort des Ackerbauministers wird hierauf die Konferenz geschlossen.

## Ungarns Aushilfe für die Ernährung Oesterreichs.

### Die Verhandlungen noch im Zuge.

B. Budapest, 10. Dezember. Minister für Volks-  
ernährung Graf Hadik äußerte sich über das Ergebnis  
seiner Wiener Verhandlungen folgendermaßen:

Im Laufe meines Wiener Aufenthaltes hatte ich Be-  
sprechungen in Angelegenheit der Heeresversorgung  
sowie die Aushilfe mit Lebensmitteln an  
Oesterreich. Zur Feststellung der Approvisionierung  
des Heeres fanden detaillierte, das ganze Material um-  
fassende Besprechungen statt. Was die Aushilfe für die  
Ernährung der österreichischen Zivilbevölkerung  
anbelangt, sind die Verhandlungen noch im Zuge.  
Neue Uebereinkommen wurden nicht ge-  
troffen. Die Aushilfe mit Lebensmitteln wurde seit  
einiger Zeit durch Verkehrsschwierigkeiten be-  
hindert. Durch die Behebung dieser Schwierigkeiten kam die  
Aushilfeaktion wieder in Zug. Diese Aushilfe für  
Oesterreich seitens Ungarns überschreitet  
nicht den bereits früher festgesetzten  
Rahmen.

**Die Begünstigung der Mütter bei Einkäufen.**

Die Polizeidirektion hat eine Rundmachung erlassen, derzufolge werdende Mütter nach vollendetem 3. Schwangerschaftsmonate und stillende Mütter, bezw. solche Mütter, die ihr Kind durch eine Amme stillen lassen, gegen Vorweis der Nahrungsmittelzubereitungs-Bezugskarte und des Meldezettels bei dem zuständigen Bezirkspolizeikommissariate eine **Ausweiskarte** begeben können, welche sie berechtigt, beim Einkaufe von Bedarfsartikeln für sich und ihren eigenen Haushalt in den in Betracht kommenden Verschleißstellen vor anderen, etwa in größerer Anzahl schon angereichten Kunden Zutritt und Bedienung zu erlangen. Die Ausweiskarte ist unübertragbar und von der Inhaberin eigenhändig zu fertigen. Die angereichten Kunden sind verpflichtet, den begünstigten, gehörig legitimierten Personen den Vortritt in die Verschleißstelle einzuräumen. Ebenso haben die Verschleißer diese begünstigten Personen vor den anderen Kunden zu bedienen. Die Ausweiskarte gilt längstens bis zur Vollendung der 40. Lebenswoche des Kindes und ist gegebenenfalls dem zuständigen Bezirkspolizeikommissariate zurückzustellen. Uebertretungen dieser Anordnungen werden mit Geld von 2 bis 200 Kronen oder mit Arrest von 6 Stunden bis zu 14 Tagen geahndet. Die Rundmachung tritt am 12. d. in Kraft.

**Die Frühstücksuppe im Kaffeehaus.**

Das Verbot des Milchsaufchanfes in den Kaffeehäusern hat, wie sich immer deutlicher zeigt, nicht nur die Cafetiers, sondern auch die Kaffeehausbesucher empfindlich betroffen. Der Vorsteher der Wiener Kaffeesiederergenossenschaft **Cafher** machte einem unserer Mitarbeiter hierzu folgende Mitteilungen: „Durch das Verbot des Aufchanfes von Frühstückskaffee werden viele Kaffeesieder, besonders solche, die nicht genügend mit Tee, Kakao und Schokolade versehen sind, gezwungen werden, demnächst ihre Lokale überhaupt zu sperren. Es wäre wohl richtiger gewesen, wenn das Volksernährungsamt einen Ausweg gesucht hätte, um es den Kaffeehäusern trotz des Milchmangels zu ermöglichen, den gewohnten Milchkaffee zum Frühstück auch weiterhin anzubieten. Gerade in den sogenannten besseren Kaffeehäusern verkehren, besonders am Morgen, viele geistige Arbeiter, die, bevor sie an ihre Arbeit gehen, den gewohnten Frühstückskaffee, der auch gleichzeitig ein Anregungsmittel ist, genießen wollen. Unsere Absicht, den Gästen durch Verabreichung einer guten Einbreimsuppe einen Ersatz für den Milchkaffee zu bieten, läßt sich leider derzeit nicht durchführen, da uns bis heute weder Mehl noch Fett zugewiesen wurde.“ Inzwischen haben jedoch schon einige Kaffeehausbesitzer den Versuch gemacht, Suppen anzubieten. Vorläufig bekommt man in einzelnen Kaffeehäusern **Geflügel-Suppe**, die in Schalen serviert wird. Der Preis einer solchen Schale Suppe beträgt durchschnittlich eine Krone.

## Die Zukunft unserer Ernährung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Hamburg, 11. Dezember.

Ueber unsere Lebensmittelversorgung sprach in Hamburg Direktor Dr. Alter vom Kriegsernährungsamt in Berlin. Er führte im wesentlichen folgendes aus: Der Stand der Produktion ist in diesem Erntejahr in der Gesamtlage günstig genug, so daß die Ernährung sichergestellt ist. Die Brotration ist so bemessen, daß ein Durchhalten bis zur nächsten Ernte gewährleistet ist. Der Frühbruch hat beträchtliche Mengen Hafer und Gerste ergeben, die zur Herstellung von Nahrungsmitteln verwandt werden. Diese werden bei der guten Kartoffelernte noch zurückgehalten. Vom Januar ab kommen sie aber zur Verteilung, und zwar mit 200 Gramm wöchentlich auf den Kopf der Bevölkerung. Die Sonderzuweisung an Kranke und Kinder muß allerdings in Bezug gebracht werden. Es ist eine Erhöhung der für die Herstellung von Getreidelassie und Malzextrakt bestimmten Getreidemengen beabsichtigt. Die fehlende Milch soll durch Malzextrakt ersetzt werden. An Hafer bleiben nur geringe Mengen nach Befriedigung des Heeresbedarfs zurück. Der verbleibende Hafer ist nur für landwirtschaftliche und gewerbliche Pferde bestimmt. Hülsenfrüchte stehen ausschließlich für das Heer und die Heerarbeiter zur Verfügung. Besonders schwierig war die Gemüse- und Obstversorgung. Gegen das Verfahren der Lieferungsverträge ist sehr viel eingewendet worden; sie haben aber doch den Anbau ganz erheblich gefördert. Die Rationierung ist wegen der leichten Verderblichkeit nur in ganz beschränktem Maße durchführbar. Eine Erhöhung der Kartoffelraten erscheint nicht ohgänglich, damit der Winterbedarf der Industriegegenden auf alle Fälle sichergestellt wird.

Die Zuckereubenernte ist schätzungsweise mit 180 bis 190 Zentner auf den Morgen gegen 120 Zentner im Vorjahre zu berechnen, so daß die Zuckeralieferung sichergestellt ist. Der Zucker wird seine alte Rolle im Wirtschaftsplan behaupten und eine Lücke ausfüllen, die durch den Fettmangel entstanden ist. Dieser Fettmangel wird sich leider noch viel mehr als bisher fühlbar machen. Das Ei wird ebenfalls eine noch bescheidenere Rolle in der Ernährung spielen; die Geflügelhaltung geht infolge der Futterschwierigkeiten gewaltig zurück. An Fischen sind erhebliche Mengen der Volksernährung zugeführt worden. Die Fangergebnisse betragen 43 v. H. des Friedensstandes.

Die Versorgung mit Fleisch sei in der bisherigen Menge gesichert. Schweinefleisch wird zwar so gut wie gar nicht zur Verfügung stehen, da es von der Heeresverwaltung beansprucht ist. Die Abschachtung der Spanferkel muß weiter angestrebt werden. Das Schwein ist eine Gefahr für die Volksernährung; es verleitet auch zum Schleichhandel, gegen den mit aller Rücksichtslosigkeit vorgegangen würde, auch wo er die Form des Tauschhandels annimmt.

Senator Dr. Diefel schilderte dann die Schwierigkeiten in der Versorgung Hamburgs. Die größte Sorge habe man bei der Milchversorgung für Säuglinge und Kranke. In Hamburg und der Umgegend ist eine große Zahl vom hamburgischen Staate angekaufter Kühe eingestellt, um wenigstens den notwendigsten Bedarf sicherzustellen. In der Gemüseversorgung sei Hamburg von Berlin nicht gut behandelt worden. Hamburg hatte große Gemüselieferungsverträge abgeschlossen, so daß auf den Kopf der Bevölkerung anderthalb Zentner gekommen wären. Da griff aber

das Kriegsernährungsamt ein und erklärte: „Ihr habt zu viel Verträge abgeschlossen“. Das Gemüse kam dann vielfach nicht nach Hamburg, sondern nach Berlin.

Wenn man in Hamburg annimmt, daß wir in Berlin besser versorgt sind, so ist das ein Irrtum, besonders was die Gemüseversorgung und die Zuführung der Fische anbelangt. Wie der Vertreter der Obersten Ernährungsbehörde mit so schöner Selbstzufriedenheit schilderte, vom reichlichen Fangergebnis haben wir hier nicht das mindeste gemerkt, wie wir auch noch immer auf die angekündigten Seemuscheln warten und Zitronen und Zwiebeln gar nicht mehr, Sardinen, Essig, Wild kaum bekommen, und Marmelade in viel geringerem Ausmaß, als ursprünglich zugesagt.

Der Abend  
11. VII. 1918

13

## Der Kampf um die Lebensmittel

Die Apfelszufuhren haben sich ein klein wenig gebessert und so mehren sich die Stellen, wo die Verbraucher in langen Zügen geduldig warten, bis sie dazu kommen, ein paar Äpfel zu kaufen. Anderes Obst sieht man gar nicht. Rüsse, die in reicher Menge geerntet wurden, sind vollkommen verschwunden. Werden sie nicht in den nächsten Tagen auftauchen? Die Gemüsemärkte waren jämmerlich wie immer. Heute wurde selbst Schafffleisch lebhafter gekauft, weil andere Lebensmittel so schwer aufzutreiben waren. Speck kam in etwas größerer Menge zum Verlaufe und an mehreren Stellen wurde er an Nicht-Mindestbemittelte abgegeben. Seefische fehlten gänzlich, Flussfische waren genügend vorhanden, darunter auch tote Karpfen und Hechte zu K 6. Das ist heute billig, denn lebende Karpfen und Hechte kosten bis K 7.80.

Der Preis der Fette Gänse ist um K 1 auf K 18.70 fürs Kilogramm erhöht worden. Gestern abends wurde die Erhöhung des Höchstpreises beschlossen und heute früh waren schon große Mengen von Fettegänsen vorhanden. Innerhalb dieser kurzen Frist können unmöglich Gänse in Ungarn bestellt worden und von dort schon eingetroffen sein, vielmehr muß man annehmen, daß diese Gänse in Wien verborgen gehalten wurden und infolge des höheren Preises jetzt zum Vorschein kamen.

Mehrere Bewohner des 9. Bezirkes beschwerten sich darüber, daß in der Rudolfer Markthalle beim Verkauf der von

der städtischen Übernahmestelle herrührenden Hasen, die nur K 5.60 kosten, kaum der vierte Teil der zugewiesenen Hasen verkauft wird und der Rest in rätselhafter Weise verschwindet. Da Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung nicht vorliegen, nehmen wir an, daß sie auf einem Irrtum beruhe, doch wird das Marktamt jedenfalls gut daran tun, wenn es den Verkauf städtischer Hasen so einrichtet, daß kein Mißtrauen aufkommen kann.

m. h.

12./XII. 1918

15

**Die Lebensmittelmärkte.** Die andauernd mäßlichen Verhältnisse auf den Lebensmittelmärkten beginnen sich jetzt unter der Einwirkung des Frostes noch zu verschlechtern. Kartoffelzufuhren, die gestern einlangten, hatten zum Teil schon sehr stark unter dem Frost gelitten, und auch an den kümmerlichen Mengen Gemüse merkte man die Spuren dieser Einwirkung. An Auswahl gab es gelbe Rüben, das Kilogramm zu 90 Heller, Salmrüben und Petersilienwurzeln; sonst war weit und breit an Grünwaren nichts zu sehen. Ein wenig besser war der Markt mit Äpfeln versorgt, die von den in langen Reihen „Angestellten“ fleißig begehrt wurden. Nüsse gibt es noch immer nicht; auch fehlt das Dörrobst, das sonst um diese Jahreszeit immer zu haben war. An Fischen gab es Flußfische in genügenden Mengen, und zwar wurden Karpfen (lebend) zu 7.80 Kronen und Hechte zu 6 Kronen verkauft. Mangel war an Seefischen. Ausgegeben wurden auch Speck und Salzspeck für die Mindestbemittelten. Gut versorgt war der Markt mit Schafschaf. Auf dem Geflügelmarkt hat das frühere starke Angebot nachgelassen; nur Fettgänse gab es wieder etwas mehr, was darauf zurückzuführen ist, daß die für Weihnachten befürchtete Preiserhöhung zum Teil schon eingetreten ist. Die Preise sind nämlich von 17.70 Kronen auf 18.70 Kronen für das Kilogramm erhöht worden. Fleischgänse kosten das Kilogramm 10.70 bis 11.70 Kronen. Hühnerfleisch wird das Kilogramm zu 28 bis 30 Kronen abgegeben. An Eiern wurden Konserveneier verkauft, da andere Ware noch immer mangelt.

12./XII. 1917.

16

\* Die Höchstpreise schließen die Verpackung ein. Häufig werden jetzt im Kleinhandel Verpackungen wie Tüten usw.

besonders berechnet. Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes hat nun die Frage, ob das berechtigt sei, folgendermaßen entschieden: „Sofern Höchstpreise für die betreffende Ware festgesetzt sind, ist in der besonderen Berechnung für Tüten über den Höchstpreis hinaus eine Umgehung oder Ueberschreitung des Höchstpreises zu erblicken. Ob bei anderen Waren eine übermäßige Preissteigerung durch besondere Berechnung der Tüten hervorgerufen wird, das muß im einzelnen Falle geprüft und entschieden werden.“

Z [Die Versorgung Budapests.] Aus Budapest, 12. d., wird uns telegraphiert: In Angelegenheit der Budapester Versorgung ist es zwischen dem Magistrat der Stadt und dem Ernährungsministerium zu einem Konflikt gekommen, da jener in der Entsendung des Sektionsrates Enhebi seitens des Ernährungsministeriums eine Verletzung der städtischen Autonomie sieht, während dieses auf dem Standpunkt steht, die Ernährung der Bevölkerung sei eine zu wichtige Angelegenheit, als daß man sich vielleicht durch kleinliche Rücksichten behindern lassen dürfe, und darauf beharrt, daß dem von ihm entsendeten Beamten der Einfluß auf die Approvisionnement der Hauptstadt gesichert werden müsse. Der Bürgermeister Barczh wies nun den Magistratsrat Marhal von der Approvisionierungssektion an, sich dem neuen Beamten zu fügen. Sektionsrat Enhebi erwiderte, daß er Wert darauf legen werde, die Budapester Bevölkerung genügend mit Lebensmitteln zu versorgen und speziell den ärmeren Volksschichten sie zu billigerem Preise zu verschaffen. Allerdings sind gerade in den letzten Tagen in der Zufuhr von Lebensmitteln nach Budapest Schwierigkeiten entstanden, indem die riesigen Schneefälle jede Zufuhr verhindern.

**Die Ernährungsverhandlungen mit Ungarn.  
Ein gemeinsamer Ministerrat.**

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Budapest, 12. Dezember.

Im ungarischen Landesernährungsamt haben in den letzten Tagen Verhandlungen wegen Bezuges von Schweinefleisch und Fett aus Ungarn nach Oesterreich stattgefunden, an welchen für das österreichische Volksernährungsamt Ministerialrat Dr. Loewenfeld-Huß mit mehreren Referenten teilnahm. Die österreichischen Delegierten haben gestern Budapest verlassen, ohne daß ein endgültiges Ergebnis erzielt worden wäre.

Da auch die in der letzten Woche wegen der Getreide- und Mehllieferungen vom Grafen Hadik in Wien geführten Besprechungen nicht zum Abschlusse gebracht werden konnten, wird Ende dieser Woche ein gemeinsamer Ministerrat in Wien stattfinden.

## Leere Markthallen.

Zustreifungskrise. — Brotnoth. — Butterverfall. —  
Die verschwundenen Truthühner.

Die Approvisionnement Budapests befindet sich wieder einmal in einer mißlichen Lage. Ein Rundgang durch die Markthallen läßt erkennen, daß keine Lebensmittel vorhanden sind. Gemüsen, Obst, nicht zu sehen. Es gibt kein Gemüse. Der Fleischwucher blüht, man schrotet Rindfleisch, bessere Qualität um 15 Kronen das Kilogramm aus. Es kann man sich nur unter der Hand verschaffen, selbstverständlich über den Maximalpreis, Wägen und Topfen gehören ins Reich des — Friedens. Die Kartoffelquote, zwei Kilogramm für die Woche, ist zu knapp bemessen (in Deutschland beträgt die Ration pro Person und Woche sieben Pfund). An Fettstoffen herrscht Noth, Geflügel hat Phantastepreise erreicht. Mohu und Käse sind vom Markte ganz verschwunden. Kurzum: es ist einfach nichts zu bekommen. Das Ernährungsweisen Budapests wird durch die Verfrachtung in Folge des Schreumpoppers noch mißlicher gestaltet. Heute waren die Budapester Markthallen fast ganz leer. Die Direction der Markthallen hat folgenden Bericht über die Beschädigung am heutigen Tage herausgegeben:

In der Centralmarkthalle sind eingelangt: 3 Waggon Fleisch, 21 Waggon gemischte Waaren, 16 Waggon Kartoffeln, 3 Waggon gelbe Rüben, 1 Waggon Kohl, 1 Waggon weiße Rüben und 2 Waggon Äpfel. Mittels Schiff wurden 13 Metercentnar lebendes und geputztes Geflügel gebracht, außerdem waren vier Wagen mit Grünwaaren auf dem Markt. Der Verkehr war in Folge Waarenmangels schwach.

Die Sendungen von Grünwaaren und Kartoffeln erhielt nur der kommunale Gemüsebetrieb. Der Privathandel bekundet passive Resistenz, da in der Provinz in Folge des lässigen Verfahrens der Verwaltungsbehörden Lebensmittel zu den Maximalpreisen nicht zu haben sind.

Die derzeit herrschende Budapester Verkehrsmisere hat eine Brotnoth gezeitigt. Die Bäcker können das Mehl nicht aus der Mühle abholen noch das Brot in die Filialgeschäfte oder den Kaufleuten zustreifen. Die heutige Brotproduktion Budapests betrug ein Drittel des Bedarfs. Auch mit der Zustellung der Milch, sowie dem Transport von Kartoffeln zu die kommunalen Lebensmittelbuden gibt es Schwierigkeiten. Der kommunale Lebensmittelbetrieb hat die normale Zufuhr von Fleisch, Wurstwaaren, Fett, Speck und den anderen von ihm zum Verkauf gebrachten Nahrungsartikeln aufrechterhalten können.

In Budapest wird morgen, Mittwoch, wieder Butter zu haben sein. Es ist bairische Butter, die von der Kriegsprodukten-A.G. eingeführt wurde. Die Butter wird von dem kommunalen Lebensmittelbetrieb, den Milchhallenbetrieben und den Käse- und Butterhändlern in Verkehr gebracht werden. Der Preis der Butter beträgt 2 K. 2 H. per 10 Kilogramm.

Vom Budapester Markte sind die beliebtesten Truthühner ganz verschwunden. Im Vorjahre war dieses Geflügel, das im Frieden in großen Mengen nach England exportirt wurde, um 4 Kronen das Kilogramm zu haben. Heuer hat die Regierung die Ausfuhr von Truthühnern nach Oesterreich und Deutschland gestakkt, wodurch der Budapester Markt entblüht wird. Truthühner kosten heute bereits 15 Kronen das Stüb.

### Zum Weihnachtsfest.

M. H. Das bevorstehende Weihnachtsfest ist das vierte seit Kriegsbeginn und so treffen die Händler die Vorbereitungen zu seiner Ausnützung mit allen Erfahrungen, die sie mittlerweile rücksichtlich der Geduld des Publikums und der Ungefährlichkeit der Behörden gemacht haben. Es ist alles zu haben, was zu einem stimmungsvollen Christabend gehört, aber unter Bedingungen, die nur für Kriegsgewinner annehmbar sind.

Daß Bonbons nur in sehr teuren Altrappen verkauft werden, hat der „Abend“ schon berichtet. Ganz in der gleichen Weise spekulieren die Händler nun mit den Weihnachtskerzen, indem sie diese nur an geschmückten Bäumchen angebracht oder in fertigen Sammlungen abgeben. Solche Sammlungen bestehend aus einer Pappschachtel, die ein paar schädige Schmutzfachen und einige Kerzen enthält, kosten über fünfundzwanzig Kronen! Wen solche Preise nicht abschrecken, der kann sich Kerzen genug verschaffen, denn während es bisher an Beleuchtungsmitteln mangelte, in der Stadt Schulkinder auf dem Flur ihre Aufgaben schreiben, auf dem Lande die Leute die Stallarbeit im Finstern verrichten mußten, kommt nun ein wahrer Überfluß an Kerzen zum Vorschein. Die Behörden scheint das nicht zu stören. Hoffentlich ist die darbenende Bevölkerung schon genug abgehärtet, um auch diesen Unfug ruhig zu ertragen.

Einen neuen Weg zur Ausnützung des Weihnachtsfestes haben einige Obsthändler eingeschlagen. Obst ist schwer zu bekommen und wenn man welches vom Syndikat zugewiesen erhält, so überwacht dieses auch die Einhaltung der vorgeschriebenen Preise, was bekanntlich der Mehrzahl der Händler nicht paßt. Da versielen einige Händler darauf, den Umstand, daß Sendungen bis zu 50 Kilogramm frei sind, in folgender Weise auszunützen. Sie sammelten Adressen, erfanden sogar solche und ließen ganze Waggonladungen, die angeblich in Teilmengen von nicht mehr als 50 Kilogramm einzelnen Personen zufallen sollten, an eine Adresse abgehen. Bei einem Waggon waren als Bezahler Leute angegeben, die durchweg im Dreherpark wohnen sollten; bei einem anderen wieder Leute, die durchweg in einem Hause in der Laimgrubengasse wohnen sollten, aber weder im Dreherpark noch in dem Hause in der Laimgrubengasse hatte jemand Obst bestellt. Da der Unfug in so durchsichtiger Weise betrieben wurde, kam er dem Syndikat zur Kenntnis und dieses schritt dagegen ein. Die Folge ist, daß jetzt auch ehrliche Obstsendungen von 50 Kilogramm bei ihrer Beförderung auf Schwierigkeiten stoßen. Das Syndikat glaubt, daß es in den nächsten Tagen für den Weihnachtsbedarf an Obst besser als bisher wird sorgen können. Hoffentlich!

Z [Kerzenarten in Budapest. Aus Budapest, 13. d., wird uns telegraphiert: Der Magistrat der Hauptstadt Budapest wird die Kerzenkarte einführen. Zur Deckung des Kerzenbedarfes beschloß die Del- und Fettkommission für den Monat Dezember 25.000 Stück Paraffinkerzen zu überweisen. Dieses Quantum wird die Kommission auch für die Monate Januar, Februar und März zur Verfügung stellen. Die Hauptstadt hat die Kerzen unter 350 Kaufleute verteilt. Für einzimmerige Wohnungen werden je eine, für größere Wohnungen je zwei Kerzen monatlich angewiesen. Der Preis der Kerzen beträgt 22 Sester pro Stück.

15. / XII. 1912

23

## Weshalb es etwas nicht gibt.

Wir haben Gelegenheit genommen, einen berufenen Sachkennner aus den Kreisen des Berliner Lebensmittelhandels über die Gründe zu befragen, weshalb der Groß-Berliner Markt gerade jetzt wieder mit einigen sehr begehrten Lebensmitteln und Zutaten so außerordentlich gering besetzt ist und geben hier seine ausführliche Antwort im Auszug wieder:

Einen Warenmangel im eigentlichen Sinne des Wortes gibt es nicht. Es sind genug Lebensmittel in Deutschland vorhanden, um wirtschaftlich auf unbegrenzte Zeit durchzuhalten. Zeigen sich in irgendeiner Ware schwerere Mängel, so sind sie im allgemeinen auf das wirtschaftliche System zurückzuführen. Wir sind der Ansicht, daß die völlige Ausschließung des freien Handels ein Hauptfehler ist. In der Verteilung der Waren können Behörden niemals den freien Handel ersetzen. Das hat sich besonders in diesem Jahre für Groß-Berlin in der Obst- und Gemüseverteilung gezeigt.

Im einzelnen sei auf folgendes hingewiesen: Der Mangel an Zwiebeln ist im wesentlichen auf die allgemeinen Fehler der Wirtschaftsordnung zurückzuführen. Allerdings ist bei diesem Gemüse diesmal auch die Ernte schlecht gewesen. Zitronen gibt es nicht, weil die Einfuhr verboten ist, aus demselben Grunde gibt es weder Nüsse, noch Mandeln, noch Rosinen. Besonders unangenehm ist der Mangel an Essig, und er ist um so weniger verständlich, als diese wichtige Zutat in diesem Jahre fast in der alten Menge hergestellt wird. Es fehlen nur etwa 10 v. H. Es sind aber für Einmischzwecke ungeheure Massen von Essig gekauft und gehamstert worden. Zum Wildmangel sei auf die unverständliche Preisfestsetzung, daß Hasen zu einem Höchstpreis von 6,25 M. bis 6,80 M. verkauft werden sollen, während Kaninchen es ohne Höchstpreis auf 14 bis 16 M. für das Stück bringen. Kann man sich da wundern, daß die Hasen im Geheime verschwinden und nur die Kaninchen noch angeboten werden? Semuscheln sind in Mengen nach Berlin eingeführt worden, die Behauptung, daß es keine gäbe, sind unrichtig. Die Nachfrage ist jedoch gering, was wohl daran liegt, daß die wichtigste Zutat für die Zubereitung, der Kümmel, gänzlich fehlt, und die Berliner Bevölkerung sich im allgemeinen auf die Zubereitung dieses Sektieres nicht gut versteht.

Die Gründe, weshalb es so wenig Fische gibt, es sind weder frische Fische, noch Salzheringe, noch Fisch in Marinaden aufzutreiben, sind in der „Boschischen Zeitung“ bereits früher mehrfach erörtert worden. Holland ist im Fangen behindert, Schweden hat

die Ausfuhr ganz, Norwegen fast ganz gesperrt. Marinaden werden zu einem größeren Posten noch immer geliefert, aber bei der schlüsselmäßigen Verteilung über ganz Deutschland kommt auf Groß-Berlin natürlich ganz wenig.

## Der Weihnachtstisch.

Eine Unterredung mit dem Marktamtsdirektor.

Die vierten Kriegswihnachten finden uns trotz aller Aushungerungspläne unserer Gegner zwar nicht vor überbollen Lebensmittelsreichern, wohl aber stehen wir doch einer halbwegs erträglichen Marktsituation gegenüber. Die Preise, um die man das Festtagsessen auf den Tisch wird stellen können, sind an sich hohe, doch werden, wie aus nachstehender Unterredung, die einer unserer Mitarbeiter dieser Tage mit dem Direktor des Marktamtes der Stadt Wien, Kommerzialrat Bauer, hatte, die Märkte zu den Weihnachtstagen halbwegs versorgt sein.

Kommerzialrat Bauer hatte die Liebenswürdigkeit, sich folgendermaßen zu äußern:

„Der gesamte Weihnachtsmarktverkehr wird sich heuer in den Tagen von Freitag den 21. bis Montag den 24. d., abends, abspielen. Wir haben zu erwarten, daß am Freitag den 21. d. in erster Linie der Fischmarkt den besten Besuch aufweisen wird. Soweit sich gegenwärtig ein Ueberblick über das Weihnachtsangebot auf dem Fischmarkt anstellen läßt, dürften wir aus Ungarn, Niederösterreich, zum Teil auch aus Böhmen und, in Folge der Intervention des Herrn Bürgermeisters, auch aus der Steiermark mit Süßwasserfischen für die Feiertage versorgt sein. Aus Steiermark sind bereits größere Fischsendungen eingelangt, die auf dem Zentral-Fischmarkt in lebendem Zustand eingefaltert sind. Wir erhoffen uns aber auch eine halbwegs günstige Zufuhr in Nordseefischen, so daß der Erwartung Ausdruck gegeben werden kann, daß die Versorgung Wiens mit Fischen für die Weihnachtsfeiertage eine den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen entsprechende sein wird.

Was die Versorgung mit Fleisch anlangt, so wird in bezug auf Rind- und Schafffleisch und auch mit den von der Gemeinde Wien angelegten Meisern von russisch-polnischem Selsfleisch eine Bedarfsbefriedigung möglich werden. Anders steht die Sache mit Kalb- und Schweinefleisch. Aber auch in diesen beiden Fleischgattungen erhoffen wir uns in den Weihnachtstagen, wenn auch eine bescheidene, so doch eine etwas größere Zufuhr als sonst, doch wird in dieser Richtung eine allgemeine Bedarfsbefriedigung nicht gut möglich sein.

Hinsichtlich des Wildbretmarktes sind wir der Hauptsache nach auf ungarische Zufuhren angewiesen, doch wurde auch seitens der städtischen Wildübernahmestelle dafür georot, daß sämtliche Wiener Märkte in

den Weihnachtstagen mit einem größeren Angebot von billigen Hasen versehen sein werden.

Auf dem Geflügelmarkt wird sich zu Weihnachten in erster Linie eine Nachfrage nach Ferkeln und Ferkelgänsen bemerkbar machen. Das fortgesetzte Ansteigen der Preise auf dem Zentralgeflügelmarkt in Budapest macht es den Wiener Händlern schwer, größere Einkäufe zu besorgen. Nichtsdestoweniger hoffe ich doch, daß wir in der Weihnachtswoche mit Ferkeln und Ferkelgänsen, wenn auch nicht bedarrend, so doch halbwegs ausreichend ausgerüstet sein werden. Der beliebte Weihnachtsvogel, der Indio, dürfte leider heuer ziemlich schwach angeboten sein; ähnlich werden sich die Verhältnisse auch hinsichtlich der zu Weihnachten sehr gern gekauften steirischen und ungarischen Pouarden stellen.

Die „Geos“ hat uns größere Keffelzuzuführen, insbesondere in steirischen Keffeln, für die Feiertage zugesichert. Diese Keffel werden mir auf den Märkten verkauft werden, doch wird man in den städtischen Geschäften zu den Feiertagen ungefähr zwölf Maggons Tiroler Keffel detaillieren lassen, die die Gemeinde Wien in Tirol aufgebracht hat. Die reichlichen, von der Gemeinde Wien in der letzten Zeit beverstellten Nüsse zu führen und die in Aussicht stehenden, wenn auch bescheidenen Mengen von Gemüsen und Grünwarenzuführen durch die Küchengärtner und sonstigen ländlichen Produzenten lassen erwarten, daß wir in bezug auf Gemüse zu den Feiertagen wenigstens halbwegs versorgt sein dürften.

Es war heuer leider nicht möglich, den Christkindmarkt am Hof in seinem alten Wille mit den vielen zierlichen Buden wiedererstellen zu lassen, jedoch hat das Marktamt rechtzeitig dafür Vorkehrungen getroffen, daß die Aufstellung von transportablen Ständen am Hof möglich war. Bis zur Stunde haben dort mehr als 70 Händler ihre Vorräte angelegt. Die beliebten Spielzeuge und viele der besonders von der Jugend begehrten Gegenstände sind leider heuer auf dem Christkindmarkt nicht vertreten. Die Bevölkerung wird aber auf dem altbekannten Weihnachtsmarkt bei bescheidenen Ansprüchen so manchen für die Christbescherung notwendigen Gegenstand erwerben können. Die bei den Kindern so beliebten süßen Christbaumbehänge konnten heuer infolge der bedeutend verringerten Rohstoffzufuhr nur in äußerst bescheidenen Grenzen erzeugt werden. Sie werden in der Regel auch nicht einzeln, sondern in Kartonausstattungen abgegeben, was keineswegs zu ihrer Verbilligung beiträgt. Auch die goldenen Nüsse wird man heuer nur in bescheidenem Ausmaß als Christbaumbehänge verwenden sehen. Einmal ist die heurige Aukernte bei uns nicht besonders günstig ausgefallen, dann stießen die Zufuhren aus Ungarn, und auch so mancher Nachbarn wurde heuer der Delerzeugung gevidmet.

Der heurige goldene Sonntag (23. d.) fällt in die Mitte des Weihnachtsverkehrs. Wenn auch das Angebot in Geschenken und nützlichen Gegenständen im vierten Kriegsjahr beträchtlich gesunken ist, so steht doch zu hoffen, daß sich die Gewerbetreibenden aller Branchen bemühen werden, den Wünschen des Publikums entgegenzukommen und für die heurige Christbescherung ihr Möglichstes zu bieten.

**Die Ernährungsverhandlungen.****Ungarische Widerstände.**

Die zwischen den beiderseitigen Regierungen abgeführten langwierigen Verhandlungen in Ernährungsfragen dürfen, wie wir erfahren, noch nicht als endgültig abgeschlossen betrachtet werden, trotzdem die ungarische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß sie nicht mehr zu tun in der Lage ist als bisher, ja im Gegenteil, daß noch weitere Einschränkungen in den ungarischen Lebensmittelzuschüssen an Oesterreich vorgenommen werden müßten.

In erster Linie wurde von der ungarischen Regierung das Fettischweinekontingent, das bis nun monatlich 12.000 Stück betrug, beträchtlich gekürzt und auch die mit 90 Waggons kontingentierte monatliche Menge an toter Ware und Speck ganz bedeutend herabgesetzt.

Auch hinsichtlich der Getreideversorgung macht Ungarn Schwierigkeiten. Indem es sich auf den eigenen Bedarf beruft, erklären die ungarischen Regierungsvertreter, daß sie nicht in der Lage sind, den österreichischen Bedarfsansforderungen zu entsprechen. Maiszuschüsse werden überhaupt in Frage gestellt.

Durch die ablehnende Haltung der ungarischen Regierung wird unser Ernährungsplan einigermaßen gestört. Die Versorgung Wiens mit Brotgetreide und Mehl ist vorderhand noch für einige Zeit gesichert. Eine effektive Kürzung der Mehlration ist nach unseren Informationen vorläufig noch nicht geplant.

Heute sind zwei Ausschüsse des Ernährungsrates zur Beratung zusammengetreten. Morgen wird das Plenum tagen. Die Verhandlungen dürften an einem Tage beendet werden können.

## Unser Ernährungsstand an Zucker, Fleisch, Geflügel und Fischen.

Von etene Kranitsch.

Der fortschreitende Rückgang der Rübenanlieferung, der Mangel an Kohle und Transportmitteln führte zu einer ständigen Knappheit an Zucker. Die Hinaussetzung des Preises dürfte kaum eine fühlbare Erleichterung der Warenverteilung zur Folge haben. Wohl aber ist zu erwarten, daß infolge der Rübenpreiserhöhung die Verschiebung der Anbauflächen zuungunsten der Zuckerrüben keine weiteren Fortschritte machen wird. Eine große Gefahr für die Zuckererzeugung ist die direkte Zulieferung der Zuckerrüben an die Märkte. Der Rübenbauer erzielt im freien Abfag der Zuckerrüben als Nahrungsmittel für Mensch und Tier einen weit besseren Preis, als wenn er die Zuckerrüben den Raffinerien zuführt. Andererseits ist angesichts der herrschenden Knappheit in der Gemüseversorgung die Verwertung aller überschüssigen Rüben zu Speisezwicken unbedingt notwendig. Was verhindert werden muß, ist aber der Verkauf der Zuckerrüben zu unverhältnismäßig hohen Preisen durch den Saftleimhandel. Deshalb sind Verordnungen seitens des Volksernährungsamtes erlassen worden, die den freien Handel mit Zuckerrüben unter empfindlichste Strafe stellen. Das Volksernährungsamt hat Maßnahmen getroffen, damit möglichst alle verfügbaren Mengen von Zuckerrüben unter behördlicher Kontrolle gestellt und unter Ausschluß von Händlergewinn der Bevölkerung zu niedrigen Preisen zugänglich gemacht werden können. Auf Wunsch des Volksernährungsamtes werden die Konsumentenorganisationen in der nächsten Zeit Kochdemonstrationen mit Rüben veranstalten, die in anschaulicher Weise die beste Verwertung aller Sorten, der Zuckers, Palm-, Stoppels, weißen und gelben Rüben, zu guten und sättigenden Gerichten vorzuführen werden. Der Besuch dieser Demonstrationen ist um so notwendiger, als in nächster Zeit eine starke Anlieferung von Rüben aller Sorten für die städtischen Märkte zu erwarten ist.

Das starke Angebot in Vieh und Fleisch schreitet fort. Es hat seine Ursache in dem steten Futtermangel, der zur Reduktion unseres Viehstandes zwingt. Ueberdies wurde in Italien eine starke Beur. an Vieh gemacht, wodurch die Versorgung der Armee zeitweilig vollständig gedeckt erscheint. Es wird sieberhaft daran gearbeitet, alle überschüssigen Fleischbestände in sachgemäßer Weise zu konservieren, um für die kommende Zeit der Fleischnot entsprechend gerüstet zu sein. Die hohen Fleischpreise stehen in gar keinem Verhältnis zu der Ueberfülle an Angebot und der Kampf der organisierten Konsumenten wird sich zielbewußt auf diesem Gebiete entfalten müssen, damit nicht nur die entsprechende Relation zwischen Vieh- und Fleischpreisen, sondern auch der für unsere gesamte Preisbildung so notwendige Abbau der Viehpreise endlich eingeleitet werde. Speziell auf dem Gebiete der Fleischversorgung macht sich die Benachteiligung des Mittelstandes am empfindlichsten fühlbar. Das im Preise reduzierte Schweinefleisch ist ebenso schwer erhältlich wie das billige Kalbfleisch. Letzteres wird fast in seiner Gänze von den Spitälern und Gastwirthschaften aufgebraucht. Bei der Verabreichung von Kalbsbraten im Gasthaus ergibt sich für den Wirt die beste Möglichkeit des Profits, weil er das Kalbfleisch billig einkauft und auf seiner Speisekarte den Braten unbeschadet darum ebenso teuer ansetzen kann wie einen anderen Braten. Das Hammelfleisch verschwindet wieder von den Märkten, die Schlachtung wird zurückgehalten wegen der notwendigen Wollgewinnung, um derentwillen die Schafzucht von Regierung wegen mit allen Mitteln derzeit gefördert wird. Auch das private Kapital hat diesen gewinnbringenden Zweig der Volkswirtschaft bereits erfasst, und wir begegnen Neugründungen auf dem Gebiete der Schaf- und Schweinezucht, hauptsächlich in Ungarn, aber auch in anderen Gebieten der Monarchie, wo geldkräftige Institute die Finanzierung besorgen.

Eine erfreuliche Aussicht eröffnet sich den Hausfrauen auf dem Gebiete der Fischversorgung. Wenn nicht un erwartete Hindernisse eintreten, so wird die Zulieferung an lebenden Süßwasserfischen zu den Feiertagen reichlich und der Weihnachtskarpfen einer der wenigen erfüllten Wünsche sein, auf dem sonst so reduzierten Wunschzettel der Kriegswidwen.

**Minister Söfer über das Anstellen.**

Auf eine von den Abgeordneten Dr. von Langenhan und Genossen im Abgeordnetenhause am 25. September eingebrachte Interpellation betreffend das Anstellen vor den Verkaufsläden hat Minister Generalmajor Söfer heute folgende schriftliche Antwort

erteilt: Was zunächst Wien anlangt, so werden hier die behördlichen Bestrebungen, die Anstellen einzudämmen, nachdrücklich fortgesetzt. Neben der von der friedigenden Erfolge begleiteten Rationierung der Kartoffelabgabe ist insbesondere auf die unmittelbar bevorstehende Rationierung des Bezuges von Zucker und Kriegsstärke (auf Grund des omittlichen Einkaufspreis) hinzuweisen. Ferner wurde auch der Versuch unternommen, durch ein Verbot des nächtlichen Anstellens und des Anstellens von Kindern unter 12 Jahren den schwerwiegenden Schädigungen des „Kettenstehens“ entgegen zu wirken. Diese Maßnahme steht erst so kurze Zeit in Anwendung, daß über ihre Wirksamkeit noch kein abschließendes Urteil abgegeben werden kann. Der Minister teilt ferner mit, daß alle politischen Landesstellen eindringlich auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht wurden, die Rationierung bezüglich der wichtigsten Lebensmittel in allen größeren Städten und Konsumzentren durchzuführen. Den politischen Landesstellen wurde unter Hinweis auf die herannahende kältere Jahreszeit zur besonderen Pflicht gemacht, im Verein mit den Lokalbehörden durch Ausbau der Rationierung, Einführung des Kundenlisten-systems usw. dem Ueberhandnehmen des Anstellens zu steuern. Die in einer Reihe von Städten ergriffenen Maßnahmen waren auch von Erfolg begleitet. Ein in allerjüngster Zeit gleichfalls an sämtliche politischen Landesstellen hinausgegebener Erlaß befaßt sich neuerdings eingehender mit der Bekämpfung des Anstellens, und wurde dort unter anderem auch eine behördliche Einflußnahme auf die Vermehrung der Verkaufsstellen sowie auch in der Richtung aufgetragen, daß in den Geschäften und Verkaufsläden einerseits die raschere Abwicklung des Verkehrs durch Vermehrung der Zahl der Verkäufer, durch vorherige Auswägung und Verpackung der Waren gefördert, andererseits nicht etwa durch eine willkürliche Beschränkung der Verkaufszeit ein Zusammendrängen der Kunden vor den Geschäften verursacht werde. Minister Söfer konstatiert schließlich, daß an die Statthaltereien für Böhmen ein besonderer Erlaß gerichtet wurde, inhaltlich dessen vor allem auch der Magistrat der Stadt Prag strengstens anzuweisen ist, die gebotenen Lebensmittelrationierungen unbedingt noch vor Ablauf dieses Jahres durchzuführen.

19. XII. 1917

19

30

**Vorsorgen für den Mittelstand.****Siebente Tagung des Ernährungsrates.**

Gestern trat der Ernährungsrat im niederösterreichischen Landhaus zur siebenten Tagung zusammen. Den breitesten Raum in der Debatte des ersten Tages nahmen die Besprechungen über die Vorsorgen für den Mittelstand ein. Landtagsabgeordneter Andratschle brachte als Berichtserstatter die Beschlüsse des Ausschusses vor, nach welchen die bestehenden wirtschaftlichen Ausschüsse zu größeren Verbänden zusammengeschlossen werden sollen, die sich der Aufnahme neuer Mitglieder gegenüber nicht mehr ablehnend verhalten dürfen. Die Aktion sei nicht in der für die Mindestmittelten festgesetzten Form durchzuführen, sondern organisatorisch ins Werk zu setzen. Die Regierung habe für die Bekleidung und Beteiligung der Organisationen nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung zu sorgen und es dem Mittelstand zu ermöglichen, daß er die zum Leben

bedingt notwendigen Nahrungsmittel und Gebrauchsartikel sich beschaffen könne. Die Regierung wird auch ersucht, durch Gewährung von Arbeitsgelegenheiten bei öffentlichen Lieferungen und im öffentlichen Ernährungsdienst den Angehörigen des Mittelstandes die Möglichkeit der wirtschaftlichen Existenz zu bieten.

Dieser Antrag wurde nach einer längeren Debatte angenommen, an der sich besonders die Mitglieder Granitsch, Mussoni, Gräfin Walterskirchen, Frau Bacher, Dr. Ender und Bürgermeisterstellvertreter Gargitter von Graz sowie die Mitglieder Ebersch, Dr. Lantsche und kaiserlicher Rat Marešch beteiligten.

Sodann gelangte der Bericht des Sachausschusses über die Getreide- und Kartoffelversorgung zur Verhandlung. Berichtserstatter Dr. Ziegler sprach über das Problem, wie der Getreide- und Kartoffelanbau in der Größe des Friedensanbaues gesichert werden könnte. Die agrarischen Vertreter nahmen hierbei heftigst gegen jede Form eines Produktionszwanges Stellung. Der Antrag des Berichtserstatters fand aber schließlich auch die Zustimmung der Agrarier, nachdem hauptsächlich eine wirtschaftliche Belehrung und vernünftige Preisregelung erzielt werden soll.

Minister Söfer ergriff mehrmals das Wort und sprach insbesondere über die Aussichten für die nächste Zeit und über das Verhältnis zu Ungarn. Er kündigte an, daß die Kartoffelpreise nicht weiter erhöht werden würden. In Beantwortung eines Antrages des Abgeordneten Dr. Diamond bezüglich des Eisenbahnwesens gab der Minister eine eingehende Darstellung des ungeheuren Tätigkeitsgebietes der Selbsttransportleitung und schilderte auch, in welcher Weise der Einsatz von Lokomotiven und Waggons betrieben wird. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

19. XII. 1917

31

### Die bayerischen Städte gegen die Teuerung.

Drahtbericht unj. Korrespondenten.

d. Neu-Mün., 18. Dezember. Hier fand eine Tagung von Vertretern der unmittelbaren Städte Bayerns statt, welche zu der immer größer werdenden Gefahr der Lebensmittelverteuerung Stellung nahmen. Die Vertreter faßten unter Anwesenheit von Regierungsvertretern einen Beschluß, wonach die Staatsregierung auf diese Zustände hingewiesen und dringend ersucht wird, im Interesse der kleinen Leute und des ganzen Mittelstandes bei den zuständigen Reichsstellen dahin zu wirken, daß der Entwicklung der Lebensmittelverteuerung nicht nur Einhalt getan wird, sondern daß man auch an einen Abbau von Reichs wegen herantritt, welcher alle Produkte erfassen soll. Die Entschliebung ging auch dem deutschen Städtetage zu.

**Die vereitelte Ernährungskonferenz.****Wegen Fernbleibens der Zentraltransportleitung.**

Heute hätte die angekündigte neuerliche Konferenz der Wiener Abgeordneten und der Vertreter der Gemeinde Wien unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. von Seidler im Parlament stattfinden sollen. Zu dieser Konferenz wären nach einem Antrag des Abg. Renker auch die Leiter der Zentraltransportleitung eingeladen gewesen. Als sich zur festgesetzten Stunde die Vertreter der Gemeinde Wien und die Abgeordneten im Parlament einfanden, machte ihnen Ministerpräsident Dr. v. Seidler die Mitteilung, daß die Mitglieder der Zentraltransportleitung abgeseigt haben, und zwar mit der Motivierung, daß nicht die Zentraltransportleitung, sondern das Eisenbahnministerium der verantwortliche Faktor sei. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte hierauf, der Zweck der Zusammenkunft sei damit vereitelt und die weiteren Beratungen gegenstandslos geworden.

Abg. Renker betonte, er habe den Antrag auf Einladung der Zentraltransportleitung zur heutigen Konferenz deshalb gestellt, weil die Ernährungs- und Kohlenstoffverhältnisse in erster Linie eine Folge der Transportmisse seien und die Abgeordneten das Bedürfnis gehabt hätten, Beschwerden gegen die Zentraltransportleitung vorzubringen und zu untersuchen, wie diese Misse behoben werden könnten. Die Annahme der Zentraltransportleitung sei unerträglich und vorausichtlich ein Ausdruck des schlechten Gewissens.

Abg. Friedmann schloß sich den Ausführungen des Abg. Renker an. Abg. Kuranda betonte, das Nichterscheinen der Mitglieder der Zentraltransportleitung sei entschieden ein Ausdruck der unerträglichen Ueberhebung oder des schlechten Gewissens. Abg. Seib schlug eine Protesterklärung gegen die nicht erschienene Zentraltransportleitung vor.

Nachdem noch Eisenbahnminister v. Bannhans erklärt hatte, daß das Eisenbahnministerium einen Teil der Verantwortung auf sich nehme, daß es aber nicht geäußert hätte, alle Maßnahmen für die Approvisionierung, speziell für die Stadt Wien, zu treffen, wurde der vom Abg. Seib vorgeschlagene Protest angenommen.

Wie wir hören, wird das Verhalten der Zentraltransportleitung den Gegenstand von eingehenden Erörterungen, sowohl im Subjekt-ausschuß bei der Behandlung des Kapitels „Landesverteidigungsministerium“ als auch im Seeresauschuß der österreichischen Delegation, bilden.

**Lebensmittel aus Südrussland.**

Gelegentlich der heutigen Besprechung stellte Abg. Kuranda an den Ministerpräsidenten eine Anfrage, in der er erwähnte, daß nach einer Reuter-Depesche Deutschland bereits alle Vorkehrungen getroffen habe, um auf Grund des Artikels V, Absatz 5, des Waffenstillstandsvertrages Lebensmittel aus Südrussland nach Deutschland zu transportieren. Er fragte daher den Ministerpräsidenten, was in dieser Beziehung seitens Oesterreichs veranlaßt wurde.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler erwiderte, daß in dieser Beziehung alles Nötige rechtzeitig vorgeholt worden sei.

Was die Lebensmittelzuschüsse aus Rußland anlangt, so könnte es sich hier in erster Linie um Hülsenfrüchte, einige Getreidesorten, um Futtermittel, Geflügel und Eier handeln. An normalen Zeiten besorgen wir aus Südrussland große Quantitäten dieser Artikel. Auch aus Rumänien dürfte sich jetzt nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen einiges beziehen lassen.

20. / VII. 1914

33

(Der Preis der Weihnachtsbäume ist maximiert.) Um den Handel mit Weihnachtsbäumen in den gebührenden Grenzen zu halten, hat der Oberstadthauptmann den Polizeirichter der Zentralmarkthalle Konzipisten Johann Birtnner beauftragt, die Preise der Weihnachtsbäume zu regeln. Die Preise wechseln nach der Größe und dürfen die Höhe von dreißig Kronen nicht überschreiten. Die Verkäufer sind verpflichtet, jedes Bäumchen in sichtbarer Weise mit dem Preise zu bezeichnen. Die Kontrolle über die Einhaltung dieser Verfügung obliegt dem Polizeirichter und dem Obergärtner. Übertretungen werden streng geahndet.

**Wie Kerzen verteuert werden.** Im Herbst 1916 wurden bei der Expeditionsfirma Rein-  
kauf zwei Waggons Kerzen beschlagnahmt, die der  
in Wien als Flüchtling weilende Kaufmann Herich  
Sucher auf einen fremden Namen eingelagert  
hatte. Wie erhoben wurde, hatte Sucher im „Casé  
Marienbrücke“ den Kaufmann Josef Kerner  
kennen gelernt und beide hatten durch Vermittlung  
des Andreas Ruff von der Böhmisches Industrial-  
bank für den weiteren Ankauf von drei Waggons  
Kerzen einen Kredit von 60.000 K. erhalten. Der  
Schwiegervater des Kerner, Meischulem Katz, und  
der Rabbinatskandidat Majer Schacham Sandau  
sollen gleichfalls an dem Handel beteiligt gewesen  
sein. Ein großer Teil der Kerzen wurde dem  
Fabrikanten Chaim Markus Goldschläger in  
Aggersdorf verkauft, der die Paraffinkerzen ein-  
schmelzen ließ und daraus sogenannte Kompo-  
sitionskerzen herstellte. Gestern hatten sich die ge-  
nannten Personen mit Ausnahme des Ruff, der  
geistig erkrankt ist, vor einem Erkenntnisrat  
unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Doktor  
Altmann wegen Preistreiberei zu verant-  
worten. In der vom Staatsanwalt Dr. For-  
manek vertretenen Anklage war ausgeführt, daß  
durch den spekulativen Ein- und Verkauf die Ware  
mindestens um das Doppelte verteuert  
wurde. Der Angeklagte Sandau soll durch seine  
Bermittlertätigkeit allein bei einem Geschäft  
70.000 K. verdient haben. Der Gerichtshof ver-  
urteilte Josef Kerner zu einem Monat  
strengen Arrests und zu 2000 K. Geldstrafe. Die  
Arreststrafe und 1000 K. Geldstrafe wurden durch  
die Untersuchungshast als verbüßt erklärt. Die An-  
geklagten Sucher und Katz wurden frei-  
gesprochen, die Verhandlung gegen Gold-  
schläger vertagt und das Verfahren gegen  
Sandau, der von Wien abwesend ist, ausge-  
schieden.

## Umformung der Kriegswirtschaft

Die Krisis in der Ernährungsordnung.

Kaum hat eine Gemeinde — Neutöln, durch die Denkschrift des Stadtrats Mier — die gefährlichen und zum Teil geradezu greysten Miskstände unserer Kriegs-Wirtschafts-Ordnung in der Ernährung klar an den Tag gestellt, so entwickelt sich bereits wieder das, was uns bisher immer gehindert hat, die Schäden zu bessern, Fehlerhaftes durch Besseres zu ersetzen. Es entwickelt sich der unnütze und peinliche Streit aller gegen alle, der nicht die Sache selbst zu bessern sucht, sondern der blindwütig vor allem dem Gegner die Schuld aufzuladen trachtet.

Neutöln erklärt — und wer zweifelt daran, daß hinreichende Beweise im einzelnen da sein werden —: die Höchstpreisverordnungen sind für die Krise. Denn die amtlichen Stellen übertreten sie selbst und müssen sie übertreten, wenn sie die ihrer Fürsorge anvertraute Bevölkerung ernähren wollen; Lebensmittel verderben zu Tausenden von Zentnern; der Schleichhandel muß sozusagen staatlich geduldet werden, weil man ihn braucht. Vom Saatgut wird nicht alles gesät, sondern vieles unter der Hand zu Bucherpreisen verkauft, Kartoffeln werden verfüttert, trotzdem das verboten ist. Und sie verderben in ganzen Eisenbahnwagenlasten u. s. f. Daß die Zustände so sind, haben wir alle schon längst gewußt. In der „Vossischen Zeitung“ vom 18. Sept. d. J. wurde bereits in dem Aufsatz „Abbau des Schleichhandels“ im großen und ganzen das offen ausgesprochen, was die Neutölnner Denkschrift jetzt mit erschütternden Belegen erhärtet. Aber soll nun ernsthaft nichts anderes dabei herauskommen, als daß die Erzeuger die Fehler auf ihre Weise und die Verbraucher auf die ihre erklären und ausschlagen? Daß beide Gruppen sich in die Haare fahren und sich für „Verbrecher am deutschen Volke“ erklären? daß die ganze Sache im verbissenen Streit um die politische Grundrichtung, ob konservativ-ländlich-Erzeuger-freundlich oder volkrechtlerisch-städtisch-Verbraucher-freundlich, lärmvoll hin- und hergezerrt wird, ohne daß auch nur ein Schritt zur Beseitigung des im Grunde alle schädigenden Systems vorwärtsgetan wird? Der Kampf, der sich zwischen dem Berliner sozialdemokratischen Blatt als äußerstem Flügel der einen und der „Deutschen Tageszeitung“ der anderen Seite entsponnen hat, läßt leider klar erkennen, daß der Hase so laufen will.

Was aber nützt, ist, daß alle Bevölkerungsgruppen sich einigen, und daß die Regierung und die Wirtschaftsbehörden nicht von den verschiedenen Berufsgruppen und Bevölkerungsklassen ständig mal nach hüben und mal nach drüber gerissen werden, und daß endlich nach rein sachlichen Gesichtspunkten ohne Gunsthascherei bei diesem oder jenem Kreise die große Aufgabe gelöst wird: Erzeugung, Verteilung und Preispolitik der Kriegswirtschaft in der Lebensmittelversorgung einheitlich, gesund und gerecht zu gestalten. Um das zu erreichen, wird besonders die Vermengung politischer Grundsätze und Anschauungen mit der Kriegs-Volkswirtschaft rücksichtslos beseitigt werden müssen.

Eine hinreichende und geordnete Versorgung hängt zunächst einmal ab von einer ausreichenden Erzeugung. Alle Maßnahmen müssen, als auf das wichtigste Ziel, darauf hinarbeiten, die Leistungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft zu heben. An Futtermitteln zu sparen, um auf kurze Fristen den Verbrauchern mehr Fleisch geben zu können, ist das Unvernünftigste, was man tun kann. Das ist nur ein Beispiel. Danach muß erreicht werden, daß alles, was die Landwirtschaft hervorbringt, wirklich der Allgemeinheit, nicht aber nur zu Bruchteilen dieser, im übrigen nur den Zahlungsfähigen (durch Schleichhandel) zugeführt wird. Dazu bedarf es auskömmlicher Preise für Bauern und Gutsbesitzer, auskömmlicher Preise, die durch die Vordertür erreichbar sind, und nicht durch die Hintertür. Auskömmliche Preise sind das erste, und eine durchgreifende Erfassung aller Erzeugnisse an ihrer Quelle ist das zweite. Ohne scharfe, aber sachverständige Ueberwachung wird das nicht gelingen können. Dem Erfassen folgt das Verteilen, unter Ausschaffung aller etwa noch bestehender Sonder- und Vorzugsrechte, mit Ausnahme derer für die schwerarbeitende Bevölkerung. Es erscheint durchaus möglich, einen volkswirtschaftlichen Weg zu finden, der zu einem vernünftigen Zusammenarbeiten der ländlichen Körperschaften, der Gemeindeverwaltungen, des mit beschränkter Freiheit ausgestatteten Handels und der staatlichen Wirtschaftsbehörden führt. Auch gegen den in der „Vossischen Zeitung“ gemachten Vorschlag, für die Verbraucher die hohen Kriegspreise (die bis zu einer gewissen Grenze aus durchaus natürlichen Gründen so hoch klettern) durch einen steuerlich einzuziehenden Volkswohlfahrts-Ausgleich abzustufen, ist bisher keine grundsätzlich erschöpfende Widerlegung beigebracht worden.

Die sogenannte Wirtschaftsordnung aber, wie sie bisher war, und zu einer allgemeinen Rast- und Betrugspolitik aller gegen alle, Landwirtschaft gegen Verbraucher, Behörden gegeneinander, Handel gegen Staatswirtschaft, Arm gegen Reich und jeder gegen jeden geführt hat, muß auf den Grund nachgeprüft werden. Auch jetzt noch lohnt sich diese Nachprüfung, denn Kriegswirtschaft, Uebergangswirtschaft und Friedenswirtschaft der Zukunft sind ein Ganzes und werden nur dann glücklich und brauchbar sein, wenn sie einheitlich durchdacht und entwickelt werden.

K. E. K.

21. / XII. 1917

21

36

### Lebensmittelverband Groß-Berlin.

Die Gründung des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin ist, wie bereits kurz berichtet, jetzt nach Ueberwindung einer Reihe von Bedenken und Schwierigkeiten vollzogen worden. Die Aufgaben des Lebensmittelverbandes sind nach der von den beteiligten Gemeindeverbänden angenommenen Satzung folgende:

1. Die Regelung des Kleinhandelsverkehrs und Verbrauchs der durch die staatlichen Stellen überwiesenen Nahrungsmittel und Brotaufstrichmittel auf der Grundlage einer einheitlichen Karte, insbesondere auch die Verbindung mit den zuständigen Stellen zur Feststellung der Art der Obergabe und Sicherstellung einer gleichmäßigen Obergabe für das Gemeinschaftsgebiet.  
2. Die Festsetzung der Grundsätze für die Verteilung der erwähnten Lebensmittel an Massenspeisungen, Werkspisungen, Rüstungsbetriebe und ähnliche besondere Einrichtungen und an besondere Personentklassen.  
3. Die Uebernahme der Geschäfte der Brotkartengemeinschaft Groß-Berlin. Den Vorsitz des Lebensmittelverbandes führt der Oberbürgermeister von Berlin.

Hervorzuheben ist, daß das Zuständigkeitsgebiet des Lebensmittelverbandes durch den Zutritt einigen Gemeinden über das Gebiet der Brotkartengemeinschaft hinaus erweitert worden ist.

\*

## Die Versorgung der Stadt Wien.

Die Abgeordneten und die Vertreter der Stadt Wien haben sich schon einigemal zusammengetan, um von der Regierung die nötigen Aufklärungen und halbwegs Beruhigung über die Versorgung der Reichshauptstadt zu erhalten. Vorsorgen möchte man, und Böses verhindern, einige Zusicherungen wenigstens erhalten, damit man mindestens weiß, daß das Unumgänglichste an Nahrungsmitteln eine Zeit hindurch wieder vorhanden sein wird. Gestern hätte wieder eine solche Konferenz stattfinden sollen. Die Regierung war zwar am Platze, nicht aber die militärische Zentraltransportleitung, gegen die sich hauptsächlich die Beschwerden richteten, weil eben die Ernährungs- und Kohlenmisiere zum großen Teile auf Verkehrsschwierigkeiten zu buchen ist.

Aber diese militärische Behörde sagte einfach ab, schob die ganze Sache dem Eisenbahnministerium zu, schützte also Kompetenzfragen vor. Also geschah im vierten Kriegswinter nach Proben ungewöhnlicher Geduld und Aufopferung der Bevölkerung.

Die anwesenden Abgeordneten sprachen sich sehr erbittert über das Nichterscheinen der Zentraltransportleitung aus und beschloßen einen Protest. Wenn wenigstens einer der Vertreter der Transportleitung in der Versammlung erschienen wäre und dort mindestens den Versuch unternommen hätte, nachzuweisen, daß anderen Faktoren Kompetenz und Verantwortung zukomme. Aber nicht einmal das. Man fand es einfach nicht der Mühe wert, vor den Vertretern der Stadt Wien zu erscheinen. Es fielen recht böse Worte, man sprach von Anmaßung, von unerträglicher Ueberhebung, die Entrüstung unter den Wiener Vertretern war allgemein. Der Eisenbahnminister erklärte überdies, das Eisenbahnministerium übernehme einen Teil der Verantwortung. Wohlgerückt, einen Teil. Diese Erklärung sagt wohl alles. Der Faktor, dem der andere und gewichtigere Teil zufällt, glänzte durch Abwesenheit.

Jedermann weiß, daß diese Leitung die eigentliche Herrin des gesamten Verkehrs ist, daß nichts ohne sie, nichts gegen sie unternommen werden kann, und daß das Eisenbahnministerium in seinen Maßnahmen genau so von ihr abhängig ist. Möglich, ja sicherlich, daß auch die Transportleitung nicht über ihre Kraft kann, daß auch ihr Grenzen in ihrer Wirksamkeit gesteckt sind. Wo nichts ist, da kann auch die Transportleitung nichts holen. Sie kann uns nur das, was da ist, bringen. Das hat man aber erfahren wollen, ob mindestens das sicher ist, warum das Vorhandene auch noch des öfteren ausbleibt und ob denn da nichts zu machen wäre. Man wollte sich mit ihr besprechen, alles Wenn und Aber gründlich erörtern, Vorschläge hören und Vorschläge machen, wie's besser werden könnte. Die verehrliche Leitung aber schwieg, kam gar nicht in die Konferenz und ließ die bürgerlichen, um das Wohl der Bevölkerung mit Recht besorgten Vertreter weiter reden.

Wenn sich die Transportleitung also gewissermaßen für inkompetent erklärte — gut. Die zwei Millionen Wiener halten sich aber für genügend kompetent, die Sache weiter zu verfolgen. Begierig sind wir, was der Kriegsminister, der doch bisher sich gegenüber den Wünschen der bürgerlichen Bevölkerung entgegenkommend zeigte, zu dem Vorgehen der ihm unterstellten Leitung sagen wird.

**Die Approbationierung im Kriege.****Regelung des Verkehrs mit Ersatzlebensmitteln.**

Im Stadtrat berichtete Stadtrat Ungermeier über einen vom Stadtrat Schner einbrachten Antrag, der den Zweck verfolgt, die Wiener Bevölkerung vor der Ausbeutung gewissenloser Spekulanten zu schützen, die sich die Erzeugung von Lebensmitteln und Artikeln für den Hausgebrauch aus Ersatzstoffen zur Aufgabe gestellt haben. Stadtrat Ungermeier führte aus, daß diese Frage bereits mehrmals die verschiedenen Aemter sowohl der Gemeinde als auch des Staates beschäftigt habe. Das Amt für Volksernährung habe bereits längst die Regelung des Verkehrs mit Ersatzlebensmitteln als unbedingt notwendig erklärt und schon vor geraumer Zeit einen bezüglichen Verordnungsentwurf fertiggestellt, der den Gegenstand interministerieller Beratungen gebildet hat. Diesen Beratungen waren auch Vertreter des Magistrats, der Niederösterreichischen Handelskammer und des Ernährungsrates beigezogen, welche übereinstimmend die Ansicht vertraten, daß eine Verordnung nach diesem Entwurfe eine taugliche Handhabe bieten würde, um einerseits den derzeit unbedingt notwendigen Verkehr mit Ersatzlebensmitteln nicht unmöglich zu machen, andererseits aber der unerschämten Bewucherung und Ausbeutung der Verbraucher bei der Erwerbung dieser Ersatzmittel endlich einhalt geschieht. Die Gründe, welche der Erlassung einer Verordnung bisher im Wege standen, bezeichnete der Referent als nicht stichhaltig, und nach seinem Antrage wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Gemeinde Wien fordert mit Rücksicht auf die Mißbräuche im Verkehr mit Ersatzlebensmitteln und die hiemit verbundene gewissenlose Spekulation die egezte Erlassung der vom Amt für Volksernährung im Entwurfe bereits fertiggestellten Verordnung betreffend den Verkehr mit Ersatzlebensmitteln. Diese Forderung ist dem Ministerpräsidenten und sämtlichen beteiligten Ministerien zur Kenntnis zu bringen.

**Die vereitelte Ernährungskonferenz.**

**Einmütiger Protest aller Wiener Mandatsträger.**  
Ueber die durch das Nichterscheinen der geladenen Vertreter der Zentraltransportleitung erfolgte Vereitelung der Ernährungskonferenz der Wiener Mandatsträger berichtet die Rathauskorrespondenz:

**Die Erklärung des Bürgermeisters.**

Zu der Konferenz waren die Abgeordneten Dr. Adler, Dr. v. Baechle, David, Kommerzialrat Denk, Friedmann, Ganzer, Dr. Freiherr v. Sod, Dr. Heilinger, Kuhn, Kuranda, Dr. Neumann, Reismüller, Seitz, Sever, Winter und Zenker, seitens der Gemeindevertretung Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Stadträte v. Steiner und Dr. Hein als Obmänner der betreffenden Gemeinderatsparteien erschienen.

Um 10 Uhr erschien Ministerpräsident Dr. v. Seidler in Begleitung des Eisenbahnministers Freiherrn v. Vanhans und eröffnete den anwesenden Vertretern, daß die k. u. k. Zentraltransportleitung, die er über das in der letzten Sitzung gestellte Begehren zur Besprechung eingeladen habe, die Teilnahme abgelehnt habe, weil sie den Vertretern der Stadt Wien nicht verantwortlich sei.

Nach dem Ministerpräsidenten ergriff der Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Wort und führte aus, daß bei der letzten Besprechung der Eisenbahnminister ausdrücklich auf die Teilung der Kompetenzen zwischen Eisenbahnministerium und k. u. k. Zentraltransportleitung hingewiesen habe, daß in der letzten, einen vollen Tag dauernden Besprechung sich gezeigt habe, daß die Mängel der Approvionierung Wiens vorwiegend in der mangelhaften Organisation des Verkehrsweises liegen, und daß die Versammlung daher einmütig zur Anschauung gekommen sei, die Transportleitung zur Besprechung einzuladen, damit deren Vertreter die Beschwerden hören, sie prüfen und abstellen können. Bei der ablehnenden Haltung dieser dem Kriegsministerium unterstehenden militärischen Behörde sei es ganz zwecklos, in eine meritorische Debatte einzugehen; er protestiere gegen dieses Verhalten der Transportleitung, beantrage Schluß der Sitzung und behalte sich vor, die entsprechenden Konsequenzen aus dieser ablehnenden Haltung in der Delegation zu ziehen.

**Die Protestkundgebung.**

Abg. Seitz beantragte hierauf folgende Resolution:

„Die am 20. Dezember 1917 unter dem Vorsitz des Bürgermeisters der Stadt Wien abgehaltene Konferenz von Vertretern der Parteien des Wiener Gemeinderates und von Reichsratsabgeordneten Wiens aller Parteien stellt fest, daß die Mängel der Approvionierung Wiens vorwiegend durch die Fehler der k. u. k. Transportleitung verschuldet sind. Die Vertreter der Gemeinde Wien und die Wiener Reichsratsabgeordneten haben sich daher bemüht, in einer zwanglosen Besprechung mit Vertretern der k. u. k. Transportleitung ihre Beschwerden vorzubringen. Die Transportleitung hat dieses berechtigte Begehren abgelehnt. Die versammelten Vertreter erheben gegen dieses Vorgehen Protest und machen die k. u. k. Zentraltransportleitung auf die schwere Verantwortung aufmerksam, die sie durch dieses Verhalten auf sich geladen hat. Sie bitten die Vertreter Niederösterreichs in der Delegation, das brüskte Vorgehen der Transportleitung an zuständiger Stelle zu rügen.“

**Die Ueberhebung der Zentraltransportleitung.**

Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir:

Der Eindruck, daß in dem Nichterscheinen der k. u. k. Zentraltransportleitung eine schwere Ueberhebung, eine Mißachtung der parlamentarischen und kommunalen Vertreter und insbesondere eine Schädigung der Wiener Bevölkerung zu erblicken sei, war in den Kreisen der Wiener Mandatäre ein allgemeiner.

Eisenbahnminister Freiherr v. Vanhans hatte in etwas vorsichtiger Form ein Konfurrenzverschulden an der mangelhaften Approvionierung Wiens zugegeben, in das sich Eisenbahnministerium und Zentraltransportleitung ideell teilen. Er begründete dieses Verschulden mit dem allgemeinen Waggomangel und versicherte, daß er, wenn ihm 10 Prozent Wagen mehr zur Verfügung stünden, ganz Wien mit Kohlenlieferungen befriedigen könnte. Er wies auf die Verhältnisse in Deutschland hin, die durchaus besser lägen.

Abg. Hofrat Kuranda stellte fest, daß in der Haltung der Zentraltransportleitung ein Umschwung zu verzeichnen sei, da die Zentraltransportleitung sich in der letzten Sitzung habe vertreten lassen. Die plötzliche Argumentation, daß die Zentraltransportleitung das Forum des Abgeordnetenhauses und die Gemeinde Wien nicht als kompetent erachte, sei auch insoferne hinfällig, als es sich durchaus nicht um eine parlamentarische, sondern um eine zu einem besonderen Zweck zusammengetretene Konferenz von Mandatären der Stadt Wien handelte, und staatsrechtliche Gründe sohin nicht in Betracht kommen.

**„Für Militär reserviert!“**

Sehr bezeichnend war der Hinweis des Abg. Baron Sod auf die Zustände in den auf der Wiener Lokalfahrd rollenden Personenzügen; es fuhren zahllose leere Wagen, die für Militär bestimmt sind, mit diesen Zügen, während die für Zivilreisende bestimmten

Wagen in beängstigender Weise überfüllt sind. Wagen es Zivilpersonen, in die leeren Waggon einzusteigen, werden sie in demütigender Weise hinausgewiesen. Es sei vorgekommen, daß ein Abgeordneter, der auf einer wichtigen Dienstreife war und keinen Platz gefunden hatte, nicht in ein leeres Coupé steigen durfte, lediglich weil es für einen Oberleutnant der Zentraltransportleitung reserviert war, der irgendeine Fahrt nach — St. Pölten machte.

Die arge Verstimmung über die Nichtachtung, die in der Haltung der Zentraltransportleitung zu erblicken ist, fand auch in den Ausführungen des Abg. Friedmann und insbesondere in den Worten des Abg. Seitz scharfen Ausdruck.

Der Bürgermeister versprach, eine Abschrift des vom Abg. Seitz vorgeschlagenen und einmütig angenommenen Protestes dem Kriegsminister zu übermitteln.

21. XII. 1917

62

### Die Verteilung der eingeführten Lebensmittel.

Der Ernährungsrat verhandelte diesmal sehr ausführlich über die Gebarung der Zentraleinkaufsgesellschaft (Dezeg). Mit Recht wies der Abgeordnete Pittoni darauf hin, daß wir uns weniger darum sorgen sollen, ob ein Kronland mehr oder weniger bekommt, sondern daß wir vor allem gegen den Verteilungsschlüssel, der von der Gründung des Amtes für Volksernährung bestimmt wurde, der die einlangenden Waren zwischen Ungarn und Oesterreich nach der Quote 5 zu 7 verteilt, protestieren müssen. Es geht denn doch nicht an, daß wir aus den spärlichen Zuschüben einem Land, das sich selbst versorgen kann, auch noch Lebensmittel in großen Mengen zuführen. Er brachte folgende Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde:

Die im Verhältnis zum Bedarf und zur Not sehr geringen Mengen von Lebensmitteln, die mit den größten Schwierigkeiten aus dem neutralen Ausland eingeführt werden können, werden zwischen Oesterreich und Ungarn nach der Kopfzahl der Bevölkerung zahlenmäßig nach dem Verhältnis 7:5 aufgeteilt. Der Ernährungsrat hat wiederholt und zuletzt in seiner Vollversammlung vom 22. November d. J. auf die schreiende Ungerechtigkeit dieses Aufteilungsschlüssels hingewiesen, bei dessen sinnloser Festsetzung gar keine Rücksicht darauf genommen wurde, daß in den beiden Staaten der Monarchie das Verhältnis der nicht produzierenden Bevölkerung zu den Selbstverforgern ein ganz anderes ist und daß die meisten eingeführten Warenarten nicht nur in Ungarn selbst produziert, sondern auch über den eigenen Bedarf produziert und zum Teil nach Oesterreich ausgeführt werden. Nach dem Schlüssel der Selbstverfoger würde sich zwischen Oesterreich und Ungarn ein Verhältnis von 10 zu 2 ergeben. Nach dem einzig heute in Betracht kommenden Schlüssel der Not und auch nach dem Schlüssel der gegenwärtig tatsächlich in Oesterreich und in Ungarn erzeugten Mengen kann gerechterweise Ungarn auf seinen Anteil an den eingeführten Waren Anspruch erheben, die es selbst in einem Maße produziert, daß sich eine Ausfuhrmöglichkeit ergibt.

Aus dem Bericht der Vollversammlung der ungarischen Kriegs-Produkten-Aktiengesellschaft vom 27. November d. J. geht aber hervor, daß sie von den aus dem Ausland eingeführten Waren unter anderem: 38.000 Meterzentner Butter, 30.000 Meterzentner Käse, 28.500 Meterzentner Kartoffelmehl, 27.500 Meterzentner Fett und Fleisch, 40.000 Kilogramm Milchpulver, 1.750.000 Büchsen kondensierter Milch bekommt hat. Es ereignet sich die unerhörte Tatsache, daß im Wege des ungarischen Handels diese in Ungarn nicht notwendigen Waren zu unglaublich höheren, ja zu vervielfachten Preisen an Oesterreich abgegeben werden. Der Ernährungsrat erhebt energischen Protest gegen diese hinter dem Scheine eines gerechten Schlüssels nach der Kopfzahl gesicherte himmelschreiende Ungerechtigkeit, welche die verweiselte Lage unserer notleidenden Länder ins Ungemessene steigert. Der Ernährungsrat verlangt rasche Abhilfe durch den gemeinsamen Ernährungsausschuß und erwartet vom Ernährungsamt in der kürzesten Zeit genaue Mitteilungen über das Ergebnis der Verhandlungen.

## Schutz gegen Kartenfälschungen

21 000 Zentner Papier im Jahre für Groß-Berlins Karten.

Nicht weniger als 56 verschiedene Kartentypen gibt der Berliner Magistrat für seine oder Groß-Berlins Bevölkerung aus. Da kommt einmal die Brotkartengemeinschaft mit all ihren Zusatz-Karten, ebenso die Fleisch- und Kartoffelgemeinschaft in Betracht, dann die Fettstelle Groß-Berlin, der Kohlenverband Groß-Berlin. Wenn man in Betracht zieht, daß der Lebensmittelverband Groß-Berlin weit mehr als 4 Millionen Seelen umfaßt — also so viel wie Württemberg und Hessen zusammen — so wird es einen nicht wundernehmen, wenn der Berliner Magistrat für die Karten, die er herzustellen hat, im Jahresdurchschnitt Papier im Gewicht von 21 000 Zentner gebraucht, zu dessen Heranschaffung 70 Eisenbahnwagen von je 15 Tonnen Ladefähigkeit erforderlich sind. Von dieser Papiermenge verschlingt allein die Brot- und Mehlkartengruppe 510 000 Kilogramm. Allein für die Berliner Hauptbrotkarte ist für einen Verbrauchsabschnitt von vier Wochen ein Papierstreifen von 66 Zentimeter Breite und 848 Kilometer Länge erforderlich. Dies entspricht der Länge der Eisenbahnstrecke Berlin—Breslau.

Selbstverständlich hat der Berliner Magistrat sich alle Mühe gegeben, die Fälschung der Karten nach Möglichkeit zu verhindern. Wenn die Karten in kleineren Mengen herzustellen sind, so ließ sich durch besonderes Aufdruckverfahren, wie wir es bei unseren Wertpapieren haben, wohl ein hinreichender Schutz erzielen. Aber bei der Brotkarte, die alle vier Wochen in 20 Millionen hergestellt werden muß, gibt es kaum ein solch hinreichend schützendes Aufdruckverfahren. Man ist daher dazu übergegangen, den Schutz in das Papier selbst zu legen. In einer nicht-preussischen Fabrik, die zunächst mit einer chinesischen Mauer umzogen ist, wird das besondere Papier, das mit einem eigentümlichen Wasserzeichen gekennzeichnet wird, hergestellt. Es ist ein nicht zu dünnes Kartenpapier, damit das Wasserzeichen noch in der Aufsicht deutlich erscheint. Es hat eine hellblaue Farbe und wiegt im Geviertmeter 130 Gramm. Es sollen noch allerlei Fasern und farbige Streifen auf dem Papier angebracht werden.

Nicht minder sorgfältig wie die Fabrik, in der man das Papier herstellt, geübt wird, überwacht man auch das eigentliche Druckverfahren. Sobald die Karten hergestellt sind, kommen sie unmittelbar zur Brotkommission. Man steht auf dem Grundsatz, die Karten so wenig wie möglich unterwegs zu lassen. Ihre Beförderung erfolgt unter dem Schutz von Schutzleuten. Früher geschah es unter militärischer Ueberwachung. Ein Oesterreicher, der sich eine Unteroffiziers-Uniform verschafft hatte, verstand es, von einem solchen Wagen mehrere Bündel Brotkarten zu entwenden. Auch die Geschäftsräume der Brotkommissionen werden von Polizeiorganen überwacht, und es ist Vorschrift, daß die überschüssigen Karten über Nacht nicht mehr im Geschäftsraum zurückbleiben dürfen.

Die Fälscher gehen auf zweierlei Weise vor, entweder suchen sie sich echte Platten zu verschaffen oder, was weit schwieriger ist, die Platten nachzumachen. Erst neulich wurde dem Angestellten einer Druckerel, in der Karten gedruckt werden, für eine Brotkartenplatte nicht weniger als 6000 Mark angeboten. Uebrigens sind bei der letzten Ablieferung keine Fälschungen mehr festgestellt worden. Seitdem bei den gewöhnlichen Brotkarten so große Erschwerungen für die Fälscher eingetreten sind, haben sie sich auf die Nachmachung der Reisebrotkarten gelegt. Jedenfalls wird die Reichsgetreibeinstelle, die deren Herstellung unter sich hat, bald neue Reisebrotkarten, wie es heißt zum 1. Januar, ausgeben und sie nur für eine bestimmte Zeit befristet. Die noch im Umlauf befindlichen Reisebrotkarten sollen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeliefert werden.

Nicht mindere Kopfschmerzen wie die Herstellung der Brotkarte selbst macht ihr „Tod“ den Technikern. Zuerst verbrannte man sie,

liches Verfahren. Jetzt gewinnt man etwa 80 v. H. des verausgabten Papiergewichtes wieder. Die Kartenrückstände kommen in eine besondere Zerkleinerungsmaschine. Ein besonders zuverlässiger Beamter überwacht den Einschüttungsprozeß. Die Maschine, die elektrisch angetrieben wird, zerkleint und zermahlt täglich etwa 2000 Kilogramm Papier. Hoffentlich erreichen alle diese Vorsichtsmaßregeln, die sehr viel Scharf sinn verraten, ihren Zweck. Noch schöner aber wäre es, wie brauchen sie und die Brotkarte überhaupt nicht mehr.

K. J.

**Vorweihnachten in der Großmarkthalle.**

In der Großmarkthalle herrschte heute, sowohl was die Kundenzahl als auch die eingelangten Waren anlangt, wohl der stärkste Verkehr, den das Jahr zu verzeichnen hatte. Namentlich die Abteilung für den Fleischverkauf bot von den ersten Morgenstunden bis gegen Mittag ein lebhaftes Bild des Marktverkehrs, denn von 6 Uhr früh bis gegen 10 Uhr vormittags wurden mehr als zwanzigtausend Parteien abgefertigt, die nach einer von Marktoberinspektor Philipp getroffenen Einteilung rasch und klug an den einzelnen Verkaufsständen die Waren erhalten konnten. Aus den Vorräten der Gemeinde hatte, wie berichtet, der Bürgermeister Dr. Weiskirchner große Mengen für die Weihnachtsversorgung der Wiener Bevölkerung zur Verfügung stellen lassen. So gelangen seit Donnerstag täglich 6000 Kilogramm gesalzener Speck bester Qualität in Mengen zu 6, 12 und 24 Kilogramm gegen Abgabe der Fettkarte, dann mehr als 6000 Kilogramm dänisches Schweinefleisch zu 13 K. pro Kilogramm, 5600 Kilogramm Karpfen zu 6 und 7 K. für das Kilogramm zum Verkauf. Heute wurde auch Gelsfleisch in Portionen zu einem halben Kilogramm und zum Preise von 9 K., ferner große Mengen Wildbret, namentlich Hasen, dann Geflügel abgegeben. Am stärksten war der Andrang bei den Wildbretverkaufsstellen, nicht minder begehrt waren Fische, Fleisch und Speck. Wie bereits erwähnt, vollzog sich die Abwicklung in vollster Ordnung und trotz der großen Nachfrage entstanden keine Störungen.

Der Verkauf, der hauptsächlich für die Angehörigen des Mittelstandes bestimmt ist, wird ausnahmsweise auch morgen Sonntag stattfinden.

\* Die Rahonnirung des Lebensmittelverkaufs.

Die Aufarbeitung der Konstriptionsbogen zur Rahonnirung des Lebensmittelverkaufs geht nur langsam vonstatten, weil mehr als ein Drittel der Bevölkerung es verabsäumt hat, die Geschäfte, in denen sie zu kaufen wünscht, anzugeben, und nun müssen diese Personen zu den Mehlkommissionen vorgeladen werden. Es wurde nun das Uebereinkommen getroffen, die neue Ordnung am 15. Januar in Kraft treten zu lassen. Die neuen Einkaufslegitimationen, sowie die Mehlkarten und vereinten Lebensmittelkarten gelangen am 29. Dezember zur Vertheilung. Sämmtliche Karten werden ins Haus zugestellt. Alle derzeit in Händen des Publikums befindlichen Karten (ausgenommen die Petroleum- und Kerzenkarten), sowie die Lebensmittellegitimationen verlieren mit 1. Januar ihre Giltigkeit und von diesem Tage ab erfolgt der Einkauf bereits auf Grund der Mehl- und vereinten Lebensmittelkarten. Bis 10. Januar kann das Publikum in jedem beliebigen Geschäft kaufen, vom 11. angefangen aber nur beim angemeldeten Kaufmann. Nachdem Viele die Kaufleute nicht angemeldet haben, werden Jenen, die auch auf Aufforderung hin dieser Pflicht nicht nachgekommen sind, am 29. d. die Karten nicht zugestellt werden können. Diese haben sich in der Zeit zwischen dem 30. Dezember und 3. Januar

bei ihrer zuständigen Mehlkommission zur Uebernahme der Karten zu melden. Denjenigen, die sich nicht melden, werden von Amtswegen Kaufleute zugewiesen werden, doch werden sie bis zur Zustellung der Karten keine Lebensmittel kaufen können.

22. / XII. 1917

47

Förderung des Getreide- und Kartoffelbaues. Der Ernährungsrat nahm nach eingehender Beratung, an der sich die Mitglieder Bauer, Dr. Freiherr v. Stöckl, Dr. v. Seidl, Jila, Dr. Schreiner und Cisterer beteiligten, einen Antrag der Mitglieder Dr. Ziegler, Bauer und Soyka an, in welchem die Regierung aufgefordert wird, den Getreide- und Kartoffelbau für das Jahr 1918 dadurch zu unterstützen, daß dem Landwirte die notwendigen Mengen Saatgetreide und Kartoffeln unter jeder Bedingung verbleiben und daß dort, wo nicht genügende Mengen vorhanden sind, das nötige Saatgut durch die Kriegsgetreideverkehrsanstalt geliefert werde. Die politischen Behörden sollen durch die Erntekommissionen darauf hinwirken, daß jeder einzelne Landwirt so viel seines Ackerlandes, als er im Jahresdurchschnitte 1913—14 mit Getreide oder Kartoffeln bebaut hat, auch 1918 mit Getreide und Kartoffeln bestellt. Ein großer Teil der Mitglieder sprach sich bei diesem Anlasse gegen einen auch nur mittelbaren Erzeugungszwang aus. Die Mitglieder Dr. Schreiner und Sonntag wiesen darauf hin, daß es mit Rücksicht auf den bevorstehenden Frühjahrsanbau und die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung notwendig erscheine, rechtzeitig für Beistellung einer genügenden Anzahl von Waggons für den Abtransport von Kunstdünger aus den Fabriken in derselben Weise wie für unentbehrliche Lebensmittel Sorge zu tragen; fernr wären größere Mengen stickstoffhaltiger Stoffe, die in Oesterreich-Ungarn erzeugt werden, der Landwirtschaft in Form von künstlichen Düngemitteln freizugeben.

### Der Suppenfrühstücksgast.

Die Einbrennsuppe im Ringstraßenkaffeehaus.

Die anlässlich des Milchkaffeeverbotes in den Kaffeehäusern angekündigte, mit zweifelndem Kopfschütteln aufgenommene „Kaffeehausmorgensuppe“ ist da. „Lächerlich“, hieß es, „welcher Kaffeesieder wird es wagen, seinen Frühstücksgästen statt der Schale Melange mit Haut eine „gewöhnliche“ Suppe hinzustellen, zu einer Stunde, da seit Menschengedenken kein „besserer“ Kaffeehausgast auch nur an eine Suppe gedacht hätte. Und jetzt stellt sich heraus, daß es dennoch ganz gut geht und daß Suppe statt des Kaffees gar kein übles Getränk ist.

In mehreren reichausgestatteten Ringstraßenkaffeehäusern bietet sich seit einigen Tagen von 7 bis 8 Uhr morgens an ein eigenartiges Bild. In Scharen kommen die Suppenfrühstücksgäste aller Stände, Bankbeamte, Geschäftsleute, Börseaner, Wollaten und Angehörige zweier Berufe und sie lassen sich an den Tischen nieder, und während sie zur Zeitung greifen, stellt der Kellner vor jedem, ohne ein überflüssiges Wort zu sprechen, eine Tasse, auf der sich eine Kaffee-Teeschale, ein Glas Wasser und statt des Sacharintafelzuckers ein — Salzsaß befindet. Diesem veränderten Arrangement entspricht auch der Inhalt der „Teeschale“. Er besteht aus einer düstenden, braunen Flüssigkeit, die unschwer als — Kartoffelsuppe erkannt wird. Es ist die erste Wiener Kaffeehausfrühstücksuppe.

Die Reform hat, wie die Cafetiers mitteilen, bereits Anklang gefunden und verbreitet sich in immer mehr Lokalen. Kein Wunder, da von der Wiedergestaltung des Milchkaffees nichts zu hören ist und die meisten auf das Kaffeehaus angewiesenen Gäste den Frühstückstisch nicht aufgeben, wieder andere sich den Verhältnissen eines nur mit Umweg zu erreichenden Volkskaffeehauses nicht anpassen wollen. Auch in den Ringstraßenlokalen, die die Frühsuppe einführten, ist man durch das Ergebnis außerordentlich befriedigt. Hunderte von Portionen werden bis 10 Uhr vormittags verkauft. Nicht bloß Kartoffelsuppe, sondern auch andere Suppen, wie „Fritatensuppe“ und so weiter werden in Schalen verabreicht, die wohl nicht größer sind als die Kaffeeschalen, aber ihren Preis — 60 bis 70 Heller — durch die heute schwer erreichbaren Zutaten, wie Erdäpfel, Mehl und Fett zu rechtfertigen suchen.

Die Gäste nehmen sich Brot oder alle Arten Hausgebäck mit und „bröckeln“ sie ganz nach Art der Landleute in die Suppe, die dadurch allgemach die Konsistenz und den Nährwert eines „Sterzes“ erhält. Vereinzelt Wiße, wie „Suppen- und Teeanstalt“ verfangen nicht. Wer sich etwas Rauchbares austreiben konnte, zündet die Zigarre oder Zigarette nach der Suppe an und versenkt sich in die Lektüre seiner Zeitung. Die anderen aber sitzen im — Volkscasé, wohin dennoch trotz aller Vorurteile diejenigen Frühauflsteher gewandert sind, die das Kaffees nicht entraten können und so die Ansicht der Kaffeesieder rechtfertigen, daß bloß eine „Konsumverschiebung“ zu ihrem Nachteil stattgefunden habe.

Die Kartoffelsuppe oder Einbrennsuppe im Ringstraßenlokal ist also wieder eine jener Lehren, die der Krieg gebracht hat. Sie knüpft an die Traditionen älterer Zeiten, da die Leute „gesünder“ waren als jetzt, wie das bekannte oft wiederholte Zitat lautet und doch keinen Kaffee, sondern nur Einbrennsuppe zum Frühstück hatten . . .

**Wochenchau.**

**H. A.—r.** Mit seinen letzten müden Schritten strebt dieses Jahr, dem wieder so viel Schmerz und Prüfungen, aber auch so stolze Erfolge unserer Waffen beschieden waren, dem frohen Lande des Friedens näher. Vieles berechtigt zur Erwartung, daß dieser vierte Kriegswinter der Welt den Frieden bringen werde. Der Waffenruhe ist der Waffenstillstand gefolgt und nun sollen auch gleich die Friedensverhandlungen mit Rußland einsetzen. Für die Güte der Absichten aller Teile spricht es, daß man beschlossen hat, über die Wiederanknüpfung auch der Handelsbeziehungen zu beraten. Ja, zielführende Abmachungen über den Wiederbeginn eines örtlichen Handelsverkehrs sind schon in die Waffenstillstands-Vereinbarung aufgenommen worden. Im Anschlusse daran haben sich Vertreter der verschiedenen wirtschaftspolitischen Ressorts, auch des Handels- und Eisenbahnministeriums, nach Brest-Litowsk, einige andere auch nach Rußland selbst begeben. Der wirtschaftliche Verkehr zweier so großer Reiche wie Rußland und Oesterreich-Ungarn, ist allerdings rascher abgerissen als wieder angeknüpft. Ein ganzes, vielverzweigtes Netz von Drähten hat der Krieg da mit einem gewaltigen Hieb durchschnitten und es wird jedenfalls keine leichte, rasch lösbare Aufgabe bilden, all diese so vielfältig verschlungenen Drähte wieder aufzunehmen und in gute Verbindung zu bringen. Umso mehr, als diese Riesenarbeit noch inmitten des Krieges und der von ihm hervorgerufenen Hemmungen und Störungen geleistet werden soll.

Für die etwaige Wiederaufnahme des Warenaustausches kämen von Rußland aus selbstverständlich die Erzeugnisse vor allem der Land-, Forst- und Viehwirtschaft in Betracht, Getreide, Delsaat, Eier und Wolle. Bei der Würdigung dieser Möglichkeit hat man bisher indes vielfach übersehen, daß das russische Reich, mit dessen Vertretern jetzt unterhandelt wird, nicht mehr das Rußland vor dem Kriege ist. Weitesten Gebiete, das Königreich Polen, Russisch-Polen, die Gouvernemente: Kowno, Grodno, Minsk, Wilna und Wolhynien, ferner das Gouvernement Kurland und ein Teil des benachbarten Gebietes waren schon vorher von den Verbündeten besetzt, also auch wirtschaftlich schon in deren Machtbereich. Ein Gebiet von fast 300.000 Quadratkilometern mit einem Ernteburchnitt von mehr als 7,1 Millionen Meterzentnern Weizen und 30 1/2 Millionen Meterzentnern Roggen! Bringt man diese gewaltigen Getreidemengen vom Getreideergebnis ganz Rußlands in Abzug, so zeigt sich, daß der Waffenerfolg der Verbündeten diesen schon bisher einen sehr ansehnlichen Teil der Ernte des Rußland, wie es bis zum Kriegsausbruch als Produzent zu werten war, gesichert hat. Die Roggenernte des dort besetzten Gebietes beträgt ja schon drei Viertel der Roggenernte Oesterreich-Ungarns und ein Neuntel der Weizenernte der Monarchie. Für die Lieferung an die Verbündeten käme jetzt selbstverständlich das Getreide vor allem Südrußlands in Betracht, des Gebietes der schwarzen Erde. Die Getreideproduktion Bessarabiens ist unstreitig gewaltig, aber ebenso wenig läßt sich übersehen, daß auch dort der Krieg eine beträchtliche Verringerung des Anbaues — im Jahre 1916 im Süden Rußlands um ein Achtel, im Südwesten um ein Sechstel — gebracht hat. Die vorjährige Ernte war überdies an sich weniger günstig, gegen die des Jahres 1915 blieb sie um fast 600 Millionen Pud oder 100 Millionen Meterzentner zurück. Auch da handelt es sich aber noch immer um ganz gewaltige Mengen, selbst wenn man, da der Verkehr in Rußland ja jetzt noch immer im Argen liegt, in erster Linie auch nur die verhältnismäßig nahen und leicht greifbaren Bestände des Gebietes am Schwarzen Meer in Rechnung zieht. Umso mehr als Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei, von Bulgarien gar nicht zu sprechen, auch schon bisher unter Voraussetzung sparsam überlegter Gebahrung genügend mit Getreide versorgt waren. Die Besetzung Polens und des größten Teiles Rumäniens und die glänzende Kartoffelernte Deutschlands haben das etwa noch Fehlende glücklicherweise insoweit gesichert, daß das Getreide, das jetzt etwa aus Mittel- und Südrußland hinzukommen dürfte, wenn auch sehr willkommen, aber gewiß nicht mehr als entscheidend für die Volksernährung der Centralmächte zu betrachten sein wird.

Auch bei anderen Möglichkeiten des Warenbezuges aus Rußland, vor allem Eier, die früher an unserer Einfuhr aus Rußland mit etwa einem Drittel beteiligt waren, dann Geflügel, Wolle, Flach und Hanf, ferner gewisse Metalle, wie Kupfer, dann Manganerze, Delsaat und deren Erzeugnisse, und der Ausfuhr dahin wird immer wieder zu beachten sein, daß die Centralmächte dort ohnedies schon fast 300.000 Quadratkilometer Land mit etwa 17 Millionen Einwohnern besetzt hatten, ein Gebiet, das zu den erzeugungs- und verbrauchsträftigsten des bisherigen Rußland zu zählen war. Es geht also doch nicht gut an, den kommenden wirtschaftspolitischen Beratungen kurzweg, ohne viel Ueberlegen die Zahlen des früheren Handelsverkehrs mit Rußland zu Grunde zu legen. Damit würde allerdings leichte, aber auch ganz schlechte Arbeit geleistet. Das Verhältnis, das bis zum Kriege zwischen dem Werte der Einfuhr aus Rußland und dem der Ausfuhr nach Rußland bestand — für etwa 200 Mill. R. Einfuhr aus Rußland und für etwa 100 Mill. R. Ausfuhr nach Rußland — ist denn auch längst veraltet: dafür hat der Weltkrieg gründlich gesorgt.

Die Ausfuhr nach Rußland hat für die weitere Zukunft gewiß sehr günstige Aussichten. Schon vor dem Kriege hatte unser Reich in Rußland einen willigen Abnehmer für Seifen, andere Eisenwaren und Maschinen, Garne und Behälter, Gabeln, Gläser, Glaswaren, Hüte und Schirme, Holz- und Papierwaren u. In einem gewissen

Maße wird dieser Handelsverkehr wohl auch jetzt wieder möglich sein. Aber eben doch nur in beschränktem Maße, denn der Krieg bildet ja auch bei uns ein umso größeres Hemmnis für die Entfaltung der Ausfuhr, als er einen großen Teil der Roh- und Hilfsstoffe sowie der Arbeitskräfte der Industrie für seinen eigenen Bedarf beanspruchen muß. Von den Hindernissen, welche die jetzt herrschenden Verkehrsverhältnisse für das Wiedererwachen des Außenhandels in sich schließen, ganz zu geschweigen. Für die unmittelbar nächste Zeit läßt sich also auf einen wirklich ins Gewicht fallenden Warenaustausch nach dem Osten wohl kaum rechnen. Aber das bedeutet nichts Entscheidendes. Denn auch schon im Anfange wird der wechselseitige Handelsverkehr eine für beide Teile gewiß sehr willkommene Ergänzung und Auffüllung ihrer Warenbestände ermöglichen und schließlich, aber durchaus nicht zuletzt!, würde eine baldige Handelseinigung mit Rußland die Wiederkehr des eiderseitigen Handelsverkehrs in seiner alteingelebten Art in glücklichster Weise beschleunigen. Und eine solche Handelseinigung würde auch ein gewichtiges Hindernis für die Aufrichtung des von der Entente gegen die Centralmächte geplanten wirtschaftlichen Bündnisses bedeuten.

### Wiener Marktkontrolle.

Die Arbeit der freiwilligen Aufsichtsorgane.

In den Wiener Marktverhältnissen, über die noch vor kurzem so vielfache und leider durchaus berechtigte Klagen geführt wurden, hat sich in den letzten Wochen eine wesentliche Besserung vollzogen. Konnte natürlich auch nicht die Knappheit in verschiedenen Artikeln behoben werden, so hat die fortgesetzte Verschärfung des Aufsichtsdienstes doch wenigstens die eine wohltätige Folge gezeitigt, daß die vorhandenen Vorräte in möglichst zweckentsprechender Weise verteilt werden und daß die Fälle, in denen das kaufende Publikum unter der krubellosen Gewinnsucht oder der Grobheit der Verkäufer zu leiden hatte, wesentlich seltener wurden. Dieser Erfolg ist zum nicht geringen Teil der Wirksamkeit der freiwilligen Aufsichtsorgane zu danken.

Der freiwillige Kontrolldienst auf den Wiener Märkten, in ehrenamtlicher Eigenschaft von erfahrenen Wiener Hausfrauen ausgeübt, wurde am 1. d. in Kraft gesetzt, nachdem die Mitwirkenden vorher einen vierzehntägigen Instruktionkurs absolviert hatten, in dem sie über die Höchst-, Richt- und Marktpreise, die Qualitätsbestimmung der Waren und die Geschäftszusammenhänge der Handelsorganisationen unterrichtet wurden. Nun, nachdem die neue Institution die Feuerprobe bestanden hat, kann auch schon ein Urteil über ihren praktischen Wert abgegeben werden: er tritt mit jedem Tag deutlicher in Erscheinung. Die an der freiwilligen Marktkontrolle teilnehmenden Damen, 80 an der Zahl, üben den Dienst schichtweise aus. Die erste Schicht ist bereits um 6 Uhr früh am Platz. Es vergeht kein Tag, an dem nicht die mannigfachsten Mißstände abgestellt würden. Wie scharf die Aufsichtsdamen ihr Augenmerk auf die Marktorgänge richten, betrieht die Tatsache, daß sie täglich durchschnittlich 30 bis 40 Anzeigen erstatten, die zumeist Preisüberschreitungen oder unhöfliches Benehmen der Verkäufer zum Gegenstand haben. Zu den beliebtesten Unsitten der Marktkaufleute gehört es auch, die Waren ohne Preisbezeichnung oder mit falschen Preisangaben zum Kauf feilzuhalten. Auch das unerlaubte Reservieren von Lebensmitteln, wie das häufige Zurückhalten ganzer Warenpartien für Gastwirte und Sanatorien, die freiwillig die Höchstpreise überzahlen, ist sehr häufig zu beobachten. Aber nicht nur gegen die Verkäufer, auch gegen die Konsumenten muß oft genug eingeschritten werden. Jeder Fall, in dem versucht wird, durch wiederholtes Einkäufen oder mehrfaches Anstellen knapp vorhandene Mittel zu hamstern, wird zur Anzeige gebracht.

Die Marktkommissariate, die sich anfangs vom freiwilligen Kontrolldienst nicht allzu viel versprochen, wissen jetzt diese Einrichtung voll zu würdigen und bedienen sich gern der wirksamen Hilfe der Aufsichtsdamen. Auch die Oberbehörden verwerten alle erstatteten Anzeigen. Das gesamte Anzeigematerial wird dem Kriegswucheramt zur Kenntnis gebracht, und dieses erstattet wieder an die Bezirkswirtschaftsämter sowie an alle interessierten Amtsstellen tägliche Berichte über die autage getretenen Uebelstände. Der gute Erfolg des freiwilligen Aufsichtsdienstes dürfte mit Beginn des kommenden Jahres auch zu dessen weiterem Ausbau führen. Sobald es gelungen ist, eine ausreichend große Anzahl von Kräften, zwanzig bis dreißig Personen pro Stadtbezirk, zu gewinnen, wird auch die Straßenaufsicht und die Kontrolle des Lebensmittelverkehrs in den Kaufläden den freiwilligen Kontrollorganen übertragen werden, wobei diese namentlich darauf zu achten haben werden, ob alle Lebensmittel in den Schaufenstern mit den vorgeschriebenen Preisnotierungen ausgestattet sind.

## Die Ernährungsfragen.

Vom Reichsrats-Abgeordneten Dr. Franz Dinghofer, Bürgermeister der Stadt Linz.

Mit einem unterernährten Volke ist nicht viel anzufangen. Daher ist die Sorge für eine hinreichende Ernährung der Bevölkerung eine Aufgabe der Allgemeinheit. Die österreichische Staatsverwaltung hat zu Beginn des Krieges nur zögernd diese Grundwahrheit sich zu eigen gemacht und es wurde daher viel veräußert. Das System der zentralen Bewirtschaftung ist zum Schutze der breiten Massen der Bevölkerung notwendig. Nur sollte mehr der legitime Handel herangezogen werden, insbesondere bei den sogenannten Zentralen.

Zu bedauern ist, daß auch heute noch insbesondere in der Form und Einrichtung der Zentralen der einheitliche Wille in der Behandlung der Ernährungsfrage fehlt. Besonders schwierig ist unser Verhältnis gegenüber Ungarn geworden. Die Ungleichheiten in der Versorgung zwischen Oesterreich und Ungarn wirken verbitternd. Andererseits müssen die Deutschen in Oesterreich und die Magyaren in Ungarn politisch zusammengehen.

Die Wiederherstellung des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes mit einer gemeinsamen Ernährungszentralstelle muß gefordert werden. Am wenigsten glücklich waren wir bisher im Kampfe gegen die Teuerung. Die wucherischen Schiedungen sind schärfstens zu bekämpfen, ohne in Kleinlichkeit zu verfallen, die Erzeugung und der Handel mit Surrogatartikeln ist unter Kontrolle zu stellen. In der Organisierung der Lebensmittel muß scharf unterschieden werden zwischen Produktion, Erfassung und Verteilung der Lebensmittel. Hinsichtlich des Anbauzwanges kann man verschiedener Meinung sein. In Oesterreich ist aus den verschiedensten Gründen eine behördliche Einflußnahme auf den Anbau notwendig. Nur hat sich das Kontingentierungssystem nicht bewährt, an dessen Stelle sollte die individuelle Erfassung treten, wobei Kleinliche Schikane zu vermeiden sind.

Auch hier wäre der legitime Handel möglichst heranzuziehen, ebenso bei der Verteilung der Lebensmittel, die in erster Linie den G e m e i n d e n obliegen sollte und bei uns gegenüber Deutschland auch nicht einheitlich durchgeführt ist. Die Ursache hierfür mag in der Verschiedenheit der Gemeindeverwaltungen zu suchen sein. Das System der Gemeinwirtschaft wird mit dem Kriege nicht sofort verschwinden können. Sehr wünschenswert wäre, wenn vielleicht bei den Friedensbedingungen eine Rohstoff- und Lebensmittelergän-

zung für uns aus dem Auslande möglich würde. Oberster Grundsatz in der Ernährungsfrage bleibt die Einordnung jedes Einzelnen in die Forderungen des Gesamtwohles. Wie die Soldaten draußen Entbehrungen und Leiden gemeinsam tragen, so wird auch die Bevölkerung leichter ausharren, wenn sie weiß, daß mit gleichem Maße alle gemessen werden.

(Die Richtpreise für Holz.) Die von der Central-Preisprüfungscommission festgesetzten Erzeuger-Richtpreise für Holz umfassen Richtpreise für rohe Nadelhölzer, für Nadelholzschnittware, für Risten in zugeschnittenen Zeilen, für harte Rohhölzer inländischer Herkunft und für Laubholzschnittmaterial inländischer Herkunft. Die Richtpreise für rohe Nadelhölzer ab Waggon jeder österreichischen Verladestation in Kronen für 1 Festmeter sind für Rundholz der Fichte, Tanne und Kiefer, entrindet, faul- und bruchfrei die folgenden: 1. Für Hölzer von 1 Meter Länge aufwärts bis 15 Zentimeter Mittenstärke und mindestens 7 Zentimeter Hobstärke 41 K. 2. Für Hölzer von 1 Meter bis 3-90 Meter Länge, 16 bis 20 Zentimeter Mittenstärke 43 K., 21 bis 25 Zentimeter Mittenstärke 45 K. 3. Für Hölzer von 4 Meter Länge aufwärts, 16 bis 20 Zentimeter Mittenstärke, 47 K., 21 bis 25 Zentimeter Mittenstärke 49 K., 26 bis 30 Zentimeter Mittenstärke 57 K., 31 bis 35 Zentimeter Mittenstärke 62 K., 36 Zentimeter und mehr Mittenstärke 65 K.; für Hölzer der letzten drei Gruppen unter 4 Meter Länge 2 K. Abschlag. 4. Rundholz von 7 Zentimeter Hobstärke und 1 Meter Länge aufwärts, im Raummaß von 5 Prozent Uebermaß, aufgestellt, für 1 Raummeter 38 K. 5. Für Särgenrundholz von 4 Meter Länge und 16 Zentimeter Mittenstärke aufwärts ein Zuschlag von 15 Prozent. 6. Für glatte, gerade Kiefer südböhmischer Provenienz von 4 Meter Länge und 26 Zentimeter Mittenstärke aufwärts ein Zuschlag von 20 Prozent. Die Richtpreise für Nadelholzschnittware sind ab Waggon jeder österreichischen Verladestation in Kronen für 1 Festmeter wie folgt festgesetzt: Weiches Schnittmaterial: 1. Unsortierte Fichte, bei Mitlieferung von höchstens 10 Prozent Tanne, parallel besäumt für 13-19, beziehungsweise 20-24 und 25 Cm. aufw. breit: 13-17 Mm. stark, 165, 169, 183 K.; 18-21 Mm. stark, 150, 160, 173 K.; von 22 Mm. aufw. 146, 155, 169 K. 2. Fichte und Tanne, sogenannte zweite Klasse, faul- und bruchfrei, parallel besäumt für 9-19, beziehungsweise 20-24 und 25 Cm. aufw. breit: 13-17 Mm. stark, 3-6 M. lang, 157, 160, 173 K.; 18-21 Mm. stark, 3-6 M. lang, 136, 146, 160 K.; 22 Mm. aufw. 3-6 M. lang, 132, 136, 146 K. 3. Kürzungsware: bis 2 M. Länge 20 Prozent, mehr als 2 M. Länge 10 Prozent Abschlag, Post 1 und 2. Für konisch geschnittene Ware: 15 Prozent Abschlag von den Preisen der unsortierten, beziehungsweise Zweiten Klasse Ware, Post 1 und 2. Gezimmeretes Laubholz, 1-8 M. lang, 80x80 bis 150x180 Mm. waldfantig 110 K.

## 100.000 Vergessene!

Das Hausgefinde und die Bezugskarte.

Die Bezugsbegünstigungen für die Minder- und Mindestbemittelten werden haushaltsweise, also für den Haushaltsvorstand und dessen Angehörige zugewiesen. Diese Einrichtung war gewiß ganz berechtigt, so lange die Bezugsberechtigung sich nur auf Lebensmittel, vor allem Fleisch, erstreckte. Denn solange kam diese Begünstigung ja auch Allen, die im betreffenden Haushalte verpflegt werden, zugute. Aber vor kurzem ist das anders geworden. Die Bezugsbegünstigung der Minder- und Mindestbemittelten ist seither ausgedehnt worden, ausgedehnt auf Bekleidungsstücke und Schuhwaren und damit auf Waren, die nicht mehr in das Bereich der Verpflegung der Haushaltsangehörigen fallen. An der Organisation des Bezuges hat man aber bedauerlicherweise nichts geändert: sie kommt also noch immer dem Haushalte nur der Minder- oder Mindestbemittelten zu! Daraus folgt nun, daß alle jene Minder- oder Mindestbemittelten, die in einem anderen, nicht als minder- oder mindestbemittelt anzuprechenden Haushalte leben, dieser Begünstigung für den billigen Bezug jener Kleidungsstücke und Schuhe nicht teilhaftig geworden sind.

Hierher zählen nun vor Allem die Dienstmädchen, das Hausgefinde! Sie gehören, ja sogar überwiegend, dem Haushalte des Wohlhabenden an. Und da dieser bei der Höhe seines Einkommens die Ausweisarte des Minder- oder Mindestbemittelten nicht beanspruchen kann, entgeht nun auch seinem Hauspersonal, obwohl dieses ja doch tatsächlich wenigstens minder-, wenn schon nicht mindestbemittelt ist, die Begünstigung. Das mag unglaublich erscheinen! Aber es ist doch so; denn die Bezugskarte wird ja, wie schon erwähnt, noch immer haushaltsweise ausgestellt!

Die einfachste, ganz selbstverständliche Abhilfe wäre die Ausstellung von Bezugskarten, soweit es sich um Kleidungsstücke, Schuhe u. dergl. handelt, auch an das Hausgefinde, gleichviel, ob die ihm Angehörigen im Haushalte eines Reichen oder Minder- oder Mindestbemittelten tätig sind. Es handelt sich hierbei um mehr als 100.000 Menschen — genauer: um 101.364! nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung — also eine Anzahl Menschen, die wirklich genug groß ist, um nicht dauernd übersehen werden zu dürfen.

# Der Arbeiterhaushalt auf dem Lande.

Ein Genossin aus Deutsch-Altenburg schreibt uns:

Um meinen alten Vater und meine Schwester vor dem Verhungern zu retten, überfiedelten wir im Juni dieses Jahres hieher, hoffend, auf dem Lande leichter das benötigte „Durchhalten“ aushalten zu können. Doch „der Mensch denkt“ und unwissende, prohige Landbürgermeister und Gemeinderäte, habgierige Bauern und Geschäftsleute und nicht in letzter Linie jene Einflußreichen in den staatlichen Ernährungsämtern lenken. So kam es, daß wir im Sommer, als noch Grün-gemüse war, halbwegs zum Essen hatten, wenn wir Geld und Mühe nicht scheuten, aber heute stehen wir tatsächlich vor dem nackten Hunger. Sicher rechnen können wir nur mit unserer Brot-, Mehl- und Zuckerration. Ein findiger Satter im Ernährungsrat hat herausgefunden, daß der Arbeiter am Sonntag kein Brot braucht. „Sollen sie Kuchen essen, wenn sie kein Brot haben.“ hat Marie Antoinette vor Ausbruch der Revolu-

tion dem hungernden Volke gesagt. So meinte wahrscheinlich dieser Ganzschelte auch, denn wir bekommen hier nur für sechs Tage Brot. Zubußen bekommen wir auch nicht, die ge-hören nur für Kranke zc., erklärte uns ein Gemeindefunktionär, als wir sie verlangten. Daß sich eine Gemeindevertretung um Fett, Kartoffeln, Kohlen zc. kümmern muß, ist dem Herrn Bürgermeister unbekannt. Er hat dies alles und seine Anhänger ebenso als „die Zinsleute“? ... Die sollen eben sehen, wie sie sich etwas verschaffen. Im März bekamen die Leute ein Viertelkilogramm Schmalz und die nächste Ausgabe war am 14. November. Kartoffeln erhielten wir im September im ganzen neun Kilogramm und seither keine. Für Kohlen besitzen wir schon die Karte, aber von Kohlen ist nichts zu sehen; die Schulkinder sind seit vierzehn Tagen zu Hause, zum Miß-vergnügen der Eltern, weil die Schule ohne Kohlen da steht. Ueberhaupt ließe sich viel sagen von den hiesigen Schulverhältnissen.

In Konsumwaren bekamen wir seit Juli für den Haushalt: 2 Pakete Kriegskaffee, 1/2 Packerl Frank-Kaffee, eine Krage, ein kleines Stückchen Seife, viermal je 1/2 Liter Essig, 1/2 Kilo-gramm Soda. Natürlich gehen wir täglich in die beiden Geschäfte im Orte um Waren nachfragen. Nebenbei bemerkt, sind die beiden Geschäftsi-haber anständig, sie teilen das wenige gewissenhaft ein, damit alle etwas erhalten. Leider langt es nie. Selbstverständlich rennen wir auch zu den Bauern, um Eier, Kartoffeln oder Gemüse zu erwischen. Da erlebt man aber seine Wunder. Zuerst sagen sie, sie haben nichts: „Dar“ brauchen wir selber, Fleisch kriegt man wenig, so müssen wir mit „Dar“ lachen, daß wir nicht von Kräften kommen. Und sie essen lustig und ohne Gewissensbisse fette Eierpeisen, Milchpeisen, weiche Eier und harte Eier auf Gemüse. Kartoffeln haben sie genug, nur verkaufen sie keine, aus Furcht, selbst verhungern zu müssen oder ihre Schwelne verhungern lassen zu müssen. „Was glauben S', wann i meine Säug' lane Erdäp'eln geb'n kann, kummen i ja vom Fett.“ sagen sie. Als ich im Sommer von einer Bäuerin einen halben Eiter Milch erbat, da mir sehr schlecht war, verweigerte sie ihn mir, „weil die jungen Fabeln Milch brauchen“. Alles haben sie, diese Selbstverforger, gutes und genügend selbstgebackenes Brot, Milch zum Kaffee und zum Kochen, Mehl, Fett, Kartoffeln, Eier, Sahnner, Gänse, Fleisch, da sie jetzt ab-siechen, nur wir „Zinsleute“ stehen wie die Parias draußen und sehen sehnsüchtig in den Bauernhof wie nach einem Schlaraffenland. Bis jetzt erhielten wir von einer gutmütigen Bäuerin alle drei bis vier Wochen je zwei Kilogramm Erdäpfel, aber schon sehr über dem Höchstpreis; jetzt ist auch diese Quelle verstopft, weil die Kartoffeln aufgenommen sind und der Ort ein ziemliches Quantum abliefern muß. Wenn nur die Kart-felzentrale Erdäpfel bekommt, ob die Einwohner welche haben, um das schert sich nicht dieser Bürgermeister. Und da der Krieg veredelt, so blüht der Schmuggel; viele Arbeiterfrauen fahren in die nahe Stadt Pöchlarn einzukaufen, in. ist Fett und Fleisch. Unsere „lie en unartigen Brüder“ haben Le. b. v. Ausfuhr ver-boten und eine Menge Gendarmen suchen je den Zug ab und nehmen jeder Frau das kleinste Quantum Fleisch oder Gemü'e ab, wenn — sie es bei ihr haben. Wir gehen auch an Markttagen in die nahe Stadt Gaimburg, um uns wenigstens mit Gemü'e zu versorgen. Aber mager ist die Ausbeute und

teuer kommt uns dieser Weg. Die Stadtverwaltung von Gaim-burg scheint außerhalb Niederösterreichs zu leben, denn auf dem Markte herrschen nur ungarische Preise. Jede Gänselein ver-kauft zu dem Preise, der ihr eben päßt, Frau zu 230 Kronen das Kilogramm. „Was glauben Sie, wie schwer es mir wurde, bis ich es von Un-arn herüberschmuggelte.“ erklärte mir vorige Woche der Händler. In Pöchlarn kostet das Kilogramm 40 und 50 Heller. Kleine schäbige gelbe Rüben kosten 240 Kronen das Kilogramm, Burgunderrüben 120 das Kilogramm, Garm-rüben 130 Kronen das Kilogramm, Aepfel mindster Sorte 2 Kronen. Und so geht es fort, dabei wird fast um dieses minderwertige Gemüse geraut, denn Gaimburg hat viele D u n g r i g e, es ist eine Fabrikstadt. Selbst für Handarbeiten, Nähen und Hausarbeiten trugen wir aus den „Selbstver-forgern“ an „Lebensmittel als Arbeitslohn“ verlangend, bis jetzt glückte es in einem Falle. Den Leuten fehlt es eben an Zwirn, Stoff und Reinwand zur Verarbeitung. Wollen Sie unseren Epizettel dieser Woche wissen? Da können Sie beurteilen, welchen Nährwert wir zu uns nehmen und wie wir unseren Gesundheitszustand erhalten können. Montag: Früh: Milchsuppe mit einer dünnen Schnitte Brot. (Wir müssen ja den ganzen Tag mit unserem „Viertel“ aus-kommen.) Mittags: Suppe (Wasser mit einer zerkleinerten Kartoffel, etwas Zwiebel und Salz), eingebrannte Rüben, Bitter, fast ohne Fett. Pause: Leeren Tee mit einer Schnitte Brot. Abends: Von mittags Suppe und Gemüse und den Rest Brot. (Frühstück, Pause und Nachtmahl sind immer gleich, Nachtmahl wird vor dem Anrichten vom Mittagessen ge-nommen.) Dienstag: Nudelsuppe mit einigen Bohnen, die ich mir von Graz mitgebracht habe. Mittwoch: Nübenmaderln. Donnerstag: Nüben Gemüse. Freitag: Knödel mit Essigren. Samstag: Rüben. Sonntag: Nindsuppe mit Gries, Nindfleisch und irgend ein Strudel oder eine Erdäpfelmehlspeise, wenn ich Erdäpfel bekomme. Bemerken muß ich, daß ich Nudeln ohne Ei mache, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“. Ueberhaupt muß recht primitiv gekocht werden, weil einmal dies, das anderemal das fehlt und absolut nicht auszubekom-men ist. Alle Sonntag bekommen wir ein halbes Kilogramm Fleisch für den Haushalt, absolut nicht mehr. Die Bauern stechen sich schnell ein Dendel ab, wenn sie zu wenig haben; für uns ist keines zu haben: „Wir brauchen's selber.“ Ein Festessen sind Donauweissfische, aber leider blüht uns dieses Stück nur alle vierzehn Tage einmal. Mit Empörung kaus ich die diversen Mittagessen, verfluche den Krieg, der uns eine solche elende Lebensweise aufzwingt, und nicht tröstet mich der Gedanke, daß mit mir hunderttausend Arbeitende zum gleichen Lose verdammte sind. Mein einziger Gedanke ist nur immer: Werden diese vielen Hunderttausende aus dieser schweren Zeit lernen und die richtige Augenwendung machen?

Marie Sch.

Der Abend  
27. VII. 1917

56

#### Suppenwürfel aus Sand und Salz.

Die Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genussmittel des Allg. Österr. Apothekervereines macht uns darauf aufmerksam, daß es Suppenwürfel gibt, auf die der Vorwurf „fast nur aus gefärbtem Kochsalz zu bestehen“ nicht zutrifft, wenn es auch richtig ist, daß jetzt sehr viel gefälschtes Zeug in den Handel kommt, so gibt es doch auch eine Anzahl Erzeugnisse von bekannten Firmen, welche auch jetzt noch in fast unveränderter Qualität in den Handel kommen und die tatsächlich Fleisch-extraktstoffe oder andere Eiweißabbauprodukte in größerer Menge enthalten, so daß die Kochprobe dieser Würfel eine ganz wohlschmeckende Suppe liefert. Es wäre daher ungerecht, durch obigen Satz alle Erzeugnisse in einen Topf zu werfen, ohne anzuerkennen, daß es neben den schlechten Würfeln auch gute gibt, die den Zweck, für den sie empfohlen werden, vollkommen erfüllen, deren Zusammensetzung tadellos ist und den amtlichen Vorschriften entspricht und die schon lange Jahre vor dem Kriege geschätzt wurden.

Wir geben dies zu. Um so notwendiger wäre es, daß man doch endlich die staatliche Prüfungsanstalt für Erzeugnisse einrichtete, die vor vielen Monaten mit nicht unbeträchtlicher Reklame angekündigt worden ist. Auch die schönste Reklame ermöglicht es den Verbrau-

chern leider nicht, einen wertlosen Suppenwürfel von einem wertvollen zu unterscheiden, und so wird denn nichts anderes übrig bleiben, als daß sich die Herren Verwaltungsjuristen zu einem etwas lebhafteren Tempo entschließen. Ein Interesse an ihrer gegenwärtigen Art zu arbeiten haben ja schließlich doch nur die Lebensmittelbetrüger.

## Volkswirtschaftliche Bestrebungen in Neu-Bulgarien

Von dem Vertreter der „Reichspost“

gh. Konstantinopel, im Dezember.

Die Bulgaren suchen sich die wirtschaftlichen Erfahrungen dieses Krieges zu nutze zu machen. Bulgarien als reiner Ackerbaustaat hängt in vielen wichtigen Bedarfsgegenständen vom Ausland ab, und um dieser Abhängigkeit ein Ende zu machen, sucht es sich vom Auslande wirtschaftlich unabhängiger zu machen. Bei vielen unentbehrlichen Gütern ist das nicht schwer, da das Land die Vorbedingungen ihrer Erzeugung besitzt, die schlummernden Kräfte brauchen nur geweckt zu werden. Im benachbarten Ostrumelien, dieser fruchtbaren Provinz Bulgariens, kann man die planmäßigen Fortschritte der bulgarischen Volkswirtschaft genau beobachten. Reis ist in den wasserreichen Niederungen der Flußtäler immer schon gebaut worden, jetzt hat aber der Reissbau auf Veranlassung der Regierung großen Umfang angenommen. Alle bewässerbaren Felder der Niederung sind mit Reis bestellt. Bulgarien will den größten Teil seines Reisbedarfes selbst decken. Der bulgarische Reis ist nicht schlecht, er eignet sich vorzüglich zu Pilaw, dem Leibgerichte aller Morgenländer, nur das Schälchen läßt noch zu wünschen übrig, der Reis erscheint braun. In der Gegend von Adrianopel längs der Maritza sind im vergangenen Sommer viele Zuckerrüben angebaut worden. Die Bauern erhielten von der Regierung den Samen und müssen die Rüben an sie abliefern. Sie werden nach Sofia geschafft und in der dortigen Zuckersabrik verarbeitet. Die Bauern kochen die Rüben auch selbst aus und gewinnen einen dicken Zuckersaft, den sie in ihrer Hauswirtschaft verwerten. In der Gegend von Odrin, dem ehemaligen Karaghatsch, der Station von Adrianopel, ist auch Baumwolle gebaut worden, die indische Sorte *Gossypium herbaceum*, die überall in der Türkei und auf dem Balkan gebaut wird und die sich von den amerikanischen Sorten dadurch unterscheidet, daß die Wolle beim Pflücken nicht aus den Kapseln herausgenommen werden kann, sondern daß die ganzen Kapseln abgebrochen werden müssen. Die Baumwolle soll ganz gut gedeihen. In dieser Gegend blüht seit altersher auch die Seidenraupenzucht, es gibt auch einige

kleine Seidenfilanden, wo die „Kukulja“, die Kokons, abgehaspelt werden.

Die Bulgaren wenden der Textilindustrie größte Aufmerksamkeit zu. Wie in allen anderen Staaten des Morgenlandes ist diese auch in Bulgarien eine uralte Hausindustrie. Große Bedeutung hat die Erzeugung von „Schajak“, eines groben, aber dauerhaften Luches. Der ostrumelische Schajak ist berühmt. Die Schajakherzeugung ließe sich leicht zur Lucherzeugung vervollkommen. Wolle erzeugt Bulgarien für seine nationale Wollindustrie genug, geschickte Arbeitskräfte sind genügend vorhanden, Antriebskraft auch, und so kann es nicht fehlen, daß die Wolleverarbeitung in Bulgarieneine achtunggebietende Industrie werden dürfte, womit die europäischen Industriestaaten zu rechnen haben würden. Um ihren Schafbestand zu vergrößern haben die Bulgaren nach der Eroberung der Dobrudscha alle Herden von dort weggetrieben, so daß es gegenwärtig in der Dobrudscha sehr wenig Vieh gibt. Bulgarien kann auch mehr Flachs und Hanf bauen und sich selbst die Rohstoffe für Leinen- und Hanfindustrie erzeugen. Auch die Seidenzucht ließe sich noch bedeutend erweitern. Welche Ergebnisse der Baumwollbau haben wird, bleibt abzuwarten. Eine Quelle großen Reichthums hat Bulgarien in seinem Tabakbau und seinen Wäldern. In seinen neu erworbenen mazedonischen Gebieten wächst der beste Tabak der Welt, der „ionische“ (von Kanthi), die Bulgaren hoffen immer noch, Kawaalla zu erhalten, so daß sie dann das ganze mazedonische Tabakgebiet besäßen. Mazedonischer Tabak, unerlässlich für die Erzeugung guter Zigaretten und der sich nirgends sonst in der Welt anbauen läßt, wird sehr teuer bezahlt. Die bulgarischen Wälder werden erst zum kleinen Teil ausgebeutet, bis zum Kriege bezog Bulgarien viel Holz aus Rumänien. Der Abstoßung der bulgarischen Wälder steht der Mangel an Verkehrsmitteln im Wege. Diesem Mangel abzuwehren, wird eine Hauptaufgabe der Regierung sein, und tatsächlich sind auch diese Arbeiten schon in Angriff genommen worden.

\* **Anonyme Anzeigen.** In der letzten Zeit laufen bei der Polizeibehörde fast täglich Anzeigen ein, die größtenteils anonym gehalten sind, aber anscheinend glaubwürdig und gut unterrichtet angeben, daß diese und jene Wohnpartei in unrechtmäßiger Weise Lebensmittel aufspeichere, und ungeachtet der großen Vorräte die betreffenden Lebensmittelarten von der Brotkommission weiterbeziehe. Bald ist es — schreibt uns der Obmann einer Wiener Brotkommission — eine Dienstperson, die in Folge eines Zerwürfnisses den Posten verließ, und nun aus Rache die anonyme Anzeige erstattet (gewöhnlich folgt dann eine Gegenanzeige der Dienstgeber), bald eine „gute“ Nachbarin, die vielleicht aus Neid gegen die besser versorgte oder nur besser versorgt scheinende Partei sich zu der Angeberei gedrängt fühlt. Genug: Polizei, Magistrat und Brotkommissionen werden durch solche anonyme Anzeigen in Atem gehalten, so sonderbar es auch erscheinen mag, daß anonyme Zuschriften überhaupt Beachtung finden. Vielleicht haben sich die Behörden dazu veranlaßt gesehen, durch den tatsächlich überhand nehmenden Betrug mit Lebensmitteln und

Lebensmittelarten, um dem allzu großen Verbrauch im Interesse der Allgemeinheit Einhalt zu tun. Aber immerhin sollten aus Rücksicht gegen die ohnedies tief gesunkene Moral der Zeit derartige anonyme Anzeigen seitens der Verwaltungsbehörden etwas weniger Beachtung finden — schon deshalb, weil die in der Anzeige zugrunde liegende Gehässigkeit nicht in weiterem Umfange gefördert werden dürfte und weil der Angeber nicht den Mut hat, mit seiner Person für seine Beschuldigung einzustehen. Nicht zuletzt wäre es auch im Vorteil der Polizei, des Magistrats und der Brotkommissionen selbst gelegen, solcher anonymen Anzeigen lediglich das gebührende Schicksal des Papierkorbes zuteil werden zu lassen. Die genannten Behörden blieben dadurch in vielen Fällen davon verschont, nutzlos vergeudete Zeit und Mühe beklagen zu müssen, denn zumeist zeigt es sich nach langem Hin und Her: es war „viel Särm um nichts“. Und in nicht wenigen zahlreichen Fällen stellt es sich nach wochenlangen Schreibereien, nachdem Polizei, Brotkommission und Magistrat viele Bogen Papier verbraucht haben, heraus, daß die beschuldigte Partei — von besonders krassen Fällen abgesehen — einen großen Teil der Vorräte längst verbraucht hat, ehe die Amtshandlung einsetzt und etwa die Entziehung der zu Unrecht bezogenen Lebensmittelarten erfolgt. Der Anzeiger oder die Anzeigerin kommen also auch nicht auf ihre Kosten und sind um die fragwürdige Genugthuung, dem Angezeigten wirklich etwas „angetan“ zu haben, gekommen.

28. / XII. 1917.

59

\* Die Lebensmittelversorgung der Kranken ist durch eingehende Bestimmungen der Zentralbehörden geregelt worden, zu denen die Groß-Berliner Gemeinden unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse nunmehr die erforderlichen Ausführungsanweisungen getroffen haben. Durch die neuen Bestimmungen wird einerseits die Versorgung der Kranken in den Krankenhäusern sichergestellt, andererseits verhütet, daß Doppelversorgungen stattfinden.

Wer in ein Krankenhaus aufgenommen zu werden wünscht, hat sich, außer wenn ein dringender Notfall vorliegt, vorher bei seiner zuständigen Brotkommission eine Abmeldebesccheinigung erteilen zu lassen und seine Lebensmittelkarten abzugeben. Diese Abmeldebesccheinigung nimmt die Krankenhausverwaltung bei der Aufnahme dem Kranken ab. Einwohner Groß-Berlins, die in ein Groß-Berliner Krankenhaus gehen wollen, haben bei der Abmeldung auch ihre Brot- und Fleischkarten abzugeben, ohne daß ein Umtausch der Brotkarten gegen Reisebrotmarken erfolgt. Diese Bestimmung ist hauptsächlich im Interesse der Kranken getroffen, um ihnen während der Krankenhausbehandlung den Bezug der vollen Brotmenge ohne die sonst beim Umtausch gegen Reisebrotmarken übliche Kürzung zu ermöglichen. Die Privatkrankenanstalten erhöhen auf Grund der von den Patienten abgegebenen Abmeldebescchein bei der für die Krankenanstalt zuständigen Brotkommission sämtliche Karten ausgehändigt. Bei Entlassung aus dem Krankenhaus muß der Kranke sich bei der Brotkommission des Krankenhauses einen Abmeldebescchein besorgen.

28. XI. 1917

60

\* Die Vertheilung der neuen Lebensmittelkarten. Wegen der durch den großen Schneefall verursachten Verkehrsschwierigkeiten hat der Magistrat in seiner heutigen Sitzung verfügt, daß die am Samstag zur Vertheilung gelangenden Mehl- und Lebensmittelkarten nicht ins Haus zugeführt werden, sondern daß jeder Hauseigentümer verpflichtet ist, die Karten für die ständigen Bewohner seines Hauses vom 29. d. von der Mehlkommission abholen und noch am selben Tage unter dieselben verteilen zu lassen. Der Hauseigentümer oder dessen Beauftragter hat die Berechtigung zur Übernahme der Karten mit der Vertheilungsliste der letzten Kartenvertheilung oder mit dem vom Hauseigentümer oder dessen Beauftragten unterschriebenen Kontrollcoupon nachzuweisen. Der Hauseigentümer ist verantwortlich dafür, daß die ihm übergebenen Karten und Bestimmungskarten nur jenen, auf deren Namen sie ausgeben werden. Gleichzeitig hat der Bürgermeister die zur Vertheilung der Karten belegten Behörden verpflichtet, daß sie am Samstag Vormittag von 9-12 Uhr und am Nachmittag von 3-5 Uhr sich so lange in der ihnen zugewiesenen Mehlkommission aufhalten, bis sie die in ihrem Bezirk befindlichen Häuser mit den Karten versehen haben. Jede Hauseigentümer, die die Karten am Samstag nicht abholen oder am selben Tage nicht verteilen, begehen eine Uebertretung, die mit zwei Monaten Arrest und 600 St. Geldstrafe belegt wird.

28. VII. 1917

61

(Die Verteilung der neuen Lebensmittelkarten.) Die Approvisionnementssektion veröffentlicht folgendes: In Anbetracht der durch den starken Schneefall verursachten Verkehrsschwierigkeiten hat der Magistrat heute folgende Verfügung getroffen: Die übermorgen (Samstag) zur Verteilung gelangenden Mehl- und anderen Lebensmittelkarten werden den Parteien von den Mehlkommissionen nicht zugestellt, sondern jeder Hausbesitzer ist verpflichtet, für die ständigen Bewohner seines Hauses die ihnen gebührenden Karten Samstag, am 29. d., von den Mehlkommissionen abholen zu lassen und noch an demselben Tage unter die Bewohner zu verteilen. Der Hausbesitzer oder dessen Vertreter hat seine Berechtigung zur Übernahme der Karten durch Vorweisung der auf die letzte Kartenverteilung bezüglichen „Verteilungsliste“ oder des mit der Unterschrift des Hausbesitzers oder seines Vertreters versehenen „Kontrollkupon“ nachzuweisen. Der Hausbesitzer ist für die richtige Verteilung der ihm übergebenen Karten unter die in der Verteilungsliste genannten Parteien verantwortlich; er darf die Karten nur denjenigen ausfolgen, auf deren Namen sie lauten. Gleichzeitig weist der Bürgermeister das zur Ausfolgung der Karten an die Hausbesitzer oder deren Vertreter beordnete Lehrpersonal an, Samstag vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Bureau der zuständigen Mehlkommissionen den Parteien zur Verfügung zu stehen. Diejenigen Hausbesitzer, die die für ihre Mieter bestimmten Lebensmittelkarten in der angegebenen Zeit nicht abholen lassen oder sie in der vorgeschriebenen Weise nicht verteilen, machen sich einer Uebertretung schuldig, die im Sinne des § 9 G.-A. L.: 1914 mit Arrest bis zu zwei Monaten und einer Geldstrafe bis zu 600 Kronen geahndet wird.

(Die neuen Lebensmittelfarten.) Statt der bisherigen zahlreichen Karten werden Samstag, 29. d., bloß zweierlei Karten verteilt: die Mehl- und Brotkarten, die unverändert bleiben und nach wie vor auf vier Wochen lauten, und die „vereinigte Lebensmittelfarten“, die alle übrigen Lebensmittelfarten in sich vereinigen. Die vereinigte Lebensmittelfarten lauten auf die Monate Januar, Februar und März; jede Familie erhält so viele vereinigte Lebensmittelfarten, als die Zahl ihrer Angehörigen beträgt. Jede vereinigte Lebensmittelfarte enthält 60 Kupons, die an den vier Seiten angebracht sind; in der Mitte befindet sich eine Instruktion zur Orientierung des Publikums und ein entsprechender Raum für den Namen des Inhabers. Auf der linken Seite der Karte befinden sich je 9 Kupons für Fett, Zucker und gedörrte Pflaumen, auf der rechten Seite ebenfalls je 9 Kupons für trockenes Gemüse und Kartoffeln, am unteren Teil der Karte je 8 Kupons für Kriegskaffee, Malzkaffee und Mäse, am oberen Teil 6 Seifenkupons. Außerdem befinden sich oben noch 6 Ersatzkupons für Lebensmittel, die eventuell später gegen Karten in Verkehr gebracht werden. Die Kupons für Fett, Zucker, gedörrte Pflaumen, trockenes Gemüse und Kartoffeln lauten auf je zehn Tage, die Kupons für Seife auf je zwei Wochen und die Kupons für Kriegskaffee, Malzkaffee und Mäse für je einen Monat. Vom 1. Januar 1918 an verlieren die jetzigen Lebensmittellegitimationen ihre Gültigkeit. Da das Rationierungssystem, wie wir bereits gemeldet haben, erst am 11. Januar ins Leben tritt, können die Kupons der vereinigte Lebensmittelfarten bis dahin wo immer eingelöst werden; nach dem 11. Januar aber darf nur die Verschlusstelle die Kupons einlösen, der die betreffende Karte zugeteilt wurde.

## Die Lebensmittelversorgung der Entente.

Wien, 27. Dezember.

Herr Lloyd-George hat heute über die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung der Entente gesprochen. Kürzlich bildete im englischen Parlament das Anstellen der Bevölkerung um Butter und andere Nahrungsmittel den Gegenstand der Erörterung. Schon die öffentliche Diskussion über so empfindliche Fragen zeigt den Umschwung der Verhältnisse in der Entente. Früher fühlte sich selten einer der verantwortlichen Staatsmänner der Entente verpflichtet, auf die Gefahr einer Verschlimmerung hinzuweisen und zur Sparsamkeit zu mahnen. Dennoch ist es nicht möglich, die Bevölkerung darüber hinwegzutäuschen, daß die Lebensmittel wesentlich knapper werden. Das kommt jedermann, der sich in London heute anstellen muß, deutlich zum Bewußtsein. In England zeigt sich vor allem eine starke Knappheit in der Fleischzufuhr. Das ist begreiflich, denn die überseeischen Fleischverschiffungen haben, wie aus Berichten hervorgeht, vollkommen aufgehört, und der englische Viehstand, insbesondere die Hammelherden, wird durch verstärkte Schlachtungen heute zur Konsumdeckung herangezogen. In Arbeiterversammlungen wurde darüber Klage geführt, daß der Arbeiter gerade für die zwei letzten Tage der Woche, das ist für Samstag und Sonntag, an denen er reichlichere Nahrung zu sich nimmt, überhaupt Fleisch nicht erhalten kann und auch sonst so wenig Fleisch vorhanden ist, daß die Ration auf die Hälfte gesetzt wird. In den Bergarbeiterdistrikten wird die Fleischknappheit gleichfalls erörtert, insbesondere werden stärkere Speckzufuhren verlangt. Der englische Arbeiter verbraucht bekanntlich sehr viel Speck, der zum großen Teile aus den Vereinigten Staaten, zum geringeren aus den nordischen Ländern bezogen wird. Infolge des herrschenden Schiffsmangels kommen die Sendungen weit seltener aus Amerika und die Zufuhr aus den nordischen Staaten hat fast ganz aufgehört, weil dort wiederum ebenfalls infolge der Schiffsräumnot der amerikanische Mais zur Schweinemastung fehlt. Die Zuckerverföhrung in England war bis vor kurzer Zeit eine bessere, als man erwarten konnte. Die Kolonien haben ihre Produktion, angelockt durch die um fast 100 Prozent gestiegenen Zuckerpreise in England, sehr stark vergrößert. Aber auch hier liegen für die Zukunft die Aussichten weit weniger günstig. Seit August haben die Importe ständig abgenommen, so daß die bis dahin gebildeten Lager bis gegen Neujahr gelichtet sein dürften, und die jetzige Einfuhr genügt nicht, um den Tagesbedarf zu decken.

Am ungünstigsten sind die Verhältnisse der Brot- und Mehlföhrung für die nächsten Monate. Die englische Inlandsernte, durch welche sonst zirka 40 Prozent des Eigenbedarfes gedeckt werden, ist in diesem Jahre außerordentlich ungünstig ausgefallen, so daß der Einfuhrbedarf im Wochen-durchschnitt über eine Million Meterzentner beträgt. 25 bis 35 Dampfer mittlerer Tonnage sind hierzu ungefähr notwendig. Jedes versenkte Schiff ist ein unersetzbarer Entgang. Es ist nun sicher, daß die Ankünfte in London sich im November weit unter einer Million Meterzentner bewegt haben. Das Reservoir der inländischen Ernte dürfte mit Jahresende ausgeschöpft sein. Die amerikanischen Zufuhren werden von Woche zu Woche geringer, nicht bloß weil der Ausfuhrüberschuß der Vereinigten Staaten sinkt, sondern weil der Schiffsraum für Zwecke der Kriegsföhrung in zunehmendem Maße in Anspruch genommen wird. Ganz abgesehen davon, ob also Nordamerika weiterhin in der Lage wäre, eine Million Meterzentner Getreide allwöchentlich nach England zu senden, was bei den diesjährigen Ernteverhältnissen absolut ausgeschlossen erscheint, muß der Schiffsraummangel zu gewaltigen Einschränkungen zwingen. Die Entente verstand es, jede ungünstige Situation, sei es auf dem Schlachtfelde oder auf einem anderen Gebiete, als einen Erfolg hinzustellen oder wenigstens als ein Ereignis, welches den End-nieg nicht verhindern, sondern nur etwas hinauschieben werde. In der Nahrungsmittelfrage kann aber diese Methode auf die Dauer nicht helfen. Denn der hungrige Magen läßt sich weder durch Reden noch durch amtliche Mitteilungen beruhigen. Man hat es nun versucht, die Bevölkerung in England zu freiwilligen Einschränkungen zu bewegen. Sie wird diesen Mahnungen bis zu einem gewissen Grade Folge leisten, zumal die anziehenden Preise, mit welchen die Lohnsteigerungen nicht völlig gleichen Schritt gehalten haben,

dazu naturgemäß zwingen. Aber es ist außer Zweifel, daß dieser Weg nur die Vorbereitung zu sehr einschneidenden Sparmaßregeln bilden müssen. Denn weitgehende Drosselungen des Brot- und Mehlföhrums, des Fleischföhrums um 25 bis 30 Prozent sind nur im Wege des unmittelbaren Zwanges durchzuführen.

Frankreich ist weit reicher an landwirtschaftlichen Hilfsquellen als England. So ist dort an einen stärkeren Fleischmangel nicht zu denken. Die Ernte war aber außerordentlich ungünstig. Das zeigt sich darin, daß die Milch- und Butterföhrung, welche früher auch bei allerdings erheblich steigenden Preisen eine genügende war, wesentlich knapper geworden ist. Speziell in Paris fehlen an manchen Tagen der Woche die Butterzufuhren vollkommen. Die ärgste Schwierigkeit wird jedoch auch dort die Brot- und Mehlföhrung bringen. Die französische Bevölkerung verbraucht in Friedenszeiten zweieinhalbmal so viel Brot als die österreicherische und zweimal so viel als die deutsche. Die bisherigen Rationen, mit welchen im Durchschnitt gerechnet wurde, waren größer als bei den Mittelmächten. Infolge der heurigen Mißernte wird es unbedingt notwendig sein, die Brotmenge wesentlich herabzusetzen, da in Frankreich ein Weizendefizit von 25 Millionen Meterzentner besteht. Es ist abzuwarten, ob die französische Bevölkerung diese Verschlechterung der Lebenshaltung mit der gleichen Geduld ertragen wird als jene der Mittelmächte.

Am allerungünstigsten ist aber die Lage in Italien. Dieses Land hatte die miserabelste Ernte des letzten Jahrzehnts; namentlich in Südtalien ist die Weizenernte total mißraten, und die Situation auf dem Kriegsschauplatz hat noch zu einer wesentlichen Verschlechterung beigetragen, nicht bloß weil sehr fruchtbare Gebiete in die Hände des Feindes gefallen sind, was sich nicht bloß im nächsten Ernte-

jahr fühlbar machen wird, sondern schon jetzt. Man weiß, daß sehr große Vorräte in die Hände der siegreichen Truppen gefallen sind. Es waren dies reiche Brot-, Mehl-, Makkaroni- und Reisvorräte in den militärischen Magazinen, welche bestimmt waren, den Bedarf der Armee während der nächsten zwei Monate zu decken. Ein Teil der Konsumenten ist allerdings auf italienischer Seite verschwunden, denn für mehr als eine Viertelmillion Kriegsgefangene braucht die italienische Heeresleitung nicht mehr zu sorgen. Aber es verlautete auch, daß in Udine, in anderen Städten des Friauls sowie in der Venetianischen Tiefebene in allen Privatmagazinen Getreide vorgefunden wurde und die Mühlen dieser Gegenden Getreidevorräte hatten. Diese Nahrungsmittel dienen fast ausschließlich der Versorgung der siegreichen Armeen. Die italienische Regierung hat die Bevölkerung schon darauf vorbereitet, daß gewaltige Einschränkungen notwendig sein werden, weil die überseeische Zufuhr vollkommen ausbleibt. Man muß den Nienen fester schnallen, so sagte der italienische Minister, und dieselbe Redensart wurde in einer Rede in England wiederholt. Nach diesen beiden Aussprüchen ist es außer Zweifel, daß auch die leitenden Staatsmänner der Entente damit rechnen, daß die Not in der allernächsten Zeit bei ihnen Einzug halten wird. Hundert Millionen Deutsche, Österreicher und Ungarn wissen seit Jahr und Tag, was eine Einschränkung in der Ernährung heißt. Denselben Leidensweg müssen die Völker der Entente gehen, wobei die Verkürzungen mit großer Hestigkeit einsehen werden. Nun wird es sich zeigen, ob die Völker der Entente den Bertröstungen auf den End-nieg ebenso Glauben schenken werden wie früher. Der hungrige Magen wird leicht ungläubig.

### Die Speicher der Stadt Wien.

Das größte Lebensmitteldepot in Oesterreich.

Immer mehr wird das Lagerhaus der Stadt Wien zu einer Verwahrungs- und Verteilungsstelle für Lebensmittelvorräte nicht nur der Gemeinde, sondern auch des Reiches. Es steht dauernd im Dienste der Mehlversorgung der Stadt und des Kronlandes Niederösterreich wie auch etlicher großer Industriezentren und hat mit diesen Geschäften allein gewaltige Umsätze abzuwickeln. Die österreichische und die deutsche Heeresverwaltung, die staatlichen Zentralstellen und zahlreiche Verbrauchervereinigungen nehmen die Betriebe des Lagerhauses in mannigfacher Hinsicht und für die verschiedensten Lebensmittel in Anspruch. Dank seinen vortrefflichen Einrichtungen, namentlich dank der im Vorjahre angegliederten Betriebe: Freudenauer Winterhafen, Kühlagerhaus und Speicher, gestalten sich Verwahrung und Verteilung der Lebensmittelvorräte in diesem größten Depot des Reiches flaglos, trotzdem der Güterandrang ein so bedeutender ist, daß alle Lager Räume ständig gefüllt sind. Namentlich das Kühlagerhaus, von unserem Stadtbauamt in idealer Weise erbaut und eingerichtet, erweist sich als wichtige Stütze des Lebensmittelverkehrs. Es ermöglicht die Ansammlung gewaltiger, vor dem Kriege nicht gekannter Vorräte, deren Erhaltung und dadurch wohl auch eine gewisse Wirkung auf die Preise und Vorsorge für magere Zeiten. In neuester Zeit wurde diesem hochmodernen Betrieb die Kühlanlage des Zentralpferdeschlachthauses auf dem Schöberplatz in Favoriten zum Zwecke der Einlagerung bestimmter Güter angegliedert. Die großen Vorräte wurden in den Speichern der Stadt Wien in gutem Zustand erhalten, ja es kann gesagt werden, daß von den eingelagerten Waren nichts zu Grunde gegangen ist. Einige Ziffern mögen schließlich eine Vorstellung vom ins Riesenhafte wachsenden Betrieb des Lagerhauses geben: Der Gesamtumsatz der eingelagerten Waren der Menge nach stieg im Vergleiche zum letzten Friedensjahre von 9.4 Millionen auf 19.4 Millionen Meterzentner, das ist um 105%; der Umsatz der eingelagerten Waren dem Werte nach stieg von 157.2 Millionen auf 1398.6 Millionen Kr., das ist um 789%, und der Geldumsatz erhöhte sich von 111.3 Millionen Kr. auf 1182.3 Millionen Kr., das ist um 961%!

**Verkehrte Preispolitik.** Es ist noch in guter Erinnerung, wie mähelig und schleppend sich noch vor wenigen Wochen die Versorgung des Wiener Marktes mit Kartoffeln gestaltet hat. Sie hat sich nun unterdessen allerdings etwas gebessert, aber immerhin leiden wir auch jetzt nicht gerade unter einer Ueberfülle an Speisekartoffeln, für deren Ersatz die verschiedenen Sorten von Rüben herhalten müssen; auf keinen Fall steht die Marktversorgung mit Kartoffeln im richtigen Einklang mit der guten Ernte, die im allgemeinen zu verzeichnen war. Auffallend aber ist es besonders, daß gerade jetzt, wo der Frost den Kartoffelendungen Schaden zufügt, die Lieferungen weit stärker geworden sind und daß beispielsweise auf vielen steirischen Bahnstationen ganze Waggons mit Kartoffeln in gefrorenem Zustand herumstehen. Die Voraussagen, daß es auch heuer wieder an der rechtzeitigen Kartoffelausbringung fehlen wird, ist eben leider wieder in Erfüllung gegangen, weil man die Sache wieder einmal am unrichtigen Ende angepackt hat. Man hat für die Kartoffeln einen Preis von 15 bis 20 Kronen, dagegen für die viel minderwertigeren Speiserüben einen solchen von 35 Kronen festgesetzt und so den Anreiz für die Produzenten gegeben, sich zu bemühen, die Rüben rasch loszuwerden und die Kartoffeln für sich zurückzuhalten. So ist es also gekommen, daß in der frostfreien Zeit alle Arbeitskräfte und Transportmittel für die Rübenversorgung in Anspruch genommen waren, während die Kartoffelverfrachtung schleppend vor sich ging und zuletzt in der Zeit des Frostes vorgenommen wurde. Wir könnten jetzt ganz anders mit Kartoffeln versorgt sein, und vor allem wäre der Skandal vermieden worden, daß ebenso wie im Vorjahre ganze Sendungen davon dem Verderben ausgesetzt werden, wenn man eine andere Preispolitik befolgt und weniger leichtsinnig vorgegangen wäre. So erleben wir es aber wieder, daß jetzt mitten im Winter nur ein Bruchteil der im Frieden aufzubringenden Kartoffeln tatsächlich aufgebracht und der Volksernährung zugeführt werden konnte.

(Das Rayonierungssystem.) Der vom Minister für Volksernährung angeordneten Rayonierung des Lebensmittelverschleißes sieht das Budapest'er Publikum mit großen Erwartungen entgegen, denn es hofft, daß durch dieses System so manchem Uebelstand gesteuert und, was der Hauptzweck der Rayonierung ist, das Publikum vom Zwange des Anstehens vor den Lebensmittelgeschäften befreit werden wird. Leider dürfte dieses letztere Ziel nicht ganz erreicht werden; die liberale Verfügung des Ministers, daß das Publikum die Kaufleute oder Verschleißstellen, bei denen es seinen Bedarf beden will, frei wählen kann, hat nämlich ein Resultat gezeitigt, das der Erreichung des angestrebten Ziels sehr hinderlich ist. Noch haben die Funktionäre der Mehlkommissionen und des Zentral-Mehlamtes, trotzdem sie seit ungefähr zehn Tagen ununterbrochen mit der Aufarbeitung des ungeheuren Materials der jüngsten Konstriktion der Bevölkerung beschäftigt sind, diese Arbeit nicht bewältigt, doch schon heute läßt sich feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Haushaltungen teils die Verschleißstellen des kommunalen Lebensmittelbetriebes, teils verschiedene Konsumgenossenschaften und Beschaffungsgruppen als Einkaufsquellen bezeichnet hat und nur der Rest der Haushaltungen bei den Kaufleuten einkaufen will. Die vielen Tausende von Konsumenten, die die Verschleißstellen des kommunalen Lebensmittelbetriebes oder irgendeiner Genossenschaft gewählt haben, werden sich also nach wie vor anstellen, während die Kaufleute zum großen Teil wenig zu tun haben werden. Das Zentral-Mehlamt, das auch diesmal vortrefflich funktioniert, stellt jetzt für die einzelnen Verschleißstellen und Kaufleute die Kundenlisten zusammen, die nach ihrer Fertigstellung den betreffenden Verschleißstellen und Kaufleuten übermittelt werden. Jede Kundenliste wird die Namen der Parteien enthalten, die denselben Kaufmann oder die gleiche Verschleißstelle als Bezugsquelle angegeben haben. Zahlreiche Kaufleute werden mit ihrer mageren Kundenliste sicherlich nicht weniger als zufrieden sein; schon jetzt äußern sich in den Kreisen der Kaufleute Klagen über die Folgen der freien Wahl der Einkaufsquellen. Auch an zuständiger Stelle hat man Kenntnis von der Unzufriedenheit der Kaufleute und man trägt sich dem Vernehmen nach mit der Absicht, diesen Fehler nach Möglichkeit gutzumachen und eine gerechtere Einteilung der Konsumenten zu bewerkstelligen. Nur in diesem Falle würde die Rayonierung ihrem Zweck vollständig entsprechen.

# Unser Ernährungswesen nach dem Kriege.

II. \*)

In einem früheren Aufsatze haben wir in Besprechung unserer Lebensmittelversorgung nach dem Kriege die weit über die Fachkreise hinaus Aufsehen erregende Rede des Ackerbauministers Grafen Silb-Larouca im Abgeordnetenhaus benützt, die in interessanter Form dieses Thema behandelt.

Nach den Darlegungen des Ministers kann bei intensiver Durchführung von Meliorationen eine Bodenfruchtbarkeitssteigerung von mehr als 25 Prozent erzielt werden, und dies schon durch die Meliorierung von 2.730.000 Hektar, welche die meliorationsbedürftigen Flächen Oesterreichs darstellen. Wie bereits im früheren Aufsatze erwähnt, ist zur Durchführung dieser Arbeiten nach den Berechnungen des Ackerbauministers die kolossale Summe von drei Milliarden notwendig. Dem Minister schwebt nun vor, diesen Geldbedarf, etwa auf 25 bis 30 Jahre verteilt, in der Hauptsache durch eine neu zu schaffende Kreditorganisation aufzubringen.

Der Beitrag der öffentlichen Faktoren wäre nach diesem Plane auf den Aufwand für die Beschaffung der Projekte und die Regiekosten mit einem angemessenen Zuschlag zu beschränken, während die reinen Bankkosten mit Hilfe der zu schaffenden Kreditorganisation durch die Interessenten selbst zu tragen wären, denen ja die Meliorierungen einen unmittelbaren großen Vermögenszuwachs bringen. Selbstverständlich müsse der tunlichstesten Verbilligung dieses Kredites, dessen Rückzahlung in entsprechenden Annuitäten in Aussicht genommen ist, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Um die systematische Durchführung der Aktion zu verbürgen, werden Vorkehrungen über die etwa notwendige zwingende Anordnung der Arbeiten nicht zu umgehen sein, welche im gesamtstaatlichen Interesse sich wohl rechtfertigen lassen.

Der Ackerbauminister wendet sich nun der Besprechung eines weiteren Mittels zu, von dem er mit Sicherheit nicht nur eine sehr intensive, sondern auch eine sehr rasche Einwirkung auf die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit erwartet, das ist der Kunstdünger. Der Mangel an Futtermitteln schädigte die Viehzucht. Dadurch ist wieder die Stallmistdüngung quantitativ und qualitativ beeinträchtigt worden. Das durch die Unmöglichkeit der Zufuhr von Nährstoffen mineralischen Ursprungs im Boden entstandene Nährstoffdefizit hat ein weiteres Sinken der Bodenfruchtbarkeit und damit eine weitere Verschlechterung des Viehstandes und der Stallmistdüngung hervorgerufen. Eine Kette nachteiliger Folgen ohne Ende, in die die Landwirtschaft durch den Krieg verwickelt wurde. Diese nachteiligen Folgen können zunächst nur durch bedeutende Erhöhung der Verwendung künstlicher Düngemittel im landwirtschaftlichen Betriebe beseitigt werden.

Im Verbrauch künstlicher Düngemittel war bisher die österreichische Landwirtschaft im allgemeinen — besonders der Kleinbetrieb — sehr rückständig. Während, berechnet für ein Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche, in Belgien 274 Kilogramm, in Deutschland 168 Kilogramm künstliche Düngemittel verwendet wurden, hat in Oesterreich der Verbrauch nur 29 Kilogramm pro Jahr und Hektar betragen.

Neben der Sicherstellung der Deckung des Bedarfes an Kunstdünger beabsichtigt der Minister auch Maßnahmen zu treffen, die auf eine Steigerung des Verständnisses für den Wert und damit der Anwendung künstlicher Düngemittel hinzielen. Welcher Effekt durch die intensive Anwendung künstlicher Düngemittel erzielt werden kann, zeige die folgende ziffermäßige Darstellung, die die statistische Verarbeitung eines Materials ist, das durch mehr als 2600 über ganz Oesterreich verstreute Versuche gewonnen wurde und dessen Wichtigkeit durch die Vergleichung der Ergebnisse einer rationellen Düngewirtschaft in Deutschland und anderen landwirtschaftlich hochkultivierten Ländern erhärtet wird.

\*) Siehe die Nummer vom 21. Dezember 1917.

Nach den Ergebnissen dieser Versuche kann bei intensiver Verwendung von Kunstdünger eine Produktionssteigerung erzielt werden, die sich beläuft jährlich: bei Brotgetreide: Körner auf 46 Millionen Meterzentner, Stroh auf 80 Millionen Meterzentner, bei Kartoffeln auf 53 Millionen Meterzentner, bei Zuder- und Futterrüben auf 42 Millionen Meterzentner, bei Futtergräsern auf 88 Millionen Meterzentner, zusammen also eine jährliche Ertragssteigerung von 309 Millionen Meterzentnern Bodenprodukte.

Geht man nun bei den weiteren Berechnungen von der Annahme aus, daß diese gewaltige Mehrerzeugung auch einen bedeutenden Druck auf die derzeit erzielbaren Preise für die einzelnen Bodenprodukte ausüben wird, so muß sich doch aus dieser Ertragssteigerung, selbst nach Abzug aller Investitionskosten, ein jährlicher Mehrgewinn ergeben, der die höchsten Erwartungen rechtfertigt.

Unter Anführung bestimmter Preise, die der Minister seinen Berechnungen zugrundelegt, wäre der Absatzmarkt der österreichischen Durchschnittsprodukte

dem Kriege in Brotgetreide, Kartoffeln, Zuder- und Futterrüben und in Futtergräsern auf jährlich vier Milliarden 931 Millionen Kronen zu schätzen gewesen. Die früher genannte, bloß durch die Verwendung von Kunstdünger erzielbare Ertragssteigerung würde den Wert der Ernte auf rund 6 Milliarden 830 Millionen Kronen, somit um 1 Milliarde 900 Millionen Kronen im Jahre erhöhen.

Der Ackerbauminister führt dann weiter aus, daß zu dem berechneten Mehrwert der durch die künstliche Düngung erzielbaren Ernte Oesterreichs im Betrage von rund zwei Milliarden Kronen der gleiche Betrag als Resultat besserer Bodenbearbeitung und besserer Getreidesorten hinzuzurechnen sei, und sagt diesbezüglich: „Es kann also ruhig gesagt werden: Wenn die österreichische Landwirtschaft nicht nur im größeren Umfange künstliche Düngemittel anwendet, sondern auch für eine bessere Bodenbearbeitung und Anwendung erstklassigen Saatgutes Sorge trägt, kann der Gesamtwert der österreichischen Ernte um rund vier Milliarden gesteigert werden.“

31. XII. 1917

70

\* **Lichterfelde und die Mißstände in der Nahrungsmittelversorgung.** Der Gemeindevorstand von Berlin-Lichterfelde hat an das Kriegsernährungsamt und an die Reichsstelle für Gemüse und Obst eine Eingabe gerichtet, worin zu den beabsichtigten strengen polizeilichen Maßregeln gegen die Ueberschreitung von Höchstpreisen Stellung genommen wird.

Die Eingabe bezeichnet solche polizeilichen Maßregeln als einen **Schlag ins Wasser**, weil dadurch nur ein kleiner Teil der Beteiligten betroffen wird, und weil damit in keiner Weise die Ursachen der Höchstpreisüberschreitungen beseitigt werden. An den Höchstpreisüberschreitungen sind auf der Käuferseite nicht nur Gemeindeverwaltungen und Private beteiligt, sondern in höchstem Grade auch Reichs- und Staatsbehörden, die Militärverwaltung und die Rüstungsindustrie. Auf der Verkäuferseite nehmen daran teil die Landwirte, von Großgrundbesitzern und Domänenpächtern herunter bis zu dem kleinsten Bauern. Nur wenn der Ueberwachungsdiens auf alle diese Kreise in Stadt und Land ausgedehnt werden könnte und wenn er vor niemandem haltmache, würde er Erfolg haben. Es ist aber für jeden Kenner der Verhältnisse klar, daß ein derartiges Durchgreifen ausgeschlossen ist.

Geldstrafen wirken nicht; für Gefängnisstrafen dürften nicht genügend Lokalitäten zur Verfügung stehen. Im übrigen hängt man niemanden, den man nicht hat. Müssenstrafen würden aufreizend wirken. Es gibt nur ein Mittel gegen das Uebel, das ist die öffentliche Kontrolle der Erzeugnisse am Erzeugungsorte durch lokale Ueberwachungskommissionen und die prompte Abnahme und Abbeförderung der reifen Ware durch geeignete Einkaufs- und Verteilungsorganisationen. Dem lokalen Ueberwachungsdiens müßte bereits ein Einfluß auf den Anbauer eingeräumt werden. Solange die Ware nicht am Erzeugungsorte erfaßt wird, wird an den bestehenden Uebelständen nichts geändert werden. Eine Aenderung muß aber erfolgen, wenn nicht in den großen Volkszentren in kurzer Zeit ein absoluter Gemüsemangel und eine Katastrophe heraufbeschworen werden soll.

Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Staatsbehörden mit aller Energie das Uebel an der Wurzel fassen und davon absehen, durch bloße Polizeimaßregeln gegen einzelne Kreise, die nicht aus gewinnlüstiger Absicht, sondern nur im Interesse ihrer Schutzbefohlenen handeln, die Erbitterung zur Explosion zu treiben.

Schließlich macht die Eingabe darauf aufmerksam, daß sich jetzt bereits erkennen läßt, daß der Abschluß einer ausreichenden Anzahl von Gemüselieferungsverträgen für den Herbst 1918 eine Unmöglichkeit sein wird, weil a) viele Anbauer, durch die Erfahrungen des Jahres 1917 gewöhnt, eine vertragliche Bindung für

1918 als für sie unvorteilhaft überhaupt ablehnen, b) viele andere Anbauer den Vertragsabschluß von der Bereitstellung von Gemüsesamen und künstlichem Dünger abhängig machen. Dank der Dispositionen der Reichsgemüsstelle sind beide Artikel aber vom Markte verschwunden. -- Was soll daraus werden?

Der Morgen  
1. II. 1917

72

### Der Abbau der Preise.

Der Finanzminister Dr. von Spitzmüller hat dieser Tage seine Antrittsrede gehalten. Aufrichtigkeit ist ein wertvoller Zug seines Charakters. Deshalb hat Dr. von Spitzmüller auf die Probleme kräftig hingewiesen, auf die ein kleinlicherer Minister kaum hingedeutet hätte. Aber Jaghaftigkeit macht gewiß nicht den Staatsmann aus und der Vogel Strauß gehört keineswegs zu den klügsten Tieren. Gerne haben wir von Dr. von Spitzmüller gehört, daß die Regierung von der Notwendigkeit überzeugt ist, „den Abbau des Preisniveaus“ in die Wege zu leiten und die Bevölkerung schon jetzt „vor den Leiden der Teuerung zu beschützen“. Spät, aber doch kommt die Einsicht, daß der Preis-anarchie, die sich seit Jahr und Tag immer drückender geltend macht, endlich Einhalt geboten werden müsse: im Interesse des Staates ebenso wie der Einzelnen, im Interesse der Gegenwart in gleichem Maße wie in dem der Zukunft. Vorläufig wird nach den Ausführungen des Finanzministers jedoch erst die Frage studiert, wie „die bisherigen Maßnahmen eine Ausgestaltung“ finden können. Da ist es noch an der Zeit, ein eindringliches und mahnendes Wort zu sprechen. Wer die Geschichte der Preisentwicklung in den letzten Monaten mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, der weiß, wie schwere Unterlassungssünden zu verzeichnen sind. Da, wo die Regierung eingriff und da, wo sie Eingriffe unterließ, sind bedauerliche Fehler unterlaufen; im Handeln wie im Nichthandeln hat sich ein bellagenswerter Mangel an Ziel-sicherheit, Übersicht, Beherrschung aller Zusammenhänge und Energie offenbart. Soll das Übel nun mit mehr Erfolg bekämpft werden, dann muß eine andere Methode zur Anwendung kommen. Das Problem der Preisbildung darf nicht nebenher behandelt und an verschiedenen Orten studiert werden. Es will vielmehr in einer Zentralstelle bei voller Berücksichtigung aller Faktoren und Wechselwirkungen durchdacht sein. Aber die Bedeutung der Frage ist sich die Regierung schon im Klaren. Sie sollte jetzt auch einsehen, daß die Bekämpfung der Preis-anarchie die größte Sorgfalt erfordert und planmäßig und einheitlich vor sich gehen muß. Das kann aber nur erreicht werden, wenn ein Kopf denkt und eine Hand handelt. Ohne die Errichtung einer eigenen Stelle für die Preisregulierung würden die guten Absichten unverwirklicht bleiben. Erst durch den Ausbau des Amtes für Volks-ernährung durch die Hinzufügung einer Preisregulierungsstelle könnte Ersprießliches zustande kommen. Mit halben Maßregeln, mit schüchternem Wollen und mit Angst vor der umfassenden Tätigkeit kommt man nicht vorwärts. War der Aufbau der Preise verfehlt, schädlich, ja noch mehr als das, so muß der Abbau um so zweckmäßiger, das heißt einsichtiger und energischer durch-geführt werden.

## Die Ertrügnisse der Geos und des Syndikats.

M. H. Anlässlich des Jahresabschlusses hat es sich herausgestellt, daß die „Geos“ und das Syndikat Gewinne erzielt haben, die gemeinnützigen Unternehmungen durchaus nicht zur Ehre gereichen. Auch in Friedenszeiten wurde unter Wirtschaftsleben oft sehr empfindlich dadurch geschädigt, daß all. staatlichen Stellen — mochte ihre Aufgabe welche immer sein — es als besonders verdienstlich ansehen, Ersparnisse zu erzielen. Heute, da wir einen mühsamen Kampf gegen den Hunger führen und aus Staatsmitteln 300 Millionen Kronen bewilligt werden mußten, um die Mindestbemittelten vor dem Verhungern zu schützen, versteht man es einfach nicht, wie staatliche Stellen, die der Lebensmittelversorgung dienen sollen, es mit dieser Aufgabe vereinbar finden können, Gewinne zu erzielen.

Die „Geos“ hat über eine Million Kronen gesammelt auf folgendem Wege: Sie hat die vom k. u. k. Syndikat aufgebrauchten böhmischen Birnen dem Wiener Syndikat unter der Bedingung überlassen, daß dieses ihr von jedem Waggon 500 Kronen zahlen mußte. Dadurch wurde der Wiener Bevölkerung jedes Kiloogramm dieser Birnen um 5 Heller verteuert und überdies den Händlern von einer amtlichen Stelle vor Augen geführt, daß beim Lebensmittelhandel eine Vertenerung um einige Heller keine Rolle spiele. Bei der Gewinnfeier unserer Händler fallen solche Bühren auf sehr fruchtbaren Boden.

Die „Geos“ will die gewonnene Million zur Hebung der Gemüsezucht verwenden, aber wenn hierzu eine Million oder auch mehr erforderlich wäre, so ist es ganz unverständlich, daß die Summe zu einer Zeit, wo mit Milliarden gerechnet wird, just aus den Taschen darben-der Verbraucher, die sich stundenlang um ein Kiloogramm Birnen angestellt haben, aufgebracht werden mußte. Daß die „Geos“, wie so viele andere Zentralen, der Versuchung nicht widerstehen konnte, Vermögen anzusammeln ist um so tadelnswerter, da sie sonst ihre Aufgabe sehr schlecht gelöst hat, denn die Obstversorgung entspricht durchaus nicht den Erwartungen, die man an die glänzende Ernte knüpfen durfte und die „Geos“ wird es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn die Verbraucher die Frage stellen, ob die Versorgung nicht eine bessere hätte sein können, wenn die „Geos“ minder aus Verdienen ausgegangen wäre.

Noch sonderbarer sind die Mitteilungen, die über den Gewinn des der „Geos“ unterordneten Syndikats bekannt werden. Das Syndikat besteht aus einer Birnen- und einer Apfelabteilung. Die Birnenabteilung hat im verfloffenen Jahr einen Gewinn von 300.000 Kronen erzielt und obwohl die Teilhaber ohnehin durch ihre bevorzugte Stellung als Syndikatsmitglieder in ihren privaten Geschäften große Gewinne erzielt haben, überdies das dem Syndikat zur Verfügung gestellte Geld mit 6 v. H. verzinst erhalten, saßen sie trotzdem den Beschluß, auch noch die 300.000 Kronen unter sich aufzuteilen. Da das Syndikat zu gemeinnütziger Tätigkeit verpflichtet wurde, ist dies geradezu unerhört. Das Ernährungsamt hat die Durchführung dieses selbstthätigen Beschlusses unterbunden und vorläufig den Gewinn des Birnensyndikates gesperrt. Weitere Verfügungen wird das Ernährungsamt noch treffen.

2.11.1917

71

### Neue Gedanken in der Lebensmittelversorgung.

Der Präsident des deutschen Kriegsernährungsamtes hat an sämtliche Bundesregierungen nachstehendes Rundschreiben gerichtet, das die Erfahrungen des Amtes zusammenfaßt und wertvolle Aufschlüsse über die Absichten des Leiters des deutschen Ernährungsdienstes gibt. Während wir noch mit der Verteilung der letzten Ernte ringen und vor „Organisation“ nicht weiterkommen — über die Natur dieser Hemmungen wird seinerzeit noch viel zu sprechen sein — beschäftigt sich das deutsche Amt schon heute mit den Aufgaben des neuen Erntejahres, das das deutsche Volk in der Versorgung mit Lebensmitteln vor neue schwierige Aufgaben stellen wird. Auch die Beendigung des Krieges, betont Datocki mit Recht, wird daran zunächst wenig ändern, da die Knappheit an Lebensmitteln den ganzen Weltmarkt offenlegt, schon jetzt für die wichtigsten Waren zum Teil weit höhere Preise, als sie in Deutschland gelten, hervorgerufen hat.

In den Vordergrund stellt das Amt zwar die Förderung der Erzeugung. Aber solange der Krieg Mangel an Arbeitskräften, Düngemitteln, Kunstdünger, Kraftfutter und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln sowie an Verkehrsmitteln hervorruft, muß sie leider an enge Grenzen gebunden bleiben. Die folgenden Aufgaben will das Amt Ende Jänner dem Beirat des Kriegsernährungsamtes unterbreiten, wobei es für besonders wertvoll hält, wenn die Organisation der Bedarfsgemeinden die Frage schon vorher eingehend prüfen und das Ergebnis als Beratungsgrundlage mitteilen würde.

Vor allem wird die Zufuhr in die Städte und Industriebezirke sorgsamster Fürsorge bedürfen. Bisher hat man die Fürsorge im wesentlichen auf Festsetzung von Höchstpreisen, Beschlagnahme und öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel beschränkt. Bei wenig verderblichen Waren wie Brotgetreide, Hafer, Gerste und den aus Getreide hergestellten Nahrungsmitteln ist das durchführbar. Bei leicht verderblichen Massenbedarfsgegenständen wie Kartoffeln, Fleisch, Butter und Milch ist die Schwierigkeit zentraler Bewirtschaftung weit größer. Sie muß aber durch immer besseren Ausbau der Organisation überwunden werden. Bei einzelnen anderen Waren wie zum Beispiel Fischen und Käse wird die zentrale Bewirtschaftung in angepasster Form versucht werden müssen.

Weitere Lebensmittel einziehen sich dagegen der Bewirtschaftung durch die Zentralstellen. Die Versuche, sie durch Höchstpreise allein den Minderbemittelten zugänglich zu machen, sind gescheitert. Der Höchstpreis ohne gleichzeitige öffentliche Bewirtschaftung hält die Waren von den Städten und Industriebezirken fern und veranlaßt, daß sie fast ausschließlich den Erzeugern und den nahen Verbrauchern zugute kommen. Auch der Versuch, durch abgestufte Höchstpreise dem abzuwehren, wie früher bei Butter und neuerdings beim Wild, ist gescheitert. Die Erzeuger steigern in solchem Falle ihren eigenen Verbrauch und die in der Nähe wohnenden Verbraucher finden Mittel und Wege, um sich trotz der Höchstpreisabstufung den Rest der Ware zu sichern. Auch der Versuch, durch Beschlagnahme beim Erzeuger zu helfen, wie bei Zwetschgen und Wirtschaftäpfeln, hat sich bei der Natur solcher Waren als nicht erfolgreich erwiesen. Jeder Höchstpreis ohne öffentliche Bewirtschaftung hält die Ware vom Bedarfsort fern. Läßt man dagegen, wo die öffentliche Bewirtschaftung unmöglich erscheint, unter Abstandnahme von Höchstpreisen die Entwicklung frei laufen, so wird zwar — der diesjährige Gänsehandel gibt dafür ein deutliches Beispiel — die Ware den großen und verhältnismäßig zahlungsfähigsten Städten zugeführt. Der Andrang der Käufer, die bereit sind, fast jeden Preis zu zahlen, zu solcher Ware wird dann aber so groß, daß die Preisentwicklung ungesund wird und der Minderbemittelte die Ware überhaupt nicht erhalten kann.

Ganz beseitigen werden sich diese Mißstände nicht lassen, eingeschränkt können sie aber werden, wenn die Städte das bei den Schweinemastverträgen schon mit Erfolg eingeführte System der frühzeitig zwischen Bedarfsgemeinde und Erzeugerorganisation abzuschließenden Lieferungsverträge weiter ausbauen und auf Erzeugnisse wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Obst, Geflügel, unter Umständen auch auf Vollmilch und Magermilch ausdehnen. Dadurch kann zugleich die wichtigste Aufgabe besser gelöst werden, die erzeugten Waren richtig zwischen dem Frischverbrauch im Sommer und Herbst und der Konservierung für Winter und Frühjahr zu verteilen. Der Gefahr, daß einzelne besonders leistungsfähige und energiegeliche Bedarfsgemeinden sich zum Nachteil der übrigen abzuwickeln von dem Vorhandenen sichern, kann durch geregelte Beziehungen zwischen den Gemeinden und den Zentralstellen vorgebeugt werden.

Durch solche frühzeitig abgeschlossenen Lieferungsverträge, die den Erzeugern die Abnahme ihrer Erzeugnisse gegen Barzahlung zu angemessenem Preise sichern, kann die Erzeugung der für das nächste Jahr besonders wichtigen Waren wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Beerenobst wesentlich gesteigert werden. Ein Zwang zum Vorgehen in diesem Sinne kann von den Zentralstellen auf die Gemeinden nicht ausgeübt werden. Nur durch freiwillige Tätigkeit der Gemeinden unter weitgehender Heranziehung der sachkundigen Mitarbeit des Handels kann ein voller Erfolg erreicht werden. Um die Vorbereitungen rechtzeitig treffen zu können, muß schnelligst mit der Arbeit begonnen werden. Für das laufende Jahr war es, als das Kriegsernährungsamt Anfang Juni seine Tätigkeit begann, zur Durchführung von Maßnahmen dieser Art schon zu spät. Eine von der beteiligten Organisation selbständig zu schaffende, mit den Reichsstellen Hand in Hand arbeitende Beratungsstelle für die Gemeinden scheint eine der Voraussetzungen für das Gelingen zu sein.

Der Grundgedanke dieses Vorschlages ist: Die organisierte Bedarfsgemeinschaft verbindet sich direkt mit der organisierten Produktion, dazu wird sie von den Zentralfstellen angeleitet und dabei von ihnen kontrolliert. Von Reid wird man erfüllt, wenn man solche Pläne vernimmt. Unsere Stadtgemeinden sind bis auf spärliche Ausnahmen für den Konsum nicht organisiert, sie schwören noch immer auf die automatische Versorgung durch die Händler und betreiben Händler-, Fleischer- und Krämerstreik statt Ernährungspolitik; wenn aber der Städtetag zusammentritt, beschließt er, was die Regierung soll, nicht was die Städte tun werden. Auf der anderen Seite sind die Produzentenorganisationen nicht auf Gemeinwirtschaft, sondern auf Preistreibeerei eingestellt. Die Zentrale aber kommt zu keiner inneren Ordnung, die bürokratischen Reibungen lähmen die Geschäftsführung und legen die Arbeitskräfte des Direktoriums brach.

= Wäscherei der Kriegsfürsorge. Die neuingerichtete Wäscherei der Kriegsfürsorge, Allerheiligenstraße 53, erfreut sich bereits lebhaften Zuspruchs, doch kann noch eine Anzahl Kunden angenommen werden. Den Vorzug haben Kriegersfamilien, Angehörige des kleinen Mittelstands, alleinlebende Angestellte und Arbeiter jeder Art. Vorausgesetzt wird, daß Leute, die in der Lage sind, ihre Wäsche anderswo waschen zu lassen, die Einrichtung nicht in Anspruch nehmen, im übrigen aber soll sie allen denen, denen das Selbstwaschen oder Waschenlassen in einer Wäscherei aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist, zufluten kommen. Die eingelieferten Stücke werden sofort sortiert, mit Nummern versehen und kommen dann ins Schwimmbad, dessen moderne Waschorrichtungen von der Stadt der neuen Einrichtung zur Verfügung gestellt wurden. Die gesäuberte und gemangelte Wäsche wird abermals sortiert, mit dem Einlieferungszettel verglichen, gebündelt und in luftdurchlässigen Gestellen zur Abholung bereit gehalten. Besonderer Wert wird auf pflegliche und schonende Behandlung der Sachen gelegt, wie sie in kleineren Privat- haushaltungen und oft auch kleineren Wäschereien infolge des Seifen- und Kohlenmangels jetzt häufig nicht möglich ist. Seife oder ein Teil der Seifenkarte braucht nicht abgegeben zu werden. Die Preise sind so niedrig bemessen, daß auch zu peinlichster Sparsamkeit Gezwungene sich der Wäscherei bedienen können. In besonderen, zum Beispiel Krankheits- fällen kann die Wäsche binnen wenigen Tagen gereinigt werden; die übliche Frist ist acht Tage. Angenommen und abgeliefert wird die Wäsche, die mit einer Aufstellung abzu- geben ist, täglich von 9 bis 5, Samstags bis 6 Uhr.

**Rumerfatz-Schwindel ohne  
Ende.****Das Treiben der Firma Adler und Sohn.**

Das Kriegswucheramt hat in den letzten Tagen abermals eine Amtshandlung durchgeführt, die das Publikum von den Machenschaften einer Ersatzmittelfirma schützt. Sie vertrieb einen ähnlichen Artikel, wie es der famose „Teerumerfatz“ des Freund in Gumpendorf war, der bekanntlich sitzt. Das Ersatzmittel, das nun Gegenstand der Untersuchung bildete ist ein Getränk, das den hochtönenden Namen „Rumaflo“ führte und von der Firma Adler & Sohn in der Rasumofskygasse 27 in den Handel gebracht wurde. Der Vertrieb wurde von dem 28jährigen Ludwig A f e n b a u e r, Neubaugasse 64 wohnhaft, besorgt.

Afenbauer bezog die Ware teilweise von der erzeugenden Firma Adler & Sohn um den Preis von 5 Kronen für das Liter. Er füllte das Getränk in Flaschen um und ließ sich dann 8 Kronen für den Liter zahlen. Das amtliche Gutachten über „Rumaflo“ lautet dahin, daß es eine Lösung ist, die zu 99% aus Wasser, 1% aus Weingeist besteht und geringe Mengen von Kunzium zugesetzt hat und mit einem ätherischen Öl parfümiert ist. Diese Flüssigkeit, die 8 Kronen per Liter im Kleinverschleiß kostete, ist nahezu wertlos. Gegen die Inhaberin der Firma Adler & Sohn, der allzu geschäftseifrigen Rosa Adler wurde die Anzeige wegen Preistreiberei an die k. k. Staatsanwaltschaft erstattet. Auch gegen ihren Gatten Moriz Adler und ihren Sohn Paul Adler, die gegenwärtig von Wien abwesend sind, ist die Strafanzeige erstattet worden.

Die „Reichspost“ hat bereits vor zwei Wochen auf die verschiedenen Rumerfätze, die meist wertlos sind, aber sündteuer verkauft werden, hingewiesen und auch die Namen der Erzeuger genannt. Vielleicht wendet das Kriegswucheramt doch auch diesen Produkten sein Augenmerk zu.

(Verwendung von Mais zur Spiritus-  
erzeugung.) Der Landes-Agrikulturrein fordert die  
seinem Verbands angehörenden Spiritusbrennereien in einem  
Mundschreiben auf, statt Kartoffeln Mais zur Spiritus-  
brennerei zu verwenden. Der Verein verweist darauf, daß  
die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln infolge der  
außerordentlich schlechten Kartoffelernte mit so vielen Schwierigkeiten  
verbunden ist, daß eine weitere Reduktion der für  
Brennereizwecke bewilligten Kartoffelmenge zu befürchten ist.  
Eine solche Verfügung wäre aber für die mit Futtermangel  
kämpfende Landwirtschaft Ungarns verhängnisvoll. Der Verein  
macht die landwirtschaftlichen Brennereien daher aufmerksam,  
daß sie für je 100 Meterzentner der zu Brenneizwecken  
verwendbaren Kartoffeln 37 Meterzentner Mais erhalten.  
Dieser Tausch ist für die Brennereien aus dem Grunde vor-  
teilhafter, weil sie statt der rasch verderblichen Kartoffeln leicht  
haltbaren Mais erhalten, nach dessen Brennen sie zu weit wert-  
vollerer Schlempe gelangen. Sie dienen sonach nicht nur  
Zwecken der Approvisionnement und machen eine etwaige  
weitere Reduktion der zu Brenneizwecken bewilligten Kartoffelmenge  
überflüssig, sondern bekommen auch besseres  
Futtermittel, wenn sie einen Teil des ihnen überlassenen Kartoffel-  
contingents auf Mais umtauschen.

3./I. 1918

79

(Verkauf von landwirtschaftlichen Maschinen auf Kredit.) Der Bund der Fabriks-Industriellen hat in Angelegenheit der Regierungsverordnung betreffend den Verkauf von landwirtschaftlichen Maschinen auf Raten die Interessenten der landwirtschaftlichen Maschinenfabrikation zu einer Konferenz einberufen, an der in Vertretung des Justizministeriums Kurialrichter Armin Fodor, von Seiten des Landes-Agrikulturvereins Sekretär Dr. Emil Mutschbacher teilnahmen. Der geschäftsführende Direktor des Bundes Dr. Max Fenyö erläuterte die Verordnung, die die Verfügungen des Erlasses über den Ratenverkauf von Nähmaschinen auf sämtliche landwirtschaftliche Maschinen ausdehnt, ohne Rücksicht darauf, daß die Anschaffung der landwirtschaftlichen Maschinen auf Kredit einen ganz anderen Käuferkreis, eine andere soziale Klasse berührt. Direktor Robert Ország besaßte sich eingehend mit den Beschwerden, die aus dem Gesichtspunkte der landwirtschaftlichen Maschinenfabrikation gegen die Verordnung erhoben werden und wies insbesondere darauf hin, daß die Verordnung die künftige Entwicklung unserer landwirtschaftlichen Maschinenfabrikation, die eben durch das Kreditgeschäft großgezogen wurde, vollständig hemmen würde. Aber auch vom Gesichtspunkte des landwirtschaftlichen Mehrertrages ist die Verordnung schädlich, da sie die Verbreitung der Maschinen in der Landwirtschaft verhindert. Der Redner nahm energisch gegen die rückwirkende Kraft der Verordnung Stellung, die erworbene Rechte verletzt und dadurch einzelne Fabriken und Kaufleute, die größere Anzusehens haben, in eine schwierige Lage versetzt. Er beantragte, der Bund möge die Regierung in einer Repräsentation ersuchen, zu veranlassen, daß die Beschränkungen der Verordnung nur auf jene Maschinen erstreckt werden, deren Kaufpreis 1000 Kronen nicht übersteigt. Nach den Ausführungen der Konferenzteilnehmer Géza Jünger, Dr. Soma Bed, Sigmund Szűcs, Dr. Erwin Doroghy, Stefan Jenit, Eugen Herz, Eugen Erdős und anderer, wies Dr. Emil Mutschbacher darauf hin, daß bei dem Verkauf von landwirtschaftlichen Maschinen gegen Raten in früheren Zeiten tatsächlich Klagen laut wurden, die den Landes-Agrikulturverein noch vor dem Kriege veranlaßt hatten, die Regelung dieser Ratengeschäfte zu verlangen. Vor der Veröffentlichung der Verordnung wurden aber die landwirtschaftlichen Interessenten nicht befragt, so daß die Verordnung auch für sie eine Ueberraschung war. Die Interessentenvertretung der Landwirtschaft wünscht höchstens, daß die Interessen der Käufer beim Verkauf von landwirtschaftlichen Maschinen geringeren Wertes intensiver als bisher geschützt werden, sie will aber keineswegs, daß durch solche Beschränkungen die Verbreitung der zur intensiveren Gestaltung unserer Landwirtschaft geeigneten Maschinen verhindert werde. Die Konferenz beschloß, die Regierung in einer Repräsentation um die Aufhorkraftsetzung der Verordnung zu ersuchen.

\* Keine Futtermittel für Haustiere, wohl aber für Wild. In einer Gemeindevorsteherversammlung, die am 18. Dezember in Anwesenheit des Bezirkshauptmannes in Leoben stattfand, wurde festgestellt, daß den Herrschaftsbesitzern für die Wildfütterung Ersatzfuttermittel zugewiesen werden. Außerdem verfüttern die Jagdbesitzer trotz des bestehenden Verbotes große Mengen Heu an das Wild. Die Behörde lasse den „Herrschaften“ gegenüber Rücksichten walten; trotz der traurigen Erfahrungen des Vorjahres sei auch heuer kein ausgiebiger Wildabschuß angeordnet worden. Es sei geradezu eine Verschwendung, im Herbst das Heu an das Wild zu verfüttern, das man dann im Frühjahr, wie im vorigen Jahre, zu Hunderten in den Wäldern verendet vorfindet. Vom Kleinbesitzer werden alle möglichen Einschränkungen verlangt, aber der Herrschaftsbesitzer darf die schönsten Talwiesen im Ausmaß bis zu dreißig Joch ungemäht lassen oder mindestens das Grünmet dem Verderben preisgeben. Dies erzeuge unter den Bauern eine begreifliche Erregung, und es müsse verlangt werden, daß die Behörde gegen das Vorgehen der Herrschaftsbesitzer endlich einmal kräftig einschreite.

**(Die wirtschaftliche Zukunft unserer Adriaflüsse.)**

Ueber dieses Thema sprach in der letzten Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins Herr Erwin von Patsa, Abteilungs-Vorstand des Oesterreichischen Lloyd. Der Vortragende führte aus: Oesterreich wird nach dem Weltkrieg in erster Linie seiner Adriaflüsse ein besonderes Augenmerk zuwenden müssen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Adriaflüsse müsse nach zweifacher Richtung hin erfolgen. Als Fremdenzentrum und in der Seeburg der Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Fischerei. Der Vortragende entwickelte ein ausführliches Programm über die Ausgestaltung der Verkehrsmittel, der Schifffahrt und Automobillinien und namentlich über die dringend notwendige Schaffung eines dalmatinisch-albanischen Eisenbahnnetzes und einer neuen Reichslinie von Wien über Dalmatien und Albanien nach dem Pyraeus, dem geographisch einzig richtigen und naturgemäßen Endpunkte für eine neue große mittel-europäische Bahnlinie, da vom Pyraeus aus Aeavien, der Suezkanal, Kleinasien und Syrien auf der kürzesten Ueberfahrtsstrecke erreicht werden könnten. Ebenso wichtig sei die Errichtung entsprechender Unterkunftsstätten, aber auch die Schaffung von Winterkurorten und Badeplätzen sowie die Einleitung einer großzügigen Propaganda. Vielversprechend seien in landwirtschaftlicher Beziehung der Anbau von Schnitt- und Pflanzpflanzen, von Frühgemüsen, ferner die Biumenkultur zur Erzeugung ätherischer Öle, der Tabakbau, die Kultur der Insektenpflanze und des Maulbeerbaumes, die bessere Pflege des Mandel- und Feigenbaumes, des Weinrodes und des Delbaumes sowie die Verwendung der Ginsteraeser. Die großen natürlichen Hilfsquellen des Landes, seine reichen Wasserkräfte, seine Bodenschätze an Kohle, Eisen, Alpkalk, Zementmergel, Bauxit u. können im Verein mit der billigen Verfrachtungsmöglichkeit das Entstehen einschlägiger Industrien sehr begünstigen. Auch die Hochseefischerei ist noch einer großen Ausgestaltung fähig, wenn der Fischfang auf kapitalstärkige Basis gestellt würde. Der Vortragende erwähnte, daß sich über seine Veranlassung ein „Oesterreichisches Adria-Lloyd“ gebildet habe.

**Bezugsscheine, aber keine Ware.****Nutzlose Ausgaben der Winderbemittelten.**

In den Bedarfsprüfungsstellen muß man den Nachweis erbringen, daß man Wäsche und Kleider unbedingt braucht; gelingt der Nachweis, erhält man den Bedarfsschein, der aber den ausdrücklichen Vermerk enthält, daß für den tatsächlichen Gehalt der gewünschten Ware nicht garantiert wird. Er ist mithin ein recht unsicheres Dokument; gleichwohl kostet er Geld. Denn bekanntlich ist ein Bedarfsschein erst gültig, nachdem ein Stempel im Werte von 20 g. bis 1 K. aufgedrückt wurde. Der Erlös aus diesen Gebühren wird für Zwecke der Volksbekleidung verwendet.

Dieser Zweck ist ein löblicher, und der Bemittelte wird diesen kleinen Beitrag gewiß ohne Widerstreben bezahlen. Wer sich einen Mantel um 600 bis 800 K. kauft, dem kommt es auf eine Krone mehr oder weniger nicht an, und wer Strümpfe, das Paar zu 80 und mehr Kronen trägt, wird die Stempelgebühr kaum beschmerzen. Bedenklicher stimmt diese Bestimmung dort, wo es sich um Winderbemittelte handelt. Man kann in den Bedarfsprüfungsstellen Tag für Tag arme Leute sehen, die sich bitter beklagen, weil sie nutzlos das Geld für die Ausstellung des Scheines ausgegeben haben, um aber das, was sie wollten, trotz starker Bemühungen nicht erlangen konnten. In einem Geschäft sagte man ihnen, die Ware sei ausgegangen, im anderen, sie sei „gesperrt“, im dritten, sie könne derzeit nicht verkauft werden, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt. Bis dieser aber eingekreuzt ist, ist der Schein bereits verfallen, da er nur eine Gültigkeitsdauer von 30 Tagen hat.

Warum die Frist so kurz bemessen wurde, ist ganz unverständlich. Die Schwierigkeiten beim Bezug von Kleidern, Stoffen und vor allem Wäsche müssen den Behörden doch bekannt sein; sie müssen wissen, daß man nicht immer alles, was man haben will, auch wirklich er-

hält. Es kommt wiederholt vor, daß jemand ein preiswertes Stück in einer Auslage sieht und sich, um es zu kaufen, einen Bedarfsschein ausfolgen läßt. Hat er diesen, ist aber die erwähnte Ware bereits verkauft. Der Geschäftsmann sagt, er bekomme sie wieder, aber erst in einigen Wochen. Bis dahin ist aber der Schein nicht mehr gültig und muß durch einen neuen ersetzt werden, der neuerdings gestempelt wird. Die alte Stempelgebühr ist verloren.

Es wäre sehr wünschenswert, diesen Mißstand je eher je besser zu beseitigen. Wer die Notwendigkeit des Bezuges nachgewiesen hat, für den gilt sie so lange, als er die Ware nicht bezog, und ebenso lange müßte naturgemäß auch der Bezugsschein gelten. Sollte dies aber aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein, dann hätte zumindest bei der Prolongierung eines noch nicht eingelösten Scheines die Stempelgebühr zu entfallen. Die Kleidung ist ja ohnehin schon teuer genug. Sie den Armen durch solche nutzlose Schikanen noch mehr zu verteuern, wäre in der Tat nicht notwendig!

**Der Ersatzmittelschwindel.**

Das Kriegswucheramt hat in den letzten Tagen abermals eine Amtshandlung durchgeführt, die das Publikum vor den Machenschaften einer Ersatzmittelfirma schützt. Sie vertrieb einen ähnlichen Artikel, wie es der fangose „Leerrumerfas“ war, der erst kürzlich die Grundlage für eine strafgerichtliche Untersuchung bildete. Das Ersatzmittel, das nun den Gegenstand der Untersuchung bildete, ist ein Getränk, das den Namen Numaflor führte und von der Firma Adler & Sohn, Rasumoffsingasse Nr. 27, in den Handel gebracht wurde. Der Vertrieb wurde von dem Verschleier Ludwig Wienbauer besorgt. Wienbauer bezog die Ware faktweise von der erzeugenden Firma Adler & Sohn um den Preis von 5 Kronen pro Liter. Er füllte das Getränk in Flaschen um und ließ sich dann 8 Kronen pro Liter zahlen. Das Kriegswucheramt ließ das Ersatzmittel, das Num vorläufigen sollte, von der Untersuchungsanstalt für Lebensmittel untersuchen, und das Gutachten lautete dahin, daß es eine Lösung ist, die zu 99 Prozent aus Wasser, zu 1 Prozent aus Weinstein besteht, geringe Mengen von Kunstrum zugesetzt hat und mit einem ätherischen Öl parfümiert ist. Diese Flüssigkeit, die 8 Kronen pro Liter im Kleinvertrieb kostete, ist nahezu wertlos. Gegen die Inhaberin der Firma Adler & Sohn, Rosa Adler, wurde die Anzeige wegen Preistreiberei an die Staatsanwaltschaft erstattet. Auch gegen ihren Gatten Moritz Adler und ihren Sohn Paul Adler, die gegenwärtig von Wien abwesend sind, ist die Strafanzeige erstattet worden. Die Firma Adler & Sohn hat die Erzeugung des Ersatzmittels „Numaflor“ schon vor dem Einschreiten des Kriegswucheramtes eingestellt.

**Die Gasthauskarte.**

Vor einigen Tagen ging eine Notiz durch die hiesige Presse, wonach die Einführung der sogenannten Gasthauskarte binnen kurzem zu erwarten sei. Von unterrichteter Stelle erhalten wir hiezu die folgende Mitteilung: „Bereits vor geraumer Zeit wurde von Seite des Ernährungsamtes ein Verordnungsentwurf hergestellt und dem Ernährungsrat zur Begutachtung vorgelegt. Dieser befaßte sich wiederholt sowohl in den Sitzungen des allgemeinen Ausschusses wie auch in der Vollversammlung mit dieser Frage. Auch Sachverständige wurden gehört wie z. B. der Obmann der Gastwirtegenossenschaft. Hierbei wurde die Stellungnahme der Gastwirte klargestellt und darauf hingewiesen, daß die Einführung der Gasthauskarte nur dem Scheine nach eine soziale Tat sei, indem sie zwar eine Doppelversorgung unmöglich mache, dafür aber die Kleinbetriebe und ihre Besitzer schwer be-laste. Eine Ersparung an Lebensmitteln käme nur bei einer kleineren Anzahl von Luxusbetrieben (ungefähr 60) in Betracht, die ohnedies ihre Lebensmittel zumeist auf Schleichwegen aus Ungarn beziehen und die deshalb von der Gasthauskarte kaum betroffen würden. Mit Rücksicht auf diese Tatsache sprach sich der Ernährungsrat für einen Menüzwang aus, d. h. es soll festgesetzt werden, was den Gästen mittags und abends vorge-setzt werden darf.“

Mit der Ordnung der Speisekarte, bezw. deren Vereinfachung hat man es im Interesse der Ersparnis bereits versucht. Das Ergebnis ist, daß heute in Wien gewisse Nobelgasthäuser 15 bis 20 Gerichte auf der Speisekarte haben.

**Wo bleibt das Kriegswucheramt?** Wenn man jetzt die Auslagen der verschiedenen größeren Lebensmittelgeschäfte einer Musterung unterzieht, so macht man die Wahrnehmung, daß sich die Preise für die verschiedenen

Artikel immer mehr zu Phantasiepreisen auswachsen. So verkauft man jetzt in den Stadtgeschäften zehn Delagramm Liptauer Käse zu 2 Kronen, Primsen zu 1-70 Kronen. Diese Käsesorten, die einmal zu den billigsten gehörten und bei jedem Weisler zu haben waren, sind nämlich jetzt zu „Delikatessen“ vorgerückt und werden zu meist nur noch in den Feinkosthandlungen verkauft. Für ein Päckchen Bisluit, das acht kleine Stückchen enthält, zahlt man 6 Kronen. Überall sieht man jetzt einen aus schwarzem Mehl hergestellten sogenannten „Königstuchen“, von dem 10 Delagramm 1-50 bis 1-80 Kronen kosten und der ein ganz minderwertiges Produkt darstellt. Das sogenannte „Klejenbrot“ berechnet man 10 Delagramm mit 2-40 Kronen. Kandierete Früchte sieht man in den Stadtgeschäften, kleine Gläserchen damit gefüllt, zu 15 bis 20 Kronen verzeichnet. Besonders viel werden jetzt, wo es auf den Märkten an billigen Äpfeln fehlt, bessere Äpfel in den Geschäften, das Kilogramm zu 6 bis 8 und 11 Kronen, feilgeboten. Sieht diesen Unfug das Kriegswucheramt nicht? Ein Rundgang eines seiner Organe durch die Stadt würde sich da wirklich lohnen.

[Verhandlungen mit Ungarn über die Rohstoffverteilung.] Aus Budapest wird uns telegraphiert: Die Verhandlungen über die Frage der Rohstoffverteilung werden in kurzer Zeit in Wien ihren Anfang nehmen. Hierüber verlautet an maßgebend informierter Stelle das Folgende: Die österreichische Auffassung, wonach bei einer Verteilung der Rohstoffe die Leistungsfähigkeit der in Betracht kommenden Industrien berücksichtigt werden soll, bildet im ungarischen Handelsministerium den Gegenstand eingehender Erwägungen. Man will sich auf ungarischer Seite keineswegs der Forderung verschließen, daß vor allem die großen Interessen der Bevölkerung berücksichtigt werden müssen. Das allgemeine Interesse aber erfordert eine möglichst rasche Reetablierung der Produktion in der Bekleidungsindustrie. Da nun Oesterreich über eine weitaus entwickeltere Bekleidungsindustrie verfügt, so sei es ein allgemeines Interesse, daß diesem Produktionszweig so rasch als möglich die nötigen Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Der Entgang, den die ungarische Industrie dadurch erleidet, soll durch Kompensationen wettgemacht werden. Die Wiener Beratungen werden vor allem den Fragen der Kompensationen gelten. In zweiter Reihe wird man sich mit der Frage befassen, ob der Einlaß der Rohstoffe länderweise oder gemeinsam zu erfolgen hat. In den Besprechungen, die letzthin zwischen den kompetenten österreichischen und ungarischen Stellen in Wien gepflogen wurden, einigte man sich

dahin, daß die gemeinsame Beschaffung auf staatlichem Wege den größten Vorteil bespreche, da hiedurch die Nachteile der Privatkonkurrenz ausgeschaltet erscheinen. Die Rohstoffbeschaffung dürfte demnach von beiden Regierungen gemeinsam auf staatlichem Wege durchgeführt werden. Das dritte Problem betrifft die Frage des Schutzesraumes; auch hier werden die beiden Regierungen gemeinsam vorgehen. Nach Maßgabe der Wichtigkeit und des Verunfallsandes der zu importierenden Rohstoffe werden gemeinsame Schutzzölle festgesetzt werden. — Die Sektion für Rohstoffbeschaffung im Ministerium für die Uebergangswirtschaft hat den Beschluß gefaßt, daß eine Ausnahme aller vorhandenen Verordnungen von Rohstoffen vorgenommen werden soll. Sodann soll die Reihenfolge der einzelnen vorhandenen und einzuführenden Rohstoffe festgesetzt werden. Schließlich soll ein eigenes Bureau errichtet werden, das alle mit der Einfuhr zusammenhängenden administrativen Angelegenheiten zu versehen hat.

H. II. 1918

¶ (Unsere eventuellen Bezüge aus Rußland nach Friedensschluß.) Ein genauer Kenner der russischen Exportverhältnisse berichtet uns: Die Erwartungen über einen Bezug russischer Produkte gleich nach Friedensschluß dürfen nicht allzu hoch eingeschätzt werden. Einerseits bleiben die Transportwege sehr eingeengt, denn sie dürften sich vorerst nur auf dem Wasserwege vollziehen lassen, andererseits sind die Vorräthe dort nicht so bedeutend, daß auf stärkere Bezüge gerechnet werden könnte. Bei Kriegsausbruch lagerte in den Häfen des Schwarzen und des Azovischen Meeres wenig Getreide, das sich auch später durch die Sperre der Dardanellen nicht vermehrt hat. Auch stieg der Eigenbedarf derart, daß die schwachen Ernten ihn kaum zu decken vermochten. Russisches Getreide kam früher überhaupt wenig nach der Monarchie, größer waren nur die Bezüge in Bohnen, Linsen, Erbsen, Mohn, Hanf- und Leinsamen, wie in Kümmel, Anis, Senf, Buchweizen und Hirse, welche aber, namentlich im Innern erzeugt, nach dem Süden wenig kommen, hauptsächlich per Bahn im Westen und über Podwoloczyska, Brodn, Nowosieliska zur Ausfuhr gelangen. Aber auch diese fehlen dort derzeit. Erst die kommende Ernte kann für uns in Betracht kommen, vorausgesetzt, daß solche einen reichlichen Ertrag liefert, denn der russische Konsum in genannten Artikeln ist enorm. Anders liegt die Sache hinsichtlich Eier, Butter, Geflügel, Wolle, Flach und Hanf, welche Rußland in ungeheuren Mengen produziert und für welche unser Handel in Rußland seit Jahrzehnten bestens eingeführt ist und dort dominirt. Gestalten sich die politischen Verhältnisse derart, daß unsere Kaufleute raschest nach Rußland fahren können, dann ist auf ehestens große Bezüge aus der neuen Produktion zu rechnen, denn der Geflügelstand hat in Rußland selbst durch den Krieg kaum eine Minderung erfahren, er betrifft Gegenden, welche durch den Krieg wenig oder gar nicht gelitten haben. Aber schon diese Bezüge werden unsere Versorgung außerordentlich erleichtern, da wir nicht gezwungen sein werden, so große Mengen wie in den Kriegsjahren an Deutschland abgeben zu müssen, da auch letzteres seinen Bedarf in Rußland decken wird.

## Ein Jahr Teuerung.

Das Ansteigen der Lebensmittelpreise in Wien.

Die Preise für die notwendigen und notwendigsten Lebensmittel sind im vierten Kriegsjahre zu solch einer Höhe emporgeschneit, das die Lösung des täglich sich wiederholenden Rechenexempels: „Wie finde ich mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln das Auslangen?“ die Hausfrau vor fast unüberwindliche Schwierigkeiten stellt. Die Hausfrau muß sich täglich über die Lage orientieren, muß rasch überblicken, was sie erraffen kann. Die „wilde Jagd“ bringt es mit sich, daß Preise, die vor kurzem noch das Entsetzen der Käufer bildeten, alsbald in Vergessenheit geraten. Entsinnt man sich hie und da der Friedenspreise für einzelne Artikel, so klingen sie märchenhaft. Aber selbst die Preise vieler Artikel zu Beginn des Vorjahres schein mit den heute geltenden verglichen beinahe billig.

Zu der ersten Jännerwoche 1917 bestanden in der Großmarkthalle für Rindfleisch nach folgende Preise:

Sorderes K. 6.40 bis 7.00,  
Hinteres K. 6.80 bis 8.60,  
Bratenstücke K. 12.10 bis 13.50 per Kilogramm mit Zuwage.

Schon im Februar haben sich diese Preise erhöht auf

K. 7.60 bis 9.10 und  
K. 8.60 bis 10.90 für Hinteres per Kilogramm mit Zuwage.

Die Preise für Bratenstücke haben damals keine Aenderung erfahren. Diese Preise blieben bis April in Geltung, erhöhten sich damals für die besseren Sorten um durchschnittlich K. 2 per Kilogramm und haben die letzte bedeutende Preiserhöhung Anfang September erfahren. Zu dieser Zeit wurden die Preise für ungarisches Vieh neuerlich bedeutend erhöht und dementsprechend stellten sich die Preise der teuersten Sorten auf

K. 12.80 für Hinteres,  
K. 14.60 für Sorderes, und  
K. 17.00 für Bratenstücke per Kilogramm mit Zuwage.

Diese Preise sind derzeit noch in Geltung.

Von den Preissteigerungen fast unberührt blieben die Preise für Kalbfleisch, doch ist das Angebot derart gesunken, daß schon seit Monaten der Bedarf auch nicht im entferntesten gedeckt werden kann. Auch die Preise für hiesiges Schweinefleisch (K. 7.50 bis 9.50) hat keine Aenderung erfahren, doch ist hiesiges Schweinefleisch fast gänzlich aus dem Verkehr geschieden. Es gibt abwechselnd ungarisches Schweinefleisch zum Preise von K. 13.50 und darüber, gesalzenes, ausländisches Schweinefleisch, zum Preise von K. 12 und Rauchfleisch zu K. 16.50 per Kilogramm. Am Neujahrstage hat es, wie berichtet, frisches serbisches Schweinefleisch zum lange nicht dagewesenen Preise von K. 7 per Kilogramm gegeben. In den nächsten Tagen wird noch einmal eine Ausgabe dieses Schweinefleisches erfolgen, doch ist derzeit für regelmäßige Ankünfte nicht gesorgt. Schaf- und Lammfleisch hat sich von K. 6.50 bis 8.— zu Beginn des Jahres auf K. 10 bis K. 13 erhöht.

Eine vergleichende Preistabelle ergibt für die wichtigsten Artikel folgende Erhöhungen:

### Fische.

Anfang 1917.	Anfang 1918.
Hechte K. 5.40	K. 7.20 bis 9.80
Karpfen K. 5.40	K. 7.30 bis 9.60

### Gemüse.

Zohl 18 bis 28 K.	19 bis 30 K. per Stück
Zohl 42 bis 50 K.	78 K. bis K. 1.30
	per Kilogramm
Frank 54 bis 57 K.	58 bis 70 K.
Sauerkraut 48 bis 54 K.	derzeit nicht erhältlich.
Spinat 30 K. bis K. 1.48	K. 1.08 bis 1.34
Kartoffeln 16 bis 18 K.	34 K.
Belge Rüben 29 K. bis 32 K.	58 bis 72 K.
Eingeäuerte Rüben 52 bis 54 K.	K. 2.08 bis 2.30
Zwiebel 70 K. bis K. 1.34	per Kilogramm

In den Bezirksläden sind die Preise gewöhnlich um ein bedeutendes höher.

Butter, deren Abgabe seit einigen Monaten rationiert und rationiert ist, stellte sich im Jänner 1917 auf K. 10.— bis K. 14.50, derzeit auf K. 19.34 bis 19.54 per Kilogramm. Der Höchstpreis für Gänsefleisch betrug vor Jahresfrist K. 18.— bis 24.—, jetzt K. 30.— bis 32.— per Kilogramm.

Eine ganz bedeutende Preiserhöhung hat auch Brennmaterial aller Art erfahren. Ein Vergleich ergibt:

Anfang 1917.	Jänner 1918.
Brennholz 16 bis 32 K.	24 bis 36 K.
	per Kilogramm
Steinkohle K. 5.88 bis 6.82	K. 6.91 bis 9.05
Braunkohle K. 3.20 bis 5.80	K. 5.62 bis 6.32
	per Meterzentner.

## Die Differenzen in der Ernährungsfrage

Zwischen Oesterreich und Ungarn.

Die Demission des ungarischen Ernährungsministers Grafen Sadiß, die auf Differenzen zwischen den beiderseitigen Regierungen in Ernährungsangelegenheiten zurückgeführt wird, rückt neuerdings jene Umstände in den Vordergrund, die seit Kriegsbeginn einen fortwährenden Kampf zwischen Ungarn und Transilvanien bilden. Wenn auch von ungarischer Seite der ursächliche Grund des Rücktrittes des Grafen Sadiß von dem Amte eines ungarischen Ernährungsministers in eine vikante persönliche Umrahmung verflochten wird, so scheinen doch lediglich sachliche Differenzen den Grund zur Demission veranlaßt zu haben.

Schon seit Kriegsbeginn obwalten hinsichtlich der Frage der ungarischen Lebensmittelaufschübe für die Zivilbevölkerung Oesterreichs ganz bedeutende Meinungsverschiedenheiten, die bereits mehrere Male durch einen Machtpruch der Krone gemildert, jedoch bis nun keineswegs ganz behoben worden sind, da sich auf ungarischer Seite die Meinung durchsetzt und in letzter Zeit auch verstärkt hat, daß Ungarn bei Aufrechterhaltung der bisherigen für Oesterreich bestimmten Kontingente an Getreide und Vieh nicht mehr imstande sei, die Lebenshaltung seiner Bevölkerung auf gewohnter Höhe zu halten. Wenn auch die riesenhaften Bodenreichtum des Landes dem ungarischen Bodenreichtum ganz beträchtliche Mengen von Lebensmitteln abzurufen haben, die naturgemäß den Ueberfluß in der gewohnten guten Lebenshaltung seiner Bevölkerung schmälerten, so muß andererseits doch immer wieder festgestellt werden, daß die Begriffe: Mangel an Lebensmitteln und Knappheit in der Ernährung, mit ungarischen Augen betrachtet, sich ganz anders ausnehmen als bei uns, wo die zahlreichen Nationen und Portionierungen in Bezug auf die Lebensmittel der Bevölkerung eine weitaus schämlere Ernährungsmöglichkeit bieten, während in Ungarn zu einer hinreichenden Sättigungsmöglichkeit gewährleistet.

Schon anlässlich der letzten Delegations-tagungen, während welcher auch der ungarische Ernährungsminister Graf Sadiß in Wien weilte, wurden Gerüchte laut, die seinen Rücktritt vom Amte deshalb in nahe Aussicht stellten, weil er angeblich in Bezug auf die Regelung der ungarischen Ernährungsauswärtigen in persönliche Differenzen nicht nur mit dem österreichischen Ernährungsminister Generalmajor Höfer, sondern auch mit dem Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr v. Pragenau geraten sein soll. Von berufener Seite wurden damals persönliche Differenzen zwar geleugnet, sachliche Meinungsverschiedenheiten aber hinsichtlich der ungarischen Lebensmittelaufschübe zugegeben. In diese Zeit fallen auch die langwierigen Verhandlungen über die Lebensmittelaufschübe Ungarns, und die österreichischen Regierungsunterhändler, die wochenlang in Budapest weilten, dort aber nicht zum Ziele kamen, mußten mit ihren ungarischen Kollegen die Beratungen in Wien fortsetzen. Schließlich schien es, daß ein eigener Kronrat zur Ueberbrückung der Gegensätze beigetragen hat. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde zwar öffentlich nicht mitgeteilt, doch verpöchte man in Oesterreich ganz deutlich, daß das letzte fällige Kontingent an ungarischen Lebensmitteln für Oesterreich nicht mehr voll beigelegt, sondern gerade in den wichtigsten Artikeln, wie Vieh und Getreide, wesentlich gekürzt wurde. Noch im Oktober des Vorjahres machte Ernährungsminister Generalmajor Höfer vor dem parlamentarischen Forum die Mitteilung, daß auf Grund eines Uebereinkommens das monatlich von Ungarn an Oesterreich zu liefernde Schweinekontingent auf 12.000 Stück im Monat laute, und die österreichische Regierung daran sei, eine Erhöhung dieses Kontingents auf 16.000 Stück Schweine

zu erwirken. Das Kontingent an toter Ware (Speck, Fett und Wurstwaren) wurde damals vom Generalmajor Höfer mit 90% Waggons monatlich angegeben und dessen Erhöhung auf 120 Waggons in Aussicht gestellt. Das auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen zustande gekommene monatliche Rinderkontingent betrug damals 4000 Stück und wurde vorübergehend auf 6000 Rinder erhöht. Außerdem stellte Ungarn zu damaliger Zeit auch nicht so sehr aus freien Stücken, sondern infolge des ständig zunehmenden Raubfuttermangels, der einen größeren Eingriff in die Viehbestände nötig machte, ein Ueberkontingent von 30.000 Rindern in Aussicht, das aber nur zum Teil eingehalten wurde.

Die Wirklichkeit hat diese optimistische Rechnung aber zerschanden werden lassen und der Bereitwilligkeit Ungarns, Oesterreich von seinen Ueberschüssen aus der Bodenproduktion die entsprechenden Anteile zukommen zu lassen, ein mehr als schlechtes Zeugnis ausgestellt. Ungarn, das in Friedenszeiten an Oesterreich seinen aufnahmefähigsten und stets gut zahlenden Abnehmer hinsichtlich der Bodenprodukte hatte, drohte nicht nur die Gemüseausfuhr fast zur Gänze, sondern verkürzte gerade in der letzten Zeit das Fettfleischkontingent derart, daß wir uns wohl oder übel unter Anwendung aller erdenklichen Mittel aus der Ferkalamität zu retten versuchen mußten. Dazu hat noch die nimmerkaltete Preispolitik der jenseitigen Agrarier die Lebenshaltung der österreichischen Bevölkerung wesentlich erschwert. Aber auch in Bezug auf das Brotgetreide hat es die österreichische Regierung nicht durchsetzen können, entsprechende Quantitäten aus dem nachgewiesenen ungarischen Ueberfluß zugesprochen zu erhalten, und die Verschlechterung der Qualität unseres Brotes sowie die hohe Ausmahlung unseres Getreides sind nicht zuletzt auf das Konto der

ungarischen Zurückhaltung zu setzen. Aus dem ungarischen Agrarrecht wird zwar ein allgrößtes Teil der Versorgung des Heeres bestritten, doch auch hierbei haben die Ungarn bewiesen, daß sie sich durchaus nicht scheuen, in rein kaufmännischer Weise die Kriegskonjunktur nach Kräften auszunutzen.

So weit also Differenzen in der Lebensmittelaufschübe zwischen Ungarn und Oesterreich auftauchen, ist das sachliche Recht sicher auf unserer Seite gelegen. Wenn daher die österreichische Weisheit sich soweit verleiht, eine parteiliche Behandlung der Lebensmittelaufschübe in beiden Reichern immer lauter zu verlangen, so wird dieser Wunsch wirklich nicht als unbillig bezeichnet werden können. Denn es ist nicht einzusehen, weshalb man in dem einen Reiche Weißbrot und in dem anderen surrogiertes Kriegsbrot isst; es ist auch schwer zu verstehen, weshalb auf der einen Seite die Kost mit den nötigen Fettstoffen reichlich versehen werden kann, während auf der anderen Seite der Erwerb selbst der unentbehrlichsten Mengen an Kochfett immer schwerer möglich wird. Schwer verständlich ist es endlich, weshalb drüben so ziemlich die meisten Lebensmittelquoten höher ausgefallen sind als hienieden. So läßt sich eine Reihe von Ungleichheiten aufzählen, die in unserer Bevölkerung schon lange das Gefühl einer stiefmütterlichen Behandlung wachrufen.

Aber die in Bezug auf die Lebensmittelaufschübe zwischen den beiden Regierungen obwaltenden Differenzen sind auch ein Politikum. Und wenn auch heute die aus dem Hintergrund lautwerdenden Gerüchte von der Einrichtung eines gemeinsamen Ernährungsministeriums für Oesterreich und Ungarn von maßgebender Seite noch sehr in Frage gestellt werden, so liegt es doch nicht außer dem Bereich der Wahrscheinlichkeit, daß man, um aus dem Dilemma herauszukommen, diesen anachronen Weg schon deshalb erwägen könnte, um in der Folge so trasse Differenzen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung der Monarchie zu beseitigen, wie sie jetzt herrschen und einen ständigen Kampf zwischen den beiden Reichshälften bilden.

**Die zwangsweise Rationierung in England.**

Amsterdam, 3. Januar.

Reuter meldet: Lord Rhondda, der Minister für Ernährungswesen, erörterte die Frage der zwangsweisen Rationierung und erklärte: Wir wissen, daß jetzt in Deutschland eine große Empörung über die Tatsache besteht, daß die Reichen trotz Rationierung und Kartensystem erheblich mehr erhalten, als ihnen zusteht, so daß die Armen nicht das bekommen, was sie erhalten könnten. Wir sind gegenwärtig damit beschäftigt, den Entwurf für eine Zwangsrationierung wenigstens einiger Nahrungsmittel zu vollenden. Dieser wird dann dem Kabinett vorgelegt und, sobald dieses die Genehmigung erteilt hat, so schnell wie möglich zur Durchführung gebracht werden.

[Einheitsmenü und Einheitszigarre.] Was sich jetzt in Wien abspielt, ist in letzter Linie der Kampf um das „Gustostückel“. Wir alle waren bis zum Kriegsausbruch fanatische Anhänger des „Gustostückels“, überzeugte Individualisten, die im Gast- und Kaffeehaus wenigstens ein jeder nach seiner Fassung gerade als Lebensregel galt: So viel Köpfe, so viel Sinne; unbestreitbar war es dafür, daß jeder Magen in unserer Stadt seine höchst persönlichen Anforderungen stellte, daß der echte Wiener verächtlich von den Berliner Abfütterungsanstalten sprach und daß das Menü die im vorhinein festgesetzte Speisenfolge ohne Überraschungen und ohne Extrawürste sich bei uns niemals recht einbürgern konnte. Wo wäre denn sonst das Recht auf das „Gustostückel“ geblieben und der heilige Anspruch des Stammgastes, daß ihm dies und jenes genau bestimmte Rindfleisch reserviert bleiben müsse. Der Krieg hat darin gründlich Wandel

geschaffen, beim Rindfleisch und anderswo. Die schmerzlichen Erinnerungen sollen nicht wachgerufen werden, wie beispielsweise aus der verwirrenden Fülle des Wiener Gebäcks das Einheitsbrot wurde, das man glücklich ist, in bescheidenem Ausmaß auf Grund der Brotmarke zu empfangen. Der Krieg ist ein großer Gleichmacher. Er hat an allen Ecken und Enden revolutionierend gewirkt. Er hat an allen Ecken und Enden Gelassenheit haben die zu Paaren getriebenen Vobredner der guten alten Wiener Vergangenheit seinerzeit davon gehört, daß mit der Gasthauskarte das Einheitsmenü obligatorisch werden sollte. Sie werden auch jetzt nicht die richtige Genauigkeit darüber empfinden, daß diese Idee sicherem Vernehmen nach endgültig fallen gelassen wurde, daß die Verschiedenartigkeit der Wiener Gasthausbetriebe diese weit-ausgreifenden Pläne vereitelt hat. Das Einheitsmenü hätte die einheitliche Versorgung der Gasthäuser mit den notwendigen Lebensmittel und auch eine einheitliche Preisbestimmung notwendig gemacht. An der Unmöglichkeit solcher strenger Uniformierung ist das Projekt gescheitert. De mortuis nil nisi bene. Dem Gedanken soll nichts anderes nachgesagt werden, als daß seine Durchführung jedenfalls den eigentlichen Zweck und dessen Erreichung nicht verbürgt hätte. Die berühmte Doppelversorgung, welche die Eiferer der Gasthauskarte den Restaurantbesuchern zum Vorwurf machen, ist nämlich kaum mehr als ein luftiges Phantasiegebilde. Die heutigen Gasthauspreise machen es in hohem Grade unwahrscheinlich, daß es viele Leute gibt, die an einem Tage in zwei Gasthäusern zu Mittag essen oder nach dem häuslichen Nachtmahl noch ein Restaurant aufsuchen. Es wird den Wienern weit mehr Leppigkeit zugetraut als sie durchschnittlich aufbringen. Darum wird auch eine angeblich beabsichtigte Verordnung sehr wenige Leute erschrecken, die den Wirt verpflichten soll, einen und denselben Gast nicht mehr als eine Suppe, eine Portion Fleisch mit Zuspeise und eine Mehlspeise zu verabreichen. Die Doppelbestellungen gehören nämlich auf dasselbe Blatt wie die Doppelversorgung. Während demnach das Einheitsmenü in weite Ferne entrückt scheint, sind wir in aller Stille der Einheitszigarre nähergekommen. So und so viele Zigarren- und Zigarettenarten werden aufgelassen. Freilich bleibt uns noch genug. Wenigstens auf dem Papier und in der Theorie. Virginia und Kuba, Portoriko, Britannika und Trabuko und ebenso ägyptische und ungarische Zigaretten, Sport und Damen. Manches Gesicht verzieht sich zu einem großen Fragezeichen: Wie und wo? Auch die Raucher kaprizierten sich einmal auf ein „Gustostückel“. In dieser Trastik hatte angeblich die Virginia besseren Zug, in jener die Trabuko ein schöneres Deckblatt. Solche Splitterrichterei klingt heut: wie eine Blasphemie. „Brave Kinder essen alles“, so wurde uns einmal in der Kinderstube gesagt. Oh, wie kindlich sind wir alle miteinander geworden. Wir essen alles, wir rauchen alles. Nur bekommen müssen wir es.

[Die Ueberwachung der Kriegszentralen in Ungarn.] Aus Budapest wird uns telegraphiert: Heute fand im Handelsministerium unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Elemer Hantos eine Enquete statt, in welcher die Frage der Durchführung der Kontrolle bei den Zentralen erörtert wurde. Staatssekretär Hantos verwies in seiner Eröffnungsrede auf die Notwendigkeit der institutiven Kontrolle der Zentralen, da vielfach die Meinung verbreitet ist, daß die Zentralen zwischen den Produzenten und Konsumenten Schranken errichten und die Tätigkeit der Zentralen den Handel ausschließt. Demgegenüber führte der Staatssekretär folgendes aus: Die Errichtung der Zentralen wurde durch die kriegerischen Verhältnisse hervorgerufen und verfolgte den Zweck, die Versorgung des Heeres und der Zivilbevölkerung zu sichern. Heute sind im Lande 34 Zentralen tätig, doch ist ihre Zahl damit noch nicht abgeschlossen. Die Verhältnisse werden die Vermehrung der Zentralen notwendig machen. Die Regierung beabsichtigt nun, die Zentralen wirksam zu kontrollieren und ihren Ausbau für die Friedenswirtschaft zu ermöglichen. In letzterer Richtung denkt die Regierung an die Einbeziehung des Handels. Die Staatsverwaltung hat auch bisher durch ihre Delegierten die Tätigkeit der Zentralen kontrolliert, doch hat sich die Ueberprüfung bloß darauf beschränkt, daß diejenigen Waren erhalten, für die sie die Zentralen angewiesen hatten. Die Ueberwachung erstreckte sich aber nicht auf die Geld- und Geschäftsgebarung, die Kosten und die Preispolitik der Zentralen. In der neuen Verfügung wird die Kontrolle auch auf diese Zweige der Geschäftsführung der Zentralen erstreckt werden, wobei es am zweckmäßigsten ist, wenn die Ueberwachung von einem dem Ministerium unterstehenden Amt besorgt wird, welchem sowohl die zu den Zentralen delegierten Regierungsvetreter wie auch von den ersteren zu wählende Sachmänner angehören sollen. Nach langer Debatte, an welcher die Präsidenten der verschiedenen Zentralen teilnahmen, konstatierte der Staatssekretär die einschlägige Auffassung bezüglich der Notwendigkeit der Kontrolle und teilte mit, daß die Regierung gemäß den geäußerten Wünschen die Kontrolle organisieren werde.

6./I. 1918.

95<sup>6</sup>

\* Lebensmittelversorgung. Der Magistrat Berlin gibt bekannt, daß die Kartoffelmengen von 7 Pfund in der kommenden Woche ebenso aufgebraucht werden soll, wie in der vergangenen, nämlich, daß 6 Pfund auf Kartoffelarte zu entnehmen sind, das siebente Pfund aber aus der im voraus gelieferten „eisernen Ration“ zu gebrauchen ist. Ende der nächsten Woche gelangen in Neufölln auf die Lebensmittelarte je Kopf 150 Gr. Marmelade und  $\frac{1}{2}$  Pfd. Kunsthonig in den Kolonialwarengeschäften zur Ausgabe. In den städtischen Verkaufsstellen wird von Mitte nächster Woche ab eine Büchse kondensierter Milch auf die Haushaltkarte gegen gleichzeitige Vorlegung der Fleischkarten für Erwachsene an Haushaltungen abgegeben, die bisher noch nicht beliefert worden sind. Abschnitt 35 der Eierkarte behält bis auf weiteres seine Gültigkeit.

7. I. 1918

96

27

**Kommunal-Angelegenheiten.**

(Die Seifennot.) Wir haben die folgende Zuschrift erhalten:

„Sehr geehrter Herr Redakteur!

Wir glauben, im öffentlichen Interesse zu handeln, indem wir zu der gegenwärtig so aktuellen Frage der „Seifennot“ das Wort ergreifen und um Veröffentlichung dieser Zeilen bitten:

Schon vor Wochen haben wir die zuständigen Stellen darauf aufmerksam gemacht, daß in der Versorgung der hauptstädtischen Bevölkerung mit Seife unbedingt eine sehr unliebsame Störung eintreten werde, wenn diejenigen Seifenfabriken, die mit Roh- und Hilfsmaterialien versehen sind, nicht die von ihnen benötigte Menge Kohlen erhalten. Trotz aller Vorstellungen wurden aber die Kohlenlieferungen noch mehr reduziert, oft gänzlich suspendiert, so daß die Betriebe auch dieser Fabriken eingestellt werden mußten.

Nun ist die Katastrophe eingetreten — zu der sich auch noch eine zweite gesellen wird, nämlich daß aus demselben Grunde auch die Kerzenarten voraussichtlich nicht eingelöst werden können, — und die hauptstädtische Approvisionierungssektion bittet erst jetzt das Handelsministerium und das Volksernährungsamt um Abhilfe!

Wenn es den betreffenden Stellen ernstlich darum zu tun ist, rasch Abhilfe zu schaffen, mögen sie den mit Rohstoffen und Hilfsmaterialien versehenen Fabriken Kohle zuteilen, und die große Katastrophe ist damit behoben. Unsere Fabrik allein könnte z. B. den Bedarf der Hauptstadt an Seife und Kerzen gänzlich decken, wozu nur eine verhältnismäßig geringe Menge Kohle nötig wäre.

Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen werden, die eingetretene Misere raschest zu beheben, und zeichnen, für die Veröffentlichung bestens dankend,

hochachtungsvoll

Budapest, 7. Januar 1918.

„Flora“ Erste Ungarische Kerzen-  
und Seifenfabrik N. G.

7./I. 1918.

97  
7

## Landaufenthalt 1918.

### Besondere Berücksichtigung des Mittelstandes.

Dem Vereine „Landaufenthalt für Stadtkinder“ haben die Ministerien des Innern, des Kultus und der Landwirtschaft wiederum in einem gemeinsamen Erlasse vom 31. Dezember 1917 im kommenden Jahre die behördliche Unterstützung zugesagt.

Durch die beispiellose Opferwilligkeit der Landbevölkerung, so heißt es in dem Erlaß, wurde mehr als einer halben Million Kindern der städtischen und Industrie-Bevölkerung die Wohlthat eines Landaufenthaltes zuteil. Die in den Großstädten und Industriebezirken unvermindert fortbestehenden Ernährungsschwierigkeiten zwingen dazu, auch für das kommende Jahr eine umfangreiche Verschiebung von Kindern auf das Land in Aussicht zu nehmen. Es ist zwar nicht zu verkennen, daß auch auf dem Lande infolge besonders scharfer Erfassung der Lebensmittel die Schwierigkeiten der Ernährung gewachsen sind; der Mangel an Fett insbesondere macht sich auch hier in steigendem Maße bemerkbar. Es darf aber gleichwohl angenommen werden, daß die Lebensbedingungen auf dem Lande immer noch erträglicher sind als in den Großstädten und Industriebezirken, zumal die diesjährige nicht ungünstige Kartoffelernte in mancher Beziehung einen Ausgleich schafft und eine kräftigere Kost gewährleistet.

Dem Erlaß sind, entsprechend den vom Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ gemachten Vorschlägen, Richtlinien für die Durchführung, die Bedingungen für die aufnehmenden Haushaltungsvorstände und die Eltern der Kinder sowie Muster zu Listen beigegeben. An den Grundzügen der vorjährigen Organisation ist festgehalten worden. Darnach ist die Organisation neben dem Bestehen des Vereins als Landeszentrale wiederum nach Provinzen gegliedert und die Durchführung der Einzelheiten in die Hände der Kreisstellen der Aufnahme- und Abgabekreise gelegt. Im Hinblick auf die unverkennbare Notlage des Mittelstandes wird der Unterbringung von Kindern aus Mittel- und höheren Schulen besonders Beachtung geschenkt. Die Dauer des Aufenthaltes ist auf 3—4 Monate vorgesehen. Die Unterbringung soll auch im neuen Jahre möglichst unentgeltlich erfolgen, u. a. kann ein Beitrag zu den Unkosten von etwa 50 Pfg. gewährt werden. Alle Eltern der Kinder sollen, soweit sie dazu in der Lage sind, einen Beitrag zu den allgemeinen Unkosten von etwa 50 Pfennig zahlen. Der Landaufenthalt soll möglichst von Mai bis August andauern. Bei der Durchführung des Unternehmens werden wieder der Vaterländische Frauenverein, die Frauenhilfe des evangelisch-lutherischen Hilfsvereins und der Caritasverband für das katholische Deutschland hervortretenden Anteil haben.

### Gegen die Errichtung eines Ernährungsministeriums

Haben in der letzten Sitzung des Herrenhauses Freiherr v. Ehrenfels und Mitglieder sämtlicher Gruppen in einer Anfrage Stellung genommen, die heute im Drucke vorliegt und ausführt:

Die Kriegsergebnisse haben es mit sich gebracht, daß infolge der Schwierigkeiten der Ernährung die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, ein Ernährungsamt zu schaffen, an dessen Spitze ein Minister trat. Ohne hier näher erörtern zu wollen, inwiefern dieses Ernährungsamt den Erwartungen entsprochen hat, die man bei seiner Errichtung hegte, und ohne ein Urteil über seine bisherige Tätigkeit fällen zu wollen, soll eingeräumt werden, daß der Gedanke der Errichtung eines solchen Amtes in den Verhältnissen begründet war. Selbstverständlich wurde allgemein angenommen, daß dieses Amt beim Eintritt normaler Verhältnisse wieder aufgehoben werden wird. Nunmehr scheint es, daß dieses Amt in ein permanentes Ministerium umgewandelt wird. Es liegt auf der Hand, daß die Bildung dieses neuen Ministeriums nur dadurch geschehen kann, daß Ämtern anderer Ministerien ihm übertragen, zum Teil künstlich neue Ämtern für dasselbe geschaffen werden.

Es würde also dadurch für die Friedenszeit die bestehende Verwaltung nur kompliziert und vervielfältigt werden, es würde den ohnehin überlasteten Unterbehörden bis zu den Gemeinden herab neue Arbeit aufgebürdet und der Gang der Verwaltung nur verzögert und verteuert werden. Der beste Beweis für die Gefahr, die durch die abermalige Aemter- und Beamtenvermehrung entsteht, liegt in dem Hinweis auf die A- und B- und C-Statistik, die bisher vom Ackerbauministerium besorgt wurde und 80.000 Kronen gekostet hat, während die von der Kriegsgetreidegesellschaft durchgeführte Statistik einen Aufwand von mehr als 15.000.000 Kronen erfordert, ohne daß die Resultate befriedigt hätten. Das neue Ministerium würde von vornherein in Kompetenzkonflikte, hauptsächlich mit dem Ackerbauministerium, aber auch mit dem neu zu gründenden Sanitätsministerium, geraten. Mit besonderem Nachdruck muß auf seine parallele Tätigkeit mit dem Ackerbauministerium hingewiesen werden. Dadurch, daß dem Ackerbauministerium sowie den anderen mit der wirtschaftlichen Produktion befaßten Ministerien ein Ernährungsministerium gegenübergestellt wird, wird geradezu ein künstlicher Gegensatz zwischen Produktion und Konsumtion geschaffen, welcher in richtiger und natürlicher Weise dadurch vermieden werden muß, daß die Interessen der Produzenten und Konsumenten innerhalb der bestehenden, für die Produktionspolitik verantwortlichen Ministerien einen billigen Ausgleich finden.

Angeichts dieser schwerwiegenden Umstände können die Unterzeichneten die große Besorgnis nicht unterdrücken, daß durch dieses Projekt nicht nur abermals eine ungerechtfertigte Aemter- und Beamtenvermehrung hervorgerufen und die Kompetenzkonflikte vermehrt werden, sondern daß auch den Anforderungen einer einheitlichen Verwaltung direkt entgegengehandelt, die Erledigungen der Geschäfte verzögert und der Produktion neue Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Die Unterzeichneten stellen daher an die hohe Regierung die Anfragen: Verhüt die Nachricht von der Errichtung eines Ernährungsministeriums auf Wahrheit? Erachtet es die Regierung nicht für die richtige Lösung, nach dem Kriege die Angelegenheiten der Volksernährung in die bestehenden Ministerien einzugliedern?

### Schwere Beschuldigung gegen den Ersten Wiener Konsumverein.

Einer Behauptung des Ersten Wiener Konsumvereines, es sei ihm für die Vorwoche nicht die gebührende Menge von Mehl zugewiesen worden, so daß er seinen Mitgliedern nicht das volle Quantum habe ausfolgen können, stellt die niederösterreichische Abteilung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt folgende Darstellung gegenüber:

Wenn der Konsumverein behauptet, daß ihm „trotz angelegentlichster Betrei...“ in der abgelaufenen Woche „vorgestern noch nicht die vollen zur Befriedigung aller seiner Mitglieder notwendigen Mäbherzeugnisse zugewiesen wurden“, so entspricht dies nicht den Tatsachen, denn wie aus der Tabelle ersichtlich ist, wurden dem Konsumverein für die am Sonntag, den 30. Dezember, beginnende und am Samstag, den 1. Jänner, endigende Verbrauchswoche von einem Gesamtwochenbedarf von 818 Meterzentnern am 28. Dezember 200 Meterzentner und am Montag, den 31. Dezember, 618 Meterzentner zugewiesen, so daß der Erste Wiener Konsumverein bereits am Montag für die Woche voll gedeckt war. Aus der Tabelle geht weiters hervor, daß es sich auch in den vorhergehenden Wochen ähnl. verhielt. Weiters ist aus der Tabelle ersichtlich, daß der Erste Wiener Konsumverein am 30. November für allfällige Abgaben, noch nicht verrechenbaren Juppachs usw. eine Vertriebsreserve von 100 Meterzentnern gegen nachträgliche Verrechnung zugewiesen erhielt. Schließlich verweisen wir auf einen in Abschrift vorliegenden Vorratsausweis des Ersten Wiener Konsumvereines selbst, de dato 28. Dezember, wonach er am 22. Dezember über Mählprodukte im Ausmaße von 486.50 Meterzentner verfügte. Wie vorstehende Darlegungen zeigen, ist

der von der Leitung des Ersten Wiener Konsumvereines behauptete Abgang aus einer mangelnden Belieferung durch die Kriegsgetreideverkehrsanstalt nicht zu erklären. Es kann daher nur angenommen werden, daß bei der Gebahrung mit den Mählprodukten seitens der Abgabestellen des Vereines sich Abgänge ergeben haben, zu deren Aufklärung bereits die bezugene Behörde angerufen wurde.“

Man ist mit Recht darauf gespannt, was der Verein auf diese Anklage gegen seine Gebahrung mit den ihm zur Verteilung an seine Mitglieder anvertrauten Mählprodukte zu erwidern weiß.

**Die Hadik-Krise in Ungarn.****Seine Mehrlieferung von Lebensmitteln an Oesterreich.**

Budapest, 7. Jänner. (Privat.) Die Hadik-Krise wird erst nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Dr. Welerle nach Budapest ihre endgültige Erledigung finden. In der letzten Audienz Dr. Welerles beauftragte der Monarch den Ministerpräsidenten, den Grafen Hadik zu ersuchen, er möge sein Amt weiter behalten. Graf Hadik ist jedoch nicht gewillt, noch weiter an der Spitze des Amtes zu verbleiben, sondern wünscht als Vorbedingung des Zurückziehens seiner Demission sachliche Bürgschaften, um auch weiterhin erfolgreich wirken zu können. Graf Hadik wünscht nämlich volle Garantie, daß Oesterreich nicht mit neuen Forderungen an Ungarn wegen Mehrlieferung von Lebensmitteln herantrete, da er nicht imstande ist, größere Quantitäten, als in den bisherigen Abmachungen vorgesehen sind, zu liefern.

Der Abend  
8. I. 1918

A  
8

100

## Lebensmittelversorgung und Fuhrwerksmangel.

M. H. Der stetig zunehmende Fuhrwerksmangel hat schon einen so hohen Grad erreicht, daß er unsere Versorgung mit Lebensmitteln empfindlich stört. Die Ursache ist hauptsächlich der Futtermangel, der heuer wegen der schlechten Futterernte besonders arg ist, so daß täglich Pferde umstehen und die noch brauchbaren wegen Entkräftung minder leistungsfähig sind. In den letzten zwei Wochen trat hinzu, daß die Fortschaffung von Lasten durch starke Schneefälle sehr erschwert war und daß an den Feiertagen das Schwerverwerk feierte, während der Verbrauch von Lebensmitteln sich nicht verminderte. In unserer Versorgung hat sich die abnehmende Leistungsfähigkeit des Fuhrwerkes in folgender Weise geltend gemacht.

Auf dem Lande konnte die Zuführung des für Wien bestimmten Getreides zu den Bahnhöfen nicht bewältigt werden und dieser Umstand hat es hauptsächlich verschuldet, daß wir in dieser Woche nur einen Teil der gebührenden Mehlmengen erhalten. In Wien sind die meisten Bahnhöfe mit Lastgütern verlegt und viele Händler können Lebensmittel (ebenso auch Kohle) nicht rechtzeitig herbeischaffen, so daß selbst das wenige, was noch vorhanden ist, manchmal den Verbrauchern vorenthalten bleibt.

Der Konsumverein „Vorwärts“ hat in einigen seiner Wiener Verkaufsstellen schon seit drei Wochen den eingeteilten Mitgliedern keine Kartoffeln abgeben können, weil er die Zufuhren nicht zu bestreiten vermochte. Nicht einmal Kartoffeln, und die Mitglieder des „Vorwärts“ sind fast ausnahmslos Protestanten! Aus Klosterneuburg wird gemeldet, daß die dortigen Mitglieder des „Vorwärts“ heute noch nicht das Mehl und das Fett für die Weihnachtswoche haben. Das sind sehr betrübende Zustände. Allerdings werden sie durch den Fuhrwerksmangel allein nicht gerechtfertigt, was sich schon daraus ergibt, daß andere Konsumvereine in ihren Lieferungen an die Mitglieder nicht so sehr im Rückstand geblieben sind. Der Vorstand scheint dies einzusehen und hat zahlreiches Fuhrwerk gemietet, um in dieser Woche alle Rückstände beziehen und hierauf an die Mitglieder abgeben zu können.

Leider ist eine stetige Zunahme des Futtermangels und somit auch des Fuhrwerksmangels offensichtlich. Schon kostet im Schleichhandel ein Meterzentner Hafer 600 K (sechshundert Kronen!). Wenn es wirklich unmöglich ist der Zivilbevölkerung ausreichendere Futtermengen zuzuweisen, so sollte man wenigstens nicht zögern, die möglichen Erleichterungen für das Fuhrwerk eintreten zu lassen. In erster Linie wäre zu empfehlen, daß die Gemeinde nicht länger Hunderte von Händlern verhält, Kartoffeln und Brotmehl am Rande des ausgedehnten Stadtgebietes abzuholen. Kartoffeln müssen von den Konsumvereinen im Markthnerkeller in Floridsdorf, Brotmehl von den Bädern in der Bonwillerschen Mühle abgeholt werden. Zu beiden Stellen führen sehr weite Wege und überdies kommen immer viele Fuhrwerke zusammen, so daß jedes mit dem Warten einige Stunden verliert. Es wäre weit zweckmäßiger, wenn die Gemeinde sowohl Brotmehl als auch Kartoffeln vermittelst der Straßenbahn an solche Punkte der Stadt, die leichter zu erreichen sind, schaffen wollte.

8. / I. 1918.

102

## Krieg und Wirtschaft.

### Die Lebensmittelversorgung in der nächsten Zeit.

Der Ausschuss für Kriegsaufklärung hatte zu einem Vortrage des Regierungsrats Dr. Bippmann vom Hamburgischen Kriegsverorgungsamt eingeladen. Redner sprach zunächst von allgemeinen Gesichtspunkten. Keine Behörde sei auf die Mitwirkung und das Vertrauen der Bevölkerung so angewiesen wie das hamburgische Versorgungsamt. Gewiß habe die öffentliche Lebensmittelbewirtschaftung manche Mängel, aber die Vorwürfe, daß sie durch sachunverständige Beamte betrieben werde, treffen nicht zu, ebenso wenig wie die Gerüchte den Tatsachen entsprechen, daß das Kriegsverorgungsamt große Mengen an Lebensmitteln, Butter, Reis, Kartoffeln habe verderben lassen. An Beispielen, u. a. an dem Schleichhandel mit Eiern und Kartoffeln, zeigte der Redner, wie ruinös der Durchbruch der öffentlichen Lebensmittelbewirtschaftung für die Großstadt sei. Aber nicht mit Hausdurchungen und dem Strafgesetzbuche wolle das Kriegsverorgungsamt dem Schleichhandel zu Leibe gehen, sondern es stehe auf dem Standpunkte, daß ein Appell an die Allgemeinheit wirksam genug sein werde, wenn sie erkenne, daß man die Kranken und Elenden nicht durchbringen könne, wenn man diese öffentliche Lebensmittelbewirtschaftung durchbreche. Weiter trat der Redner der so oft gehörten Behauptung entgegen, daß Hamburg die am schlechtesten versorgte Stadt des Reiches sei und wies an Tatsachen nach, daß es vielmehr zu den bestversorgtesten Großstädten gehöre. Dann beantwortete er die Frage, ob hier in Hamburg auch gerecht verteilt werde. Schon im Februar 1916 habe man den Schwerarbeitern die Lebensmittelzulagen gewährt und konnte sie ihnen schwer wieder entziehen. Nun wollten alle Klassen und Stände, die Ärzte, Juristen, Beamten, kaufmännischen Angestellten, die Dienboten, die Hausfrauen zu den geistigen oder körperlichen Schwerarbeitern gehören und forderten Zulagen. Solche Forderungen konnte man nicht erfüllen ohne die Allgemeinheit zu schädigen.

Im letzten Teile seines Vortrages ging der Redner auf die

#### Aussichten für die nächste Zukunft

ein. Die Protration sei bis zum 28. Februar in der jetzigen Höhe gesichert; wenn sie dann auch etwas herabgesetzt werden müßte, sei doch nicht zu befürchten, daß sie wieder so niedrig werden würde wie im vorigen Jahre, als sie 1800 Gramm betrug. Die Kartoffelration auf zehn Pfund herabzusetzen, wie gefordert werde, sei nicht möglich; es bestände aber die feste Zuversicht, daß eine wesentliche Herabsetzung der Ration oder gar ein völliges Aufhören der Kartoffellieferung nicht eintreten werde. Hamburg hatte vor dem Fest einen Lagerbestand von 630 000 Zentnern, jetzt noch einen solchen von 480 000 Zentnern, der für neun Wochen reicht, und es sei doch nicht zu erwarten, daß wir so lange unangefasst Frost haben werden, daß die Zufuhr ganz ausgeschlossen wäre. Schließlich könnten die Kartoffeln auch noch in gehetzten Bananentwägen, die Hamburg sich gesichert habe, herangeschafft werden. Weniger günstig sei die Fettversorgung. Immerhin stände Hamburg, das den Januar hindurch immer noch 70 Gramm wöchentlich liefern könne, nicht schlecht da. Mit der Milchlieferung sehe es traurig aus; wir bräuchten allein für die Kranken und Kinder täglich 100 000 Liter und die gesamte Lieferung betrage nur 67 000 Liter. Da hätte man auf den Rat des Medizinalkollegiums die Kinder ration gekürzt, weil es trotzdem gelingen werde, die Kinder durchzubringen, und die Kranken ration so belassen. Die Zuckerration werde so bleiben wie sie ist; eine Erhöhung sei aber nicht möglich. Mit zuckerhaltigem Nussrieh sehe es günstig. Die Obstbeschlagnahme hätte doch gute Erfolge gehabt; es könnten bis in den Sommer hinein 200 Gramm Marmelade wesentlich geliefert werden. Süßholz, Saccharin aber werde es nicht wieder geben, weil sein Rohstoff ausschließlich von der Kriegswirtschaft angefordert werde. Die Ge-

misellage sei schlecht; wir würden nur Kohlrüben zu erwarten haben. Die Herbstoblernte sei im wahren Sinne des Wortes zu Wasser geworden. Nachdem der Redner noch den Seefischmangel erklärt hatte — noch im Oktober 1916 kamen an manchen Tagen 287 000 Pfund auf den Markt und jetzt nur im günstigsten Falle 20 000 Pfund, an manchen Tagen gar nur 800 Pfund —, zeigte er an einer Gegenüberstellung, daß wir in diesen Jahre doch wesentlich besser versorgt seien als in der gleichen Zeit des Vorjahres und daß wir bis zur nächsten Ernte auch im ganzen und großen so durchkommen würden. Der Gesundheitszustand des Volkes, auch der Kinder, und die Sterblichkeitsziffer bewiesen, daß wir die jetzige Ernährungsweise ertragen könnten. Es müsse eben jeder Einzelne seinen heiligen Egoismus zurückstellen und mit den erteilten Rationen auskommen.

8.7. 1918

103

### Gegen die Errichtung eines Ernährungsministeriums.

Die Herrenhausmitglieder Freiherr v. Ehrenfels und Genossen haben an die Regierung über die geplante Errichtung eines Ernährungsministeriums eine Anfrage gerichtet, worin es heißt:

Die Kriegsereignisse haben es mit sich gebracht, daß infolge der Schwierigkeiten der Ernährung die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, ein Ernährungsamt zu schaffen, an dessen Spitze ein Minister trat. Ohne hier näher erörtern zu wollen, inwiefern dieses Ernährungsamt den Erwartungen entsprochen hat, die man bei seiner Errichtung hegte, und ohne ein Urteil über seine bisherige Tätigkeit fällen zu wollen, soll eingeräumt werden, daß der Gedanke der Errichtung eines solchen Amtes in den Verhältnissen begründet war. Selbstverständlich wurde allgemein angenommen, daß dieses Amt beim Eintritt normaler Verhältnisse wieder aufgehoben werden wird. Nunmehr scheint es, daß dieses Amt in ein permanentes Ministerium umgewandelt wird. Es liegt auf der Hand, daß die Bildung dieses neuen Ministeriums nur dadurch geschehen kann, daß Ämtern anderer Ministerien ihm übertragen, zum Teil künstlich neue Ämtern für dasselbe geschaffen werden. Es würde also dadurch für die Friedenszeit die bestehende Verwaltung nur kompliziert und verwickelt werden.

Der beste Beweis für die Gefahr, die durch die abermalige Aemter- und Beamtenvermehrung entsteht, liegt in dem Hinweis auf die Ackerbau- und Erntestatistik, die bisher vom Ackerbauministerium besorgt wurde und 80,000 fl. gekostet hat, während die von der Kriegsgetreidegesellschaft durchgeführte Statistik einen Aufwand von mehr als 15,000,000 Kronen erfordert, ohne daß die Resultate befriedigen würden. Das neue Ministerium würde von vornherein in Kompetenzkonflikte, hauptsächlich mit dem Ackerbauministerium, aber auch mit dem neu zu gründenden Sanitätsministerium geraten.

Angeichts dieser schwerwiegenden Umstände können die Unterzeichneten die große Besorgnis nicht unterdrücken, daß durch dieses Projekt nicht nur abermals eine ungeräthfertige Aemter- und Beamtenvermehrung hervorgerufen und die Kompetenzkonflikte vermehrt werden, sondern daß auch den Anforderungen einer einheitlichen Verwaltung direkt entgegengehandelt, die Erledigung der Geschäfte verzögert und der Produktion neue Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Die Unterzeichneten stellen daher an die Regierung die Anfragen: 1. Beruht die Nachricht von der Errichtung eines Ernährungsministeriums auf Wahrheit? 2. Erachtet es die Regierung nicht für die richtige Lösung, nach dem Krige die Angelegenheiten der Volksernährung in die bestehenden Ministerien einzugliedern?

(Die Kaufleute für eine Revision der Rayonierungsverordnung.) Die Vereinigungen der Budapester Lebensmittelhändler hielten unter dem Voritze des Generalsekretärs des Ungarischen Kaufmännischen Landesverbandes Dr. Alexander Katona eine Sitzung, in der sie gegen die Rayonierung Stellung nahmen. Die Zusammenschreibung sei so unerwartet und rasch vorgenommen worden, daß die Kaufleute ihre Kunden nicht zu benachrichtigen vermochten. Sie fordern daher eine Revision, wobei jeder Konsument den Kaufmann namhaft zu machen hätte, bei dem er vor dem Kriege einkaufte. Auf Grund der so erlangten Daten hätten Bezirkskommissionen, zu denen auch die kaufmännischen Interessenvertretungen zuzuziehen wären, die Rayons festzusehen. Ferner wird die Schließung der städtischen Verschleißstellen, die Beschränkung der Tätigkeit der Beschaffungsgruppen auf die nicht an das Kartensystem gebundenen Artikel und die Reduktion des Geschäftskreises der Genossenschaften auf den Umfang vor dem Kriege gefordert.

## Die Regelung der Lebensmittelverteilung.

Budapest, 8. Januar.

Wir erhalten aus Besterreisen von sehr geschätzter Seite ein Schreiben, dessen Autor sich in interessanter Weise zu der aktuellen Frage der Lebensmittelverteilung äußert. Er entwickelt seine Ansicht über diese für die ganze Bevölkerung der Hauptstadt so wichtige Frage und macht praktische Vorschläge in Bezug auf eine entsprechende Regelung der Lebensmittelverteilung. An Stelle der im Reimerstädten Rationierung empfiehlt er ein System, das seiner Ansicht nach sowohl das konsumierende Publikum als auch die Kaufleute zufriedenstellen und durch welches das von den Behörden angestrebte Ziel vollkommen erreicht werden würde. Im Nachstehenden veröffentlichen wir die erwähnten Vorschläge und stellen sie zur öffentlichen Diskussion:

Die jüngst erfolgte Abstimmung der Konsumenten, die freie Wahl der Verkaufsstellen durch die Käufer hat bewiesen, daß das Rationierungssystem, das man hier einführen will, für unsere Verhältnisse nicht paßt. Es muß daher ein anderes System der Rationierung eingeführt werden. Mein Vorschlag, dessen Verwirklichung das große Publikum und auch die Kaufleute befriedigen würde, ist folgender:

I. Die Basis der Lebensmittelverteilung bilden die Bezirke der Hauptstadt. In jedem Bezirke halten die Kaufleute des betreffenden Bezirkes unter Vorsitz eines hauptstädtischen Funktionärs eine Beratung ab, in der die Konsumenten des Bezirkes unter die einzelnen Kaufleute, je nach der Lage der Geschäfte, aufgeteilt werden. Also die Kaufleute selbst rationieren das Publikum, das heißt, sie bestimmen, welche Geschäfte die einzelnen Bezirkteile (Gassen usw.) mit den an das Kartensystem gebundenen Lebensmitteln zu versorgen haben.

Die bestehenden Konsumvereine sind als normale Geschäfte zu betrachten und haben ebenfalls die Versorgung eines Bezirkteiles auf sich zu nehmen. Ebenso die städtischen Verkaufsstellen, die je nach Bedarf in den einzelnen Bezirken zu vermehren wären. Auf diese Weise hätten alle Lebensmittelgeschäfte einen entsprechenden Kundenkreis. Die Kaufleute würden das „Anstellen“ in der Weise verhindern, daß sie die Bedienung ihrer Kunden auf verschiedene Stunden des Tages festsetzen würden.

Die Vertreter der Behörde leiten nicht nur die Beratungen der Kaufleute, sie fungieren auch als Vorsitzende der in allen Bezirken einzusetzenden Versorgungskommissionen, die zur Hälfte aus Kaufleuten des Bezirkes, zur Hälfte aus städtischen Approvisionierungsbeamten bestehen. Aufgaben dieser ständigen Kommissionen sind, in von Zeit zu Zeit abzuhaltenden Beratungen die Tätigkeit der Lebensmittelgeschäfte des Bezirkes zu überwachen, das Wohl des Publikums zu schützen, vorkommende Mißstände abzustellen usw. Durch diese Kommissionen wäre ein inniger Kontakt zwischen Konsumenten, Verkaufsstellen und Behörde geschaffen.

II. In jedem Bezirk wird unter Aufsicht der gewählten Kommission und der Behörde eine Zentralkstelle für Nahrungsmittel errichtet, die die Lebensmittelgeschäfte mit den nötigen Lebensmittelvorräten (in der entsprechenden Quote) behufs Verteilung unter die Konsumenten zu versehen haben.

III. Die Stadtverwaltung hat demnach zehn Zentralkstellen zu versorgen, deren Bedarf in den Sitzungen der Bezirkskommissionen festgesetzt wird.

Die städtische Approvisionierungskommission hat die Aufgabe, für eine rechtzeitige Anschaffung der nötigen Artikel und Vernehmung der Zentralkstellen der Bezirke mit Lebensmitteln zu sorgen, andererseits bei der Regierung im Interesse einer regelmäßigen Lebensmittelzufuhr zu intervenieren.

Die Stadt selbst legt — wie auch bereits jetzt der Fall — für Lebensmittel, deren Masseneinkauf durch die Jahreszeit geboten erscheint, größere städtische Magazine und Kühlanlagen an, die die Zentralkstellen mit den nötigen Lebensmittelvorräten zu versehen haben.

IV. Die Füllung dieser Stadtmagazine erfolgt durch Zuweisung von Seiten des Volksnährungsamtes.

Dies wäre also in großen Zügen mein Vorschlag. Also nicht von oben nach unten organisieren, wie es bisher der Fall war, sondern von unten hinauf; oben hätten sodann die Leiter des großen Versorgungsapparats die Materie aufzuarbeiten, alles für kommende Zeiten bereitzustellen, damit das Publikum jederzeit versorgt und befriedigt werden könne. Durch eine derartige Organisation würde das Vertrauen des Publikums wieder geweckt und gefestigt, die ewigen Misereen würden aufhören und die Versorgung der Hauptstadt würde glatt vonstatten gehen.

Und was dies für den endgültigen Sieg bedeutet, ist wohl jedermann klar.

9./I. 1918.

106

## Hamburgs Ernährungsfragen.

Wie wir im Abendblatt vom Dienstag, 3. Januar, (Nr. 8 B) berichteten, hielt Regierungsrat Dr. Lippmann vom Hamburgischen Kriegsverorgungsamt im Ausschuss für Kriegsausrüstung einen Vortrag über unsere Lebensmittelversorgung in der nächsten Zeit. In dem von ihm gezeigten Aufsatz waren die Schwierigkeiten unserer Ernährung deutlich erkennbar; sie zu mildern, ist das Bestreben unseres Kriegsverorgungsamtes. Daß es nicht immer den Beifall der Versorgten oder vielmehr der sich nicht versorgt Glaubenden findet, ist menschlich begreiflich. Aber wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Das Kriegsverorgungsamt kann nicht zehn Pfund Kartoffeln verteilen, wenn es für jeden Beschäftigten vom Reich nur sieben Pfund zugeflossen bekommt. Daß auch das Kriegsverorgungsamt einmal vorbegegriffen hat und noch vorbeigreift, liegt in der Natur einer so weitverzweigten, aus dem Nichts hervorgerulenen Organisation. Ob aber die, die des Scheltens und der — nichtunterzeichneten Briefe nicht müde werden, es besser gemacht hätten, wenn sie auf den Säulen des Kriegsverorgungsamtes läßen?

Daß hier geleistet wird, was geleistet werden kann, geht aus einem Schreiben der Reichskartoffelstelle an das Hamburgische Kriegsverorgungsamt hervor, in dem diesem für die ungenügende und pflegliche Einlagerung von Kartoffeln die Anerkennung ausgesprochen wird. Die Reichskartoffelstelle hat sich nämlich vorbehalten, die Gemeinden, die Kartoffeln eingelagert haben, zu überholen. Der Vorsitzende des Sachverständigenbeirats der Reichskartoffelstelle hat fast alle 80 bis 90 Kartoffellager des Hamburgischen Kriegsverorgungsamtes besichtigt und fand die Einrichtungen nicht nur genügend, sondern sogar musterhaft.

Allerdings, der unverbesserliche Zweifler wird sagen: „Kriegsernährungsamt — Kriegsverorgungsamt, eine Krähe haßt der anderen nicht die Augen aus.“ Aber wer sich selbst überzeugen will, daß alles geschieht, um keine Waren in Hamburg verderben zu lassen, der wolle sich die Erlaubnis zur Besichtigung des einen oder anderen Bades ein; nach unseren Erfahrungen wird sie ihm ohne weiteres gewährt werden. Wenn aber dem Kriegsverorgungsamt, wie letzten, schließliche Marmelade schon geliefert wird, so ist es natürlich schuldblos, und man sollte die Mißstimmung nicht durch Schelten auf das Kriegsverorgungsamt verleiten. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die betreffende Marmeladenfabrik für die Herstellung weißer Mähren verwendet, die nach den Vorschriften der Reichsstelle benutzt werden dürfen, sich in der Untersuchung als Mairüben erwiesen, die zur Herstellung von Marmelade nicht verwendet werden dürfen. Es ist jetzt nicht festzustellen, ob die gelieferten und als welche Mähren auf den Rechnungen vorgehenden Mairüben als solche mit Wissen der Marmeladenfabrik verwendet wurden.

Die Fleischversorgung wird langsam etwas besser; sie ist allerdings noch nicht so reichlich, um alle Haushaltungen zu versorgen, aber gegenüber den letzten Wochen bedeutet sie doch eine merklliche Besserung.

Königsberg Zeitung  
9./I. 1918.

107

## Unsre Kriegsernährungswirtschaft.

WTB Berlin, 8. Jan. (Telegr.) Bei Eröffnung des Lehrganges über Ernährungsfragen, der heute im Abgeordnetenhaus vor 700 Teilnehmern verschiedener Berufsstände aus allen Teilen Preußens seinen Anfang nahm, hielt der preußische Staatskommissar, Staatsminister v. Baldow eine bemerkenswerte Ansprache, in der er unter anderem sagte:

Alles deutet darauf hin, daß der große Schlusssampf bevorsteht, in dem es gilt, alle Kräfte noch einmal mit stählernem Willen zusammenzufassen. Daß dieser Wille in unsern Heerführern und Truppen auch im vierten Kriegsjahre lebt, dafür zeugen ihre unerreichten Taten. Diesen Willen auch im Innern lebend zu erhalten, ist eine große patriotische Aufgabe, in deren Dienst Sie, meine verehrten Damen und Herren, sich stellen wollen. Sie alle wissen, welchen wichtigen Teil unsre innere Rüstungs-, unsre Kriegsernährungswirtschaft bildet. Daß sie erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn sie von der pflichtbewußten, willigen Mitarbeit der Bevölkerung getragen wird, wenn der Verbraucher die durch unsre Lage gebotenen Einschränkungen mit derselben Opferwilligkeit und Standhaftigkeit ertragen soll, die er in so bewunderungswürdiger Weise bisher bestätigt hat, wenn der Landmann, allen seinen bisherigen wirtschaftlichen Grundsätzen zuwider, seine gesamten Vorräte — auch diejenigen, mit denen er bisher sein Vieh gefüttert hat — abliefern und trotzdem nicht müde werden soll, seine Erzeugung aufrechtzuerhalten, so ist eine weitgehende Aufklärung aller dieser Kreise der Bevölkerung über unsre Ernährungslage, über die Zusammenhänge unsrer Kreiswirtschaft, die Gründe der ergangenen Anordnungen und die Notwendigkeit ihrer Befolgung gar nicht zu entbehren, um den zum siegreichen Durchhalten notwendigen Willen zu erhalten. Das System unsrer Kreiswirtschaft ist neuerdings angesichts der in der Öffentlichkeit hervorgerufenen übeln Begleiterscheinungen einer scharfen Kritik unterzogen worden. Daß diese Übelstände bekämpft werden, ist ebenso notwendig wie die Beseitigung der Ursachen, aus denen sie emporsprossen. Maßnahmen, welche dieses Ziel im Auge haben, sind getroffen. Näheren Aufschluß darüber wird Ihnen im Rahmen des Lehrganges zuteil werden. Die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel aber würden auch die grundsätzlichen Gegner dieses Systems zurzeit kaum verantworten wollen, denn die Folgen davon wären unabwehrbar. Ein großer Teil unsers Volkes, und zwar gerade die Minderbemittelten, würden unverorgt bleiben. Angesichts der zunehmenden Knappheit der Vorräte hat sich auch eine Reihe von neutralen Staaten zur Einführung der öffentlichen Bewirtschaftung nach deutschem System entschlossen, und unsre Feinde, die uns auszuhungern gedachten, sehen sich genötigt, uns auf demselben Wege zu folgen.

Der Lehrgang, wozu Sie sich hier versammelt haben, soll Ihnen, meine Damen und Herren, nähere Einblicke in die Organisation und Durchführung unsrer Ernährungswirtschaft und damit das nötige Rüstzeug zur Aufklärungsarbeit geben, an der Sie dankenswerterweise mitarbeiten wollen. Ich hoffe, daß Sie daraus die Überzeugung gewinnen werden, daß das Kriegsernährungsamt sich seiner schweren Verantwortung voll bewußt und für mich und meine Mitarbeiter die Sorge für das öffentliche Wohl, die Sorge: wie sichern wir in diesen schweren Zeiten die Ernährung des deutschen Volkes? der alleinige Leiter aller Maßnahmen ist.

Wenn Sie nun hinausgehen, Ihre Aufklärungsarbeit in die weitesten Kreise der Bevölkerung zu tragen, so schaffen Sie der Überzeugung Bahn, daß es jetzt gilt, alle Kräfte und Nerven zu spannen, daß alles teure Blut umsonst verfließen wäre, wenn wir jetzt vor dem siegreichen Ende an Standhaftigkeit und Opferwilligkeit nachlassen würden. Ein scharfer Pömpfer, der vor dem Ziel erschamen würde! Und noch eins: Helfen Sie uns, die unfellige Entfremdung zwischen Stadt und Land und zwischen Verbraucher und Erzeuger, die wie ein freßendes Übel an der Einheit des Volkes zehrt, zu heilen. Reigen Sie dem Landwirt die Bedrängnis der Großstadt-Industriebevölkerung, und daß von seiner willigen Rükkehrfüllung die Erhaltung und Schlachtfähigkeit unsres Heeres und damit der Sieg abhängt. Also weisen Sie die Städter darauf hin, unter welchen Mühsalen und Erschwerungen der Landmann und die Landfrau ringen, um das tägliche Brot zu schaffen, und was unser Volk der Tatkräftigkeit unsrer Landwirtschaft verdankt. Das ganze Volk in Stadt und Land muß zusammenstehen, eine Bevölkerungsklasse die andre verstehen, ihre Leistungen für das gemeinsame Gange würdigen und die Not eines Krieges als eine gemeinsame auf dem Herzen tragen. „Wir wollen kein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ In diesem Geiste wollen Sie Ihre Arbeit tun. Dann werden Sie sich den Dank des deutschen Volkes und Vaterlandes verdienen. Gott, der uns bisher wunderbar durchgeholfen, wird unsre gerechte Sache auch zum guten Ende führen. Nun wollen Sie sich erheben und mit mir einstimmen in den Ruf: Unser Kaiser, das deutsche Volk und Vaterland hoch!

Die Versammlung stimmte begeistert in den Ruf ein.

9./I. 1918.

108

**Ersatzmittel und Lebensmittelchemie.**

Die zahlreichen minderwertigen Ersatzmittel für fehlende oder besonders verteilte hochwertige Nahrungsmittel haben unzweifelhaft in letzter Zeit die berechtigte Besorgnis erregt, ob das Publikum dauernd auf diesem Wege von feindlichen Köpfen geschröpft werden soll. Polizeiliche Maßnahmen und Eingriffe von Ernährungsbehörden können zwar besonders bedenkliche Gesundheitsgefährdungen und Übervorteilungen des laufenden Publikums einschränken, aber sie können das Übel im ganzen weder ausreichend bekämpfen noch vollständig beseitigen. Diese allgemeine Ersparung hat in der breitesten Öffentlichkeit eine scharfe Verstimmung gegen Handel und Industrie erzeugt, insbesondere aber gegen alle Hersteller von solchen Ersatzmitteln, die keinen sachlichen Ersatz bedeuten. Wenn die Beendigung des Krieges und die Aufhebung der wirtschaftlichen Absperrung des mitteleuropäischen Bundes zwar nicht mit einem Schlage alle alten Bedarfsdeckungsmöglichkeiten in weitestem Umfange zugänglich machen werden, so ist doch vom Wettbewerb des guten ausländischen Naturproduktes mit den bisherigen Ersatzstoffen das natürliche und ungezwungene Verschwinden minderwertiger und unwirtschaftlicher Ersatzmittel zu erwarten.

Dieser notwendige Ausleseprozeß, der die guten Ersatzmittel, die uns von der ausländischen Einfuhr in Zukunft unabhängiger machen werden, nicht treffen soll, muß von der Wissenschaft energisch unterstützt werden. Unsere mit dem Rüstzeug der feinsten Methoden ausgestatteten Nahrungsmittelchemiker müssen durch systematische Untersuchungen das Publikum vor weiteren Schädigungen auf diesem Gebiete bewahren. In diesem Sinne ist es zu begrüßen, daß ein bekannter Fachmann (Professor Paul in München) in der Deutschen Nahrungsmittel-Rundschau (vom 1. Januar 1918) das für die nächsten Jahre zu erledigende Programm der baldigst zu eröffnenden „Deutschen Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie“ in München darstellt. Sechs Hauptpunkte werden dabei näher erläutert, von denen drei sich mit Ersatzmitteln beschäftigen. Professor Paul hebt nämlich u. a. die Bedeutung der eingehenden Untersuchung der Provitaminmittel, der ausgedehnten Verwertung gewerblicher Nebenenergien (Biertreber) zur menschlichen Ernährung und die Erzeugung neuer Würz- und Genussmittel als Ersatz der vorläufig noch nicht in vollem Maße möglichen Fleischnahrung hervor. Endlich fordert er die Verdrängung der schlechten, die Stoffe schädigenden Waschmittel durch einen guten Seifenersatz, der aus tierischen und pflanzlichen Abfällen der Nahrungsmittelerzeugung zu gewinnen ist. Dieses Programm läßt ohne weiteres erkennen, daß die Tage des „angeblichen“ Ersatzes gezählt sind, so daß wir die Hoffnung hegen dürfen, mit Hilfe der Wissenschaft bald wieder bessere Ware für gutes Geld zu bekommen. Diese Wandlung ist dringend notwendig. Erst wenn wieder normale Wertverhältnisse und ein normales Wertempfinden zurückgekehrt sein werden, kann das gesamte Wirtschaftsleben sich Friedenszuständen nähern.

**Eine Ansprache Herrn v. Baldow.** Bei der Eröffnung des Lehrganges über Ernährungsfragen hielt, wie wir bereits kurz im gestrigen Abendblatt mitteilten, der preussische Staatskommissar, Staatsminister v. Baldow, ein Ansprache, in der er über die Ernährungswirtschaft etwa folgendes ausführte: „Das System unserer Kriegswirtschaft ist neuerdings angesichts der in der Öffentlichkeit hervorgetretenen üblen Begleiterscheinungen einer scharfen Kritik unterzogen worden. Daß diese Uebelstände bekämpft werden müssen, ist ebenso notwendig, wie die Beseitigung der Ursachen, aus denen sie emporwachsen. Maßnahmen, welche dies Ziel im Auge haben, sind getroffen. Näheren Aufschluß darüber wird Ihnen im Rahmen des Lehrganges zuteil werden. Eine Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel aber würden auch die grundsätzlichen Gegner dieses Systems zurzeit kaum verantworten wollen, denn die Folgen davon wären unabsehbar, ein großer Teil unseres Volkes, und zwar gerade der minderbemittelte, würde unversorgt bleiben. Angesichts der zunehmenden Knappheit der Weltvorräte haben sich auch eine Reihe von neutralen Staaten zur Einführung der öffentlichen Bewirtschaftung nach deutschem System entschlossen und unsere Feinde sehen sich genötigt, dem zu folgen. Ich hoffe, daß Sie die Ueberzeugung gewinnen werden, daß für das Kriegsernährungsamt die Sorge: „wie sichern wir die Ernährung des deutschen Volkes“ der alleinige Leitstern aller Maßnahmen ist.“

9. 11. 1918

110

\* (Brest-Litowsk im Café X.) Das Café X. ist selbstverständlich die Preistreiberbörse. Während die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nach einem kurzen Zwischenfall ihren Fortgang nehmen, vollziehen sich in Wien und vermutlich in ganz Oesterreich die bereits wiederholt besprochenen Wandlungen in unsern Lebensmittelpreisen als Folge der Panik, die plötzlich unter den Kettenhändlern und ihren Gesinnungsverwandten, den Preistreibern, hereingebrochen ist. Man kann seine aufrichtige Freude darüber nicht verhehlen. Zeigte sich schon bei Beginn der Verhandlungen zu einem Waffenstillstand zwischen Rußland und den Zentralmächten ein Abbrechen der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel, so darf jetzt schon von einem Abbau der Wucherpreise gesprochen werden. Die Grenze, die für Handelsgewinne gezogen und gewiß nicht allzu eng bemessen war, ist in den letzten Monaten von rücksichtsloser Profitgier und unerfättlicher Spekulation ungehörlich weit überschritten worden. Haben wir uns schon bei Fleisch, Brot und Kartoffeln, bei vielen andern Dingen des Bedarfs für das System der Höchstpreise entschieden, so war es unstatthaft, andre Gebiete einer Handvoll entschlossener und skrupelloser Geldmacher zu überlassen, die die Aufopferung von Millionen Männern, die Enttugung von ebensoviel Frauen, den Hunger schlagender Kinder zu Zwecken eigener, unmäßiger Bereicherung ausnützten. Schwerer als Freiheitsstrafen trifft nun diese Kettenhändler und Preistreiber die politische Situation, die, wenn auch in der Ferne, den langersehnten Frieden herandämmern läßt. Es ist interessant, an den Orten, in denen sich Preistreiber förmlich wie auf Verabredung zusammenfinden, diesen Abbau von

Wucherpreisen zu beobachten. Es zeigt sich nämlich ein seit mehr als drei Jahren ungewohntes Bild: plötzlich wird mehr Ware angeboten und die Nachfrage ist geringer. Wir greifen aufs Geratewohl nur einige dieser seltsamen Preisnotierungen heraus. Der Kaffee, ein Artikel, der bekanntlich unter staatlicher Bewirtschaftung steht, war in rohem Zustande nur mit 90 bis 100 K. pro Kilogramm erhältlich. Am gestrigen Tage wurde Kaffee mit 45 K. angeboten, aber es fand sich kein Abnehmer. Eine ebenso schlechte Konjunktur herrscht für Tee, und ganz besonders die Schokolade wird gar nicht „gesucht“. Sie ist schon von 130 K. auf 42 bis 43 K. herabgekommen, und was ein rechter Kettenhändler ist, rührt diesen Artikel gar nicht mehr an. Ebenjowenig will man aber von Mehl zu den bisherigen horrenden Preisen irgend etwas wissen. Die Vorräte, die in diesem so wichtigen Lebensmittel ebenso wie in Bohnen und Graupen aufgestapelt wurden, schlüpfen bereits aus den geheimnisvollen Magazinen hervor. Einer der Kettenhändler flüstert seinem Geschäftsfreund zu, er gebe seine Graupen, die er mit 7 K. pro Kilogramm erworben, gern mit einem Verlust von einer halben Krone ab, aber er müsse mindestens 2000 Kilogramm davon nehmen. Da sich der gute Freund weigerte, diese große Menge „Schlamm“ zu übernehmen, beruhigte ihn der Eigentümer: „Glauben Sie ja nicht, daß der Friede schon gemacht ist.“ Und doch, der Friede ist es, der diesen Menschen, die kein Gewissen haben und nur den Profit suchen, bereits in die Glieder gefahren ist und sie befürchten läßt, daß sie ihr Geld verlieren. Auch auf andern Gebieten zeigt sich eine bemerkenswerte Flaute. Jeder taucht auf und ist wieder zu haben, aber nur in großen Mengen und auch nur an „Bekannte“. Ganz besonders aber sind **T u c h s t o f f e** ausgeboten, wenngleich nicht nach Metern, sondern nach mehreren hundert Stück Ballen. Man kann die Situation am besten damit kennzeichnen, daß in allen Gegenden, in denen Rußland bei einem Frieden wieder leistungsfähig für die Zentralmächte sein wird, große Preisstürze eingetreten sind. Die unerlauchte Kettenhändlerbörse im Café X. schloß am gestrigen Tage mit den ersten Anzeichen beginnender Schwäche. Nur Eier waren „behauptet“, weil die Hühner derzeit noch nicht legen, aber in wenigen Wochen wird es auch hier zu einer Baïsse kommen, wenn die Hennen sich wieder zum Legen entschließen. Und vielleicht werden wir dann noch von weit größeren Preisstürzen sprechen können!

10. I. 1918

2  
10

M2

**Die Brünner Handelskammer für die Berücksichtigung des Handels bei Wiederaufnahme des Verkehrs mit Rußland.**

(Ergebnis der „Neuen Freien Presse“.)

Br ü n n, 10. Januar.

Angeichts der Nachrichten, daß zur Durchführung des schon gegenwärtig gestatteten Güterausstausches im täglichen Verkehre von Front zu Front die Zentralken herangezogen werden sollen, hat die Brünner Handels- und Gewerbeammer unter Hinweis auf die prinzipielle Wichtigkeit dieser Frage für das Problem der Uebergangswirtschaft an alle in Betracht kommenden Stellen die Bitte gerichtet, schon im gegenwärtigen Augenblicke, insbesondere aber bei der zu gewärtigenden Erweiterung des Handelsverkehrs mit Rußland, auf die Einschaltung des Handels gehörend Bedacht zu nehmen. Der mit dem russischen Geschäfte vertraute, seit Jahren auf dem russischen Markte etgearbeitete Kaufmann, dessen Aufgabe es sein wird, auch in Zukunft dauernd zum eigensten Interesse die Geschäftstätigkeit mit Rußland zu pflegen, wird zweifellos eher in der Lage sein, einen zweckdienlichen Warenaustausch in die Wege zu leiten als der im amtlichen Auftrage reisende Beamte einer Zentrale. Mit der Einschaltung des Handels ist, wie schon zahlreiche Handelsverträge erwiesen haben, eine Kontingentierung der zum Austausch gelangenden Mengen ebensowohl vereinbar als die nunmehr aufzustellende ergänzende Verpflichtung, die zur Einfuhr gelangenden Waren einer vom Staate zu bestimmenden Stelle anzubieten oder abzuführen. Die Erfahrungen mit der Einschaltung der Kaufmannschaft im Rahmen des vorläufig weniger umfangreichen Frontverkehrs könnten und sollten die Grundlage bieten, um der Kaufmannschaft, namentlich dem Export- und Importhandel, die im Kriege schwer gelitten haben, wiederum die Möglichkeit freier Betätigung im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse zu gewähren.

Die Lebensmittelmärkte. Sehr schlecht waren gestern wieder die Grünwarenmärkte versorgt. Verschiedene Sorten Rüben und Brücken waren die einzige Auswahl, und auch da waren die vorhandenen Mengen nicht groß. An Obst gab es zwar wieder größere Mengen an oberösterreichischen und steirischen Äpfeln, doch konnte damit die Nachfrage nicht voll befriedigt werden. Die Beschlagnahme, die das Ernährungsamt durchgeführt hat, beschränkte sich bisher nur auf Obst, das sich im Besitz der Händler befand. Eine weit bessere Wirkung für die Märkte würde aber erzielt werden, wenn man die Beschlagnahme vor allem auf das Obst bei den Landwirten ausdehnte, die noch reichlich damit versorgt sind. Eine Wohltat für die Marktbesucher war gestern der Verkauf von 9000 Kilogramm jerbischen Schweinefleisch, das zu 7 Kronen das Kilogramm abgegeben wurde und einen so großen Zuspruch fand, daß es in kürzester Zeit verlaufen war. Andere Fleischsorten gab es wenig. Kalbfleisch fehlte ganz. Rindfleisch gab es nur in kleinen Mengen. Schwab versorgt war der Markt mit Fischen, dagegen war die Beschickung mit allerdinge teurerem Geflügel ziemlich gut. Gar keine Besserung zeigt sich in der Versorgung mit Wild.

## Woher kommen die teuren Preise?

Vortrag in der Königlichen Hochschule für Musik.

Nicht jeden befriedigt, auf die Frage: Woher kommen die teuren Preise?, die klare schneidlose und bei einfachen Gemüthern jetzt sehr beliebte Antwort zu hören „es ist eben Krieg“. Der Krieg ist gewiß die letzte, große, breite Ursache. Aber man muß die Entwicklung von der Ursache zur Folge prüfen, wenn man die Frage sachlich und einigermaßen richtig beantworten will.

Gestern untersuchte Georg Bernhard in einem Vortrag, den er im Theateraal der Hochschule für Musik in Charlottenburg hielt, die Ursache der hohen Preise, ein Vortrag, der durch seine Gleichzeitigkeit mit den amtlichen Aufklärungen, die augenblicklich im preussischen Abgeordnetenhaus über diese Dinge gegeben werden sollen, erhöhte Anteilnahme für sich hatte.

Georg Bernhard begann sehr lustig mit einer Aufzählung der Preise, die in der Geschichte für ein Frühstück des Wechselauslasses der französischen Revolution berichtet werden, und die zusammen mit allem anderen, was wirtschaftlich aus jener großen Umwälzungszeit feststeht, wie die Assignatenwirtschaft und vieles andere, dartun, daß hohe Preise zunächst einmal mit allen gewaltigen staatlichen Erschütterungen verbunden sind. Für die hohen Preise bei uns sind nun im engeren noch die besonderen Verhältnisse Deutschlands im Kriege und schließlich Fehler unserer Kriegswirtschaft verantwortlich. Wunderbar ist nur, so führte Bernhard aus, daß wir trotz aller Lehren der Geschichte alle Fehler wieder gemacht haben. Wir haben nicht erkannt, daß die Preisbildung nicht durch menschliche Verordnungen abzuändern ist, sondern jederzeit nach bestimmten Gesetzen verläuft. Es handelt sich nicht nur um die Kriegsveränderungen, die auf Nachfrage und Angebot wirken, wie hohe Löhne, Rohstoffknappheit usw. sondern vor allem auch um die Veränderung, die mit dem Geld selbst, das ja nur ein Zahlungsmittel ist, im Kriege vor sich gegangen ist. Falsch ist die schematische Uebertagung der sogenannten „Quantitätstheorie“ auf das Verhältnis von Ware und Geld.

Hier kam Bernhard, indem er die Vermehrung des Papiergeldes besprach, die bei uns im Kriege etwa 18 Milliarden betrug, in der französischen Revolution sogar 45 Milliarden betrug, die aber in unserer Zeit immer nur durch erheblich erhöhte Verdienste der einzelnen Wirtschaftspersonen herbeigeführt werden kann, auf einen seiner wesentlichen Gedanken, daß nämlich die durch Geldüberfluß unendlich gestiegene Kaufkraft ein bestimmendes Glied in den Ursachen der hohen Preise ist.

Unsere durch die Handelsabspernung notwendige Binnenwirtschaft hat die Bildung gewaltiger Kapitalien und die Verbilligung des Geldes zur Folge, wodurch denn wieder auch für alle unsauberen Geschäfte — für Schieben und Schleichen — jederzeit Geld vorhanden ist.

Der Vortragende fügte eine Erklärung des dem Laien so unheimlichen Wortes „Valuta“ ein und faßte vollstündlich zusammen, weshalb bei geringer oder gänzlich fehlender Ausfuhr der deutsche Wechselkurs, d. h. also der Preis des deutschen Geldes aus Mangel an Gegenforderungen fallen und der Preis fremden Geldes steigen muß.

Alle diese Verhältnisse konnten natürlich im Anfang des Krieges, über dessen Länge sich auch die Verufenen täuschten, nicht vorausgesehen werden. Daraus erklärt sich die Kurzsichtigkeit unserer Kriegswirtschaft, deren Grundlagen man nicht änderte, selbst als unter allen Umständen immer wieder neue böse Schäden aufbrachen. Im besonderen setzte Bernhard auseinander, daß Höchstpreise ohne staatliche Bewirtschaftung ein Fehler sind, daß immer noch die Bedeutung auskömmlicher und zur Betätigung anreizender Preise für die Erzeugung jeder Art verkannt wird, und daß schließlich das sogenannte Hindenburg-Programm, das von der Industrie hohe Opfer forderte, eine Verteuerung aller Industrieerzeugnisse sprunghaft im Herbst 1916 hervorrief, was wieder mittelbar auch die Lebensmittelpreise in die Höhe trieb.

Man konnte, so schloß Bernhard, die Erzeugung maximieren, — darüber wurde Gröner gegangen, — oder man konnte die Grundsätze der Privatwirtschaft aufrechterhalten: Dann mußte man den Erzeugern, auch den landwirtschaftlichen, auskömmlichen Nutzen gewährleisten. Aber man hat leider bis heute noch — denn Verschleierung ist bequemer als Wahrheit — eine gründliche Aufklärung der Bevölkerung über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, aus denen die hohen Preise entstehen, unterlassen. Letzten Endes muß man, so widersinnig es klingt, hohe Preise gewähren, wenn man niedrige Preise haben will. Es besteht leider die Gefahr, daß wir auch in die Uebergangswirtschaft mit all den Fehlern hineingehen, die wir in der Kriegswirtschaft gemacht haben. K. E. K.

### Die Versorgung durch die politischen Landesbehörden.

Die politischen Landesbehörden haben aus den ihnen zugewiesenen Normalkontingenten die unter die Verbrauchsregelung der Ministerialverordnung vom 1. September 1917, R.G.B. Nr. 369, fallenden Verbraucher zu versorgen, demnach: a) Landes-, Bezirks- und Gemeindebehörden, -ämter und -anstalten; b) die von einem Lande, einem Bezirke oder einer Gemeinde betriebenen Schulen jeder Art (Mittel-, Volks- und Bürgerschulen, Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten usw.); c) Klöster und die Verwaltungszwecken der gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaften dienenden Gebäude; d) öffentliche Versicherungsanstalten (Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten, Krankenkassen, Pensionsanstalten u. dgl.); e) sonstige öffentliche Korporationen (Handels- und Gewerbelammern, Landeskulturräte, Ingenieurkammern, Ärztekammern, Notariatskammern und dgl.) und die von denselben erhaltenen Anstalten und Schulen; f) landwirtschaftliche Kleinbetriebe, Approvisionierungskleinbetriebe, Gast- und Kaffeehäuser, Kriegs- und Gemeinschaftsküchen jeder Art, Hotels u. dgl.; g) sonstige kleingewerbliche Betriebe; h) Privathaushaltungen einschließlich der Zentralheizungsanlagen in Privatgebäuden; i) Privat-Kranken- und Fürsorgeanstalten, Privatversicherungsanstalten und Privatunterrichtsanstalten und k) sonstige bisher nicht genannte Verbraucher (Kanzleien der Notare, Advokaten, Ordinationszimmer der Ärzte, Kontors u. dgl.).

Als Kleinbetriebe gelten hierbei Betriebe mit einem durchschnittlichen Bedarf von 12 Tonnen monatlich oder 140 Tonnen jährlich.

Außerdem obliegt den politischen Landesbehörden auch die Versorgung der folgenden, von der Verbrauchsregelung nach den Vorschriften der mehrbezogenen Ministerialverordnung ausgenommenen Verbraucher, und zwar: a) staatliche Behörden, Ämter und Anstalten, b) staatliche Kranken- und Fürsorgeanstalten einschließlich der von der staatlichen Sanitätsverwaltung betriebenen Kriegsspitäler und Spitäler vom Roten Kreuz, c) Hochschulen und andre staatliche Unterrichtsanstalten. Für diese Versorgung ist die interne amtliche Regelung maßgebend.

### Die Versorgung durch das Kriegsministerium.

Die unter militärischer Verwaltung stehenden Anstalten haben ihren Bedarf wie bisher beim Kriegsministerium anzumelden.

Zum Schlusse hebt das Communiqué hervor, daß die Vorteile des Kontingentierungssystems wegen der bekannten Verkehrsschwierigkeiten allerdings noch nicht entsprechend in Erscheinung getreten seien, gleichwohl aber auf der Hand liegen.

Im übrigen bedeutet seine Einführung nicht etwa, daß die Kohlenversorgung in ein starres System gebracht worden ist; es sei vielmehr dafür gesorgt, daß die Kohlenversorgung auch bei einer Aenderung der maßgebenden Verhältnisse diesen Umständen angepaßt bleibe.

## Lebensmittelverfälschungen

An die Ersetze für Lebensmittel hat man sich auch in der Schweiz allmählich gewöhnt. Das schweizerische Gesundheitsamt, das die Kontrolle besitzt, geht vom Standpunkt aus, daß nur dasjenige Präparat „Ersatz“ genannt werden kann, das den Nährgehalt des Produktes, das es ersetzen soll, vollständig aufweist. Bis heute kann noch kein einziges Ersatzmittel diese Eigenschaft beanspruchen. Etwas anderes ist es bei den verschiedenen Kaffee-Ersatzmitteln. Ein Nährgehalt kommt beim Kaffee nicht in Frage; dagegen zeichnen sich die Ersatzmittel dadurch aus, daß sie gerade das Typische des Kaffees, das Koffein, entbehren.

Das Fleisch hat bereits eine Menge Ersatzmittel gefunden. Meistens bildet dabei Hafermehl die Hauptsubstanz; auch Hülsenfrüchte, in Mehl- oder Grießform, werden dazu verwendet. Rechnet man jedoch den Wert dieser Hauptsubstanzen aus, und dazu das viele Zeit, das ihre Zubereitung erfordert, so steht man vor der Tatsache, daß das Fleisch heute noch ein viel gesünderes Verhältnis zwischen Preis und Nährwert aufweist.

Auch das Bier hat in der Schweiz bereits verschiedene Ersetze gefunden. Bis heute sind sämtliche dieser Präparate nach der eidgenössischen Verordnung nicht befugt, sich Bier zu nennen; denn sie erfüllen bezüglich Gehalt nur die Eigenschaften von Limonade. So enthält ein deutsches Fabrikat, das in der Schweiz auf den Markt gebracht wurde, einen Extraktgehalt von bloß 1 Prozent, während unser jetziges dünnes Bier 8 Prozent enthält. Trotzdem war der Ersatzpreis 16 Rappen für 8 Deziliter.

Von Seifenersatz wissen wir in der Schweiz noch nichts. Auch Butterersatz wurde bei uns noch wenig in den Handel zu bringen versucht. Geringer wird immer und immer wieder der Versuch gemacht, die Butter zu strecken, indem Buttermilch zugeknetet wird. Bereits kamen verschiedene Fälle, bei denen der Fettgehalt der Butter auf diese Weise bis auf 50 Prozent herunter sank, während er 82 Prozent betragen muß, zu gerichtlicher Verhandlung. Eine eigentliche Fälschung von Butter, wie man sie vor dem Kriege öfters antraf, kommt gegenwärtig nicht vor, da Margarine, Schmalz u. dgl. ebenso teuer oder teurer sind als Butter.

Sehr häufig wird gegenwärtig die Milch gestreckt. Verschiedene Kantone wie Zürich, St. Gallen usw., haben hierauf eine Strafverschärfung eintreten lassen.

Daß Zucker verfälscht werde, kann in neuerer Zeit nicht nachgewiesen werden; dagegen kommt es vor, daß dieses Produkt weit weniger rein als früher auf den Markt gebracht wird. Die Saccharinproduktion hat bereits verschiedenartige Fälschungen gezeitigt, indem diesem Süßstoff Gips und Ähnliches zugesetzt wurde. Der geringe Saccharingehalt der Saccharintabletten veranlaßte das Gesundheitsamt, energisch einzuschreiten. Es kamen Tabletten zum Verkauf, deren Gehalt sogar nur noch 1,3 Prozent aufwies.

Nunmehr werden 20 Prozent Saccharingehalt als Minimum gefordert. Zieht man in Betracht, daß vor dem Kriege das Kilo Saccharin Fr. 15 kostete, und daß die Anfertigung von 1,3prozentigen Tabletten dem Fabrikanten Fr. 6000 per Kilo eintrug, so wird klar, was manchmal von Ersatzmitteln zu halten ist. (Ein eidgenössisches Saccharinmonopol ist bekanntlich in Vorbereitung und wird gründlich Abhilfe schaffen. Red.)

Dem Gesundheitsamt sind allerdings erst wenige Ersatzmittel vorgewiesen worden, die direkt gesundheitschädlich waren, jedoch eine Menge solcher, die eine große Preisüberhöhung aufweisen. Unter diese ist auch eine Crème zu rechnen, die den Konditoren angeboten wird, aus einer Mischung von Bohnen- und Buchweizenmehl besteht und den hübschen Preis von Fr. 3.25 per Kilo gilt.

12./I. 1918.

12

M 7

\* Die neue gemeinschaftliche Lebensmittellarte, die die „Kartothek“ der Groß-Berliner um ein wichtiges Stück bereichert, liegt uns jetzt in einem Muster vor. Sie ist zur Erschwerung von Fälschungen mit einem Wertpapier-Unterdruck versehen und hat 14 Abschnitte, die gehäkelte sind, so daß die Karte, wenn jeder Schnipsel „reich dotiert“ wird, eine angenehme Aufbesserung unserer Versorgung verspricht. Die gemeinschaftliche Lebensmittellarte wird in Berlin zusammen mit der neuen Kohlenkarte am 15. und 16. d. M. durch die Brotkommissionen verteilt werden.

Die ebenfalls gemeinschaftlichen Karten für Jugendliche sind von den Brotkommissionen am 18. und 19. d. M. abzuholen. Bezugsberechtigt sind im gesamten Gebiet des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin die Jugendlichen, die in der Zeit vom 1. Januar 1901 bis 31. Dezember 1910 geboren sind. Kinder, die erst

nach dem 31. Dezember 1910 geboren sind, erhalten ebenfalls eine Lebensmittellarte für Jugendliche, sobald sie das sechste Lebensjahr vollendet haben, und der Nachweis hiervon durch Vorlegung der Geburtsurkunde, eines Taufzeugnisses u. ä. erbracht wird.

12./I. 1918.

12

MS

## Berliner Ernährungsfragen.

In einer Unterredung über Berliner Ernährungsfragen äußerte sich Bürgermeister Dr. Reicke u. a. folgendermaßen:

Natürlich ist es jetzt auch in Berlin ungemein schwer, die nötigen Nahrungsmittel zu beschaffen. Wir haben z. B. in Gemüse sehr viele Lieferungsverträge abgeschlossen, aber daraus nur verhältnismäßig wenig bekommen. Immerhin doch mehr wie Neudöln, das nach der bekannten Denkschrift noch nicht einmal den 20. Teil erhalten hat. Wir haben allerdings ein außerordentlich großes Heer von Aufkäufern im Lande umhergeschickt, was uns sehr viel Geld gekostet hat. Die Höchstpreise haben wir weder bei Fleisch, noch bei Eiern, noch bei Butter, noch bei Milch, noch sonstwo jemals überschritten. Einzig bei einem größeren Posten Weißkohl, den wir aufs dringendste für die Massenpeisung bedurften, haben wir den Kleinhändlerpreis statt Erzeugerpreis gezahlt. Es haben hier also nur die Erzeuger die Großhändlerprovision mitverdient.

Die Hauptquelle für das Versagen der Lieferungsverträge beim Gemüse liegt in dem Mangel an Düngemitteln. Wenn wir den Landwirten und Gärtnern Düngemittel liefern könnten, würden wir sicher auch mehr Gemüse bekommen. Denn daran fehlt es den Leuten. Aber wir mußten das schwefelsaure Ammoniak aus unserer Gasanstalt — das wir reichlich erzeugen — leider ganz der Heeresverwaltung abgeben. Die Großindustrie und viele kleinere Städte sind da bisher besser daran gewesen. Sie konnten den Landwirten Kohlen, Koks, Düngemittel oder was sonst noch verkaufen, und dafür haben sie in reichem Maße Nahrungsmittel, vor allem Gemüse, zurückbekommen. Künftig will uns die Heeresverwaltung auch etwas mehr Ammoniak überlassen, so daß wir voraussichtlich in der Beziehung den Lieferungsverbänden gegenüber etwas besser daran sein werden. Der Reichskommissar für Obst und Gemüse will bekamtslich, daß die Städte auch das nächste Jahr sich wieder selbst versorgen auf Grund von Lieferungsverträgen. Er glaubt, daß man jetzt aus gewissen Fehlern, die gemacht worden sind, gelernt hat. Er hat ferner schwere Strafen angedroht, wenn die Erzeuger die Verträge nicht innehalten. Ich kann mich leider seinem Optimismus nicht anschließen, sondern würde auch beim Obst und Gemüse die öffentliche Bewirtschaftung und Verteilung für zweckmäßiger halten.

Es mag für den heutigen Gemüsemangel übrigens noch hinzugekommen sein, daß die Gemüseernte nicht durchweg besonders gut war; wenigstens nicht an Frühgemüse. Aber das Spätgemüse war meist recht gut geraten. Freilich war der Bedarf angesichts des Fehlens sonstiger Nahrungsmittel vielfach gesteigert. Man hat ja auch gesehen, daß im Schleichhandel genug Gemüse vertrieben worden ist. Außerdem haben *Ausfuhrverbote* in einzelnen Bundesstaaten und vielfach auch in einzelnen ländlichen Kreisen Preußens uns sehr geschadet. In Süddeutschland gab es z. B. Gemüse und namentlich Obst in Hülle und Fülle. Da ist sogar mancherlei umgekommen. Hier muß viel strenger eingeschritten werden.

Zum Schluß der Unterredung erwiderte Bürgermeister Dr. Reicke auf die Frage, ob die Stadt Berlin etwas aus der Kriegswirtschaft in die Friedenszeit zu übernehmen beabsichtige: „Mindestens ist das sehr wahrscheinlich für eine längere Uebergangszeit.“ Wahrscheinlich bleibt auch manches dauernd bestehen. Sicher wohl unsere Gemüsedörranstalt, die sich sehr gut bewährt hat. Ferner gewisse Masseneinkäufe. Im Mittelalter haben die Städte auch einen Teil der Lebensmittelversorgung in der Hand gehabt. Auch die Massenpeisung hat doch sehr große Vorzüge vor der Einzelliche. Die letztere paßt in unsere moderne Zeit, wo alles mit Maschinen und im großen betrieben wird, kaum noch hinein. Für 50 Pf. z. B., wie unsere Kollstücken, kann keine Hausfrau ein Biter schmackhaftes Essen herstellen, namentlich nicht in der Zeit der teuren Arbeitskraft und der Dienstbotennot. Auch unsere wohlhabenden Schichten sollten sich mehr an Zentralküchen gewöhnen. Vielleicht ist das auch einer der Kriegsgewinne.

\* Das 2<sup>1/2</sup>-Pfennig-Stück. Man schreibt uns: Durch die Einführung von Postwertzeichen im Werte von 7<sup>1/2</sup> Pfennig ist es notwendig geworden, auch eine Münze zu schaffen, die den Erwerb eines einzelnen solchen Postwertzeichens ermöglicht. Es wurde daher die Einführung einer neuen Münze im Werte von 2<sup>1/2</sup> Pf. beschlossen. Von der Durchführung dieses Beschlusses wird aber einstweilen Abstand genommen werden müssen, weil die für eine solche Münze in Betracht kommenden Metalle zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Das 2<sup>1/2</sup>-Pfennig-Stück wird mithin erst nach dem Kriege zur Ausprägung gelangen. Mit seinem Erscheinen im Zahlungsverkehr wird das 2-Pfennig-Stück entbehrlich, da es zwecklos ist, zwei Münzen, deren Zahlwert so dicht beieinander liegt, gleichzeitig im Verkehr zu haben. Auch kann das 1-Pfennig-Stück bei ausreichender Prägung das 2-Pfennig-Stück vollkommen ersetzen.

(Zehner-Kommission für Volksberpflegung.) Die Zehner-Kommission hielt heute abend unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bödy eine geschlossene Sitzung, über deren Verlauf wir folgendes erfahren: Zunächst erstattete Magistratsrat Adár Márker, Leiter der Appropiationsektion, Bericht über das Resultat der zwecks Einführung der Rationierung durchgeführten Konstriktion der Bevölkerung. Die Kommission stellte fest, daß dieses Resultat den Standpunkt der Hauptstadt in der Frage der Rationierung vollkommen rechtfertigt; wird das Rationierungssystem auf der Grundlage der freien Wahl der Kaufleute durch die Konsumenten eingeführt, so kann das vom Landes-Ernährungsamt angestrebte Ziel, das Publikum vom Zwange des Anstellens zu befreien, nicht erreicht werden, andererseits kann aber auch das Mittel der Zwangseinteilung des Publikums nicht an-

gewendet werden, weil dies weder im Interesse des Publikums noch der Kaufleute gelegen hätte. Mit Rücksicht hierauf beschloß die Kommission, dem Landes-Ernährungsamt zu empfehlen, den Rationierungsplan gänzlich fallen zu lassen. — Hierauf beschäftigte sich die Kommission mit den aktuellen Lebensmittelfragen, vor allem mit der Frage der Mehlversorgung der Hauptstadt. Die Regierung hat ihr Versprechen, die Hauptstadt ständig mit einem für mindestens zwei Monate ausreichenden Mehlvorrat zu versehen, um so eine Störung in der Mehlversorgung der Hauptstadt zu verhindern, noch immer nicht eingelöst. Im Falle von Verkehrsstörungen oder anhaltenden Transportwierigkeiten wäre die Mehlversorgung, die bisher glatt konstanten gegangen, stark gefährdet, weil eben die Hauptstadt nicht mit größeren Vorräten versehen ist. Die derzeit der Hauptstadt zur Verfügung stehenden Vorräte reichen nur mehr für fünf bis sechs Tage aus. Auf all dies wird die Hauptstadt die Regierung aufmerksam machen und sie nochmals ersuchen, ehestens dafür zu sorgen, daß die Hauptstadt mit größeren Mehlvorräten versehen werde. — Magistratsrat Dr. Eugen Perczel, Leiter des kommunalen Gemüsebetriebes, äußerte sich über die Kartoffelversorgung. Die Kartoffelzufuhr ist befriedigend, leider aber läßt die Qualität der Kartoffeln viel zu wünschen übrig. Der Hauptstadt ist es gelungen, den Bedarf des Publikums an Sauerkraut für längere Zeit zu decken; vom 14. d. M. (Montag) an wird das Sauerkraut durch die kommunalen Verschleißstellen in Verkehr gebracht. — Die Versorgung des Publikums mit Fett geht regelmäßig konstant, dagegen verursacht die Milchfrage der hauptstädtischen Appropiationsektion große Sorgen. Die Milchzufuhr nimmt täglich ab, das Quantum, das nach Budapest gebracht wird, ist bereits auf 80.000 Liter gesunken. Das Ernährungsamt hat wohl die Hauptstadt ermächtigt, in ungefähr 20—25 Gemeinden des Pester Komitats die dort produzierte Milch für den Bedarf des Budapester Publikums zu requirieren, doch ist das Ergebnis der Requirierung nichts weniger als befriedigend. Aus Ortschaften, die vor der Requirierung mehrere hundert Liter Milch täglich nach Budapest geliefert haben, treffen jetzt häufig kaum 50—60 Liter hier ein. Mit Rücksicht hierauf beschloß die Kommission, die Durchführung der Requirierungsverordnung durch besondere Organe streng kontrollieren zu lassen.

## Ernährung und Versorgung. Approvisionnementangelegenheiten.

Die hauptstädtische Approvisionnementkommission hielt heute unter Vorsitz des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bódy eine Sitzung, in welcher Magistratsobernotär Eduard Vajna über das Ergebnis der Konstriktion zur Einführung des Rationierungssystems Bericht erstattete. Wir geben aus diesem Bericht einige Ziffern, die beweisen mögen, wie systemlos die Anmeldung der Bevölkerung erfolgte und daß die ganze Rationierungsbestrebung mit einem großen Fiasko endete. So wurden statt der bisherigen 801 Einkaufsstellen für Zucker 2546 Kaufleute und 1770 Anschaffungsgruppen, statt 134 Einkaufsstellen für Fett 1995 Verkäufer und 1062 Anschaffungsgruppen, statt 700 Einkaufsstellen für Erdäpfel 2418 Kaufleute und 1391 Anschaffungsgruppen angemeldet. Kaufleute haben überhaupt nicht angemeldet für Zucker 216,000, für Fett 167,000 und für Erdäpfel 52,000 Personen. Dagegen sind in den Fragebogen die unflätigsten Bemerkungen zu finden. Wie sich die Anmeldungen gruppieren, mag eine Ziffer beweisen. So haben sich zum Einkauf auf dem Garanyplatz 63,000 Personen gemeldet. Redner beantragt, den Bericht dem Ernährungsminister mit dem Ersuchen zu unterbreiten, er möge von der Rationierung Abstand nehmen und das bisherige System bestehen lassen. Nach kurzer Debatte wurde der Bericht zur Kenntnis und der vom Referenten gestellte Antrag einstimmig angenommen. Hierauf berichtet Referent über den Stand der Mehlversorgung, die er als äußerst mangelhaft bezeichnet. Der Mangel an Backmehl ist auf den Kohlenmangel und auf die schwere Zufuhr der erforderlichen Rohmaterialien zurückzuführen. Bezüglich der Mehlversorgung hofft Redner eine Besserung, wenn das Versprechen des Ackerbauministers eingehalten wird. Die Zuckerrationen müßten auf Anordnung des Ackerbauministers von einem Kilo monatlich auf 75 Deka reduziert werden. Schwangere Frauen und Wöchnerinnen erhalten 90 Deka. In Folge des schwächeren Auftriebes von Lebendvieh sind die Fleischpreise um 1—2 K. gestiegen. Die letzten Märkte zeigen schon eine steigende Tendenz im Auftrieb. Der Auftrieb von Kalbern hat noch mehr abgenommen. Es sehe jedoch zu erwarten, daß im Februar der Auftrieb steigen wird.

Das Federvieh ist gleichfalls im Preise gestiegen. Mit Schweinefleisch, Fett und Speck versorgt die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft die Hauptstadt. Den Verkauf besorgen 135 Verkäufer und 80 eigene Geschäfte. Die Fett- und Speckversorgung geht glatt von statten, mit dem Fleisch geht es weniger gut, weil die Verkäufer das Fleisch verladen und auch aufarbeiten. Erst in letzter Woche wurde sechs Verkäufern der Verkauf für die Dauer eines Monats entzogen. Gaseu sind mit 14 K. per Stück maximalisiert, die Hauptstadt aber verkauft sie mit 11 K. das Stück. Hülsenfrüchte fehlen der Hauptstadt gänzlich. Vom 1. Februar ab wird gegen Kartou Hirse in Verkehr gebracht werden. Der Mangel an Eiern macht sich immer mehr fühlbar. Die Zufuhr frischer Eier ist ganz eingestellt. Die Hauptstadt verkauft nur konservierte Eier, die wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag verkauft werden. Butter und Käse kommt aus dem Auslande und wird von der Kriegsprodukten-A.G. in Verkehr gebracht. Um eine gerechte Verteilung herbeizuführen, wird vom 15. Februar ab ein Evidenzhaltungsbureau errichtet werden. Der Schliffenverkauf mußte eingestellt werden, weil es theils an Kohle, theils an Rohmaterial mangelt. Zwei Fabriken haben Kohle erhalten und werden den Betrieb wieder aufnehmen. Im Monat Februar dürften die Seltensarten wieder eingelöst werden können. Ueber die Erdäpfelversorgung berichtet Magistratsrath Dr. Eugen Berzeß. In Folge des Waggonmangels konnten Erdäpfel auch jetzt nur spärlich nach der Hauptstadt und diese gelangen zumieist in gefrorenem Zustande an, so daß sie nicht eingelagert werden können. Ehe sie aufthauen, sind sie genießbar. Für das Frühjahr hat die Hauptstadt circa 700 Waggons Erdäpfel angekauft, die bis zum Frühjahr beim Produzenten bleiben. Die Hauptstadt verfügt über 100 Waggons Sauerkraut, welches von Montag, den 14. d., ab in Verkehr gebracht wird.

Schließlich wurde noch beschlossen, die Kühlhausgebühren im Schlachthaus um 100 Prozent zu erhöhen und dann die Sitzung geschlossen.

MA

**Besuch beim bulgarischen Ernährungsminister.  
General Protogerow in Wien.**

Wien, 15. Januar.

Der bulgarische General Protogerow, gegenwärtig „Direktor der Ernährung“, was unserem Ernährungsminister entspricht, nur daß seine Obliegenheiten die Verpflegung sowohl des Heeres wie der Zivilbevölkerung umfassen, hat sich jetzt dienstlich einige Tage in Wien aufgehalten und bei diesem Anlaß einem unserer Mitarbeiter freundschaftlich ein Zusammentreffen gewährt. General Protogerow von Geburt ein Mazedonier, wie so viele bulgarische Offiziere (bestand ja vor dem Kriege ein volles Drittel der bulgarischen Offiziere aus Mazedoniern), ist der Typus eines schneidigen, energiegelichen Offiziers, trotz des leicht angegrautes Haares sehr jugendlich und bestimmt in seinen Bewegungen, er hat viel mitgemacht und ist in der Balkanpolitik so recht zu Hause. In Skopje geboren, dieser uralten bulgarischen Hauptstadt noch unter dem Namen Samuel, und aufgewachsen in der Schule des leidenschaftlichen und opferwilligen mazedonischen Patriotismus, trat Protogerow in die bulgarische Armee ein, demissionierte aber als der Weltkrieg ausbrach, um unbeschadet der Neutralität Bulgariens für seine Person für die mazedonisch-bulgarische Sache zu wirken, die er immer als mit der Sache der Zentralmächte verbunden erachtet hat. In diesem Sinne kann er als einer der unbedingtesten Anhänger der Politik Radostawow bezeichnet werden. Er verließ Bulgarien und wandte sich nach Mazedonien, wo er einen lebhaften Guerillakrieg entfachte und den serbischen Feinden seines Volkes namhaften militärischen Schaden anrichtete. Als Bulgarien sich uns anschloß, übernahm Protogerow die Führung der mazedonischen Brigade, später der mazedonischen Division, deren Leistungen im Kriege berechnete Anerkennung gefunden haben. Späterhin wurde er Gouverneur des obersten Nisch und ist jetzt, wie erwähnt, Ernährungsminister.

Zum Studium der Ernährungsverhältnisse der Verbündeten, namentlich im Hinblick auf die Heeresverpflegung, hat General Protogerow jetzt Deutschland und Oesterreich besucht, begleitet vom Vizdirektor des Ernährungsamtes Dr. Folschlow und Major Radew. In Deutschland hatte er Gelegenheit, Kaiser Wilhelm zu sehen, der ihn schon von seinem Besuch in Nisch her kannte, dann auch mit Hindenburg und anderen leitenden Persönlichkeiten zusammenzukommen. In Wien hatte der bulgarische General die Auszeichnung, von Kaiser Karl und Kaiserin Zita dem Mittagessen beigezogen zu werden. Er hat auch hier die

ihm gebotene Gelegenheit genommen, alle einschlägigen Einrichtungen und Anstalten zu besuchen. Se. Majestät der Kaiser hat ihm in Anerkennung seiner vielfachen Verdienste den Orden der Eisernen Krone zweiter Klasse u. d. der Kriegsdetoration und den Schwertern verliehen.

General Protogerow ist von den Ergebnissen seiner Studienreise, die er auf die Einladung der deutschen und der österreichisch-ungarischen Heeresleitung unternahm, höchst befriedigt. Seine nie wankende Zuversicht auf einen erfolgreichen Ausgang des Krieges ist womöglich noch verstärkt durch das genaue Studium der deutschen und der österreichisch-ungarischen Heeres- und Verpflegungsorganisation. Er kehrt nach Bulgarien zurück, aufs tiefste beeinflusst von der Kraft und Vollendung dieser Organisation.

Sowohl in militärisch-politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht findet General Protogerow die Lage durchaus befriedigend.

Als Mazedonier, der immer die Erfüllung der bulgarischen Einheit nur durch ein Zusammenwirken mit den Mittelmächten erhofft hat, empfindet General Protogerow natürlich ganz besonders patriotische Sympathie darüber, daß diese Verwirklichung der bulgarischen Einheit mit Hilfe der Verbündeten Bulgariens geschehen ist.

Die Stimmung in Bulgarien berechnen General Protogerow als die den günstigen Kriegsergebnissen und berechtigten Aussichten auf Erfüllung der bulgarischen Aspirationen entsprechend günstige. Man fühlt in Bulgarien nicht nur, welchen Wertfaktor die Verbindung mit den Mittelmächten bedeutet, sondern man fühlt auch, daß bei den Verbündeten Verständnis, ja Sympathie für die bulgarischen Aspirationen bestehen. Und das ist natürlich außerordentlich wichtig. Denn mögen die Bulgaren auch eine hartarbeitende und nüchtern rechnende Bauernnation sein, so sind sie dennoch für das Gefühlsmoment sehr zugänglich und namentlich empfänglich dort, wo sie auf Verständnis und Sympathie ihrer Bestrebungen stoßen.

**Ersichtlichmachung der Lebensmittelpreise.**

Untlich wird verlautbart: Es wurde die Wahrnehmung gemacht, daß Geschäftsleute Lebensmittel, deren Preise sie nicht allgemein verlaufbaren wollen, aus den Schaufenstern entfernen, in der irrigen Annahme, dann von jeder Verpflichtung der Preisersichtlichmachung gänzlich enthoben zu sein. Nach den geltenden Vorschriften hat jeder, der gewerbemäßig Lebensmittel feilhält oder verkauft, in seinem den Kunden zugänglichen Geschäftsraum an einer deutlich sichtbaren Stelle und in gut lesbaren Schriftzeichen die Preise für die einzelnen Lebensmittel nach deren Gattung und mit Rücksicht auf ihre Quantität und Qualität ersichtlich zu machen. Die interessierten Kreise werden hierauf, um sie vor den strengen Folgen der Nichtbeachtung dieser Vorschrift (Bestrafung, Verfall, Gewerbeentziehung) zu schützen, ausdrücklich aufmerksam gemacht.

**Rücktritt des ungarischen Ernährungs-  
ministers Grafen Hadik.**

**Annahme durch den Kaiser.**

Wien, 15. Januar.

Der ungarische Ernährungsminister Graf Johann Hadik, der heute vormittag in Wien eintraf, wurde nachmittags in Sarenburg vom Kaiser in Audienz empfangen.

Graf Hadik fuhr nach seiner Audienz mittels Automobils nach Wien zurück. Um 1/29 Uhr abends traf er im ungarischen Ministerium in der Bankgasse wieder ein.

Ernährungsminister Graf Hadik hatte die Liebenswürdigkeit, einem unserer Mitarbeiter über seine Audienz folgendes mitzuteilen:

„Se. Majestät empfing mich in einer eine Stunde währenden Audienz, in welcher ich die Bitte vortrug, meine Demission annehmen zu wollen.

Se. Majestät geruhte meine Bitte gnädigst zu erfüllen und ersuchte mich gleichzeitig, bis zur Ernennung meines Nachfolgers die Geschäfte weiterzuführen.“

## Wirtschaftsplan und Höchstpreise.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Für den jetzt in Beratung befindlichen Wirtschaftsplan für 1918/19 kommt es hauptsächlich darauf an, die möglichst große Erzeugung einer Frucht zu fördern, die für die menschliche wie für die tierische Ernährung gleich verwendbar ist, und die überall da als Ersatz eintreten kann, wo die neue Ernte nicht die erwarteten Leistungen ermöglicht. Eine solche Frucht ist die Kartoffel, deren Bedeutung für die Kriegswirtschaft sich gerade im laufenden Jahre zeigt. Natürlich ist nicht vor auszusehen, inwieweit die nächste Kartoffelernte selbst gut oder schlecht gerät; eben gerade aus diesem Grunde bestehen Bestrebungen, durch einen möglichst großen Umfang des Anbaues der Kartoffeln auch die Erntemenge bis zu einem gewissen Grade zu sichern. Es liegt der Plan vor, für jeden Morgen mehr als bisher mit Kartoffeln bestellten Ackers eine Prämie dem Landwirt zuzusichern. Inwieweit man recht daran tut, kann niemand vorherwissen. Durch stark vergrößerten Kartoffelanbau wird zweifellos anderen Feldfrüchten Areal genommen, und da im neuen Erntejahre vielleicht gerade diese von ihrem Acker ermittelten Feldfrüchte große Erträge bringen, die Kartoffeln aber möglicherweise nicht den Erwartungen entsprechen, so sollten die Bestrebungen dahin gehen, daß der Anbauzuwachs der Kartoffeln nicht auf Kosten anderer Feldfrüchte, sondern auf neu dem Ackerbau gewonnenem Lande erfolgt und auch nur für solches Areal die Prämie gezahlt wird. Damit wird allerdings die plötzliche Vermehrung des Kartoffelanbaues bei weitem nicht die etwas phantastische Zunahme um eine Million Hektar erreichen, aber man wird auch die im Kriege gefährliche Spekulation vermeiden, bezüglich der kommenden Produktion gar zu viel auf eine Karte zu setzen. Da Weizen- und Roggen bereits eingesät sind, kann sich eine künstlich herbeigeführte, überaus starke Vermehrung des Kartoffelanbaues leicht in einer entsprechenden Verminderung der Hafer- und Gerstenkultur rächen, und das wäre das schlimmste, was uns zur Erhaltung unserer Gespanntiere begegnen könnte. Wahr ist ja, daß quantitativ ganz andere Erträge an Kartoffeln auf den Hektar gewonnen werden können, wie an Getreide, da aber, wie das doch leider nicht selten ist, die Kartoffelernte vielleicht nicht den Hoffnungen entspricht, und gleichzeitig die Aussaat des Sommergetreides zugunsten der Kartoffelkultur gewaltig vermindert wird, so ist das doch ein Risiko, das einzugehen man sich überlegen sollte, zumal schon der feldmäßige gewaltig ausgedehnte Gemüse- und Rübenanbau wie die Oelfruchterzeugung allermeist auf Kosten der Getreideerzeugung erfolgt sind.

Daß die Ehrfurcht vor den gesetzlichen Höchstpreisen in weiten Kreisen bedenklich abgenommen hat, ist leider eine Tatsache, die nicht abzustreiten ist, an deren Entstehen aber auch die Kriegsbehörden nicht ganz ohne Schuld sind. Vergleicht man die für unsere Feldfrüchte festgesetzten Preise mit denjenigen, die wirklich gezahlt werden, so sieht man auch hierbei eine glatte Ueberschreitung der Höchstpreise. Für Weizen war der gesetzliche Höchstpreis pro To. 290 M.; man zahlte dafür bis Mitte August 350 M., in der zweiten Augushälfte 330, im September 310 M., für Roggen stellte sich beim Höchstpreise von 270 M. in den gleichen Zeiträumen der Ankaufspreis auf 330, 310 und 290 M. Gerste hat denselben Höchstpreis von 270 M., wird aber bis Ende Januar mit 330 M. bezahlt, Hafer bei ebenfalls dem gleichen Höchstpreis erzielte, zum Teil durch Nachzahlung, bis gegen Ende Dezember 400 M., im Januar 360 M. Die enormen Aufschläge haben allerdings ihren besonderen Namen, sie heißen Frühdruschprämien, Schnelllieferungsprämien usw., aber der gewöhnliche Menschenverstand sieht darin eben nichts weiter als eine Erhöhung des gesetzlichen Höchstpreises. Es soll hier auch nicht bestritten werden, daß für eine zeitweise Anregung der Lieferungsfreudigkeit der Landwirte ebenso Gelder zur Verfügung stehen müssen wie vorher in möglichst hohen Höchstpreisen für die Produktionsfreudigkeit der Landwirte, da von der Erzeugung größter Mengen Bodenfrüchte und nicht minder von deren Herausgabe das Durchhalten unseres Volkes nicht unabhängig ist. Andererseits dürfte es doch kaum notwendig sein, für Produkte, die nur an die Behörden abgeliefert werden sollen, von vorn herein sogenannte Höchstpreise festzustellen, von deren Ueberschreiten man schon bei ihrer Schaffung überzeugt sein muß. Das Wort Richtpreis oder ein ähnliches tut es hier auch, und zwar um so mehr, als diese Preisfeststellung des ersten Vierteljahres doch nur dazu dient, dem Landmann die Sicherheit für bestimmte Minimalpreise zu geben. Allerdings sollen ja diesmal die Getreidepreise, die im Februar wieder ihren ursprünglichen Stand einnehmen werden, im März um 100 M. unter den Höchstpreis zurückgesetzt werden. Das ist indessen nur als Strafmaßnahme gedacht, da die gesetzliche Vorschrift lautet, daß das Getreide bis Ende Februar ausgedroschen und abgeliefert sein soll. Eine neue offiziöse Notiz, die die wirkliche Durchführung dieser Preisherabsetzung im März ausdrücklich betont, ist offenbar notwendig geworden, weil man in landwirtschaftlichen Kreisen diese Maßnahme nur als eine Drohung aufgefaßt hat. Vielleicht hat daran auch die jetzige Notiz noch nichts geändert.

Bemerkenswert ist, daß den Verbrauchern auch die liebliche Kohlrübe wieder naht. Durch ein neues Rundschreiben der Reichsstelle für Gemüse und Obst sind die Provinzialstellen angewiesen, festzustellen, welche Mengen Kohlrüben zur Verfügung gestellt werden können, und es sind einzelnen Stellen anzufordernde Mengen genannt, die kaum ohne schärfere Eingriffe in die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu erbringen sein dürften. Vorläufig werden die Rüben durch freiwilligen Ankauf erworben. Man zahlt hierbei einen sogenannten Vertragspreis von 3 M. für Kohlrüben und 2,50 M. für Runkelrüben, während der eigentliche Höchstpreis von 1,75 bzw. 1,50 M. gewissermaßen als Strafe für den Fall notwendiger Enteignung entrichtet wird. Man hat hierbei somit das gleiche Beispiel für die Ueberschreitung der Höchstpreise.

17. I. 1918

17

116

**Der Städtetag über das Versorgungssystem.** Die Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages, die heute unter dem Vorsitz des Ehrenvorsitzenden Oberbürgermeisters Vermuth und des Oberbürgermeisters v. Borsch (München) stattfand, dauerte bis in die späten Abendstunden. In der Mitte der Beratungen stand die Frage, woran es liegt, daß das gegenwärtige Versorgungssystem hinter den in ihm gestellten Zielen zurückbleibt. Dabei wurde auch die Säl ei ch a n d e l s f r a g e erörtert sowie die weitere Frage der Aufstellung eines umfangreichen Planes für die Ernährungswirtschaft des neuen Erntejahres. Nach beiden Richtungen sind bestimmte Entschlüsse gefaßt worden. Hinsichtlich der Kartoffelversorgung haben die eingeleiteten Besprechungen die frühere Stellungnahme bestätigt, wie sie u. a. in der sogenannten Oberbürgermeister-Erklärung gegen den Lieferungsvertrag zum Ausdruck gekommen war. Auch die Versorgung Groß-Berlins mit den anderen wichtigen Nahrungsmitteln wurde besprochen, ebenso die außerordentlichen Schwierigkeiten, die hinsichtlich der Futtermittelversorgung für die Pferde in den Städten bestehen. Wegen der Kohlenversorgung soll eine besondere Abordnung zum Staatssekretär des Kriegswirtschaftsamtes entsandt werden. Anlässliche des Realcredits, darunter die Hypothekenschuldbewegung, wurden dem Realcreditsausschuß überwiesen. Ein neuer Ausschuß wurde gebildet, um die Wohnungsbeschaffung während der Uebergangszeit zu beraten. Diesem Ausschuß wurden auch Einzelfragen der Möbelbeschaffung zugewiesen. Neu hinzugewählt in den Vorstand des Städtetages wurden die Oberbürgermeister Udenauer-Köln und Dr. Nothke-Leipzig. In Einzelausschüsse wurden gewählt die Oberbürgermeister Dr. Rißmüller-Osnabrück und Dr. Wild-Fürth.

17. I. 1918

127

## Die Arbeitseinstellungen in Wien und Nieder- österreich.

### Als Folge der Kürzung der Mehlquote.

Wien, 16. Januar.

Die Arbeiterbewegung hat heute einen ruhigen Verlauf genommen und die öffentliche Sicherheit mußte nirgends einschreiten.

Wir haben im Morgenblatte berichtet, daß die Kürzung der Mehlquote unter der industriellen Arbeiterschaft Niederösterreichs eine lebhaftere Bewegung hervorgerufen hat, die vielfach zu Arbeitseinstellungen führte. Ueber die Streiks bei den Daimler-Werken in Wiener-Neustadt, in der Radiatorenfabrik, in den Munitionswerken G. Roth, in der Flugzeugfabrik und in Lichtentwörth ist bereits berichtet worden, ebenso über die Streikbewegung in Neunkirchen, in St. Pölten, im Triesingtal, wo die Arbeit vollkommen ruht, und im Traisental. Heute hat die Bewegung auch auf Wien übergreifen. Hauptsächlich sind es die Bezirke Favoriten und Ottakring, wo die Arbeit ruht. Auch in anderen Arbeiterbezirken, namentlich in der Brigittenau, wird in einer Reihe größerer Betriebe gestreikt.

In all diesen Fabriken versammelten sich heute morgen die Arbeiter, nahmen aber die Arbeit nicht auf und hielten Besprechungen ab, in denen die Forderung nach Wiederherstellung der früheren Mehlquote erhoben wurde. Dann zerstreuten sie sich. In den Nachmittagsstunden fanden in Floridsdorf größere Versammlungen statt, deren Teilnehmer sich in geschlossener Rügen auf die Straßen begaben. Auch in Favoriten und Ottakring sammelten sich um die vierte Nachmittagsstunde auf den Straßen größere Mengen von Arbeitern, begleitet von Frauen und Kindern, an. Einzelne der Rügen bewegten sich gegen die Stadt zu, die anderen begnügten sich, in den Hauptverkehrsstraßen auf und ab zu marschieren. Die Sicherheitswache hatte die gesamte verfügbare Mannschaft aufgeboden, die, in den Straßen abwartend, der weiteren Entwicklung der Dinge harpte. An dem trüben, nebligen Tage, der heute herrschte, brach die Dämmerung früher als sonst herein. Ungefähr um 1/25 Uhr konnte man beobachten, daß sich ziemlich gleichzeitig überall dort, wo Linien der Straßenbahn verkehren, die Arbeiter in das Geleise stellten und dichte Knäuel bildeten. Die ankommenden Straßenbahnwagen mußten infolgedessen halten, und da diese Verkehrsstockung nicht zu beheben war, stiegen die Passagiere aus und der Tramwayverkehr geriet vollständig ins Stocken. Dies betrifft namentlich die vom Südbahnhof und aus dem 10. Bezirk in die verschiedenen Richtungen der Stadt führenden Linien, wo die Wagen der Linie 66, 67 und 68, die durch die Favoritenstraße führen, die Wagen 62, 64 und 65, welche durch die Wiedner Hauptstraße führen, die D-Wagen durch die Prinz Eugenstraße, die Rundlinie 3 und die O-Wagen, die aus der Gudrunstraße kommen, über den Wiednergürtel und durch den 3. Bezirk, über den Kai zur Nordwestbahn fahren. Das Ausbleiben dieser Wagen an den Hauptkreuzungsstellen rief allmählich Ansammlungen des fahrenden Publikums hervor, das von Viertel- zu Viertelstunde, auf das endliche Eintreffen der Wagen wartend, immer mehr anwuchs. Einige der zur Stadt gezogenen Arbeitertrupps hatten inzwischen die Ringstraße und die Kärntnerstraße erreicht. Ein großes Aufgebot von Sicherheitswache sorgte dafür, daß der übrige Straßenverkehr zur Not aufrecht blieb. Doch entstanden bald Stockungen. Vielfach sah man, daß vor der üblichen Sperrstunde Kaufleute die Rolläden herabließen oder ihre Lokale vollständig sperren. Aus der Menge wurden hier und da Rufe laut zugunsten des Friedens, doch vollzogen sich die Kundgebungen im großen und ganzen ruhig und ein Einschreiten der Wache ist nicht erfolgt.

Die Direktion der städtischen Straßenbahn war natürlich von dieser Einstellung des Verkehrs sofort verständigt worden und verfügte, sobald es möglich war, die vollständige Einziehung aller Wagen auf den in Betracht kommenden Linien. Diese Situation währte ungefähr bis 1/28 Uhr abends. Um diese Zeit wurden versuchsweise vom Südbahnhof aus die Wagen durch die Prinz Eugenstraße und die nach Erdberg führende Linie in Betrieb gesetzt. Auf den anderen Linien von diesem Zentralknotenpunkt aus wurde der Betrieb nicht mehr aufgenommen. Nach den in der Direktion der städtischen Straßenbahnen herrschenden Dispositionen wird die Aufnahme des normalen Betriebes morgen früh davon abhängig gemacht, ob sich wieder Ansammlungen zeigen werden oder nicht.

Um 8 Uhr abends strug die Stadt überall wieder ihr gewöhnliches Gepräge, und auch in den äußeren Bezirken waren, namentlich angesichts der herrschenden ungünstigen Witterung und der eingeschränkten Beleuchtung, die Straßen ziemlich menschenleer.

Die Korrespondenz "Wilhelm" meldet: Im Zusammenhange mit der am 16. d. in Wien ausgebrochenen Ausstandsbewegung in verschiedenen Industriebetrieben sind in den Bezirken Innere Stadt, Wieden und Favoriten in den Nachmittagsstunden kleinere Demonstrationen von Frauen und jugendlichen vorgekommen, in deren Verlauf ein und zwanzig Anhaltungen vorgenommen wurden. Größere Ordnungswidrigkeiten haben sich nicht ereignet.

### Die Verhandlungen in der Ernährungsfrage.

Wien, 18. Januar.

Die Ausstände haben sich in den Industriegebieten Steiermark und auch in Graz etwas verbreitet; ferner wird aus den Industriebezirken in und um Prag berichtet, daß dort Besprechungen der Arbeiterschaft über die weitere Stellungnahme abgehalten werden. Immerhin glaubt man unter den Vorbehalten, welche die Beurteilung solcher Bewegungen erfordert, annehmen zu können, daß es vielleicht möglich sein werde, die Wiederaufnahme der Arbeit in den meisten jetzt feiernden Betrieben in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erzielen.

Hinsichtlich der Ernährung wird man in Oesterreich wenigstens in den nächsten Wochen auf die eigene Produktion und auf die Zuschübe aus Ungarn angewiesen sein. Die Versorgung aus der Ukraine könnte im Monat März, wenn die Schiffswege frei sind, in Betracht kommen. Es ist mitgeteilt worden, daß man sich an Deutschland mit dem Ersuchen um eine einmalige Aushilfe gewendet hat, die in der Zufuhr von einigen tausend Wagen Mehl bestehen sollte. Es scheint, daß die Erfüllung dieses Wunsches auf Schwierigkeiten stößt und derzeit auf eine solche Aushilfe kaum gerechnet werden kann. Wie verlautet, vertritt man in Berlin den Standpunkt, daß die heutigen Ernährungsschwierigkeiten vermieden worden wären, wenn man die österreichische Getreide- und Mehlproduktion zeitgerecht und wirksam erfasst und wenn Ungarn in stärkerem Maße an der Versorgung Oesterreichs mitgewirkt hätte. Deutschland habe überdies Oesterreich den größeren Anteil an den rumänischen Getreidevorräten überlassen und müsse heute selbst mit den eigenen Vorräten an Nahrungsmitteln haushalten. Aus diesen Gründen dürfte jetzt kaum eine Aushilfe in Mehl von Deutschland zu erwarten sein.

## Der Städtetag über die Ernährungs- Wirtschaft.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat in seiner kürzlich abgehaltenen Vollversammlung einstimmig folgende Entschliessung gefasst:

So sehr die allgemeine Aufmerksamkeit in letzter Zeit auf den schweren Mißstand des Schleichhandels und der Höchstpreisüberschreitung gelenkt worden ist, so bleibt Grundmangel der Kriegsernährungswirtschaft doch die unzureichende Erfassung der Erzeugnisse auf dem Lande. Der Arbeitserfolg zahlreicher ländlicher Verwaltungsstellen ist nicht kräftig genug und wird auch von der Reichs- und Staatsgewalt nicht genügend gestützt, um die Waren, die Gegenstand der kriegswirtschaftlichen Bestimmungen oder ordnungsmäßig abgeschlossener Verträge sind, für die Ernährung der Verbraucherbezirke in geordneter Form nutzbar zu machen. Die Gefahr des Schleichhandels und seiner Begleiterscheinungen, die neben der mangelnden Erfassung nur als Anzeichen für das Kranksein des Kriegswirtschaftskörpers erscheint, ist freilich groß, da durch sie die wirtschaftlich gerechte Verteilung der Lebensmittel behindert wird. Werden indessen die Erörterungen und die Maßregeln mit Vorzug auf das „Symptom“ abgestellt, so wird nicht nur die wirtschaftliche Heilung verfehlt, sondern, indem die Menge der in die Städte hineinkommenden Lebensmittel wahrscheinlich vermindert wird, wird das Uebel sogar vergrößert.

Die Durchbrechung der gesetzlichen Vorschriften auf dem Gebiet der Höchstpreise ist wesentlich durch das Vorgehen der Militär- und Marineverwaltungen erleichtert, die sich um einer guten Versorgung der ihrer Fürsorge Anvertrauten willen an die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften nicht immer gebunden erachten. Daneben liegt das Schwergewicht des Schleichhandels bei der Rüstungsindustrie und — in schon erheblich geringerem Maße — bei den zahllosen kleinen Geschäftsabschlüssen einzelner.

Wenn auch die städtischen Verwaltungen im Laufe der Zeit von genauer Befolgung der Verordnungen vereinzelt, und zwar in der Hauptsache auf dem Gebiete der Gemüswirtschaft, haben abweichen müssen, so befanden sie sich in einer Zwangslage. Beseitigt kann dieser unerträgliche Zustand nur dadurch werden, daß die Kriegswirtschaft, soweit sie die Waren nicht dem freien Handel überläßt, durchweg von der bloßen Höchstpreisfestsetzung oder sonstigen halben Maßregeln zu wirkungsvoller Erfassung der gesamten Waren fortschreitet.

20./I. 1918.

136

\* **Lebensmittelversorgung.** Die Kartoffelration von 7 Pfund wird in Berlin in der folgenden Woche in der gleichen Weise zur Verteilung kommen, wie in der vergangenen, indem nämlich 6 Pfund Kartoffeln auf die Kartoffelkarte beim Kleinhändler entnommen werden können und 1 Pfund aus der eisernen Ration zu verbrauchen ist. Wer auf Abschnitt 3 Kartoffeln noch nicht erhalten konnte, kann den Abschnitt noch in der folgenden Woche einlösen.

In der Zeit vom 21. bis 27. Januar wird in den im Norden Berlins beiderseits der Christianiastraße gelegenen Bezirken der 168., 169., 170., 190. und 226. Brotkommission je 125 Gr. Käse verteilt. Der Käse ist erhältlich in den durch besondere Aushängeschilder gekennzeichneten Geschäften gegen Vorzeigung und Abstempelung der Mittelstücke der in der Verkaufswoche gültigen Speisefettkarten. Das nähere ergibt sich aus der an den Anschlagtafeln veröffentlichten Bekanntmachung.

In Charlottenburg werden verteilt: Auf die rote Nahrungsmittelkarte (Sonderausgabe) Abschnitt 171 vom 14. bis 26. Januar 150 Gramm Graupen oder Gerstengröße, Abschnitt 172 vom 14. bis 26. Januar  $\frac{1}{2}$  Pfd. Inlandsmarmelade, Südfruchtmarmelade oder Apfelpotpott (Auslandware),

Abschnitt 174 vom 24. Januar bis 2. Februar 1918 auf die ab 26. Dezember 1917 noch rückständige allgemeine Verteilung  $\frac{1}{2}$  Pfund Südfruchtmarmelade oder Apfelpotpott, auf die Allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte Charlottenburg Abschnitt 1 vom 17. bis 26. Januar 150 Gramm Graupen oder Gerstengröße, Abschnitt 2 vom 24. Januar bis 2. Februar 150 Gramm Teigwaren, auf die Groß-Berliner Nährmittelzusatzkarte für Jugendliche: Abschnitt 1 vom 21. bis 27. Januar 100 Gramm Teigwaren, auf Serie IV der Haushaltsbezugsmarke A wird vom Donnerstag ab eine Büchse Milch geliefert. Ferner wird auf die Haushaltkarte in den städtischen Verkaufsstellen bis ein Pfund Nährhese abgegeben.

Auf einen Abschnitt der Neutöllner Lebensmittelkarte gelangt Ende nächster Woche in Neutölln 1 Pfund Marmelade in den Kolonialwarengeschäften zur Ausgabe. Vom 21. Januar ab bis auf weiteres wird für jeden Haushalt auf Abschnitt „J“ der Neutöllner Haushaltkarte ein Briefchen Süßstoff abgegeben. Bis 24. Januar hat gegen Abgabe des Bestellabschnitts 8 der Kaffee-Ersatzkarte die Anmeldung zum Bezuge von Kaffee-Ersatz zu erfolgen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß das Mittelstück der alten Neutöllner Lebensmittelkarte aufzubewahren ist, da voraussichtlich auf dieses noch Lebensmittel zur Verteilung gelangen werden.

In Berlin-Schöneberg findet bis zum 22. Januar Voranmeldung statt für: 150 Gr. Weizengrieß auf Abschnitt 1 der neuen Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 100 Gr. Teigwaren auf Abschnitt 1 der neuen Groß-Berliner Lebensmittelkarte für Jugendliche. Ausgegeben werden in der nächsten Woche: 200 Gr. Suppen auf Abschnitt 88, 600 Gr. getrocknete Mohrrüben oder getrockneter Weißkohl auf Abschnitt 89 der Schöneberger Nährmittelkarte und  $\frac{1}{4}$  Pfund Buchweizengröße auf Abschnitt 33 der Nährmittelkarte für Jugendliche. Die Schöneberger Nährmittelkarte bleibt weiterhin gültig und ist sorgfältig aufzubewahren.

## Die Ernährungsfragen.

### Die Ernährungskonferenz im Landhaus.

Letzten Freitag, vormittags, fand anlässlich der Beschwerden der Arbeiter über die mangelhafte Ernährung im Landhaus eine vom Ernährungsminister G. M. Höfer einberufene Konferenz statt, an der neben 200 Vertretern der organisierten Arbeiterschaft eine Reihe von Industriellen sowie die Abgeordneten Friedmann, Dr. Renner und Domes teilnahmen. In dieser Konferenz entrollte G. M. Höfer ein sehr eingehendes Bild über die jetzige Ernährungslage. Er begründete auch die Notwendigkeit der Kürzung der Mehlration, indem er gleichzeitig in Aussicht stellte, daß die Regierung alle Anstrengungen machen werde, um der Arbeiterschaft für den Entgang an der Mehlration anderweitige Nahrungsmittel zukommen lassen zu können.

Aus der Mitte der Versammlung, die einen klaren und ruhigen Verlauf nahm, wurden Wünsche laut, die sich in erster Linie gegen die Kürzung der Mehlration der Kriegs- und Gemeinschaftsküchennehmer wendeten. Ferner wurde ein Verbot der Verabfolgung von Luxusmehlspeisen in Gastwirtschaften begehrt und auch die Einschränkung des Luxus in Offiziersmessien als höchst notwendig und wünschenswert bezeichnet.

Der ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete Eldersch erklärte, nachdem eine Reihe von Rednern für den sofortigen Abschluß des Friedens eingetreten war, daß die Arbeiterschaft den guten Willen des Ernährungsministers anerkenne, doch seien ihm infolge der Zwitterstellung des Ernährungsamtes alle Hände gebunden. Man müsse daher ungefährmt die Ausgestaltung des Ernährungsamtes in ein mit den weitesten Vollmachten ausgestattetes Konsumentenministerium fordern. Der Widerstand der agrarischen Kreise gegen dieses Begehren der Konsumentenwelt müsse unter allen Umständen gebrochen werden. Auch sei es sehr bedauerlich, daß die Entschlüsse und Vorschläge des Ernährungsrates bisher nicht unter den Tisch gefallen sind.

Abg. Friedmann ersucht die Versammlung, die letzte kurze Strecke des Weges zum Frieden noch auszubarren, und versicherte, daß auch die Arbeitgeber bestrebt seien, die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter nach Möglichkeit zu verbessern.

### Mehlzubußen aus Deutschland und Ungarn.

Um in der Mehl- und Brotversorgung in der nächsten Zukunft vor sehr unliebhamen Störungen gefeit zu sein, hat die Regierung auch Schritte unternommen, aus Deutschland und Ungarn größere Mehlaufuhren zu erhalten. Auch um den Zuschuß anderer Lebensmittel aus Deutschland wurde man in Berlin vorstellig.

Der Vorsitzende des Gemeinamen Ernährungs Ausschusses G. M. Landwehr von Pragau hat sich noch am letzten Donnerstag nach Berlin begeben, um bei der deutschen Regierung die Freigabe einiger hundert Waggons Mehl und Getreide für Oesterreich zu erwirken. Er kehrte schon Samstag abends nach Wien zurück, nachdem er erreicht hatte, daß bereits eine große Anzahl Waggons Mehl aus Deutschland nach Oesterreich abdirigiert wurde. Auch mit der ungarischen Regierung wurden Verhandlungen eingeleitet.

### Die Marktsituation der letzten Tage.

Vom letzten Freitag bis heute hat sich die Situation auf den Märkten wenig geändert. Am Samstag war diesmal wider Erwarten kein allzustarker Marktverkehr zu verzeichnen. Wohl hatten sich vor der Fleischhalle schon vor 2 Uhr früh Käufer angestellt, doch wickelte sich der Verkehr glatter und ruhiger ab als am Samstag den 12. d. Die anhaltende Fleischknappheit bedingte es, auch vorgestern und gestern die Verabfolgung der Fleischrationen auf kleine Portionen zu beschränken. Samstag war auf den meisten Märkten das Grünwarenangebot besser als an den vorhergehenden Tagen. Die Äpfelaufbringung ist in den letzten Tagen etwas zurückgegangen, doch konnten gestern auf dem Naschmarkt noch 11.000 Kilogramm steirische Äpfel verkauft werden. Samstag und Sonntag gab es für die hiesigen Großmärkte eine neue Sensation. Aus der italienischen Kriegsbeute gelangten nämlich beträchtliche Quantitäten von Zitronen (drei Stück pro Käufer zum Stückpreis von 30 Heller) zum Verkauf. Diese seltenen Südsüßfrüchte fanden naturgemäß eine sehr beachrte Abnahme. Auf dem Fischmarkt fehlen seit einigen Tagen Seefische; auch Flußfische sind nur geringfügig angeboten. Die von der Gemeinde in der Großmarkthalle an den beiden letzten Tagen angebotenen russisch-polnischen Karpfen zum Preise von K. 4.— bis 6.— pro Kilogramm waren daher für den Fischmarkt wertvolle Lückenbüßer. Samstag langten für den Wiener Zentralfleischmarkt einige Waggons ausländisches Rindfleisch ein. Gestern kam nur eine Partie ungarischer Schafe an. Hoffentlich bessern sich morgen und übermorgen die Rinderzufuhren.

### Bevorstehende Sauerkrautabgabe.

Mit der vom Ernährungsamt angekündigten Abgabe von Sauerkraut soll es nun endlich ernst werden. Der Beginn des Sauerkrautverkaufs dürfte mit Donnerstag den 24. d. erfolgen. Bereits werden eine Reihe von städtischen Sauerkrautabgabestellen errichtet. Der Abverkauf von Sauerkraut, von dem leider auch nicht allzuviel vorhanden ist, wird gegen die Einkaufsscheinkontrolle erfolgen.

21. I. 1918

1735

**Eine Erklärung der christlichsozialen Partei.**

Der Vorstand der Wiener christlichsozialen Partei hat einstimmig nachstehende Kundgebung beschlossen:

Die mangelnde Voraussicht und geringe Latenzkraft der Regierung hat zu schweren Störungen des Ernährungsdienstes und zur Kürzung der Mehlaquote geführt. Durch das Hinzutreten staatsfeindlicher Elemente löste dieser Notstand eine Bewegung aus, die über das Ernährungselend der Bevölkerung zu politischen Forderungen überging. Die christlichsoziale Partei hofft und erwartet, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk zu einem baldigen und dauernden Verständigungsfrieden mit Rußland führen. Sie ist von der aufrichtigen Friedensliebe des Grafen Czernin überzeugt und hegt volles Vertrauen, daß der Minister des Aeußern alles mit den staatlichen Interessen Vereinbarliche vorkehren wird, um zum Frieden zu gelangen. Die christlichsoziale Partei hält

es aber für schädlich, wenn im jetzigen Augenblicke, wo die Geschlossenheit der Monarchie allein unsere Vertreter zu einem kraftvollen Auftreten befähigen kann, durch politische Ausstandsbewegungen deren Stellung geschwächt wird. Die einmal in Fluß geratene Bewegung ist in ihrem weiteren Verlaufe zu einseitigen parteipolitischen Zwecken ausgenützt worden. Die Verhandlungen mit der Regierung wurden einseitig von einer Partei geführt, die gesamte nichtsozialdemokratische Wiener Presse mundtot gemacht, die Informierung der öffentlichen Meinung für eine politische Partei monopolisiert. Dieser Entwicklung der Ereignisse hat die Regierung mit verschränkten Armen zugeesehen, sie sogar aktiv unterstützt. Die christlichsoziale Partei legt gegen diese terroristische Vergewaltigung der Mehrheit der Wiener Bevölkerung die schärfste und nachdrücklichste Verwahrung ein. Die Leiden und Entbehrungen des Krieges tragen alle Kreise der erwerbenden Bevölkerung ohne Ausnahme, sie haben daher vollen Anspruch auf gleichmäßige Behandlung und Würdigung. Die Regierung hat zu unserem lebhaften Bedauern nichts getan, um die innerstaatliche Ordnung wenigstens vorzubereiten und durch volkstämmliche Reformen neue Wege des politischen Lebens zu erschließen. Sie darf aber auf keinen Fall die Regierung einer Partei, sondern muß pflichtgemäß die Regierung der Gesamtbevölkerung sein.

21. / I. 1918

136

**Die Anshilfe Deutschlands mit Lebensmitteln  
für Oesterreich.**

Berlin, 18. Januar.

Die „Germania“ erklärt zu den Nachrichten über die Wiener Streiks, daß das, was deutscherseits geschehen kann, um die in Wien in Erscheinung tretenden Ernährungsschwierigkeiten zu beseitigen, sicher geschehen werde.

22. / I. 1918.

138

**Eine Neuorganisation des Ernährungssystems?****Genossenschaftliche Erfassung der Produktion.**

Das Kriegsernährungsamt teilt amtlich mit: Die von einer Nachrichtenstelle verbreitete Mitteilung, das Kriegsernährungsamt habe einer Neugestaltung des Ernährungssystems zugestimmt, welche zum Ziele hat, die bisherige Tätigkeit der kommunalen Verbände und Behörden durch eine genossenschaftliche Organisation der Erzeuger zu ersetzen, entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist nur, daß eine von verschiedenen landwirtschaftlichen Körperschaften eingereichte Denkschrift, die diesen Plan verfolgt, Gegenstand von noch fort-dauernden Besprechungen im Kriegsernährungsamt ist. Weder der Vorstand noch der Beirat des Kriegsernährungsamtes haben sich mit dem Projekt beschäftigt. Von einer erfolgten Entschliebung des Staatssekretärs kann somit keine Rede sein.

22./I. 1918.

139

## Eine Neuordnung der Lebensmittelversorgung.

N. Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Man schreibt uns: Es ist eine Neuorganisation des bisherigen Systems unserer Lebensmittelversorgung in Vorbereitung, die bis zum nächsten Wirtschaftsjahr zur Durchführung gelangen wird. Sie soll für die Erfassung aller der Gemeinbewirtschaftung unterliegenden Lebensmittel eine vollkommen neue Organisation schaffen. Kürzlich fanden im Kriegsernährungsamt Besprechungen mit Vertretern der landwirtschaftlichen Genossenschaften statt, die sich auf die für unsere Volksernährung besonders wichtige Frage der restlosen Erfassung aller vorhandenen Vorräte erstreckten. Es wurde Einigkeit darüber erzielt, die bisherige Tätigkeit der Kommunalverbände und Verwaltungsbörden auf diesem Gebiet durch die genossenschaftliche Erzeugerorganisation zu ersetzen. In einer Denkschrift haben sich die landwirtschaftlichen Körperschaften grundsätzlich bereit erklärt, die neue Aufgabe bis zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres zu übernehmen. Sie gehen dabei von der Ueberzeugung aus, daß eine solche Mitarbeit der Erzeugerorganisationen nicht nur jetzt in der Kriegszeit, sondern auch in der Uebergangs- und Friedenswirtschaft notwendig ist. Die landwirtschaftlichen Körperschaften wurden zur Vorlage eines Aktionsprogramms aufgefordert, das inzwischen dem Kriegsernährungsamt unterbreitet ist und dessen Zustimmung gefunden hat. Es sei daraus folgendes mitgeteilt:

1. In jeder Gemeinde wird eine nach genossenschaftlichen Grundfassen arbeitende Geschäftsstelle errichtet, an die sämtliche Gemeinbewirtschaften ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit diese zur Ausführung im Interesse der allgemeinen Volksernährung vorgeschrieben ist, abzuliefern haben. Besteht in der Gemeinde eine Genossenschaft, so ist ihr die Geschäftsstelle zu übertragen.

2. In jedem Kreis (Bezirk) wird eine Kreisstelle errichtet, die sich an den Kommunalverband anzulehnen hat.

3. In jeder Provinz bzw. jedem Landesteil ist eine Provinz- oder Landesstelle zu bilden, in Form einer Gesellschaft m. b. H., der wegen ihres gemeinnützigen Charakters Steuer- und Stempelfreiheit zugesprochen wird. In dieser Gesellschaft m. b. H. sind zu beteiligen diejenigen landwirtschaftlichen Körperschaften, die sich in dem Gebiet bisher geschäftlich betätigt haben, also in erster Linie die im Bezirk ansässigen Zentral- und Verkaufsgenossenschaften, außerdem der Bund der Landwirte, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine und die Landwirtschaftsgesellschaft. Der Schlüssel für die Beteiligung dieser Körperschaften an den zu bildenden Gesellschaften muß auf dem Weg gegenseitiger Verständigung auf Grund der bisherigen Geschäftstätigkeit gefunden werden. Die so gebildeten Provinz- oder Landesstellen sind die verantwortlichen Träger der Erfassungsgeschäftstätigkeit. Ihre Verwaltung soll eine möglichst einfache sein. Die genannten Stellen übertragen ihre geschäftliche Tätigkeit ausschließlich den in der Provinz oder dem Landesteil vorhandenen Zentralgenossenschaften oder entsprechenden Geschäftsstellen. Von der Bildung neuer Organisationen ist abzusehen.

4. Als Reichsstelle wird ein Ausschuss gebildet, der besteht aus Vertretern des deutschen Landwirtschaftsrates und je zwei Vertretern des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Generalverbandes der deutschen Raiffeisergenossenschaften, der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, des Bundes der Landwirte und der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Zu der Tätigkeit der neuen Reichsstelle gehört insbesondere die schiedsrichterliche Entscheidung über die schließliche Verteilung der Kreis- oder Provinzstellen in den Bezirken. Es sei sich bei dieser Verwaltungsstelle die Notwendigkeit einer Beschäftigung der deutschen Landwirte um Uebernahme dieser geschäftlichen Tätigkeit gebeten werden.

Der ansässige Kreis- und Provinzstellen sind ebenfalls ein Handel, ebenso Mäklerei und Bäckerei sind tunlichst heranzuziehen. Zugleich ist ferner ein weitgehendes Entgegenkommen der Landesverwaltung in der Frage der Vertretung bei geschafften genossenschaftlichen Stellen, soweit dies erforderlich ist.

um einen offensichtliche Uebertretung der Zensurvorschriften homöopathisch, ist auch in Pressekreisen geteilt worden.

Abg. Haase (U. S.): Ein militärisches Interesse für das Verbot des „Vorwärts“ war nicht gegeben; das Verbot ist um so unverständlicher, als der Reichstag in den letzten Tagen größere Freiheit für die Presse verlangt hat.

Abg. Gothein (Fortshr. Bp.): Die Berliner Zensur hat's keinen guten Augenblick, als sie das Schweigegebot über die Vorgänge in Oesterreich erließ. Die „Frankfurter Zeitung“, die „Münchener Post“ und andere Blätter haben ungehindert

Mitteilungen darüber bringen können.

Abg. v. Gräfe (konf.): Das Verbot der Zensurbehörde über die Vorgänge in Oesterreich, die doch nicht lange verborgen bleiben konnten, hat befremdlich gewirkt. Im deutschen Volke ist es peinlich empfunden worden, daß ein wenn auch vorübergehendes Schweigegebot erlassen wurde. Man muß verlangen, daß das Auswärtige Amt in derartigen Fällen für die nötige Aufklärung sorgt. Im Falle des „Vorwärts“ mußten die Behörden ihrem Verbot Nachdruck verschaffen; sonst würden die übrigen Zeitungen in Nachteil kommen. Einen stark befremdlichen Eindruck macht auf mich die Solidaritätserklärung der Sozialdemokraten mit der österreichischen Bewegung. Wer Derartiges tut, muß auch die Verantwortung für die etwa daraus entstehenden Folgen übernehmen. Es handelt sich um eine Drohung an den Reichskanzler, seine Donnerstag-Rede entsprechend einzurichten.

Abg. Trimbora (Z.): Es handelt sich um ein Verbot von Presseberichten über die Friedensbewegung und die Ausstände in Oesterreich-Ungarn. In diesem Falle kann ein militärisches Interesse vorliegen; denn je nach Art der Behandlung könnten die Verichte verhängnisvoll wirken. Aber das Verbot nützt gar nichts; damit können die Grenzen nicht derart abgesperrt werden, daß keine Kunde herüberdringt, andererseits ist dadurch die Verbreitung unkontrollierbarer Gerüchte gefördert worden.

Abg. Stresemann (natl.): Das Verbot des „Vorwärts“ hat nicht solche Bedeutung, wie die Mitteilungen des Blattes und ihre Aufmachung. Gegen den „Vorwärts“ mußte eingeschritten werden schon mit Rücksicht auf die übrige Presse, die das Gebot beachtet hat. Die sozialdemokratische Solidaritätserklärung mit der Bewegung in Oesterreich ist sehr bedenklich. Die spärlichen Mitteilungen des Auswärtigen Amtes sind völlig ungenügend. Ueber den Nachrichtendienst des Auswärtigen Amtes wird noch zu reden sein.

Abg. Frhr. v. Camp (Dt. Fraktion) stellte sich auf den Standpunkt des Abg. v. Gräfe. Abg. Scheidemann (Soz.) bestritt eine Drohung ausgestoßen zu haben, er habe nichts weiter sagen wollen, als was schon ein Staatsmann ausgesprochen habe: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht.“

Unterstaatssekretär v. dem Busche erläuterte den Nachrichtendienst des Auswärtigen Amtes und wies die in dieser Richtung vorgebrachten Angriffe zurück.

Abg. Heine (Soz.): Was hat der Streit mit der Kriegsführung zu tun? Wir wollen die inneren Zusammenhänge wissen. Das Vorgehen der amtlichen Stellen dient nicht zur Herdenberuhigung, sondern zur Untergrabung des Volksvertrauens. Der Artikel des „Vorwärts“ verstößt nicht gegen das Zensurverbot. Die österreichischen Sozialdemokraten haben sich zur Friedenspolitik des Grafen Czernin bekannt, und das entspricht auch

dem Willen der deutschen Arbeiter.

Major Grau: Wenn die Zensur an der Erfüllung ihrer Aufgabe gehindert wird, sind schwerwiegende militärische Interessen gefährdet. Diese Ansicht teilt auch die Presse. Das Wiedererscheinen des „Vorwärts“, worüber Verhandlungen schweben, wird voraussichtlich demnächst möglich sein.

Abg. Dove (Fortshr. Bp.): Hier haben wir ein Russierbeispiel, wie es nicht gemacht werden darf: der Streit in Oesterreich besteht, und unsere Regierung müßte sich doch tagtäglich über seinen Stand unterrichten.

Abg. David (Soz.): Die Aufhebung des Belagerungszustandes in der Türkei wird von der türkischen Presse als erfreuliche Tat bezeichnet. Was die Türkei kann, sollte auch das Deutsche Reich können.

Abg. v. Graefe (konf.): Das Verbot des „Vorwärts“ war die notwendige Folge des allgemeinen Verbots der Besprechung der ganzen Angelegenheit.

Weiterberatung Mittwoch.

23./I. 1918.

A/A

## Ein neues Ernährungssystem.

Auf Einladung des Charlottenburger Hausfrauenvereins sprach gestern der Direktor der Wiener Kinderklinik, Prof. Dr. v. Pirquet, im Festsaal des Charlottenburger Rathhauses über ein neues Ernährungssystem. Bis zum letzten Platz war der Saal gefüllt, so viele Hausfrauen und auch Männer hatte das so zeitgemäße Thema angezogen. Der Vortragende suchte gleich zu Anfang etwa zu hoch gespannte Erwartungen dadurch herabzumindern, daß er erklärte, Nahrungsmittel zu schaffen, sei er natürlich auch nicht imstande. Wohl aber hoffe er mitzuhelfen, daß die vorhandenen Nahrungsmittel möglichst rationell angewandt würden. Er legte dann die Grundzüge seines Systems dar. Das Besondere liegt darin, daß er ein neues Maß des Nährwertes, sowie eine neue Feststellung des individuellen Bedarfs gab. Als Maß des Nährwertes setzte er an Stelle der wissenschaftlich gebräuchlichen Kalorie die jeder Hausfrau weit verständlichere Milch. Alle Nahrungsmittel werden auf Milchwerte zurückgeführt. Dabei ergibt sich, daß Butter den 12-, Zucker den 6-, Mehl den 5-, Fleisch den 2 1/2 fachen Nährwert der Milch hat, während z. B. die in unserm Küchenzettel im vorigen Jahre so stark vorherrschende Kohlrübe nur 4/10, eine Fleischbrühe sogar nur 1/10 soviel Nährstoffe enthält wie die Milch. Den Nährwert von 1 Gr. Milch bezeichnet Pirquet mit „Nem“, wobei dann 100 Gr. Milch 1 Hektonem und 1000 Gr. ein Kilonem bedeuten.

Wie groß ist nun der Bedarf an Nem für die einzelne Person? Der Bedarf ist abhängig von der Größe der Darmfläche, und diese berechnet man, indem man die Sitzhöhe des Menschen mit sich selbst multipliziert. Das Ergebnis ist gleich dem Maximum des Bedarfs, das Minimum beträgt nur  $\frac{2}{10}$  davon, und das Optimum, d. h. diejenige Menge, die den Funktionen des Organismus am besten angepasst ist,  $\frac{4}{10}$ — $\frac{7}{10}$ , je nachdem es sich um einen im Wachstumsgriffenen, in Ruhe befindlichen, schwer arbeitenden oder in Konvaleszenz befindlichen Menschen handelt. Nach diesem Schema läßt sich die für den einzelnen Menschen nötige Nahrungsmenge leicht bestimmen.

Für die Hausfrau, die den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel sowie den Bedarf kennt, kommt es nun vor allem darauf an, den Speisezettel so aufzustellen, daß mit den vorhandenen Nahrungsmitteln ein gegenseitiger Austausch im Verhältnis ihres Nährwertes vorgenommen wird. Daß das möglich ist, und daß die berechnete Nahrungsmenge auch wirklich dem Körper angemessen ist, haben Massenversuche gezeigt, die Pirquet besonders an Kindern, aber auch bei Erwachsenen, auch Soldaten, vorgenommen hat und die sehr gute Erfolge sowohl in bezug auf Gewichtszunahme wie auch in bezug auf die Wirtschaftlichkeit ergeben haben. Der Preis für das tägliche Kostmaß war um etwa die Hälfte niedriger, als angefeht. Ein Einzelversuch bei einem 6-jährigen Kinde, das das Gewicht eines 1-jährigen Kindes und die Länge eines 2-jährigen hatte, und das nach neunmonatiger Ernährung nach dem Pirquet'schen Kostmaß nahezu Normalgewicht und Normallänge erreicht hatte, verdient deshalb besondere Beachtung, weil er uns zeigt, daß etwaige Schäden, die durch Unterechnung entstanden sind, bei zweckmäßiger Ernährung in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beheben sind.

Dr. Sz.

### Eine Rundgebung zur Ernährungsfrage.

In einer sehr gut besuchten Wählerversammlung, welche am 21. d. der deutsch-christliche Wählerverein des 13. Bezirkes im Gopfers Parkhotel einberufen hatte, sprach Abg. Dr. Mataja über die gegenwärtige Lage, wobei er unter anderem ausführte:

Wir stehen unter dem Einbrüche der Ausstandsbeziehung. Für uns heißt es in dieser Zeit vor allem kaltes Blut zu behalten, denn würden uns auch wir, wie es die maßgebenden Faktoren getan, schwach erweisen, dann wären die Folgen nicht abzusehen. Die Sorglosigkeit der Regierung, welche uns die Herabsetzung der Mehlquote brachte, ist um so mehr zu bedauern, als man die Verordnung gerade zu einer Zeit zur Durchführung brachte, wo in West-Russland die Friedensverhandlungen tagen (Beifall.) Welcher vernünftige Mensch aber kann von einer Streik eine Besserung der Lebensmittelverhältnisse erhoffen? Die Bewegung, ursprünglich wegen der Lebensmittelfrage entstanden, wurde von einer Clique für parteipolitische Zwecke mißbraucht. Die Mehrzahl der Sozialdemokraten wollte von diesem Streik nichts wissen und gab nur dem Terrorismus der erwähnten Clique nach. In der Ernährungsfrage hat die Regierung Fehler über Fehler begangen, die passive Resistenz tschechische Gebiete ebenso wie den Schleichhandel gebildet. Es muß doch i. Regierungstreifen bekannt sein, daß es beispielsweise in der Praterstraße kein einziges Kaffeehaus gibt, wo nicht Mehl- und Getreidelieferungen in jeder beliebigen Menge, freilich zu den fabelhaftesten Preisen, abgeschlossen werden. (Beifall.) Ohne die Herabsetzung der Mehlquote wäre der Streik, der die Stellung unserer Friedensunterhändler schwächt, ohne ernstere Ausdehnung geblieben. Man kann sich die Gefühle der Herren Trahl und Hoffe bei der Kunde von den Demonstrationen und Arbeitseinstellungen vorstellen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Kunzschak führte aus: Der große Ausstand ist nach der Ansicht des sozialdemokratischen Führers Seiz durch ein „verhältnismäßig geringfügiges Ereignis“ herbeigeführt worden. Dieses „geringfügige Ereignis“, die Kürzung der Mehlquote, wird aber weiblich zu politischen Zwecken ausgenützt. Wohl wurde am Samstag von den sozialdemokratischen Vertrauensmännern die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, aber vielfach dauern die Streiks fort. Die Regierung kann sich unmöglich der schweren Folgen einer Herabsetzung der Mehlquote bewußt gewesen sein. Wie soll eine unbemittelte Familie mit 1 1/2 Kilogramm Kartoffeln und 1/4 Kilogramm Mehl pro Kopf und Woche das Auslangen finden? Hunger und Unterernährung ergreift schon die breitesten Massen unserer Bevölkerung und der amtliche Bericht des Stadtphysikates, der ungeheure Geburtenrückgang, die erschreckende Säuglingssterblichkeit, vor allem aber das rasende Anschwellen der Lungentuberkulose spricht mehr als eine noch so kraße Schilderung all des Jammers und Glendes. (Beifall.) Im gegenwärtigen Augenblick verfügt die Regierung nicht über die nötige Menge Mehl, aber diese Krise ist nicht mit elementarer Gewalt eingetreten; sie ist die Folge der plan- und kopfloren Wirtschaft. (Stürmische Zustimmung.) Wir haben heute zu wenig Mehl, da die Regierung nicht die Tatkraft aufgebracht hat, sondern ruhig zuschaute, wie sich der Schleichhandel in den Besitz desselben setzte. In Oesterreich hatte man vor dem Kriege zirka 150 Kilogramm Weizen und Roggen pro Kopf im Jahre geerntet, rechnet man im Jahre 1917 abzüglich des Saatgutes, der Verschlechterung der Bodenverhältnisse die Ernte bloß auf 100 Kilogramm pro Kopf, so gibt dies eine Menge von 90 Kilogramm Mehl. Dazu kommt noch in Betracht, daß die Armeen von Ungarn versorgt wird, ferner daß aus Rumänien 15 Millionen Meterzentner Getreide eingeführt wurden. Wir hätten also gewiß leicht durchhalten können, wenn nicht die Käufer und Schleichhändler infolge der mangelnden Voraussicht unserer Regierung hinzugekommen wären. Das Ernährungsamt hat gemeinsam mit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt um den fabelhaften Preis von 15 Millionen Kronen eine „Erntestatistik“ herausgegeben, worin die Ernte in den wichtigsten Farben geschildert wird. „Diese Statistik ist vollkommen verlässlich“, so rief man mit großer Pose im Ernährungsamt aus; unser Durchhalten also ist glänzend gesichert. Das erste war, daß nach dieser angenehmen Verkündigung verfügt wurde, daß Getreide nicht mehr mit 90, beziehungsweise 93%, sondern zu 82, beziehungsweise 85% ausgemahlen, daß das Brot verbessert wurde, ferner daß keine Gerste mehr zu Mischweiden verarbeitet, sondern allein 4000 Waggons an die Brauereien zur Biererzeugung überwiesen wurden. Am 21. September 1917 gab der Ernährungsminister Höfer bezüglich der Ernährungsverhältnisse die besten Aussichten, eine Rede, die natürlich allseits mit lebhaftester Freude begrüßt wurde. Im Oktober ging man aber schon daran, das alte Ausmahlungssystem wiederum einzuführen, also 90, beziehungsweise 93%! Trotzdem hieß es im Dezember vergangenen Jahres, daß die erforderliche Menge Mehl und Brot vollkommen gesichert sei, während man kurz nachher diese ungeheure Mehlkürzung vornimmt, also ein Zeichen, daß

man im Ernährungsamt nicht den geringsten Ueberblick über den wahren Sachverhalt hatte, daß man sozusagen von einer Woche auf die andere lebte. Entweder wurde die Bevölkerung bewußt irregeleitet, oder der Ernährungsminister ist von seinen Beamten belogen worden! Dieses Amt gefährde nicht nur die weitere Ernährung der Bevölkerung, sondern auch direkt die Verteidigung unseres Staates. (Stürmische Zwischenrufe.) Redner schilderte sodann das Versagen der Kartoffelversorgung und kam auf die trostlosen Verhältnisse in der Futtermittelversorgung zu sprechen. Während das Vieh infolge des katastrophalen Futtermangels geschlachtet werden müsse, ist für Jagdwild noch immer genügend Futter, Heu und Stroh vorhanden, und gewiß bezeichnend ist die Mitteilung des Sekretärs Sturm vom niederösterreichischen Bauernbund, daß in der Tullner Gegend, wo man den Bauern das letzte an Futtermitteln beschlagnahmte, die Bezirkshauptmannschaft vier Waggons Heu zur Fütterung von Wild abgegeben hat. (Hört! Hört!) Unter diesen Umständen wird man gewiß auch meinen Austritt aus einem solchen „Ernährungsrat“ begreiflich finden. (Brausende Zustimmung.) Redner betonte sodann, daß man die Bevölkerung von einem solchen „Ernährungsamt“ befreien müsse. Die christlichsoziale Partei hat in der Ernährungsfrage ihre Pflicht restlos, voll und ganz erfüllt. (Brausender, minutenlanges Beifall.)

Mit Dankesworten schloß der Vorsitzende Dr. Kaiserlicher Rat Karlinger die Versammlung.

23. / I. 1918.

143

### Der Deutsche Städtetag und der Wirtschaftsplan für 1918.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat in seiner letzten Sitzung eingehend über die Notwendigkeit beraten, einen Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1918 schon jetzt aufzustellen, und nach dieser Richtung folgende Entschliebung gefaßt:

Noch mehr als bisher wird im Erntejahr 1918 die zweckmäßigste Verwendung alles landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, der dem Einfluß des Deutschen Reiches unterliegt, Voraussetzung für die Erhaltung von Schaffenskraft und politischer Ausdauer der städtischen Bevölkerung sein. Deshalb muß nachdrücklich die rechtzeitige Aufstellung eines allgemeinen Wirtschaftsplanes erbeten werden, wie er im Vorjahre durch die Batockische Verordnung vom 19. März 1917 versucht worden ist. Da jedoch der zutreffende Grundgedanke dieser Verordnung, durch die Erhöhung der Preise für die hauptsächlichsten Bodenerzeugnisse und Herabsetzung der Viehpreise einer übermäßigen Ausdehnung des Viehstandes und verbotener Verfütterung zu begegnen, nur auf der einen Seite, nämlich hinsichtlich der Preiserhöhung für die Bodenerzeugnisse zu vollständiger Durchführung gekommen ist; da auf der anderen Seite die Herabsetzung der Viehpreise, die auch einen Ausgabenausgleich für den Verbraucher darstellen sollte, teilweise verzögert und bei Schweinen und Kälbern durch Sondermaßnahmen mehrfach ins Gegenteil gewendet worden ist — wenn auch in großem Umfange zu Lasten der Heeresverwaltung — so erscheint es uns dringend notwendig, im Erntejahr 1918 den Grundgedanken einer Herabsetzung der Viehpreise weiter zu entwickeln.

Von gleich entscheidender Wichtigkeit für die Ernährungswirtschaft des nächsten Jahres ist eine alsbaldige Borsorge mit festen Mitteln dahin, daß der Anbau des Brotgetreides und der Kartoffeln nicht unter dem Anbau anderer, für die menschliche Ernährung minder ergiebiger Feldfrüchte leidet. Wegen der besonderen Bedeutung einer möglichst reichlichen Versorgung mit Milch und Butter, und der Erhaltung einer einigermaßen zureichenden Fleischnahrung, zumal auch in Gestalt von Wurst, erwähnen wir des weiteren ausdrücklich die Notwendigkeit einer zweckmäßigen Verteilung der Futtermittel nebst bestmöglicher Ausnutzung der Weiden. Von großer Wichtigkeit, und zwar auch zum anteiligen Ausgleich der Fettnot, ist ferner die hinreichende Beschaffung von Zucker und Obst. Endlich nennen wir aus der Fülle derjenigen Maßnahmen, die u. E. Teile eines einheitlichen Wirtschaftsplanes bilden müssen, noch die Gemüseversorgung, deren Bedeutung für die städtische Ernährung das letzte Jahr und die Gegenwart auf das nachdrücklichste dartun; bei ihr können die vom Kriegsernährungsamt wieder in den Vordergrund geschobenen Lieferungsverträge nur von Nutzen sein, wenn sie von vornherein und sofort zu Gliedern eines gemeinwirtschaftlichen Systems gemacht werden, das eine dem Ernährungsbedürfnis der Städte entsprechende Gemüsezufuhr gewährleistet.

Voraussetzung einer ersprießlichen Wirkung aller Maßnahmen aber ist, daß die ländliche Kriegswirtschaftsorganisation überall zu der Fähigkeit entwickelt wird, die in die Gemeinwirtschaft einbezogenen Erzeugnisse restlos zu erfassen, die Erzeuger zur Innehaltung der gesetzlichen Erzeugerhöchstpreise anzuhalten und auch im übrigen die Ausführung auch der Anordnung von Reich und Staat durchweg herbeizuführen.

Mh

## Die Gastwirte beim Ernährungsminister.

### Drohende Einstellung der Betriebe.

Heute vormittag sind die Vertreter der Gastwirte sowie der großen Hotels unter Führung des kaiserlichen Rates Benz und des Vorstehers desremiums der Hoteliers Herrn Heß beim Minister Graf. Höfer erschienen, um zu erklären, daß die Gastwirte nicht in der Lage sind, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Lebensmitteln ihre Betriebe weiter aufrechtzuerhalten. Nach Kürzung der Mehlquote werden den größeren Restaurants und Hotels 10 Kilogramm Mehl pro Woche zur Verfügung gestellt, während kleinere Gasthäuser mit 10 Kilogramm Mehl selbst bis zu vier Wochen ihr Auslangen finden müssen. Da nunmehr auch der Einkauf von Fleisch sehr erschwert ist, Hühnerfrüchte nicht erhältlich und auch Erdäpfel nicht zu bekommen sind, ist es den Gastwirten fast unmöglich gemacht, die Betriebe fortzuführen. Bisher sei es auf dem Wege des Freihandels noch möglich gewesen, die Kunden halbwegs zu befriedigen.

Der Minister nahm die Mitteilungen der Deputation entgegen und erklärte, daß er, soweit es in seiner Kraft liege, alles tun wolle, um den gerechten Forderungen der Gastwirte zum Durchbruch zu verhelfen.

26. I. 1918

a  
No

145

**Die Approbationierung im Kriege.****Eine Konferenz mit der Zentraltransportleitung.**

Unter dem Vorsitz des Landesverteidigungsministers v. Czabk fand gestern eine Besprechung der Wiener Reichsratsabgeordneten und der Gemeindeverwaltung mit den Vertretern der Zentraltransportleitung statt, für welche erschienen waren die Oberstleutnants v. Plenzner und Richter und Sektionschef Endres vom Eisenbahnministerium. Für die Stadt Wien war Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den Vizebürgermeistern Sterhammer und Hof, die Gemeinderäte Dr. Hein und v. Steiner, Regierungsrat Sturm und sämtliche Wiener Reichsratsabgeordneten gekommen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkte einleitend, daß die bestehenden Unklarheiten in den Kompetenzen vielfach zu Mißverständnissen führten; unter allen Umständen müsse er aber die Wahrung der Interessen des Hinterlandes im Eisenbahnverkehr erbitten.

In der Debatte wurden von beinahe sämtlichen Rednern Beschwerden und Anregungen vorgebracht, auf welche die Vertreter der Zentraltransportleitung erwiderten. Schließlich bemerkte Minister v. Czabk, daß alle Mitteilungen der genauesten Prüfung unterzogen werden würden, und gab die Versicherung, daß den Bedürfnissen des Hinterlandes in Zukunft nach Maßgabe der Möglichkeit Rechnung getragen werde.

\* . \*

### Eine Arbeiterdeputation beim Kaiser.

Der Monarch über die Ernährungsverhältnisse und das Friedensbedürfnis.

Die Arbeiterzeitung berichtet:

Die Arbeiterschaft von Blumau hatte vor einiger Zeit die Kabinettskanzlei mittelst einer Eingabe auf die besonders schwierigen Ernährungsverhältnisse in diesem Industriebezirk mit seinen unmittelbar oder mittelbar dem Verhr unterstehenden Betrieben aufmerksam gemacht. Gestern früh erhielten die Vertrauensmänner die Einladung, selbst beim Kaiser vorzusprechen und in der Audienz ihre Beschwerden vorzubringen.

Der Kaiser empfing noch im Laufe des Vormittags die von den Vertrauensmännern entsendete Deputation, bestehend aus den Arbeitern Nikolaus Moser, Josef Rujo, Heinrich Triborsky und Moiss Bahner. Er ließ sich von ihnen über die Ernährungsbeschwerden der Blumauer Arbeiterschaft eingehend unterrichten und versprach hierauf, daß er persönlich auf schnelle Abhilfe im Rahmen des Menschenmöglichen dringen werde.

Auch über den Frieden sprach der Kaiser. Er sagte: „Sie können mir glauben, daß niemand sehnlicher den Frieden wünscht als ich und daß er von früh bis nachts meine einzige Sorge bildet.“

Der Kaiser erklärte auch, veranlassen zu wollen, daß den unter militärischer Disziplin stehenden Landsturmarbeitern im Falle von Verstrafungen das Recht gewährt werde, Berufung an die Direktion einzulegen.

### Beratungen über die Approvisionnement Wiens. In Anwesenheit von Vertretern der Zentraltransport- leitung.

Bekanntlich hat die Zentraltransportleitung des Kriegsministeriums am 20. Dezember die Mitteilung ergehen lassen, daß sie die Teilnahme an der damaligen Verhandlung der Wiener Reichsratsabgeordneten und der Wiener Gemeindevorsteher zur Besprechung von Approvisionierungsangelegenheiten ablehne. Diese Mitteilung sollte, wie erinnerlich, zum Gegenstand einer Anfrage in der österreichischen Delegation gemacht werden. Inzwischen setzten aber verschiedene Bestrebungen ein, um die aufgetauchten formalen Differenzen zu überbrücken. Vor einigen Tagen kam an den Bürgermeister die Mitteilung, daß der Minister für Landesverteidigung auf Wunsch des Ministerpräsidenten die Zentraltransportleitung aufgefordert habe, den Wiener Abgeordneten und Gemeinderäten Gelegenheit zu geben, unter ihrer Teilnahme in Approvisionierungsangelegenheiten in eine Besprechung einzutreten. Diese Beratung hat heute beim Minister für Landesverteidigung stattgefunden. Die Gemeinde Wien war durch den Bürgermeister Dr. Weiskirchner und durch die Vizebürgermeister Hierhammer und Hof, ferner durch die Obmänner des Gemeinderates v. Steiner, Dr. Hein und Reumann sowie durch den Magistratssekretär Dr. Rohkopf vertreten. Ferner waren fast alle Wiener Reichsratsabgeordneten gekommen. Die Zentraltransportleitung war durch die Oberstleutnants v. Plenkner und Richter und durch Sektionschef Endres vom Eisenbahnministerium vertreten. Minister v. Czapp legte den Zweck der Beratung dar und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Schwierigkeiten in der Approvisionierung werden beseitigt werden. Dr. Weiskirchner erklärte, alle Faktoren müßten zusammenwirken, um die Approvisionierung Wiens in gesicherte und geordnete Bahnen zu lenken. Abg. Zenker konstatierte, daß viele leere Waggons in den Stationen stehen, die bessere Verwendung finden könnten. Abg. Forstner sprach über die Verfrachtung von Heu und über das Fuhrwerk. Abgeordneter Heiling er beklagte sich über den Mangel eines entsprechenden Fahrplanes für den Personen- und Güterverkehr und führte aus, daß dadurch Störungen entstünden, weil viel Material zurückgehalten werde. Die Abgeordneten Friedmann, Siner und Oberkurator v. Steiner wiesen auf die Widersprüche zwischen den Äußerungen der einzelnen Ministerien hin. Das eine Ministerium gebe dem Kohlenmangel schuld, das andere dem Waggonmangel. Fast alle anderen Teilnehmer sprachen sich darüber einig aus, daß die Wiener Approvisionierung mit allen Mitteln gebessert werden müsse. Die Oberstleutnants Richter und v. Plenkner begründeten das seinerzeitige Vorgehen der Zentraltransportleitung. Minister v. Czapp dankte zum Schluß den Erschienenen für das wertvolle Material, das in der Besprechung zutage gekommen sei. Die Vorbringungen wurden genauestens geprüft und er könne versichern, daß den Bedürfnissen des Hinterlandes in Einkunft nach Maßgabe der Möglichkeit werde Rechnung getragen werden. Hierauf wurde die Sitzung, die um 10 Uhr vormittags begonnen hatte, um halb 3 Uhr nachmittags geschlossen.

\* **Lebensmittelversorgung.** In Kartoffeln werden in Berlin in der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar 7 Pfund abgegeben, und zwar können 6 Pfund auf Kartoffelkarte entnommen werden, während das siebente Pfund aus der eisernen Ration zu entnehmen ist.

Die Stadt Berlin gewährt den Kindern, die in der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Dezember 1916 geboren sind, einmaltig je etwa 100 Gr. Schokolade in Tafeln, und zwar auf Grund von Bezugsscheinen, die von den Brotkommissionen in der Zeit vom 28. bis 30. Januar ausgegeben werden und dort abzuholen sind. Die Voranmeldung hat in den durch blaue Verkaufsschilder gekennzeichneten Geschäften bis zum 5. Februar zu geschehen.

In der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar werden in Charlottenburg folgende Lebensmittel ausgegeben: Rote Nahrungsmittelkarte (174) bis 2. Februar auf die ab 26. Dezember 1917 noch rückständige allgemeine Verteilung  $\frac{1}{2}$  Pfd. Südfrucht-marmelade oder ausländisches Apfellokompott; (177) vom 31. Januar bis 9. Februar  $\frac{1}{2}$  Pfd. Inlandsmarmelade, Südfrucht-marmelade oder Apfellokompott; (178) vom 31. Januar bis 9. Februar  $\frac{1}{2}$  Pfd. Kunsthonig. Haus-haltungsbefugskarte (Q) kondensierte Magermilch (an die Inhaber der Serie IV a und b, rot gestreift, vom 24. Januar bis 2. Februar) für große Haushaltungen zwei, für kleine Haushaltungen eine Büchse, oder kondensierte Vollmilch, zwei oder eine Büchse. Allg. Groß-Ber- liner Lebensmittelkarte (2) vom 24. Januar bis 2. Februar 150 Gr. Teigwaren, (3) vom 31. Januar bis 9. Februar 75 Gr. Weizengrieß und 75 Gr. Teigwaren. Nahrungsmittelzusatzkarte für Jugendliche (2) vom 28. Januar bis 3. Februar 100 Gr. Weizengrieß.

Im Laufe der nächsten Woche wird in Neudölln mit der Ausgabe von Sauerkohl durch die Kolonialwarenhandler begonnen. Auf Abschnitt 88 der Neudöllner Warenbezugskarte entfällt  $\frac{1}{2}$  Pfund. Gegen Ende der Woche können auf einen Abschnitt der Großberliner Lebens-mittelkarte bei den Kolonialwarenhändlern 150 Gramm Graupen und 150 Gramm Teigwaren entnommen werden. Auf das Mittelstück der alten Neudöllner Lebensmittelkarte wird 1 Pfund Marmelade abgegeben. Bezüglich der Eierversorgung wird noch darauf hingewiesen, daß Ab-schnitt 55 der Eierkarte noch in Kraft ist. Es ist in letzter Zeit eine größere Eierlieferung eingetroffen, so daß ein Teil der Bevölkerung nunmehr versorgt werden kann.

In Berlin-Schöneberg findet vom 26. bis 29. Januar Voranmeldung statt für: 150 Gr. Teig-waren auf Abschnitt 2 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und  $\frac{1}{2}$  Pfd. Kunsthonig auf Abschnitt 90 der Schöneberger Nahrungsmittelkarte; ferner 150 Gr. Sago auf Abschnitt 2 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte für Jugendliche. Aus- gegeben werden in der nächsten Woche: 150 Gr. Weizen-grieß auf Abschnitt 1 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 100 Gr. Teigwaren auf Abschnitt 1 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte für Jugendliche.

In Wilmsdorf werden abgegeben: vom 30. Ja- nuar bis 2. Februar auf die Bezugskarte für Einzelpersonen 250 Gr. Kunsthonig (Abschnitt J) und 125 Gr. Teigwaren (Abschnitt K). Außerdem findet vom 28. bis 30. Januar Voranmeldung zum Bezuge von Lebensmitteln auf die Lebensmittelkarte für Jugendliche von über 7 bis 17 Jahren statt. Es sollen abgegeben werden: auf Abschnitt 1 150 Gr. Teigwaren, auf Abschnitt 2 100 Gr. Gerstenaufgüsse, auf Abschnitt 3 100 Gr. Teigwaren.

**Wie Lebensmittel verderben.** Ein Leser schreibt uns: Seit einer Woche steht im Bahnhof Stablau ein Waggon mit lebenden Schweinen beladen. Bisher hat sich niemand bemüht, daß er entladen wird. Wegen Mangels an Futter kommen die Tiere herunter und es ist wahrscheinlich, daß auch welche zugrunde gehen, wie es erst vor zwei Wochen war. Damals hat man in Stablau aus einem Bahnwagen drei tote Schweine herausgenommen und der Ernährung der Bevölkerung erziehen müssen. Wir erwarten, daß da raschestens Abhilfe geschaffen wird. Auf der einen Seite macht es die größten Schwierigkeiten, Schweine zu bekommen, und auf der anderen läßt man sie verderben. Die Schuldigen sollten zur Verantwortung gezogen werden. — Eine andere, nicht minder schlimme Geschichte wird uns vom Lagerhause der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft erzählt. Seit Mittwoch werden dort verdorbene Erdäpfel aus dem Magazin 22 in Massen in die Donau geworfen. Durch die schlechte Einlagerung in Frucht-

speichern sind an zwanzig Bahnwagen Erdäpfel erfroren und verfault, die dem Handelsministerium gehören sollen. Da sie gänzlich ungenießbar sind — offenbar hat man sie auch nicht mehr für Industriezwecke gebrauchen können —, wirft man sie jetzt in die Donau. Das ist eine unverantwortliche Vergeudung wichtiger Lebensmittel, die durch nichts zu rechtfertigen ist, die aber beweist, wie leichtsinnig Verantwortliche in der Lebensmittelversorgung handeln.

28.7.1918

152

## Eine Unterredung mit dem englischen Lebensmittel-Diktator.

Unser jetziger Londoner Vertreter schreibt uns:

Unter der Überschrift „Lord Rhondda und der kommende Hunger“ berichtet der englische Schriftsteller Harold Begbie in „Daily Chronicle“ über seine Unterredung, die er dieser Tage mit dem englischen Lebensmittel-Diktator Lord Rhondda hatte. Sie ist recht lehrreich, weil Lord Rhondda dabei viel mehr von der Leber weg sprach, als in seinen offiziellen Äußerungen. Begbie meint mit Recht, Rhondda sei heute in England die einzige hochgeschätzte Persönlichkeit, die buchstäblich ohne Masken sei; denn niemand beneide ihn um seine Stellung die ihm Lloyd George einfach aufzwingen habe. Rhondda täusche sich nicht darüber, daß er in nächster Zeit die Zielscheibe aller heftigsten Angriffe sein werde und „daß für seinen Mann in England ein schimpfliches Ende an einem Laternenpfahl wahrscheinlicher sei, als für ihn“. Das Tragische an seiner Stellung sei aber, daß er nun durch die Umstände gezwungen werde, der Lebensmittelnot mit einem Mittel zu begegnen, von dem niemand besser, als er, wenn nicht seine völlige Nichtigkeit, so doch seine sichere Unzulänglichkeit einsehe“. Aber auf die täglich lauter anschwellende Frage der Massen: „Wann wird Rhondda rationieren?“ gebe es nur eine Antwort.

Ich zitiere nun einige der Äußerungen Rhonddas mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß ihm das „Interview“ vor dem Druck unterbreitet wurde.

„Ich bin ein überzeugter Individualist. Solange aber der Krieg dauert, ist es meine Absicht, den Sozialismus anzuwenden, wie er nie zuvor angewandt wurde, wenn das Kabinett es mir erlaubt, und der Nation werden die Haare zu Berge stehen, bevor ich fertig bin. Ich werde vor nichts zurückweichen, um den Krieg zu gewinnen. Ich gebrauche keine Schimpfwörter gegen die Deutschen; ich bewundere ihre Massendisziplin und ihr Organisations-talent außerordentlich. Aber ich werde sie schlagen, wenn mich das Land nicht im Stich läßt. Es wird keine angenehme Erfahrung für unser Volk sein. Die Leute dürfen sich ja nicht einbilden, die Rationierung werde eine Kur oder auch nur eine Milderung für das sehr, was ihnen bevorsteht. Einige Zeitlang werden sie Hunger leiden. Leute mit Vermögen werden sich ohne Vermögen finden. Der Staat mag Dauer und Meßger werden.“

„Es wird eine Prüfzeit sein und der Bauch des Engländers muß auf eine sehr scharfe Probe gefaßt sein. Ist die Stimmung unter uns gut genug, um den Druck auszuhalten, wenn er nicht mehr zum Lachen ist? Ich wundere mich. Nun wir werden es bald sehen. Der Druck steht vor der Tür. Er wird scharf sein und den englischen Charakter bis zur letzten Unze seiner Widerstandskraft erproben.“

Rhondda versicherte allerdings zum Schluß, „in ein paar Monaten“ werde es wieder besser sein, ohne jedoch irgendwie zu verraten, warum. Aber selbst mit dieser Vertröstung sind die zitterten Äußerungen die aufrichtigste Beschreibung der englischen Lebensmittelsituation, die bisher ein englischer Staatsmann gewagt hat. Begbie selbst teilt die Ansicht durchaus, daß für eine Macht, wie England, die Rationierung nur eine Konzeption ist, die man der Unvernunft der Massen bringen muß, und er erzählt, Mr. Hoover, heute amerikanischer Lebensmittelkontrollleur, habe ihm schon vor geraumer Zeit gesagt: „Wenn ihr in England einmal in Lebensmittelnot geratet, und ich glaube, es steht euch bevor, dann versucht ja kein Rationieren. Eure Aufgabe ist, die Lebensmittel zu beschaffen. Halte! daran fest! Laßt euch durch nichts davon ablenken! Konzentriert euch ganz darauf, den Stoff zu kriegen!“ Zu welchem gutem Dankesrat Begbie trocken bemerkt: „Ich kann jedermann versichern, der weiß, wo besagter Stoff zu kriegen ist, daß er, wenn er das Lord Rhondda gütigst mitteilen will, auf eine dankbarste und ergebnisse Einladung rechnen kann, ihn sofort aufzusuchen.“

Der mit so verblassender Pflöchlichkeit eingetretene Fleischmangel hat doch eine Sprache von solcher Demüthigkeit geführt, daß sie selbst der leichtsinnige Optimismus der englischen Staatsmänner nicht länger überhören konnte.

Der tägliche Zustand, in den unsere Ernährungsverhältnisse geraten sind, wird hoffentlich dazu beitragen, daß unsere Behörden bei ihren kriegswirtschaftlichen Maßnahmen von nun ab besser beaufsichtigt werden. Es wird nicht mehr bei gelegentlichen Beschwerden im Parlament das Bewenden haben dürfen. Wir werden von unseren Abgeordneten verlangen müssen, daß sie von nun ab jede Lebensmittelmaßnahme sehr genau prüfen und daß wenigstens die Bewirtschaftung der Lebensmittel sich in vollster Öffentlichkeit vollzieht. Wäre dieser Weg seit Eröffnung des Parlamentes eingeschlagen worden und wären nicht bis in letzter Zeit die wichtigsten Ziffern unseres Ernährungshaushaltes als Staatsgeheimnis behandelt worden, die Mißwirtschaft, die schließlich zur Kürzung der Mehlquote geführt hat, wäre nicht möglich gewesen. Die allgemeine Entrüstung hätte sie abgestellt, ehe es zu spät war.

Was der Vizepräsident des Ernährungsamtes, Ministerialrat von Löwenfeld-Ruß während des Ausstandes im Ernährungsamte den Pressevertretern mitgeteilt hat, wirft ein blyartiges Licht auf Vorgänge, die man nur als bedenklich bezeichnen kann. Aus seinen Mitteilungen ging hervor, daß der österreichische Requisitionsdienst von der Ernte des Jahres 1917 bis zur zweiten Jännerwoche nicht mehr als 56 Millionen Meterzentner Brotgetreide (Weizen, Roggen und Gerste) für den Bedarf der Nichtselbstversorger aufgebracht hat. Da wir wegen der knappen Ernte des Jahres 1916 schon im August des Vorjahres Getreide der neuen Ernte essen mußten, waren bis zur zweiten Jännerwoche rund 23 Wochen, also fast die Hälfte des Versorgungsjahres verfloßen. Die Nichtselbstversorger, das sind diejenigen Staatsbürger, die nicht das selbstgebaute Brot des eigenen Grund und Bodens essen, haben also in einem halben Jahre 56 Meterzentner Brotgetreide aufgegessen. Hierzu ist die bisher um nicht ganz ein Drittel größere Quote der Selbstversorger hinzuzurechnen, so daß sich als Gesamtverbrauch der Bevölkerung Österreichs bis zur zweiten Jännerwoche rund dreizehn Millionen Meterzentner ergeben.

Dem steht gegenüber, daß wir in Österreich im Frieden an Weizen, Roggen und Gerste in den schlechtesten Jahren mindestens fünfzig Millionen Meterzentner ernteten. Nehmen wir an, daß die Kriegsernte des Jahres 1917 wegen Mangel an Dünger, Arbeitskräften und Bespannung um ein volles Drittel geringer war als die schlechteste Friedens-ernte — Ziffern über den wirklichen Ausfall der Ernte des Jahres 1917 stehen uns nicht zur Verfügung — so würde sie sich auf rund dreiunddreißig Millionen Meterzentner belaufen. Davon sind, der amtlichen Mitteilung zufolge, bisher nur dreizehn Millionen Meterzentner verzehrt worden. Würde man die Selbstversorger und die Nichtselbstversorger im ungekürzten Genuß der vollen Quote bis zum Ende des Versorgungsjahres lassen, so würden sie etwa 28 Millionen Meterzentner verzehren, also noch immer um fünf Millionen weniger als nach unserer Annahme geerntet wurden. Daß wir weniger geerntet haben, können wir nach der Begeisterung unseres Ackerbauministeriums, dessen Leiter ja vor den Bauernfrauen niederknien wollte, nicht annehmen. Es wäre danach unbegreiflich, daß sowohl den Selbstversorger als den Nichtselbstversorgern die Quote gekürzt werden muß, um so mehr als wie bekannt gegeben worden ist für unsere Ernährung bisher sowohl ungarische als auch rumänische Zuschüsse zur Verfügung standen.

In Wirklichkeit ist aber alles nur zu klar. Es ist amtlich zugegeben worden, daß die Bauern im Verein mit den kleinen Lohnmüllereien, in denen sie ihr Getreide zu Mehl vermahlen ließen, fortwährend Mehl unterschlagen. Dieses Mehl geht zum Teil durch den Schleichhandel in die Vorratskammern der wohlhabenden Gutsbesitzer, die Preise zwischen 12 und 20 K für das Kilogramm bezahlen können. Der andere Teil wird entgegen der Verordnung veräußert. Wie groß der Umfang des Schleichhandels ist, davon geben die aus der Ernte des Jahres 1917 verschwindenden fünf Millionen Getreidemeterzentner annähernd ein Bild. Die Zensurbehörden werden aber wahrscheinlich auch weiterhin geneigt sein, Mitteilungen des „Abend“ über den Schleichhandel als unpatriotische Aufreizung zu betrachten.

## Ein Getreideeinfuhr-Syndikat.

Aus München wird uns gedrahtet: Bei dem Wiederbeginn der Handelsbeziehungen mit Rußland wird in erster Linie darauf hingearbeitet werden, um die großen Getreidevorräte, die in den Häfen des Schwarzen Meeres lagern — es sollen mehr als 100 000 Tonne sein — nach Deutschland zu bringen. Zu diesem Zwecke wird, wie aus Wien nach München gemeldet wird, ein Getreidesyndikat angestrebt, das aus deutschen, österreichischen und ungarischen Vertretern gebildet werden soll. Die führenden Männer im Getreidehandel Oesterreichs werden bereits die Vorarbeiten für ein derartiges Syndikat beginnen. Aus Ungarn sind in Wien drei Vertreter des ungarischen Getreidegroßhandels eingetroffen, die eingehende Besprechungen mit den maßgebenden Herren des österreichischen Getreidehandels haben werden. Der Hauptzweck dieser Gründung ist der, einheitliche Einkaufspreise zu erzielen und jede Verteuerung, die durch gegenseitiges Ueberbieten hervorgerufen würde, zu vermeiden. Nach Abschluß der Vorberatungen in Wien werden sich die Vertreter der Donaumonarchie unter der Führung des Vizepräsidenten der Wiener Produktenbörse, Kommerzialrat Cohn, und Generalsekretär Regierungsrat Dr. Horowitz nach Berlin begeben, um dort, wenn möglich, die Gründung des Getreideeinfuhrsyndikats in die Wege zu leiten und vielleicht gleich vorzunehmen.

29./I. 1918

29  
155

## Landwirtschaftliche Genossenschaften statt Handel.

Die landwirtschaftliche Interessen-Vertretung entfaltet wieder ihre weitsichtige rührige Tätigkeit. Wie wir dieser Tage bereits kurz mitteilten, ist von landwirtschaftlicher Seite der Plan einer Umgestaltung des Erfassungssystems für die Bodenerzeugnisse ausgearbeitet und im Kriegsernährungsamt bereits durchgesprochen worden. Dieser landwirtschaftliche Plan läuft darauf hinaus, die Tätigkeit der Kommunalverbände und Verwaltungsbehörden ebenso wie des einkaufenden Handels mit einem Schlage und die Ermächtigungen und Einblicke in die Tätigkeit des Landwirts auszuschalten. Es soll in jeder Gemeinde eine nach genossenschaftlichen Grundsätzen arbeitende Geschäftsstelle errichtet werden, an der sämtliche Gemeindeglieder ihre vorschriftsmäßig abzuliefernden Erzeugnisse abzuführen haben. Besteht in der Gemeinde eine Genossenschaft, so ist ihr die Geschäftsstelle zu übertragen. In jedem Kreise bzw. Bezirk wird eine Kreisstelle errichtet, die sich an den Kommunalverband anzulehnen hat. In jeder Provinz bzw. jedem Landestheil ist eine Provinz- oder Landesstelle zu bilden, in Form einer Gesellschaft m. b. H., an der sich in erster Linie die im Bezirk ansässigen Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaften, außerdem der Bund der Landwirte, die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine und die Landwirtschaftsgesellschaft zu beteiligen haben. Diese Provinz- oder Landesstellen sollen die verantwortlichen Träger der Erfassungsorganisation bilden. Sie übertragen den geschäftlichen Teil ihrer Tätigkeit den in der Provinz oder dem Landestheil vorhandenen Zentralgenossenschaften oder entsprechenden Geschäftsstellen. Als die das ganze Gebäude krönende Reichsstelle wird ein Ausschuss gebildet, bestehend aus zwei Vertretern des Deutschen Landwirtschaftsrats und je zwei Vertretern des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Generalverbandes der deutschen Raiffeisengenossenschaften, der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, des Bundes der Landwirte und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Sollte sich bei der Reichsstelle die Notwendigkeit einer Geschäftstätigkeit ergeben, so wird diese der Bezugsvereinigung deutscher Landwirte übertragen.

So ist denn nach diesem Plan die Landwirtschaft völlig unter sich. Sie erzeugt, sie gibt den Umfang des Anbaus an, sie schätzt den Ertrag von vornherein, woraus sich die abzuliefernde Menge errechnet, und sie selbst diesen errechneten Ertrag heraus, vorausgesetzt, daß die Bauern und Gutsbesitzer die Ware liefern. Hat man sich darin getäuscht, so wird ebenso wie jetzt das System von Prämien das einzige Mittel sein, mit dem die Widerspänstigen zur Lieferung veranlaßt werden können, wenn sie überhaupt liefern wollen. Jedenfalls würde jede Kontrolle der nicht landwirtschaftlichen Behörden, der Landräte und weiteren Verwaltungsbehörden, der Gendarmen und der täglich wegen Ablieferung drängenden Kommissionäre fortfallen. Hatte man bisher eine Kontrolle der Erzeuger, und zwar in echärferem Maße, als sie wirklich stattgefunden hat, allgemein für notwendig gehalten, so soll nun plötzlich das Vertrauen herrschen, daß alle Produkte wirklich herausgegeben werden, daß sie durchweg der Rationierung zu gute kommen und dadurch die Rationen sich erhöhen, daß nichts vom Landwirt mehr zurückgehalten und dadurch der Schleichhandel unmöglich gemacht wird. Diese glücklichen Zeiten sollen nun einsetzen, wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften alles in die Hand nehmen — aber mit Ausnahme der Antragsteller glaubt niemand daran, vielleicht auch diese nicht einmal.

Der ganze Vorgang ist für den Handel jedenfalls von sehr ernster Bedeutung. Fände der Plan für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft Ausführung, so würde genau so, wie bisher der Großhandel in den Großstädten und Industriebezirken, nun auch der ganze Provinzhandel, der als Einkaufskommissionär sein Auskommen findet, sein Brot für diese Zeit verlieren. Aber der Plan geht viel weiter, denn die Denkschrift über den Plan weist darauf hin, daß die landwirtschaftlichen Körperschaften der Ueberzeugung seien, daß die Mitarbeit der Erzeugerorganisationen auch in der Friedenswirtschaft notwendig sei. Das heißt mit anderen Worten, daß die landwirtschaftlichen Vertretungen auf das Kommen des Getreidemonopols rechnen. Eine kürzlich veröffentlichte Broschüre von Ministerialdirektor a. D. Dr. Graf Robert von Keyserlingk weist auf die in gewissen Kreisen bestehenden Bestrebungen für ein Getreidemonopol in Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und unter Ausschaltung des Handels deutlich genug hin. Vertreter der Agrarier haben sich noch vor kurzem gegen ein Monopol erklärt, aber ausgeführt, daß, falls ein solches dennoch zur Einführung gelangen sollte, dies nur unter Benutzung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens geschehen dürfte. Jetzt liegt der Plan für die Ausbildung der Genossenschaften vor, man will also in agrarischen Kreisen offenbar für das etwaige Monopol gerüstet sein. Für den Handel liegen die Verhältnisse insofern ungünstig, als er an den maßgebenden Stellen keine stimmführende Vertretung und daher keinen Einfluß hat. Mit der Leichtigkeit, mit der im Kriege Verordnungen erlassen werden, können eines schönen Tages die gesamten Provinzhändler ihres Amtes für die neue Ernte enthoben sein, ohne Recht auf Entschädigung und vielleicht ohne Aussicht, je im Getreidehandel wieder ihr Brot zu finden. Es wäre falsch, diese Möglichkeit außer acht zu lassen, denn wenn für ein Monopol auch der Reichstag erst noch zu haben sein muß, so darf man doch nicht vergessen, daß vor dem Zwange der unbedingten Schaffung riesiger regelmäßiger Einkünfte auch der Widerspruch sonstiger Monopolgegner leicht verstummen kann. Ob es dann allerdings richtig sein wird die Kaufleute als Einkäufer auszuschalten und die nicht billigeren landwirtschaftlichen Genossenschaften an deren Stelle zu setzen, wird noch näher zu untersuchen sein.

## Die Wirtschaftsfragen.

### Der angestrebte Abbau der Preise.

In der letzten Vollversammlung der Handelspolitischen Kommission wurde über die Preistreibeiverordnung vom 24. März 1917 und den Abbau der Preise verhandelt.

Berichterstatter Kammersekretär Professor Dr. Wrahe z führte im wesentlichen aus, daß die Richtpreise sich bewährten, wenn sie auf Grund wirtschaftlicher Prüfung erstellt wurden, in anderen Fällen aber, wo sie auf fehlerhafte Voraussetzungen aufgebaut und zu knapp gehalten wurden, übten sie eine schädliche Wirkung auf die Bedarfsversorgung aus. Was den Abbau der Preise anbelangt, so haben die Preisprüfungsstellen ihre Aufgabe vorerst darin erblickt, Preisezesse zu unterbrücken und Preiserhöhungen zu beanstanden, die der Ausdruck struppelloser Gewinnsucht waren. Wenn auch seit Aktivierung der Prüfungsstellen ein Abbau der Preise nicht erzielt wurde, was zum größten Teile aus der immer ungünstigeren Auswirkung der verschärften Kriegslage erklärlich wird, so wurde doch vielfach eine gewisse Stabilisierung der Preise erzielt. Die gewissenhaftesten Bemühungen der besetzten Preisrichter versagten jedoch vielfach infolge einer durchaus unzulänglichen Exekutive. Im Inlandsverkehr fehlt es an der genügenden Anzahl von Kontrollorganen, eine Lücke, die durch den freiwilligen Ernährungsdienst ausgefüllt werden soll. Der von preistreiberischer Absicht geleiteten Ausfuhr wird durch die mittlerweile in Kraft getretenen gleichartigen Preistreibeivorschriften in Ungarn unter der Voraussetzung Halt geboten werden können, daß die Handhabung der Vorschriften in Ungarn mit demselben Ernst wie in Oesterreich geübt wird. Das Versagen der Exekutive ist aber auch auf die mangelnde Mitwirkung der Konsumenten zurückzuführen. Insbesondere haben wohlhabende Konsumenten durch Begünstigung des Schleichhandels die Versorgungsmöglichkeit der ärmeren Bevölkerungsschichten erheblich beeinträchtigt. Der Schleichhandel, welcher sich nicht über die amtlichen Preise, sondern auch über alle beschränkenden Verkehrs- und Verbrauchsvorschriften hinwegsetzt, kann nur im Einvernehmen mit den Konsumenten gedeihen und daher nur unter ihrer Mitwirkung erfolgreich bekämpft werden. Insbesondere ist auch einer planmäßigen Mitwirkung der Tagespresse nicht zu entraten. Die Zentral-Preisprüfungscommission hat sich zwar durch Errichtung eines Werteswucherausschusses der Mitwirkung der Konsumenten versichert.

Reichsrats-Abgeordneter Friedmann bemerkt, der Abbau der Preise werde umso schneller und leichter vor sich gehen, je weniger künstliche Mittel angewendet werden. Mit dem Eintritt normaler Verhältnisse werde die Preisregulierung automatisch einsehen.

Kaiserlicher Rat Krause erklärte, die Preisprüfungsstellen hätten nur dann volle Berechtigung, wenn sie in erster Linie für Urprodukte und Halbfabrikate die Preise festsetzen würden.

Der Präsident des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft Spitzer führt aus, daß die Preistreibeiverordnung geeignet sei, die unlautersten Elemente der Kaufmannschaft an die Oberfläche zu bringen und den anständigen Handel auszuschalten. Im Handel werden erst mit der freien Konkurrenz wieder erträgliche Verhältnisse eintreten.

Regierungsrat v. Thayental führt aus, eine Erleichterung werde eintreten, wenn die Produktion erhöht wird. Eine solche Förderung der Produktion erfordere neben Rohmaterial insbesondere auch eine liberale Freigabe solcher produktionsdienlich-nichtgeeigneten Personen durch die Militärverwaltung, welche imstande sind, der Industrie, dem Handel und Gewerbe wertvolle Dienste zu leisten.

Handelskammerrat Pabst erörtert den Standpunkt der Kleinkaufleute, worauf die Verhandlung abgebrochen und für die nächste Sitzung vertagt wurde.

29. I. 1918

757

**\* (Gegen irreführende Warenbenennungen.)**  
Mit einer heute im Reichsgesetzblatt erschienenen Ministerialverordnung werden Verfügungen getroffen, welche den Abnehmer gegen Täuschungen über Beschaffenheit und Herstellungsart der Waren schützen sollen. Der Umstand, daß in der letzten Zeit oft ganz wertlose Artikel, insbesondere auf dem Gebiete der Ersatzmittel, unter irreführender Benennung oder Bezeichnung in den Verkehr gebracht wurden, hat dem Publikum häufig berechtigten Anlaß zu Beschwerden gegeben, denen auch Geheimer Rat Dr. Ing. Wilhelm Erner im Herrenhause Ausdruck verliehen hat. Die Regierung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, einerseits ein Verbot solcher Benennungen oder Bezeichnungen von Waren zu erlassen, die geeignet sind, den Abnehmer über Beschaffenheit oder Art der Herstellung zu täuschen, andererseits dieses Verbot bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Zuwiderhandlung unter Strafe zu stellen. Die Bestimmungen der Verordnung finden auf alle Waren Anwendung, insofern nicht etwa für einzelne derselben der Ver-

kehr mit ihnen durch spezielle Vorschriften besonders geregelt ist oder in einem späteren Zeitpunkte erst besonders geregelt wird.

29. I. 1918

158

**Der Schwindel mit Ersatzlebensmitteln.** Der Handel mit „Ersatzlebensmitteln“ gewinnt unausgesetzt an Umfang und hat auf allen Märkten eine wahre Hochflut an solchen mehr als zweifelhaften Angeboten hervorgerufen. Es gibt heute Lebensmittelgeschäfte, die in ihren Auslagen schon fast nichts anderes mehr aufzuweisen haben als solche mit marktschreierischen Aufschriften versehene Produkte, die den Konsumenten mit geschäftiger Kellame angepriesen werden. Wie durch den Handel mit derartigen Erzeugnissen zuweilen direkt die Betrugsmerkmale gegeben sind, darauf hat dieser Tage der Berliner Geheime Sanitätsrat Professor Dr. Schwalbe in einem Aufsatz hingewiesen, in dem er eine Reihe von solchen Lebensmittelerzeugnissen vorführte, die aus vollständig wertlosen Stoffen hergestellt waren. Ei-Ersatz „Dottofit“ bestand nach der Untersuchung des Chemikers aus etwa vierzig Prozent Kartoffelstärke und Magermilchpulver, „Hausmacher Eiermüdeln“ aus Mehl und Farbe, „Paulinium Streu- und Streckmehl“ aus gepulvertem Heu, die meisten „Ersatz-Salatöle“ aus verwässertem, gesalzenem und zum Teil mit Leerpräparaten gefärbtem Pflanzenschleim, die meisten „Fleischbrühwürfel“ aus gewürztem Salzwasser, eine Reihe von „Schokoladepulvern“ oder „Kakaoversatzpräparaten“ aus gepulverten Kakaoschalen mit Mehl und Zucker, „Fruchtgelees“ und „Marmeladen“ aus Gelatine und Wasser mit etwas Farbstoff und Essenzen. Zur Herstellung von Puddingpulvern wurden Weinsorten, die mit gesundheitschädlicher schwefeliger Säure bearbeitet wurden, verwendet. Ein unter den verschiedenen Namen „Blutwurstersatz“, „Ungarische Gemüsebutter“ und „Butterdl“ vertriebener Brotaustrich setzte sich aus roten Rüben, Mohrrüben, Kohlrüben und Gewürzen zusammen. Während man bei uns dem Schwindel, der hier nicht geringer ist als in Deutschland, noch immer mit verschränkten Armen zusieht, haben im Deutschen Reich verschiedene kommunale Stadtverwaltungen im eigenen Wirkungskreis schon längst dagegen den Kampf aufgenommen. So haben schon im Oktober 1916 die Magistrate von Frankfurt am Main und München gleichzeitig den Konzeptions- und Deklarationszwang für die innerhalb ihrer Städte in den Handel gelangenden Ersatzmittel bestimmt. Wer Ersatzmittel in den Handel bringen will, muß vorher dazu die Erlaubnis einholen und die amtliche Untersuchung des Produkts vornehmen lassen. Beim Verkaufen muß dann die Zusammensetzung, der Preis und das Gewicht angegeben werden. Bei uns rüht der Entwurf zu einer ähnlichen Verordnung, die im Ernährungsamt ausgearbeitet wurde, schon seit Juni vorigen Jahres unter den Akten. Es ist weder vom Wiener Magistrat noch vom Volksernährungsamt etwas Ernstliches gegen den Unfug unternommen worden, der sich immer üppiger entwickelt. Die zunehmende Knappheit an Lebensmitteln unterstützt natürlich die Ausbreitung des Schwindels, durch den die Bevölkerung an ihren Taschen und an ihrer Gesundheit bedroht wird. Wie lange sollen wir noch warten, bis man sich auf diesem Gebiet zu dem so notwendigen Verbraucherschutz entschließt?

**Der Einfluß der Tarifierhöhungen auf die Nahrungsmittelpreise.**

Eisenbahnminister Dr. Freiherr v. Banhaus hat zwei kürzlich eingebrachte Interpellationen der Abgeordneten Dr. v. Baechle und Dr. Schbester, betreffend die Tarifierhöhung für Nahrungsmittel, in folgender Weise beantwortet:

„Im Laufe des Krieges sind fast in allen Ländern die Eisenbahntarife erhöht worden. Die Ursache hierfür liegt in der enormen Steigerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben der Eisenbahnen. Auch die österreichischen Staatsbahnen konnten sich mit Rücksicht auf ihre ungünstige finanzielle Lage der Notwendigkeit nicht entziehen, eine den gesteigerten Selbstkosten entsprechende allgemeine Erhöhung der Tarife zur Durchführung zu bringen. Wenn auch bei diesen Maßnahmen die Nahrungsmittel und Bedarfsartikel nicht ausgenommen werden konnten, so wurde doch gerade hinsichtlich dieser Artikel bei den Tarifierhöhungen auf die gegebenen Verhältnisse die weitestgehende Rücksicht genommen. Angesichts der um ein Vielfaches gestiegenen Preise kann die durchgeführte Erhöhung der Beförderungskosten wegen ihrer relativen Geringfügigkeit für die Preisbildung überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Die Beförderung der Lebensmittel erfolgt entweder als Güter oder als Frachtgut. Was das Güter betrifft, so ist eine Reihe der wichtigsten Nahrungsmitteln wie Brot, frisches Gemüse, Kartoffeln, Milch und Obst nach wie vor in der Klasse der ermäßigten Güter verblieben. Allerdings mußten den gesteigerten Selbstkosten entsprechend auch die Frachgebühren für ermäßigtes Güter gegenüber den bisherigen Sätzen erhöht werden. Die Erhöhung der Beförderungskosten für diese ermäßigten Güter bewegt sich durchaus in mäßigen Grenzen, denn sie beträgt beispielsweise bei Gemüse und Obst für je 1 Kilogramm der Ware bei Entfernungen von 30, bezw. 300 Kilometern nur 0.89, bezw. 3.04 Heller. Abgesehen davon hat das Eisenbahnministerium bereits im Frühjahr 1917 die Verfügung getroffen, daß die Beförderung von Gemüse, Obst, Fleisch, Fischen, Butter, Milch, Hefe u. a. Lebensmitteln auch bei Aufgabe als Frachtgut stets mit den günstigsten, rasch fahrenden Zügen durchzuführen ist, so daß auch bei Zahlung der gewöhnlichen Fracht die Beförderung dieser Artikel so rasch, als dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen eben möglich ist, erfolgt. Für die Beurteilung der tatsächlichen Wirkungen der Tarifierhöhung auf die Preise der Nahrungsmittel kommt daher vor allem die Frage in Betracht, welche Erhöhung die Beförderungskosten für je ein Kilogramm der betreffenden Ware bei Aufgabe als Frachtgut erfahren haben. Diese Erhöhung beträgt auf Entfernungen von 30, 300 und 600 Kilometer: Für Fleisch bei Auslieferung als Stückgut Kr. —.73, 3.55 und 7.30, in halben Wagenladungen Kr. —.30, 1.54 und 2.54, frisches Obst in ganzen Wagenladungen Kr. —.17, —.26 und —.31, Getreide, Hülsenfrüchte und Kartoffeln bei Auslieferung als Stückgut Kr. —.45, 1.68 und 2.68, in halben und ganzen Wagenladungen Kr. —.16, —.16 und —.16, für raffinierten Zucker als Stückgut Kr. —.73, 3.55 und 7.30, in halben Wagenladungen Kr. —.16, —.16 und —.16, in ganzen Wagenladungen Kr. —.19, —.56 und —.94. Bei Milch beträgt die Erhöhung für 100 Liter in den hier hauptsächlich in Betracht kommenden kurzen Entfernungen von 10, 20, 50 und 100 Kilometer: Bei Auslieferung als Güter Kr. —.72, —.80, 1.05 und 1.48, bei Auslieferung als Frachtgut Kr. —.30, —.30, —.30 und —.30. Schon aus den Ziffern geht klar hervor, daß die durchgeführten Tarifmaßnahmen auf die Detailpreise der Nahrungsmittel keinen Einfluß ausüben können. Dies tritt besonders deutlich hervor, wenn das im Nachstehenden an einzelnen Beispielen dargelegte Verhältnis zwischen den Beförderungspreisen und den Warenpreisen in der Zeit vor dem Kriege und nach dem 1. Jänner 1918 berücksichtigt wird. So betrug der durchschnittliche Warenpreis für 100 Kilogramm Rindfleisch vor dem Kriege Kr. 165.— gegenüber heute Kr. 1000.—, wobei auf einer Entfernung von 150 Kilometer an Fracht für 100 Kilogramm (bei Auslieferung als halbe Wagenladung) vor dem Kriege Kr. 1.68 gegenüber gegenwärtig Kr. 2.54 zu entrichten waren, so daß vor dem Kriege die Fracht 1% vom Warenpreise betrug, während sie gegenwärtig bloß 0.3 von Hundert beträgt. Bei Butter, deren durchschnittlicher Warenpreis für 100 Kilogramm vor dem Kriege Kr. 360.— betrug und im Herbst 1917 auf Kr. 1580 gestiegen ist, hat sich dieses Verhältnis von 0.7% auf 0.3% geändert. Das Eisenbahnministerium hat nicht unterlassen, Erhebungen in der Richtung zu pflegen, ob und inwieweit die Ende 1917 bestandenen Lebensmittelpreise durch die ab 1. Jänner 1918 eingetretene Tarifierhöhung tatsächlich eine Steigerung erfahren haben. Ich bin nun in der Lage, darauf hinweisen zu können, daß nach einem mir in den jüngsten Tagen zugekommenen Berichte der Wiener Marktinspektion derartige Preissteigerungen nicht zu verzeichnen sind und in Anbetracht der verschwindenden auf die Verkaufseinheit entfallenden Beträge auch in Zukunft nicht gewärtigt werden.

## Lebensmittel im Tauschverkehr.

Eine Enquete im Ernährungsamt.

Schon vor längerer Zeit wurde im Ernährungsrat die Frage des Tauschverkehrs für Lebensmittel anaelegentlich behandelt. Im privaten Verkehr ist der Lebensmittelaustausch besonders in den Städten seit langem gebräuchlich, und auch der in Uebung gekommene sogenannte Rucksackverkehr hat den Gebrauch des Lebensmittelaustausches nur verstärkt. Infolge der Kriegskonjunktur fehlt es den Landwirten keineswegs an Geld, doch sind sie infolge der herrschenden Verhältnisse außerstande, Genussmittel und Bedarfsgegenstände anzukaufen, weil die Konkurrenz der Städte die geringfügigen Angebote von Fall zu Fall größtenteils vor konsumiert. Spiritus, Streichhölzer, Petroleum, Kerzen, Kaffee, Tee, Lederwaren, Bekleidungsstoffe, Tabak usw. sind der städtischen Bevölkerung noch immerhin leichter zugänglich als den Bewohnern des flachen Landes, denen infolge der erschwerten Verkehrsverhältnisse oft auch der Besuch der Städte sehr verleidet ist.

In einzelnen Kronländern, besonders in Böhmen, hat sich unter der Wirkung dieser Verhältnisse in der letzten Zeit der Tauschverkehr zwischen Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen bereits so weit ausgebildet und solchen Umfang angenommen, daß sich die Behörden mit der Regelung dieser Frage beschäftigen mußten. Denn würde man diese neue Art des Warenaustausches der schrankenlosen Willkür der allgemeinen Geflogenheit überlassen, so würden nicht nur einzelne Gebiete von verschiedenen Artikeln gänzlich entblößt werden, sondern es käme auch zur Durchbrechung der Verbrauchskontrolle für die verschiedenen Lebensmittelhauptgruppen. Aber auch fiskalische Bedenken machen sich gegen diese neue Art des Geschäftsverkehrs geltend. Ohne die Schaffung einer behördlichen Ausgleichsstelle, die gleichzeitig einen Wertmesser für die zum Austausch gelangenden Artikel aufstellt, würde durch das Ueberhandnehmen dieses Tauschhandels eine weitere Entwertung des Geldes erfolgen, und auch die Monopolwirtschaft des Staates, die sich beispielsweise auf Salz, Tabak usw. erstreckt, käme dabei zu Schaden.

Die Praxis des Tauschverkehrs hat es mit sich gebracht, daß die Verbraucher für die Erwerbung der Lebensmittel den Landwirten nicht nur Ueberpreise bezahlen, sondern durch die Leistung von verschiedenen Genussmitteln noch eine Aufschlagsprämie entrichten. Infolgedessen sind gewöhnlich nur besser situierte Kreise in der Lage, sich auf dem flachen Lande ein Maß an Lebensmitteln zu sichern. Durch den Ankauf diverser Genussmittel seitens der dem Tauschverkehr mit der Landwirtschaft obliegenden Konsumentenkreise wird aber auch der städtische Markt von sehr vielen Gegenständen und Artikeln entblößt, und besonders die minderbemittelten Bevölkerungskreise sind dann nicht mehr in der Lage, sich in den Besitz gewisser, knapp vorhandener Genussmittel zu setzen.

Die letzte Preistreibeiverordnung verbietet bekanntlich auch die Leistung von Aufschlagsprämien und die Konzedierung von Geschenken bei Lebensmittelabschlüssen. Sie wendet sich also auch gegen die von der städtischen Bevölkerung im Rucksackverkehr geübte Praxis, den Bauern beispielsweise für einen Sack Kartoffeln nicht nur den Gegenwert in Geld zu leisten, sondern für das Ueberlassen dieses Nahrungsmittels noch diverse Päckchen Tabak, Spiritus usw. daraufzugeben. Auch aus diesem Grunde haben die Behörden ein Interesse daran, den Tauschverkehr zu kontrollieren. Um nun in dieser Hinsicht Klarheit zu sehen, ist derzeit auf Veranlassung des Ernährungsamtes eine Enquete im Ruze, an der auch Vertreter der übrigen Zentralstellen teilnehmen. Auch das Finanzministerium wird sich mit dieser wichtigen Neuerscheinung der Kriegswirtschaft zu befassen haben, denn hier handelt es sich nicht minder um den Schutz der staatlichen Monopolwirtschaft und um die Wahrung des Geldwertes, der durch einen reael-

losen, wohl- und ziellosen Tauschverkehr sicherlich in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Ebenso interessiert diese Angelegenheit das Ackerbauministerium.

Den heutigen in dieser Angelegenheit geführten Verhandlungen lag auch ein Vorschlag zugrunde, den Tauschhandel im gesetzlichen Wege zu systematisieren, doch förderte der Gedankenaustausch über dieses Thema derartige Schwierigkeiten zutage, daß man sich wohl schwerlich entschließen dürfte, diesen schon vor Jahresfrist erwogenen Maßnahmen in Wälde näherzutreten. Auch die Frage, den Tauschhandel in Wechselbeziehung mit Ungarn auszuüben, wurde des näheren erörtert. Im Prinzip ging der Vorschlag darauf hinaus, landwirtschaftliche gegen Industrieartikel zu tauschen. Die Beratung der erörterten Fragen ist noch nicht als abgeschlossen zu betrachten.

## Neugestaltung des Ernährungssystems?

Vor kurzem wurde Kenntnis von einer an das Kriegs-ernährungsamt gerichteten Denkschrift der organisierten Landwirtschaft gegeben, deren Vorschläge, wie amtlich mitgeteilt wurde, den Gegenstand von noch fort-dauernden Besprechungen bilden. Die gemachten Vorschläge zielen im wesentlichen darauf ab, einen genossenschaftlichen Aufbau in Gemeinde, Kreis, Provinz und Reich an die Stelle der bisherigen behördlichen Organisation zu setzen und insbesondere die neu zu bildenden Provinz- oder Landesstellen, welche die Form einer Gesellschaft m. b. H. erhalten sollen, zu verantwortlichen Trägern der Erfassungsorganisation zu machen. In der „Liberalen Correspondenz“ beschäftigt sich Reichstagsabgeordneter Dr. Wendorff mit diesem Problem.

Der Vorschlag, der hier gemacht werde, sei — im übrigen nicht neu — durchaus beachtenswert, aber nicht genügend, weil es den Genossenschaften, zu denen der Beitritt obligatorisch gemacht werden müsse, an der Möglichkeit fehle, die Ablieferung nötigenfalls auch zu erzwingen. Ohne nähere Kenntnis der Vorschläge sei überdies nicht ersichtlich, wie die Sache in den Gutsbezirken gehandhabt werden soll, ob diese eigene Geschäftsstellen bilden oder den benachbarten Gemeindestellen zugewiesen werden sollen. Eine Verschiebung der Aufgabe dieser örtlichen Stellen bedeutet es jedoch unter allen Umständen, wenn die Erzeugnisse abzuliefern sind „soweit deren Abführung im Interesse der allgemeinen Volksernährung vorzuziehen ist“. Die Sache liege gerade umgekehrt; es seien grundsätzlich alle Erzeugnisse abzuliefern, die ohnehin nur die eingeschränkte Versorgung und Ernährung ermöglichen; es sei also Aufgabe der örtlichen Geschäftsstellen, dafür zu sorgen, daß alles abgeliefert wird, und daß die Erzeuger nicht mehr zurückhalten, als zu ihrem eigenen Unterhalt und zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes ihnen zu behalten gestattet ist.

Nicht anders liege es mit der Zuständigkeit der Kreis-, Provinz- und Reichsstellen; auch ihnen müßten behördliche Funktionen zuerkannt werden, wenn anders sie die Möglichkeit haben sollen, die Ablieferungen unter allen Umständen herauszuholen. Es würde an die Stelle der bisherigen Behörden ein neuer landwirtschaftlicher Behördenaufbau treten müssen, der keine größeren Sicherheiten zu geben geeignet ist als der bestehende und immerhin eingearbeitete. Derartige Zuständigkeiten an Genossenschaften und gar politische Organisationen, wie den Bund der Landwirte, zu geben, sei eine Unmöglichkeit und würde die Quelle neuer Widerstände und Unstimmigkeiten sein müssen.

Wendorff schlägt demgegenüber als Verbesserung des bestehenden Systems folgendes vor:

Die bereits bestehenden Kriegswirtschaftsstellen in den Kreisen, welchen bisher die Fürsorge für Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung obliegt, sind auch mit der Erfassung der Erzeugnisse zu betrauen und durch Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften und aus dem Verbraucherkreis zu erweitern. Sie haben in allen Gemeinden bevollmächtigte Vertreter und Vertrauenspersonen zu bestellen, denen die Anordnung und Beaufsichtigung der einzelnen Ablieferungen obliegt; ebenso üben sie die Kontrolle der Gutsbezirke aus, und es erscheint wichtig, auch an diesen Nachprüfungen den Verbraucherkreis teilnehmen zu lassen. Sinngemäß werden die Kriegsämtler der Provinzen ausgebaut; neue Landesstellen sind überflüssig, da Preußen und allmählich wohl sämtliche Bundesstaaten eigene Kommissariate für die Volksernährung bereits besitzen; als Reichsstelle kommt lediglich das Kriegsernährungsamt in Frage, und es würde mehr schaden als nützen, wenn noch eine zweite Reichsstelle errichtet würde. Die schon bestehenden Beiräte bei den Staatskommissarien und dem Kriegsernährungsamt bilden Vertretungen, in denen die Erzeuger und Verbraucher zu Worte kommen; sie sollten aber häufiger einberufen und gehört werden.

31. / 1. 1918

164

Ein Festtag auf dem Ludolfsheimer Marke. Gestern ging es ausnahmsweise auf dem Ludolfsheimer Marke sehr hoch her. Nicht etwa daß die gewohnte Marktlage für die Käufer ein erfreulicheres Bild geboten hätte als sonst. Während der Markt trotzdem war wie immer, hatte sich nämlich im Marktamtgebäude das Amtszimmer des Herrn Marktinspektors zu einem kleinen lieblichen Paradiesgarten verwandelt, in dem ausgesuchte Früchte, volle Weinflaschen, Zigarren und Zigaretten und kunstvolle Blumenarrangements untergebracht waren. Der Herr Marktinspektor feierte nämlich sein fünfundschwanzig-jähriges Dienstjubiläum und aus diesem Anlaß wurde er von den Händlern des Ludolfsheimer Marktes reich mit Geschenken bedacht. In seinem Amtszimmer sah man eine Garnitur aus Eichenholz, drei große Glasständer mit Blumensträußen, einen Korb mit Weinflaschen und einen solchen mit großartigen Früchten, eine große Kassetten mit Zigarren und Zigaretten, ein feines Schreibzeug und verschiedene andere Kleinigkeiten, alles im Glanze feenhafter Beleuchtung. Die Sympathie der Markthändler, die sich in so greifbarer Art für den jubelnden Herrn Marktinspektor kundgab, hätte übrigens schon bald zu Zwistigkeiten unter ihnen geführt, da sich manche kleinere Händler weigerten, 50 Kronen und darüber zur Anschaffung der Geschenke beizusteuern, wie das besonders von den größeren Markthändlern, die sich als Arrangeure hervor-taten, verlangt wurde. Unter den zahlreichen Käufern, die sich auf dem Marke vergeblich um ein Kilogramm Äpfel „angestellt“ hatten, rief diese so sichtbare Huldigungslundgebung der Händler für den Herrn Marktinspektor begreiflicherweise große Aufregung und Erbitterung hervor, und es läßt sich denken, daß man manche nicht gerade schmeichelhafte Bemerkung über diesen seltsamen Vorgang hören konnte. Daß dadurch in einer Zeit der Not und der überall sichtbaren Mängel auf den Märkten das Vertrauen zu den überwachenden Marktorganen befestigt würde, wird man in der Tat auch nicht behaupten können. Wenn aber schon diesem Marktinspektor das Gefühl dafür fehlt, was sich schickt, so sollte hier im Rathause darüber ein kräftiges Wort geredet werden. Oder hat man auch dort nicht die Empfindung, daß ein Marktorgan, das die Geschenke von den Markthändlern in Seelenruhe entgegennimmt, von diesem Posten ehestens entfernt werden muß?

**Ernährungskonferenzen in Berlin.**

Der Leiter des Ernährungsamtes Minister G.M. Höfer begab sich, wie wir erfahren, gestern abend nach Berlin. In seiner Begleitung befindet sich Ministerialrat Doktor Loewenfeld-Ruß.

Ebenso hat sich gestern der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr v. Pragenau nach Berlin begeben.

In Berlin beginnen heute Beratungen über die Mehlffrage, namentlich wird die Verteilung des rumänischen Mehles den Gegenstand der Erörterungen bilden.

1. II. 1918

166

**Die Vorräte in den besetzten Gebieten.****Die Teilung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.**

Berlin, 31. Jänner. Das Kolossale Bureau meldet: Immer wieder tauchen in der Presse des In- und Auslandes Angaben über die Teilung der Vorräte der besetzten rumänischen und italienischen Gebiete zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf, die je nach der Parteirichtung in diesem oder jenem Sinne kommentiert werden. Eine Klarstellung der Angelegenheit scheint daher am Platze.

Aus Italien kommt eine Ausfuhr von Lebens- und Futtermitteln überhaupt nicht in Betracht, da die dort vorhandenen Vorräte nicht einmal mehr zur

Ernährung der italienischen Bevölkerung ausreichen. Aus Rumänien haben seit der Besetzung des Landes bis zum heutigen Tage Deutschland 630,000 Tonnen, und Oesterreich-Ungarn 756,000 Tonnen Getreide, einschließlich Mais, erhalten. Zur richtigen Beurteilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß das Verhältnis der Einwohnerzahl zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7:5 beträgt und daß im Frieden Deutschland 5 Millionen Tonnen Getreide, einschließlich Mais, einführen muß, während Oesterreich-Ungarn eine nennenswerte Einfuhr in diesen Dingen überhaupt nicht habe. Die übrigen Rohstoffe und Landeserzeugnisse der besetzten rumänischen und italienischen Gebiete sind zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach dem Grundsatz geteilt worden, daß jeder Staat dasjenige erhält, was er am nötigsten braucht.

## Speiseessig für Wien.

 $\frac{1}{2}$  Liter für den Haushalt.

Ueber neuerliches Einschreiten der Gemeinde Wien hat das Kriegsministerium eine größere Menge reiner Essigsäure für den Zivilverbrauch freigegeben. Diese Essigsäure wurde zu  $2\frac{1}{2}$  % igen Speiseessig verarbeitet und dermaßen verteilt, daß jeder Haushalt abermals  $\frac{1}{2}$  Liter bei jener Stelle erhält, bei welcher er mit seinem Mehlbezug rationiert ist. Jene Haushaltungen, welche bei den städtischen Abgabestellen das Mehl beziehen, können den Essig ab Freitag, 1. Februar gegen Vorweisung des Einkaufsscheines und Abtrennung des Abschnittes 10 beziehen. Der Abgabepreis wurde mit 13 Schellern für  $\frac{1}{2}$  Liter festgesetzt.

**Wandlungen im Wiener Leben.**

Der „Teefieder“. — Verschwindene Typen. — Der höchste Heurigenpreis. — Die Stadt ohne Leder. — Die Stunde des Verdachtes.

Man erzählt, der Eigentümer eines großen Wiener Kaffeehauses habe sich an die Behörde um Aenderung seines Gewerbescheines gewendet, da er mangels an Kaffee nicht mehr „Cafetier“ sei und weil er vorläufig doch noch etwas Tee habe, könne er sich für die nächste Zeit wenigstens nur „Teefieder“, statt „Kaffeefieder“ nennen. Wie es ihm geht, geht es auch manchen andern Wiener Geschäftsleuten; sie müssen entweder ihre Geschäfte aufgeben, oder aber, wie dies ja auf so vielen Gebieten der Industrie der Fall war, sich den Verhältnissen anpassen, das heißt also ihrem eigentlichen Berufe eine andre Richtung geben. Das alte Wort „Die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen“ hat niemals so häufig Bestätigung gefunden. Ja, die

Erscheinungen, an denen es sich bewährt, sind von einer solchen Massenhaftigkeit, daß ein professoraler Geist von einiger Bedanterie ganz gut Gelegenheit hätte, sie in Gruppen und Klassen einzuteilen, deren jede gar nicht mager wäre, zum Beispiel Wandlungen im Straßenbild, Veränderungen im Verkehrsleben, die heutige Approvisionierung usw.

Bei einem Spaziergang durch die Straßen von Wien wird es jedermann auffallen, daß eine ganze Reihe von typischen Figuren, die seit unvorstelllicher Zeit zum Bilde dieser Stadt gehörten, völlig verschwunden sind. Welche Hausfrau hätte sich je mit dem Gedanken befreunden können, daß ihr Gebärd und Milch nicht schon in den frühesten Morgenstunden ins Haus gebracht wird! Der „Wädenbub“ und das „Mädchenmadel“, die früher einmal die Hausbesorger aus dem Schlafe rüttelten, besanden sich unter den ersten Opfern der Umwälzungen im Wirtschaftsleben. Bald folgte der Hausierer, der auf der Suche nach alten Kleidern und Stiefeln seinen Fuß in den Höfen erschallen ließ. Heute müßte er alte Kleider anbieten, damit sich alle Fenster öffnen, und er erhielte dann auch die freundlichsten Einladungen, selbst in manchen ersten Stod. Die jedem Wiener bekannten Standplätze der Gemüse- und Blumenfrauen sind verwaist. Es gibt wohl Gemüse und Blumen, aber zu den teuersten Preisen und in schönen Läden, hinter mächtigen Spiegelscheiben. Die Kämpfe, welche Jahre hindurch zwischen den „befugten“ Gewerbetreibenden und den „unbefugten“ Straßenhändlern sich abspielten und oft genug eine Razzia der Volkspolizei gegen die letzteren veranlaßte, hat der Krieg beseitigt. Er hat diese so leidenschaftlich behandelten Fragen kurzerhand ebenso erledigt, wie die nicht minder heftig geführten Debatten darüber, ob man um 8 oder um 9 Uhr abends die Läden schließen solle. Du lieber Himmel, wie klingt das dem Geschäftsmann heute wie ein Lied aus längstvergangenen glücklichen Tagen! Heute, wo man auf Schritt und Tritt den Zettel mit der Inschrift ausgehängt findet: „Nachmittags geschlossen!“ Und weil wir schon von den Zetteln sprechen: die meisten von ihnen bekunden, was nicht mehr zu haben ist — Zigarren, Zigaretten, Schokolade, Buderln und so weiter. Ein Zettel dagegen, der früher massenhaft an den Haustoren zu finden war, ist völlig verschwunden: es gibt keine freien Wohnungen mehr.

Kurz, überall Wandlung und Veränderung. Der Bertelman, der Barfenist, der Maronidraht sind verichwunden, der „Mistbauer“ ein äußerst feltener Gast geworden, und es gibt Leute, welche behaupten, daß nur am Neujahrstage mit Sicherheit auf seinen Besuch zu rechnen ist. Dumbus und Auto, Fiaker und Komfortabel sowie der von ihnen unzertrennliche „Wasserer“ — wo sind sie? Mit einem Sumor, der freilich etwas bitterer Natur ist, muß man feststellen, daß auch die „schöne Leich“ mit „Pompfüneberer“ und Musik angehört hat, und selbst gegen Lebensmittellarten käme heute kein „Veichenschmäus“ zustande. Den Trauernden bleibt nur der eine Trost, daß es den Lustigen nicht besser geht. Denn selbst beim „Heurigen“ gibt es heute weder Musik noch Schmäus. Beim „höchsten Heurigen“ findet sich heute etwas, was früher nie da war, nämlich wirklich der höchste Heurigenpreis, hingegen fehlt etwas, was traditionell immer da war, das Quartett mit seinen Sängern und „Schlagern“, der Salanimann, die Lebzelterin, der „Brotshani“ und der „Gotscheber“. In Wien, das im In- und Auslande als die „Stadt der Lieder“ gerühmt wurde, findet der Gesang vorwiegend nur noch in den Theatern eine Heimstätte, und der alte urwienerische Refrain „Verkaufst mei G'wand, i fahr' in Himmel!“ ist zur lachenden Lüge geworden, denn wer wäre jetzt so unvorsichtig, sein „G'wand“ zu verkaufen?

Das Betrübenste in den Wandlungen des Wiener Straßenlebens ist der Mangel an Licht und der Einbruch der Stadt in den Abend- und Nachtstunden. Der Mangel an Licht wird von den meisten ärger empfunden, als manche sonstige Schwierigkeiten des täglichen Lebens. Freilich muß man hervorheben, daß in andern europäischen Zentren, vor allem in Paris und London, die Beleuchtung weit unzulänglicher ist als bei uns, weil dort die Angst vor Miegerangriffen zu noch schärferen Drosselungen der Beleuchtung führte. Es gibt in Wien Häuser, insbesondere in den Vorstädten, in denen die Toreingänge und einzelne Stockwerke schon von 7 Uhr an nicht mehr erleuchtet werden, und ein Fremder, der in ein solches Haus nach dieser Zeit zu Besuch kommt, vermag sich nicht zurecht zu finden. Und überdies gerät er in die Situation, die in einer Restrytschen Postkarte mit den Worten bezeichnet wird: „Die ausländigste Frau kann bis 10 Uhr einen Besuch empfangen, die Stunde des Verdachtes beginnt erst nach 10 Uhr!“ ... Jetzt beginnt eben die „Stunde des Verdachtes“ schon um 7 Uhr. Auch das ist eine der Wandlungen im Wiener Leben.

[Eine neue Ernährungstheorie des Professors Freiherrn v. Pirquet.] Aus Berlin wird uns gemeldet: Professor C. Freiherr v. Pirquet, Vorstand der Wiener Kinderklinik, hielt unlängst im Festsaale des Charlottenburger Rathhauses einen Vortrag über sein neues Ernährungssystem. Die Ernährungskunde hatte bisher keinen Eingang in das große Publikum gefunden, weil sie sich keines verständlichen Einheitsmaßes bediente. Pirquet nimmt als Einheit die Milch, den Nährwert von einem Gramm einer durchschnittlichen Frauenmilch, und nennt diese Einheit das „Nem“ (Nahrungseinheitsmilch). Die Vielfachen dieses Maßes werden nach der Nomenklatur des metrischen Systems gebildet: Das Sektoneum, der Nährwert von 100 Gramm Milch, das Kilonem, der Nährwert von 1000 Gramm Milch usw. Alle menschlichen Nahrungsmittel werden in ihrem tatsächlichen Nährwert mit der Milch verglichen und in „Nem“ bewertet. So hat ein Gramm Fett den Wert von 13 Gramm Milch, also von 13 Nem, 1 Gramm Butter von 12 Nem, 1 Gramm Speck von 10 Nem. Das Mehl hat den fünffachen Wert der Milch, mithin 5 Nem in einem Gramm, Fleisch und Ei 2,5 Nem, Kartoffeln 1,25 Nem, Kohlrüben 0,4 Nem und die Gurke 0,2 Nem im Gramm. Die zweite neue Grundlage v. Pirquets besteht in der individuellen Dosierung der Nahrungen nach der Körpergröße. Er wies nach, daß nicht die Körperlänge oder das Körpergewicht ausschlaggebend sind, sondern die Oberfläche des Darmes, und diese wird aus dem Quadrat der Sitzhöhe, der Rumpflänge des aufrechten Menschen berechnet. Auf diesen Grundlagen fußend, hat der Vortragende zuerst an einem sehr großen Material die spontane Nahrungsaufnahme studiert und aus diesen Studien einfache Regeln gefolgert, welche der praktischen Bemessung der täglichen Nahrungsmenge dient. Er unterscheidet ein Maximum, die größte Menge, welche der Darmanal eben noch bewältigen kann, ein Minimum, die geringste Menge, welche bei vollständiger Muskelruhe das Bedürfnis für die innere Arbeit (Herz, Atmung, Drüsensekretion) befriedigt, und ein Optimum, das Nahrungsmaß, welches der gewünschten Funktion des Individuums am besten entspricht. Durch Multiplikation des Optimums mit dem Quadrat der Sitzhöhe wird in höchst einfacher Weise die Nem-Zahl berechnet, welche das betreffende Individuum an einem Tag zu sich nehmen soll. In seinem Vortrage berückete v. Pirquet an der Hand zahlreicher Kurven über die Resultate des letzten Jahres. Zwei Beispiele: Ein sechsjähriges Mädchen, das durch unrichtige Ernährung so weit zurückgeblieben war, daß es die Größe eines zweijährigen und das Gewicht eines einjährigen Kindes hatte, wurde in drei Viertel Jahren auf das doppelte Gewicht gebracht und dadurch im Wachstum so gebessert, daß eine vollständige Restitution des Wachstums zur normalen Durchschnittsgröße zu erwarten steht. Eine Gruppe von 60 Kindern, die durch 13 Monate unter einheitlicher Kriegskost im Durchschnitte 10 Kilogramm an Gewicht zu, während die zu erwartende Durchschnittszunahme 3 Kilogramm betrug. Auf die verschiedenen weiteren Ausführungen, welche die nationalökonomische Seite des Ernährungsproblems streifen, soll in diesem Bericht nicht näher eingegangen werden, doch sei erwähnt, daß ein Schüler v. Pirquets, Nobel, in einem Militärhospital von 800 Betten 30 Prozent Ersparnis erzielt, und v. Pirquet selbst weist bei seinen Versuchen der Massenernährung außerordentlich sparsame Ergebnisse auf.

\* Die neu entdeckte Oelpalme. Man schreibt uns: Die Franzosen haben in dem von ihnen besetzten Teile von Kamerun eine neue Oelpalmenart entdeckt, deren Früchte sich durch besonders hohen Oelgehalt auszeichnen, meldet die „Dépêche Coloniale“, aus der die Meldung in deutsche Zeitungen übergegangen ist. Die „Dépêche Coloniale“ schweigt darüber, unter welchen Umständen diese Entdeckung gemacht worden ist. Falls die Franzosen diese Oelpalmenart wirklich im wilden Vorkommen im Urwalde entdeckt haben sollten und nicht etwa in der von ihnen besetzten Botanischen Versuchsanstalt des Kameruner Gouvernements in Victoria, so sei ihnen nachträglich verraten, daß sie sich die Mühe dieser „Entdeckung“ hätten sparen können. Aus den französischen Angaben über die pflanzenkundlichen Kennzeichen geht nämlich hervor, daß es sich um eine Oelpalmenart handelt, die der deutschen Kolonialverwaltung schon vor dem Kriege bekannt war. Die Franzosen können ihre Früchte in der wissenschaftlichen Sammlung der Botanischen Versuchsanstalt in Victoria finden. Sie sind dorthin vor dem Kriege von Beamten der zur Pflege und Verbreitung des Oelpalmenbaues unter den Eingeborenen eingerichteten Oelpalmen-Inspektion eingeliefert worden. Die Angaben über den hohen Oelertrag treffen zu. Die in wildem Vorkommen in Kamerun bisher sehr seltene Art ist daher vor dem Kriege auf den Versuchspflanzungen in Victoria bereits angepflanzt worden, um Samen für ihre Verbreitung auf den Eingeborenenpflanzungen zu gewinnen. Diese Palmenart kommt im übrigen, soweit der deutschen Kolonialverwaltung bekannt ist, nicht nur in Kamerun, sondern auch in anderen Teilen Äquatorial-Afrikas vereinzelt vor. — Es handelt sich also nur um eine Neuentdeckung für die Franzosen; unserer Kolonialverwaltung war diese Oelpalmenart bereits bekannt.

3./II. 1918

771

\* **Lebensmittelzuteilung.** An Kartoffeln werden in Berlin in der Woche vom 4.—10. Februar 7 Pfund abgegeben, und zwar können 6 Pfund auf Kartoffelkarte entnommen werden, während das 7. Pfund aus der eisernen Ration zu entnehmen ist. — In der Zeit vom 4.—10. Februar wird in den im Nordosten Berlins gelegenen bisher noch nicht berücksichtigten Bezirken der 178., 192., 193., 194., 212. und 216. Brotkommission je 125 Gr. Faustkäse verteilt. Der Käse ist erhältlich in den durch besondere Verkaufsschilder gekennzeichneten Geschäften gegen Vorzeigung und Abstempelung der Mittelstücke der zurzeit gültigen Speisefettkarten. Das Nähere ergibt sich aus der in den Tageszeitungen und an den Anschlagssäulen veröffentlichten Bekanntmachung.

In Charlottenburg werden ausgegeben: Note Nahrungsmittelkarte: (177) vom 31. Januar bis 9. Februar:  $\frac{1}{2}$  Pfd. Inlandsmarmelade oder Südsfrucht-marmelade oder Apfelpotpott (Auslandsware), (178) vom 31. Januar bis 9. Februar:  $\frac{1}{2}$  Pfd. Kunsthonig, Groß-Berliner Lebensmittelkarte: (3) vom 31. Januar bis 9. Februar: 75 Gramm Weizengries und 75 Gramm Teigwaren, (4) vom 7. bis 16. Februar: 150 Gramm Hülsenfruchtmehl, (5) vom 7. bis 16. Februar:  $\frac{1}{2}$  Pfd. Inlandsmarmelade. Vom 5. bis 15. Februar für Kinder, die in der Zeit vom 1. Januar 1907 bis zum 31. Dezember 1912 geboren sind einmalig 1 Paket Thorner Katharinen und den über 70 Jahre alten Personen einmalig  $\frac{1}{2}$  Pfd. Gebäck (Weihnachtsgebäck), je nach Vorrat, auf Grund von besonderen Berechtigungskarten, die in den zuständigen Brotkommissionen bis 5. Februar ausgegeben werden.

In der nächsten Woche gelangen in Neukölln auf einen Abschnitt der allgemeinen Lebensmittelkarte in den Kolonialwarengeschäften 125 Gramm Grieß und 175 Gramm Graupen zur Ausgabe. Für Jugendliche findet im Laufe der Woche ein Verkauf von 350 Gramm Nahrungsmitteln in den städtischen Verkaufsstellen auf Abschnitt 1 bis 3 der Lebensmittelkarte für Jugendliche statt. Der Verkauf von Sauerkohl wird fortgesetzt. Abschnitt 35 der Eierkarte muß bis zum 7. Februar eingelöst werden. — Freihändig gelangen in den städtischen Verkaufsstellen zum Verkauf: Nährbese zum Preise von 1,50 M. je Pfund, Suppe „Agnes“ zu 15 Pf. je Stück, Brühwürfel zu 10 Pf. für 3 Stück, Steckrüben in Dosen zu 80 Pf. je Dose, Wildentensfleisch in Büchsen zu 5,50 M., Kaninchenfleisch zu 5 M., Kaninchenklein zu 3 M. je Büchse.

In Schöneberg findet vom 2.—5. Februar Voranmeldung statt für je 150 Gr., also zusammen 300 Gr., Graupen, auf Abschnitt 3 und 4 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte; ferner 100 Gr. Graupen auf Abschnitt 3 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte für Jugendliche. Ohne Voranmeldung wird 1 Pfund Marmelade auf den Doppelabschnitt 91 der Schöneberger Nahrungsmittelkarte zugleich mit dem in der Vorwoche auf Abschnitt 90 angemeldeten  $\frac{1}{2}$  Pfund Kunsthonig verteilt. Außerdem werden ausgegeben: 150 Gr. Teigwaren auf Abschnitt 2 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 150 Gr. Sago auf Abschnitt 2 der Lebensmittelkarte für Jugendliche; ein Ei auf Abschnitt 34 der Eierkarte.

In Wilmersdorf wird bis zum 9. Februar auf Abschnitt L der Bezugskarte für Einzelpersonen 1 Pfd. Marmelade abgegeben. Außerdem werden abgegeben: Auf Abschnitt 1 und 3 der neuen Lebensmittelkarte je 150 Gramm Gerstengraupen, auf Abschnitt J der Bezugskarte für Einzelpersonen 250 Gramm Kunsthonig, auf Abschnitt K der Bezugskarte für Einzelpersonen 100 Gramm Speisefirup.

## Kriegsküchenzettel mit Kochvorschriften für Februar 1918.

Von Luise Holle.

**Sonntag: Kartoffelkrebssuppe.** Würzgericht von Kaninchen im Kartoffelrand. Marmeladenschauamtorte.

**Kartoffelkrebssuppe.** Der käufliche, vortreffliche Krebsextrakt der Firma Appel in Hannover gestattet die Herstellung einer trefflichen Krebsuppe. Man kocht zu ihr 750 Gr. Kartoffeln und reibt sie heiß durch einen groben Durchschlag, gibt sie nebst 30 Gr. Mehl in 25 Gr. Fett und röstet sie darin durch, worauf man die Kartoffelmasse unter stetem Rühren mit soviel kochendem Wasser verrührt, daß eine leicht gebundene Suppe entsteht. Man setzt ihr zwei große Messerspitzen Krebsextrakt, 2 Teelöffel voll Appels Speisewürze und wenig Pfeffer zu und legt, wenn man sie vorrätig hat, eingemachte Spargelstücken in die Suppe, die man zuletzt mit Salz abschmecken muß.

**Würzgericht von Kaninchen im Kartoffelrand.** Das Kaninchen wird sauber gepuht, in Stücke zerlegt und mit Wasser, reichlich kleingeschnittenem Suppengrün und etwas Salz rasch angekocht und 2 Stunden in den Gartocher gestellt. Leber, Lunge und Herz behält man zurück und bereitet davon kleine Klößchen, wiegt die angegebenen Teile fein, giebt geriebene, geröstete Brotkrumen, einige rohe, geriebene Kartoffeln, Salz und etwas Mustatnuß daran, formt kleine Klößchen und läßt diese in der Kochbrühe des Kaninchens gar ziehen. Man nimmt das Fleisch und die Klößchen dann heraus, bindet die Brühe mit glatt gerührtem Mehl, gibt etwas Essig, Pfeffer und ein halbes Paket Eierparpulver daran und schlägt zuletzt ein kleines Stückchen Butter durch. Die kochend heiße Lunte schütet man über das in runder, erwärmter Schüssel angerichtete Fleisch und Klößchen und legt einen Rand von Kartoffelmus beim Anrichten herum. Hat man etwas Käferlenden oder kleine Käferste reibt man diese und bestreut damit den Kartoffelmusrand.

**Marmeladenschauamtorte.** Aus 125 Gr. Mehl, 20 Gr. Butter, 1 Eigelb, 100 Gr. Zucker, etwas Salz und Zitronenschalenextrakt, sowie ½ Paket Backpulver wird ein Teig bereitet und zu einem Tortenboden ausgerollt, der langsam auf eingefettetem Blech gar backen muß. Wenn der Tortenboden erkaltet ist, häuft man einen Marmeladenschauamtortensatz darauf. Zu diesem schlägt man 2 Eiweiß zu leichtem Schaum, gibt 50 Gr. Zucker, eine Prise Salz und vier Eßlöffel voll beliebige feste Marmelade daran, worauf man die Masse 30 Minuten ununterbrochen rühren muß, bevor man sie verwendet.

**Montag: Kohlrüben, wie Rotkohl gekocht, mit Röstkartoffeln und Fleischklößchen.**

**Kohlrüben wie Rotkohl.** Am besten nimmt man weiße Kohlrüben, puht 1 Kg. davon und hobelt sie mit einem Krauthobel fein, worauf man sie kurz abkocht und abtropfen läßt. Man schmort die Kohlrübenschnitzel in etwas Brühwürfelbrühe mit einer kleinen Zwiebel und etlichen Kümmelkörnern, sowie Essig und Zucker langsam weich. Zuletzt reibt man mehrere roh geriebene Kartoffeln daran und schmeckt das Gemüse mit Salz ab. Hat man süßsauer eingemachte rote Rüben, so kann man von deren Essig zum Schmoren nehmen und den Rübenschnitzeln dadurch eine rötliche Färbung geben, so daß sie auch im Ansehen dem Rotkohl ähneln.

**Dienstag: Budding von Weißkohl mit Kartoffeln mit Meerrettichsauce ohne Fett. Falsche Schlagjahne.**

**Budding von Weißkohl mit Kartoffeln.** Ein Kopf Weißkohl wird klein geschnitten, auch 750 Gr. Kartoffeln geschält und in Scheiben geschnitten und eine Zwiebel klein gehackt. Kohl und Kartoffeln brüht man kurz ab und läßt sie abtropfen, worauf man sie schichtweise, mit Salz, Pfefferersatz und Zwiebelstücken bestreut und in eine vorgeschichtete Buddingform recht fest einschichtet. Man rührt ein halbes Paket Eiersatz und zwei Eßlöffel Mehl mit kalter Brühwürfelbrühe glatt, würzt dies mit wenig gestoßenem Kümmel und gießt es über Kohl und Kartoffeln. Man kocht den Budding zwei Stunden im Wasserbad, stürzt ihn und gibt ihn mit einer Meerrettichsauce zu Tisch.

**Meerrettichsauce ohne Fett.** Einen halben Liter Brühwürfelbrühe verlockt man mit glatt gerührtem Mehl zu leichter Bindung. Dann reibt man eine halbe Stange Meerrettich, rührt ihn mit saurer Magermilch zu einem dickflüssigen Brei und kocht die Lunte damit durch. Sie wird mit Salz, Pfeffer und einer Prise Zucker abgeschmeckt.

**Falsche Schlagjahne (Vorschrift von Frau Direktor Peters, Dranienburg).** Zwei Eiweiß schlägt man zu festem Schnee, gibt etwas Arrak, 125 Gr. Zucker und eine Prise Salz, stellt dies in ein Wasserbad und schlägt es, bis man einen wie Schlagjahne schmeckenden Schaum erhält. Er wird weiter geschlagen, bis er ganz kalt geworden ist und in einer Glasschüssel angerichtet und zwar am schönsten über abgetropften, entsieften Sauerfrischen.

**Mittwoch: Hasermehlsuppe mit Sellerie. Tomatenleber mit Kartoffelsalat.**

**Hasermehlsuppe mit Sellerie.** Eine kleine Knolle Sellerie schneidet man feinstwürfelig und kocht sie in leichter Brühwürfelbrühe weich. 150 Gr. Hasermehl röstet man in etwas Fett durch, gibt es unter Rühren zu der Selleriebrühe und kocht die Suppe noch langsam eine Viertelstunde.

**Tomatenleber.** 3750 Gr. Rinderleber schneidet man, nachdem sie gehäutet und von Röhren und Sehnen befreit wurde, in Scheiben, wendet sie in Schrotmehl (die Überreste, die beim Sieben von Kriegsmehl zurückbleiben, sind vorzüglich für das Umwenden von Schnitten und Schnitzeln, zum Ausstreuen von Formen u. dergl.) und brät sie rasch unter mehrfachen Wenden in etwas Fett Lichtbraun

auf beiden Seiten. Man bedeckt die Leberscheiben mit ¼ Liter eingemachtem Tomatenbrei und schmort die Leberscheiben langsam damit gar. Man salzt die Leber erst vor dem Anrichten, da vorzeitiges Salzen die Leber leicht hart macht. Kartoffelsalat, auf kriegsgemäße Art bereitet, gibt man dazu.

**Donnerstag: Ungarische Sauertrausuppe, Hasermehlauflauf mit Äpfeln.**

**Ungarische Sauertrausuppe.** Zwei Suppenteller voll Sauerkraut spült man leicht mit warmen Wasser ab, drückt es aus, setzt es mit 2½ Liter Wasser zu Feuer, gibt 2 Brühwürfel hinein und stellt die Suppe 3—4 Stunden, wenn sie 10 Minuten gekocht hat, in den Gartocher. Ein trockenes, braungeröstetes Mehl wird an die fertige Suppe getan, damit gargekocht und etwas Paprika und 20 Gr. Fett zuletzt daran getan. In die Suppe legt man für sich gekochte und in dicke Scheiben geschnittene Kartoffeln, streut beim Anrichten braungebratene Zwiebelwürfelchen und, wenn man sie hat, 100 Gr. würfelig geschnittene Blutwurst in die Suppe.

**Hasermehlauflauf mit Äpfeln.** 200 Gr. Hasermehl wird mit etwas kaltem Apfelwein glatt angerührt und in ¼ Liter kochenden, gesüßten Apfelwein gerührt, mit dem es unter fortwährendem Rühren zu einem steifen Brei gekocht wird. Unter diesen Brei rührt man 1 Eigelb und 1 Paket Eiersatz, 100 Gr. Zucker, etwas Salz und Zitronenschalenextrakt, sowie 6 geschälte, roh geriebene Äpfel. Man zieht den steifen Schnee des Eiweiß durch und mengt 1 Teelöffel Backpulver darunter. Die Masse wird in vorgeschichteter Form 40 Minuten gebacken.

**Freitag: Hagebuttensuppe aus Dörrohagebutten mit Hasermehl. Fleischkartoffelmus, Salat von eingemachten Bohnen.**

**Hagebuttensuppe.** 60 Gr. gedörrte Hagebutten weicht man mit 2 Litern Wasser einige Stunden, kocht sie mit dem Reichwasser an und stellt sie 2 Stunden in den Gartocher, worauf man die Hagebutten durchstreicht. Man rührt 4 Eßlöffel Hasermehl mit ¼ Liter Apfelwein glatt, gibt dies zu der Hagebuttensuppe und kocht es langsam, damit noch 12 Minuten. Man süßt die Suppe und kann sie noch mit etwas Zimt würzen.

**Fleischkartoffelmus.** 1½ Kg. Kartoffeln kocht man, gießt sie ab, stampft sie fein und schlägt sie mit einer großen Gabel mit leichter Brühwürfelbrühe recht schaumig. Dann gibt man 125 Gr. gewürztes rohes Fleisch und zwei würfelig geschnittene Zwiebeln, die man einige Minuten in etwas Fett durchschmort, unter das Kartoffelmus, das man dann sofort anrichten muß.

**Sonabend: Kohlrübensuppe (Vorschrift bekannt) Kartoffelpudding mit Äpfeln und Hasermehl.**

**Kartoffelpudding mit Äpfeln und Hasermehl.** 1 Kg. rohe Kartoffeln schält man und schneidet sie in feine Scheiben, auch schält und verschneidet man 1 Kg. Äpfel in Scheiben, worauf man beides mischt und mit 150 Gr. Zucker und etwas feinem Zimt durchstreut. Man füllt die Mischung in eine vorgeschichtete Buddingform. Dann rührt man 100 Gr. Hasermehl mit einem halben Liter Magermilch oder Apfelwein glatt, süßt die Masse, quirlt 2 ganze Eier hinein und füllt sie über die Scheiben. Man kocht den Budding in der Kochkiste zweieinhalb Stunden, stürzt ihn behutsam und gibt ihn mit einer Fruchttsauce zu Tisch.

Die verschiedenen Hasermehlzrepte habe ich auf Wunsch mehrerer Hausfrauen dieses Mal gebracht, die Marmeladenschauamtorte habe ich so rasch wiederholt, weil eine kleine Pfarrfrau ganz verzweifelt im „Eilbrief“ mir klagte, die Nummer der „Rundschau“ sei verbrannt, gerade als sie die Lorte baden wollte, und nun könn't's zum Festtag nur den Kartoffelbistuit geben, den sie schon abgeschrieben hätte — wenn, ja wenn Frau Holle nicht märchenhaft schnell helfen könnte. Zwar märchenhaft rasch und über Nacht kommt nun meine Hilfe nicht, weil ich eben nicht die Märchensee bin, aber so rasch wie möglich doch, so hoffe ich, kommt Frau Iringard noch dazu, auch die Schauamtorte zu baden.

## Minister Höfer über die Ernährung.

Das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn.

Ernährungsminister Generalmajor Höfer empfing, wie aus Budapest, 3. d., telegraphiert wird, einen Mitarbeiter des „Pester Lloyd“ im Ernährungsamt und machte ihm folgende Mitteilungen: Wenn Ungarn und Oesterreich sich gegenseitig aus helfen, dann können wir durchhalten und das ist doch die Hauptsache. Die Produktion Oesterreichs an Körnerfrüchten reicht nicht aus, um den Bedarf zu decken. Die Hinterlandsversorgung Oesterreichs erstreckt sich auf 27 Millionen, jene Ungarns auf 16 Millionen Seelen. Die Produktion an Körnerfrüchten in Ungarn beträgt fast dreimal soviel wie jene Oesterreichs. Wir sind dagegen die Hauptproduzenten von Kartoffeln, Zucker und Kohle. Es doch selbstverständlich, daß wir unsere Ueberschüsse austauschen. Ich setze mich stets dafür ein, daß Ungarn Kohle geliefert bekommt.

Es ist wahr, daß Ungarn die Versorgung der Armee mit Körnerfrüchten übernommen hat, aber auch in dieser Beziehung hat Oesterreich direkt oder indirekt mitgeholfen. Direkt durch Requisitionen in Galizien, indirekt, indem wir vom rumänischen Anteil größere Quantitäten der Armee überlassen haben. Ich möchte hier gleich bemerken, daß die rumänische Beute trotz der größeren Einwohnerzahl nach dem Schlüssel sechs zu sieben zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn aufgeteilt wurde. Wir

haben die größere Quantität bekommen, sieben Anteile, Deutschland bloß sechs.

Auf die Frage, ob die italienische Beute nicht eine bedeutende Erleichterung zur Folge hatte, sagte der Minister: Italiens Borräte wurden bedeutend überschätzt. Venetien kommt für das Hinterland in puncto kompakter Ernährung absolut nicht in Betracht. Im Gegenteil, wir hatten alle Hände voll zu tun, um die dortige Bevölkerung zu versorgen. Man muß sich daher nicht sehr wundern, daß im Hinterland von der sogenannten italienischen Beute nicht viel zu spüren ist. Bei dieser Gelegenheit möchte ich bemerken, daß Ungarn seinen Anteil sogar von der Butter bekommt, die wir aus dem Auslande einführen, und zwar wird diese im Verhältnis 7 zu 5 zwischen Oesterreich und Ungarn aufgeteilt.

Der Minister brachte dann die Schwierigkeiten zur Sprache, die der blühende Schleichhandel verursacht, und erklärte: Wir tun alles menschenmögliche, um diesem Unfug entgegenzutreten. Ein großer Apparat an hiezu berufenen Leuten ist hiezu nötig, und die sind im Kriege schwer zu haben.

**Bevorstehende Ernährungskonferenzen in Wien.**

Im Laufe dieser Woche ist die Abhaltung von Ernährungskonferenzen in Wien geplant. Zu diesen werden auch die ungarischen Fachminister erscheinen. Auch der neue ungarische Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz wird sich zu diesem Zwecke hier einfinden. Dieser Tage weilten der Vorsitzende des Gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Vandwehr v. Pragenau und der Vizepräsident des Ernährungsamtes Ministerialrat Löwenfeld-Ruß in Ernährungsangelegenheiten in Berlin.

**Minister Höfer über Ernährungsdualismus.**

Die ungarische Presse hat kürzlich heftig Lärm darüber geschlagen, daß Minister G. M. Höfer in einer Unterredung den Satz zu sprechen wagte, für Oesterreichs Manko an Nahrungsmitteln „müsse“ Ungarn aufkommen. Im „Pester Lloyd“ erläutert nun der Minister, wie das „muß“ gemeint war und daß das Wort keinen befehlenden Sinn gehabt. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Minister u. a. noch:

Wenn Ungarn und Oesterreich sich gegenseitig aus-  
helfen, dann können wir durchhalten. Die Produktion Oester-  
reichs an Körnerfrüchten reicht nicht aus, um den Bedarf zu  
bedecken. Die Hinterlandsversorgung Oesterreichs erstreckt sich  
auf 27 Millionen, jene Ungarns auf 16 Millionen  
Seelen. Die Produktion an Körnerfrüchten in Ungarn be-  
trägt fast dreimal so viel, wie jene Oesterreichs. Wir  
sind dagegen die Hauptproduzenten von Kartoffeln, Zucker  
und Kohle. Es ist doch selbstverständlich, daß wir unsere  
Ueberschüsse austauschen. Ich setze mich stets dafür ein, daß  
Ungarn Kohle geliefert bekommt. Es ist wahr, daß Ungarn die  
Versorgung der Armee mit Körnerfrüchten übernommen hat,  
aber auch in dieser Beziehung hat Oesterreich  
direkt oder indirekt mitgeholfen. Direkt durch  
Requisitionen in Galizien, indirekt, indem wir vom rumäni-  
schen Anteil größere Quantitäten der Armee überlassen haben.  
Ich möchte hier gleich bemerken, daß die rumänische  
Beute trotz der größeren Einwohnerzahl nach dem Schlüssel  
sechs zu sieben zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
aufgeteilt wurde. Wir haben die größere Quantität bekommen,  
sieben Anteile, Deutschland bloß sechs. Die italienische  
Beute wurde bedeutend überschätzt. Venedig kommt für das  
Hinterland in puncto kompakter Ernährung absolut nicht  
in Betracht. Im Gegenteil, wir hatten alle Hände voll zu tun,  
um die dortige Bevölkerung zu versorgen. Man muß sich daher  
nicht sehr wundern, daß im Hinterland von der sogenannten  
italienischen Beute nicht viel zu spüren ist. Bei dieser Gelegen-  
heit möchte ich bemerken, daß Ungarn seinen Anteil sogar von  
der Butter bekommt, die wir aus dem Auslande einführen  
und zwar wird diese im Verhältnis 7 zu 5 zwischen Oesterreich  
und Ungarn aufgeteilt.

**Der Rindermarkt.**

Auf dem heutigen Rindermarkt waren 1047 Stück  
zugeführt. Davon waren 732 Stück Mast- und  
315 Stück Weinvieh. Der Gattung nach waren es  
314 Ochsen, 170 Stiere und 563 Kühe. Die Preise  
blieben unverändert.

## Wirtschaft und Recht.

## Der Stand unserer Lebensmittelversorgung.

In einer im Rathaus zu Barmen abgehaltenen Versammlung der Ausschüsse der Arbeiter der Barmen Rüstungsindustrie, an der Vertreter der Regierung und des Generalkommandos in Münster sowie der Gewerberat, die Beigeordneten und Stadtverordneten von Barmen teilnahmen, berichtete der Vertreter des Staatskommissars für Ernährungswesen, Geheimrat v. Eynern, über den Stand unserer Lebensmittelversorgung. Er führte u. a. aus: Die Transportschwierigkeiten seien mit dafür maßgebend, daß die Kartoffelration nicht dem Wunsch der Arbeiter entsprechend auf 10 Pfund habe festgesetzt werden können. Nach den vorläufigen Schätzungen der Ernte sei auch ein Hinausgehen über diese Ration nicht möglich. Es wäre aber immerhin denkbar, daß sich beim Öffnen der Mieten im Frühjahr eine größere Kartoffelmenge herausstelle, als jetzt angenommen wurde. Dann würde man in Erwägung nehmen müssen, ob nicht für die schwer arbeitende Bevölkerung eine Erhöhung der Ration durchzuführen sei, insbesondere, falls auf andern Gebieten eine scharfe Spannung der Ernährungsfragen eintreten sollte. Hinsichtlich der Brotversorgung sei zunächst kein Anlaß, etwa eine Herabsetzung der Brotration zu befürchten. Am 21. Dezember habe das Kuratorium der Reichsgetreidestelle auf Grund aller verfügbaren Unterlagen in diesem Sinne beschlossen. Man sei zurzeit damit beschäftigt, alles vorhandene Getreide zum Ausbruch zu bringen. Wenn der Ausbruch beendet sei, werde eine scharfe Nachkontrolle erfolgen, zu der auch Vertreter der Konsumenten, also auch der Arbeiterkreise, zugezogen werden würden. Von dem Ausfall des Ausdrusches müsse man die weiteren Entschlüsse abhängig machen. Über die Nahrungsmittelversorgung teilte der Redner mit, daß bisher nach Möglichkeit gespart worden sei, und daß auch für die nächsten beiden Monate noch nicht die volle Belieferungsmenge ausgeschüttet werden könne. Von April an aber werde mit Rücksicht auf die in den Frühjahrsmonaten besonders schwierige Ernährungslage die normale Belieferung von 1250 Gramm für den Kopf und Monat in den wichtigsten Industriestädten gegeben werden. Der Erzeugung von Hafernahrungsmitteln sei die knappe Hafernernte außerordentlich hinderlich gewesen, insbesondere bei den starken Ansprüchen der Heeresverwaltung. Die schlechte Futtermittelernte sei auch auf unsere Fleisch- und Fettversorgung nicht ohne Einfluß geblieben. Die Verminderung unseres Rindviehbestandes sei noch nicht bedauernd, es könne aber auch nicht mehr viel ohne dauernden Schaden herausgenommen werden, insbesondere müsse auf die künftige Versorgung mit Milch und Butter und die Erhaltung des Spannviehs Rücksicht genommen werden. Daß die Fettration von 70 Gramm, die jetzt im ganzen Reich gleichmäßig gegeben werde, durchgehalten werden könne, verdanke man der stark gesteigerten Margarine-Erzeugung, die aber nur durch die Kürzung der zu industriellen Zwecken früher verwandten Fettmengen habe erreicht werden können. Der Redner wies dann noch auf die starke Verminderung der Schweinezahl hin, durch welche die Verfütterungsgefahr stark herabgesetzt sei. Besonders gefährlich sei der Schleichhandel, der mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. In Berlin hätten Besprechungen mit Vertretern der Industrie und der Arbeitnehmer stattgefunden, um zunächst festzustellen, wieviel Borräte an Schleichhandelswaren die einzelnen Werke im Besitz hätten, um dann auf eine gleichmäßige und gerechtere Verteilung zwischen den Arbeitern der einzelnen Werke hinzuwirken. Es sei eine Bundesratsverordnung in Vorbereitung, durch die ein besonderes Delikt des gewinnbringenden Schleichwandlers geschaffen werde, welches nicht mit Geldstrafen, sondern nur mit Gefängnis und im Rückfalle mit Zuchthaus bestraft werden solle. [Vgl. unsere entsprechende Mitteilung in Nr. 114 der Kölnischen Zeitung.] Auf manchen Einzelgebieten seien bereits neue verschärfte Kontrollvorschriften erlassen, andre seien in Vorbereitung.

Eine längere Besprechung schloß sich an. Es fehlte darin nicht an einer Kritik an den Regierungsmaßnahmen. Insbesondere wurde

darauf hingewiesen, daß es ausgemessen sei, mit sieben Pfund Kartoffeln wöchentlich auszukommen, wie bei den vorgenommenen Kellerprüfungen auch festgestellt worden sei, daß in sehr vielen Fällen mehr von den eingetellerten Kartoffeln verzehrt worden seien, als zulässig war. Von den Vertretern der Staatsregierung wurden bestimmte Zusagen über das, was als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln gegeben würde, verlangt. Oberregierungsrat Dr. Hoffmann erklärte, daß auch die Regierung den Wunsch auf Erhöhung der wöchentlichen Kartoffelration auf zehn Pfund stets vertreten habe, daß die Ausführungen des Geheimrats v. Eynern die Hoffnung zuließen, daß sich noch eine Erhöhung der Kartoffelration ermöglichen lassen würde. Eine Entscheidung werde aber erst Anfang März getroffen werden können. Der Vertreter des Generalkommandos, Oberleutnant Meinicke, hat die Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen, die der Erfüllung der Wünsche entgegenständen. An gutem Willen, zu helfen, fehle es den Zentralbehörden nicht. Geheimrat v. Eynern erklärte in seinem Schlusswort, daß aus den Ausführungen der Arbeiterführer der ernste Wille durchgeklungen sei, dem Vaterlande zu helfen, daß er aber bestimmte Versprechungen nicht machen könne. Die Regierung werde tun, was sie könne. Oberbürgermeister Dr. Hartmann, der die Verhandlungen leitete, schloß sie mit der Bitte an die Arbeitervertreter zu weiterem Durchhalten.

Δ Gelsenkirchen, 4. Febr. (Telegr.) Die Behörden gehen in den letzten Tagen mit besonderem Erfolg gegen den Schleichhandel vor. Wegen dringenden Verdachts der verbotenen Ausführung von Lebensmitteln sowie von Geheimerschlächtungen wurden gestern vier Metzgermeister und Viehhändler sowie ein Eisenbahnbeamter verhaftet. Die Polizei ermittelte auf dem Bahnhof Schalke einen bereits zum Abrollen fertigen Wagen, der mit 21 Zentnern Wurst und Rauchfleisch beladen war. Die Sendung war an einen Eisenbahnbeamten nach Köln gerichtet und als Dienstuag bezeichnet. Weiterhin beschlagnahmte die Polizei 25 Zentner gutes Soblenleder in einem hiesigen Geschäft wegen dringenden Verdachts des Bergehens gegen die Kriegsverordnungen. Außerdem ist die Polizei großen Metallschleibungen auf die Spur gekommen. Die in Betracht kommenden Schieber und Hehler sind verhaftet.

5. 11. 1918

777

\* Lebensmittelverteilung in Groß-Berlin. Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat beschlossen, auf die Abschnitte 5 und 6 der gemeinsamen Lebensmittelkarte je  $\frac{1}{2}$  Pfund Brotaufstrichmittel (entweder Marmelade oder Kunsthonig) und auf Abschnitt 7 1 Pfund Marmelade zu verteilen. Ferner werden auf Abschnitt 8 der gemeinsamen Karte für Jugendliche 1 Pfund Farin-Sirup oder  $\frac{3}{4}$  Pfund Marmelade oder  $\frac{1}{2}$  Pfund Kunsthonig zur Ausgabe gelangen. Der Aufruf wird durch die einzelnen Gemeinden erfolgen.

**\* (Tariferhöhung und Nahrungsmittelpreise.)** Der Eisenbahnminister Dr. Freiherr von Vanhans hat gestern in Beantwortung zweier an ihn gerichteter Interpellationen der Abgeordneten Dr. v. Baechle und Dr. Sylvester den Einfluß der Tariferhöhung auf die Preise der Nahrungsmittel dargelegt. Er betonte, daß angesichts der um ein Vielfaches gestiegenen Preise die Erhöhung der Beförderungskosten wegen ihrer relativen Geringfügigkeit für die Preisbildung überhaupt nicht ins Gewicht fallen könne. Dies trete besonders deutlich in Erscheinung, wenn man an einzelnen Beispielen die Warenpreise in der Zeit vor dem Kriege mit denen nach dem 1. Jänner 1918 vergleiche. So habe der durchschnittliche Warenpreis für 100 Kilogramm Rindfleisch vor dem Kriege 165 K. gegenüber heute 1000 K. betragen, wobei auf einer Entfernung von 150 Kilometer an Fracht für 100 Kilogramm (bei Auslieferung als halbe Wagenladung) vor dem Kriege K. 1.68 gegenüber gegenwärtig K. 2.54 zu entrichten waren, so daß vor dem Kriege die Fracht 1 Prozent vom Warenpreise betrug, während sie gegenwärtig bloß 0.3 vom Hundert ausmache. Bei Butter, deren durchschnittlicher Warenpreis für 100 Kilogramm vor dem Kriege 360 K. betragen habe und im Herbst 1917 auf 1580 K. gestiegen sei, habe sich dieses Verhältnis von 0.7 Prozent auf 0.3 Prozent geändert. Das Eisenbahnministerium habe bei den in Betracht kommenden Stellen Erhebungen in der Richtung gepflogen, ob und inwieweit die Ende 1917 bestandenen Lebensmittelpreise durch die ab 1. Jänner 1918 eingetretene Tariferhöhung tatsächlich eine Steigerung erfahren hätten. Nach einem dem Minister in den jüngsten Tagen zugelaufenen Berichte der Wiener Marktamtsdirektion seien derartige Preissteigerungen tatsächlich nicht zu verzeichnen und in Anbetracht der verschwindenden, auf die Verkaufseinheit entfallenden Beträge auch in Zukunft nicht zu gewärtigen. Sollten sich aber dennoch in Zukunft unbeabsichtigte Rückwirkungen auf die Marktlage oder die Produktion einer bestimmten Ware nachweisen lassen, würden Mittel und Wege gesucht werden, um Abhilfe zu schaffen.

Z. XII. 1917

3

S. B. N. 1. — 3. 2201 ex 1917.

## Verordnung.

(Einführung von Lebensmittellkarten für Militärurlauber in Wien.)

Vom 7. Dezember 1917 angefangen werden für Militärurlauber besondere Lebensmittellkarten zur Ausgabe gelangen, und zwar solche für drei Tage in bläulicher Farbe und solche für sieben Tage in roter Farbe.

Die Lebensmittellkarten für drei Tage enthalten zwei Abschnitte auf je einen halben Laib Brot, einen mit römisch I und einen mit römisch II bezeichneten Abschnitt auf je 3 dkg Fett und einen Abschnitt auf die halbe Wochenmenge Kartoffeln.

Die Lebensmittellkarten für sieben Tage enthalten fünf Abschnitte auf je einen halben Laib Brot, wovon zwei in je 250 g Mehl eingelöst werden können, ferner einen mit römisch I und einen mit römisch II bezeichneten Abschnitt auf je 6 dkg Fett, einen Abschnitt für  $\frac{1}{8}$  kg Zucker und einen Abschnitt auf eine Wochenmenge Kartoffeln. Weiters sind noch zwei mit A und B bezeichnete Abschnitte vorhanden, auf welche derzeit keine Lebensmittel zur Abgabe gelangen.

Die Lebensmittellkarten für Militärurlauber werden während der Amtsstunden bei den zuständigen Brot- und Mehl-Kommissionen gegen Vorweisung des Urlaubsscheines ausgefolgt. Die Ausfolgung wird auf dem Urlaubsscheine vorgemerkt. Sie sind unübertragbare, öffentliche Urkunden.

Für abhandengekommene Karten wird in keinem Falle ein Ersatz geleistet.

Die auf Brot (auch auf Mehl oder Brot) lautenden Abschnitte können bei allen Brotverkäufern nach Maßgabe der Möglichkeit zur Einlösung gelangen. Die Brotverkäufer werden hiemit verpflichtet, die abgetrennten Abschnitte zu sammeln und unter einer Schleife oder Bindfaden zugleich mit den Abschnitten der Brotkarten zur Abgabe zu bringen. Die Anzahl der Abschnitte ist neben den Abschnitten der Brotkarten separiert zu verzeichnen.

Die Mehlabgabestellen werden angewiesen, nach Maßgabe der Möglichkeit die auf Brot oder Mehl lautenden Abschnitte entsprechend zu honorieren und werden gleichfalls hiemit verpflichtet, die Abschnitte zu sammeln und mit den übrigen Mehllartenabschnitten gleichzeitig unter getrennter Abgabe der Abschnitte für Militärurlauber zur Abgabe zu bringen.

Die Butterabgabestellen werden angewiesen, nach Maßgabe der Möglichkeit die mit römisch I bezeichneten auf Fett lautenden Abschnitte mit 3 dkg, beziehungsweise 6 dkg Fett zu honorieren.

Das Erlangen von Fett auf die mit römisch II bezeichneten Abschnitte in anderen Fettabgabestellen wird den Militärurlaubern überlassen.

Die Zuckerverkäufer werden hiemit angewiesen, nach Maßgabe der Möglichkeit auf Grund des auf Zucker lautenden Ab-

schnittes  $\frac{1}{8}$  kg Zucker auszufolgen und sind verpflichtet, behufs Kontrolle diese Abschnitte in der von der Zuckerverteilungsstelle vorzuschreibenden Weise in Ablieferung zu bringen.

Die Kartoffelabgabestellen werden angewiesen, nach Maßgabe der Möglichkeit auf Grund des auf Kartoffeln lautenden Abschnittes eine halbe, beziehungsweise eine ganze Wochenmenge Kartoffeln auszufolgen, und werden hiemit verpflichtet, die Abschnitte getrennt von den Abschnitten der Kartoffelarten, jedoch gleichzeitig mit denselben zur Ablieferung zu bringen.

Die Militärurlauber haben diese Lebensmittel bei den für ihren Haushalt maßgebenden Abgabestellen in erster Linie zu beziehen.

Militärurlauber, welche in Hotels absteigen, haben kein Anrecht auf den Bezug der Lebensmittellkarte.

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 K oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Wird die Übertretung in Ausübung eines Gewerbes begangen, so kann außerdem auch auf den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,  
als politischer Behörde I. Instanz,  
am 30. November 1917.

1-1



Menge aufdrängt, die Erscheinung, daß in der Stadt zwei Völker nebeneinander wohnen, die Satten und die Hungrigen, diese Erscheinung regt niemand auf! Und doch straft sie das Wort vom allgemeinen Mangel Lüge und beweist, daß es so nicht sein dürfte, wie es ist.

Welche Märchen erzählt man uns! Seit der Einbringung der Ernte sind vier Monate verfloßen und schon leiden wir Mangel an Mehl. Die blanke Undenkbarkeit, wenn der Ernährungsdienst in Ordnung wäre! Dabei sehen wir von Ungarn und davon, was es uns kraft des Ausgleichs schuldet, noch ganz ab. Halten wir uns des Beispiels halber an unsere Getreideaufbringung und tun wir an dieser bar, warum es so ist und weshalb es so nicht sein dürfte. Es heißt in den kaiserlichen Verordnungen, die den Getreideverkehr regeln, wohl, daß alle Frucht nach ihrer Trennung vom Boden beschlagnahmt ist, aber an diese Beschlagnahme reihen sich sofort die Vorbehalte der Selbstversorger: Sie dürfen vom Ernteergebnis vorweg den Haus- und Wirtschaftsbedarf für die kommenden zwölf Monate zurückhalten und dies in Nationen, die weit über die Nation der anderen Staatsbürger hinausgehen. Diese höheren Nationen sind ihnen auf zwölf Monate vorbehalten, auch wenn die Staatsgewalt bloß „glaubt“, daß die Massen der Städter ihre geringen Nationen auf fünf Monate gesichert sehen! Wahrscheinlich schafft es einigen Leuten Beruhigung, zu wissen, daß wenigstens das begüterte Landoolk unter gar keiner Bedingung verhungern kann, nicht nach Weihnachten und nicht nach Ostern oder Pfingsten! Diese Selbstversorgervation wird jedoch von keiner Behörde auf Grund von Mehllarten Woche für Woche zugemessen, der Landwirt ist seine eigene Behörde und wägt seine Portion mit keiner Wage. Wenn er Getreide verfüttert, so steht er unter keiner anderen wirksamen Aufsicht als unter der seiner Nachbarn, die ja auch ihres Viehstands Feinde nicht sind. Ganz verschieden behandelt man eben die zwei Klassen der Selbstversorger und der Staatsversorgten.

So geht ein Teil der heimatischen Ernte in die Binsen. Der gefährlichste Vorbehalt ist jedoch das Recht des Landwirtes, den Eigenbedarf an Frucht selbst zu vermahlen. Schon im Frieden war es längst bei allen wirtschaftlich denkenden Landwirten der Brauch, die Frucht zu verkaufen, Mehl und Mahlprodukte zu kaufen und nur gelegentlich zur Mühle zu fahren. Darum wäre es keine Härte gewesen, wenn man die private Bohnmüllerei ganz eingestellt, die lokalen Mühlen durch die Anprovisionierungsausschüsse angefordert und nur noch behördlich vermahlen hätte. Statt dessen führte man den Mahlschein ein: Der Landwirt holt sich bei der Behörde auf Zeit, zumeist auf zwei Monate, den Mahlschein — ein ganz unnützer Verlust von Weg und Zeit — und fährt nun sechsmal des Jahres mit einigen Kilogramm Frucht zur Mühle, jeder Landwirt für sich: Welch ein Verlust von Arbeitszeit, welche Verschwendung von Fuhrwerk und Spannung! Der Müller kann wirtschaftlicher Weise so kleine Mengen nicht abgefondert vermahlen, das Mahlgut wird zusammengemischt, in einem vermahlen und der Landwirt erhält eine vereinbarte Menge von Mehl und Kleie — die individuelle Vermahlung ist sehr oft bloße Einbildung. Aber dieser Mahlschein ist der Anlaß unendlicher Durchstechereien geworden. Der Landwirt bringt etliche Scheffel Frucht mehr, als der Mahlschein ausweist, der Müller teilt sich mit ihm in den Mehlaufschlag, und beiden ist geholfen. Das ist nur eine der vielen Formen, in denen Frucht verschleppt wird. Viele Landmüller verforren auf Schleichwegen begüterte Familien auf dem Lande und selbst in der Großstadt mit Mehl zu sündhaften Preisen. So verschaffen sich die Landwirte draußen und die Bourgeois in den Städten die Möglichkeit ständigen Ueberverbrauchs. Die Vorschriften des Getreideregimes selbst bieten dazu die Handhabe und die § 14-Verordnung, die diese Regelung zuerst getroffen hat, trägt an diesen Mißständen die Hauptschuld. Man hat damals dem Absolutismus die gute Laune des Landoolkes sichern wollen, später aber fand man den Mut und die Kraft nicht mehr, diese Vorrechte abzustellen. Die Vertreter der Arbeiterschaft im Ernährungsrat haben vom Anbeginn immer das Verbot der Bohnmüllerei und die Einführung der Mehllarte für die Selbstversorger gefordert, immer vergebens. Und so kann es kommen, daß uns in den Städten im Jänner nicht einmal die zweihundert Gramm Mehl mehr zu Gebote stehen, während die draußen vor den Toren der Stadt weit größere, willkürlich hohe Mehlrationen bis zum August gesichert haben. Und dann will man uns einreden, es müsse so sein und wir müßten froh sein, daß es nicht noch schlimmer steht.

Wir haben diese Einzelheit herausgegriffen, um an ihr zu zeigen, auf welche Weise unser Ernährungsregime so gründlich verfahren worden ist. Hunderte solcher Beispiele könnten wir vorführen, vom ersten Schritt der Aufbringung bis zum letzten Schritt der Verteilung. Es genügt, bloß noch zu erinnern, daß sich der Arbeiter in seiner Werksküche für das in die Einbrenn verarbeitete Mehl die Mehllarte kürzen lassen muß, der Gast des vornehmen Restaurants jedoch nicht. Ein raffiniertes System von Hintertüren begünstigt auf der ganzen Linie die Besitzenden und Begüterten, fällt ihnen die Speise und den Teller und läßt den Volksmassen nichts als die lärgliche behördliche

Mation, ja dieses System bringt zum Schluß nicht einmal diese mehr auf. Die Beamten und Selbstversorger, die dieses System — zum Teil mit saurem Schweiß — handhaben, schöpfen unaufhörlich mit einem Siebe und bringen darum nichts auf als Tropfen. Alles Reden und Schreiben, woran es wahrlich nicht gefehlt hat, ist vergebens, auch das Parlament hilft dank seiner agrarisch-bürgerlichen Mehrheit nicht. Der Zustand, in dem wir leben, wäre heute arg, auch wenn wir gut verwaltet würden, so aber ist er in der Tat trostlos.

## Sch glaube, ja!

Der Präsident des gemeinsamen Ernährungsrates General v. Landwehr hat in der Konferenz der Vertreter Wiens mit drei Worten den Zustand unserer Ernährung ausreichend geschildert: Wenn man ihn frage, ob wir über Weihnachten hinaus gesichert sind, so antwortete er: „Sch glaube, ja!“ Diese Antwort ist in ihrer tödlichen Unbekümmertheit, in ihrer naiven Gleichgültigkeit echt österreichisch. In anderen Ländern, wo man auf das gesprochene Wort öffentlicher Funktionäre Gewicht legt, würde eine solche Redewendung ausreichen, den Sprecher unmöglich zu machen. Unsere Oeffentlichkeit regt sich darüber nicht sonderlich auf, denn sie vertritt zumeist Kreise, die durch den Schleichhandel und durch sonstige Vorschriftenwidrigkeiten versorgt sind und immer versorgt zu sein die Gewißheit haben. Auf die Massen jener, die auf den staatlichen Ernährungsdienst angewiesen sind, die heute schon in unerträglicher, in übermenschlicher Weise darben, wirkt diese Botschaft niederschmetternd. Sie läßt der Annahme Raum, daß selbst dieses wenige an Nahrung, das sie heute beziehen, das schon tief unter dem Mindestmaß des Lebensnotwendigen liegt, nicht einmal auf wenige Wochen gewiß und also für die ersten Monate des neuen Jahres ganz ungewiß ist. Diese Ungewißheit aber, das Bewußtsein dafür scheint den Leitern unseres Ernährungsdienstes ganz zu fehlen, droht doch das Hinsiehen der Eltern und das Hinsinken der Kinder, das bedeutet doch eine in der ganzen Geschichte vorbildlose Verklümmung eines ganzen Volkes! Und als Trost wird ihm gegeben: „Wenn auch unsere Ernährungsverhältnisse nicht befriedigend sind, so müssen wir doch im vierten Kriegswinter froh sein, daß es nicht ärger ist, als es gegenwärtig der Fall ist.“

Nein, wir sind dessen nicht froh — denn es ist nicht wahr, daß es so sein muß. Jedermann sieht es mit eigenen Augen und greift es mit Händen, daß es anders sein könnte und dürfte. Wohl, wir leiden Mangel an allem, uns stehen im vierten Kriegswinter nicht einmal die geminderten Vorräte des dritten Winters zu Gebote. Aber das hindert uns nicht im geringsten daran, in den Gastwirtschaften, wo die Vermögenden verkehren, seitenlange Speisekarten mit allen erdenklichen Gerichten zu füllen; nicht im geringsten, daß in den Privathäusern bis herab zum besseren Mittelstand ausgiebig getafelt wird; nicht im geringsten, daß die grundbesitzende Bevölkerung Mehl und Fett im Ueberfluß hat; nicht im geringsten, daß die oberen Zehntausend so leben, wie sie im Frieden gelebt haben! Und das bestimmt uns auch keineswegs, mit der staatsbürgerlichen Opfergleichheit im Kriege Ernst zu machen! Derselbe Bürgermeister Weiskirchner, der den Ministern das trostlose Bild der Wiener Ernährungsstände vorführt, denkt auch heute — wie seit Kriegsbeginn — nicht im entferntesten daran, seine Restaurateure, seine Fleischhauer, seine Lebensmittelgewerbe, seine guten Bürger mit „übertriebenen“ Forderungen zu beunruhigen. Die allgemeine Erscheinung, die sich heute mehr als je dem

sehr viel eingebildet worden; sie haben aber doch den Anbau ganz erheblich gefördert. Die Rationierung ist wegen der leichten Verderblichkeit nur in ganz beschränkter Maße durchführbar. Trotz starker Verlieferung der Marmeladenfabriken haben die Obstmärkte einigermaßen versorgt werden können.

Die Kartoffel hat eine günstige Ernte erbracht. Eine Erhöhung der Kartoffelration erscheint aber nicht angängig, damit der Winterbedarf der Industriezentren auf alle Fälle sichergestellt wird — bei den großen Transportverrichtungen keine leichte Aufgabe.

Die Zuckerrüben-ernte wird schätzungsweise gegen 180 bis 190 Zentner auf den Morgen (gegen 120 Zentner i. V.) bringen, so daß die Zuckerverlieferung sichergestellt ist. Der Zucker wird seine alte Rolle im Wirtschaftssplan behaupten und eine Lücke ausfüllen, die durch den Fettmangel entstanden ist. Dieser Fettmangel wird sich leider noch sehr viel mehr fühlbar machen. Bei der Fettgewinnung aus der Strohhalbinsel muß die Milchverfälschung vorangehen. Hier sind verschärfende Bestimmungen durch teilweise Weichnahme der Magermilch und Rationierung der Selbstverfälscher vorzulegen. Sehr zu wünschen ist die Durchführung der Fettgewinnung aus Schlachttönnen, wie sie hier in Hamburg vorbildlich organisiert ist. Das Ei wird mehr noch als bisher eine bescheidene Rolle in der Ernährung spielen. Die Geflügelhaltung geht infolge der Futtermittelverknappung gewaltig zurück. An Hühnern sind erhebliche Mengen der Volks-ernährung zugeführt worden. Es ist bei den gegebenen Schwierigkeiten — Beschlagnahme der Fischdampfer, Minengefahr — ein glänzendes Ergebnis, wenn die Fangquote 43 Prozent des Friedensstandes betragen.

Die Versorgung mit Fleisch ist in der bisherigen Menge gesichert. Schweinefleisch wird zwar so gut wie gar nicht zur Verfügung stehen, da es von der Heeresverwaltung beansprucht wird. Die Abschachtung der Spensfertel, die ja vielfach bedauert wird, muß weiter angestrebt werden. Das Schwein ist eine Gefahr für die Volksernährung. Es begünstigt auch die Seuche des Schleichhandels, der nicht scharf genug bekämpft werden kann. Gegen diesen Schleichhandel müssen wir mit aller Rücksichtslosigkeit vorgehen, auch wo es die Form des Tauschhandels annimmt.

**Senator Dr. Diestel**  
sprach sodann über  
die hampurger Kriegsverföorgung.  
Als Vertreter Hamburgs haben wir in Berlin die Aufgabe, unsere Wünsche zur Geltung zu bringen. Wenn es uns nicht immer gelingt, unsere Forderungen durchzusetzen, so liegt das meist an den widrigen Verhältnissen. Die Versorgung einer Stadt mit einer Einwohnerzahl von einer Million ist ganz außerordentlich schwierig. Wir bemühen uns un-  
ausgesetzt, mit den verschiedenen Schichten der Bevölkerung in Föhlung zu kommen. Wir haben den Verbraucherbeirat, und wir haben an allen Schulen Elternabende veranstaltet. Wenn die Verbraucher nicht selbst zu uns kommen, so greifen sie zur Feder und senden — häufig anonyme — Beschwerdebriefe. Wer an mich schreibt, den muß ich bitten, seinen Namen zu nennen, und wenn er noch so groß schreibt. (Gr. Heiterkeit.)  
Unsere Bevölkerung hat den Wunsch, mehr zu essen zu bekommen. Sie will mehr Brot, mehr Kartoffeln und mehr Fleisch. Wir können aber doch nicht mehr geben, als was uns zur Verfügung gestellt wird. Die Brot- und Kartoffelration ist vom Reich festgesetzt. So bekommen wir 8 Pfund Kartoffeln im Kopf der Bevölkerung zugewiesen. Es muß aber ein Pfund Schwund — das ist sehr wenig — abgerechnet werden, bleiben 7 Pfund. Wir geben aber nur 6½ Pfund, weil die Schwerarbeiter und die Kriegslöchenbesucher mehr bekommen. Besonders im argen liegt die Milchversorgung.

Wir haben in Hamburg die größte Sorge, die Milchmenge heranzuschaffen, die für unsere Säuglinge und Kranken nötig ist. Bisher war die Milch nicht beschlagnahmt. Ich höre heute, daß eine Milchverordnung, die eine Beschlagnahme der Magermilch vorsieht, in Vorbereitung ist. Bisher hat jede Stadt für sich sorgen müssen. Für Hamburg war diese Aufgabe ganz außerordentlich schwer. Ich habe schon manchmal den Gedanken gehabt, daß es mit der Milchversorgung Hamburgs noch schlechter werden könnte, wenn die kleinen Landleute, auf die wir doch angewiesen sind, einmal wegen des ewigen Scheiterns auf sie verdröcklich werden. Der kleine Landmann ist jetzt wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Seine frühere Freiheit ist zum Teufel gegangen. Von ihm verlangen wir heute, daß er wegen 20 oder 30 Liter Milch einen Weg von oft mehreren Kilometern macht. Die Landleute tun dasselbe, was andere auch tun, sie sorgen zunächst für sich, ihre Angehörigen und für das liebe Vieh. Auch bei ihnen hört der Patriotismus gelegentlich beim Geldebeutel auf. (Heiterkeit.) Wir sollten doch nicht so sehr mit Steinen werfen, denn wie mancher sitzt im Glashaufe. In bezug auf die Milchversorgung gehen wir wegen des starken Rückganges der Milchproduktion einem sehr ernsten Winter entgegen. Wir tun alles, um neue Versorgungsgebiete zu erschließen, wir haben in Hamburg und in der Umgegend eine große Zahl selbstgekaufter Kühe eingestelt, wir errichten auch eine Fabrik für die Herstellung von Milchpulver.

In bezug auf die Gemüseversorgung ist Hamburg nicht immer mit den von Berlin getroffenen Maßnahmen zufrieden gewesen. Im Frühjahr wurden die einzelnen Gemeinden ermächtigt, Gemüselieferungsverträge abzuschließen. Wir haben das auch getan und hatten schließlich so viele Verträge abgeschlossen, daß auf den Kopf der Bevölkerung 1½ Zentner gekommen wären. Da griff aber das Kriegsernährungsamt ein und erklärte: Ihr habt viel zu viel Verträge abgeschlossen. Das Gemüse kam dann vielfach nicht nach Hamburg, sondern nach Berlin. Wir erleben das jetzt wieder mit den Steckrüben. Wir brauchen diese Steckrüben notwendig für die Ernährung unserer großstädtischen Herde. Es ist nicht nur eine Frage des Transports, es ist eine Frage der Lebensmittelversorgung, daß wir die Herde aufrechterhalten, denn wir sind sehr auf sie angewiesen.

Unsere Fischversorgung liegt sehr im argen. Das Kriegsernährungsamt verfährt bei der Verteilung der Fische reichlich schablonenhaft, indem es gar nicht berücksichtigt, daß die küstländische Bevölkerung in weit höherer Maße auf die Fischnahrung angewiesen ist als die Binnenländer, die oft gar nichts Rechtes mit den Fischen anzufangen wissen. Das ist die Ursache, daß oft große Fischmengen verderben. (Sehr richtig.)  
Das Wort Ei hat bei uns schon einen fremden Klang. Zu Weihnachten wollen wir Eipulver verteilen, das sehr gut ist.

Der Schleichhandel hat wirklich einen erschreckenden Grad angenommen. Wie oft hat man es gesehen, daß ganze Scharen von Einwohnern abends mit einem strammgefüllten Rucksack, Kisten oder Kisten zu Dampf- oder Eisenbahn zurückkehrten. Wir haben eines Sonntags abends einmal einen Lauenburger Dampfer mit Schul-  
leuten überfallen, aber die Beamten wären bald über Bord geworfen worden. (Heiterkeit.) Die

Polizeibehörde hat bringen können, von einer solchen Verwendung der Beamten doch abzu-  
sehen, da ihr das Leben der wenigen Schul-  
kinder zu wertvoll sei. (Heiterkeit.) Auf den  
Bainhöfen verarbeitete Mäzzien zu unter-  
nehmen, ist einfach eine Unmöglichkeit.  
Der Schleichhandel ist das gefährlichste  
Uebel, an dem die deutsche Volksernährung  
heute leidet. Jeder einzelne muß zu seinem  
Teile sorgen, daß dieses Uebel beseitigt wird.

Trotzdem ist es, daß unsere Versorgung  
gegenwärtig besser aussieht, als vor einem  
Jahre. Die Protration betrug im  
vorigen Dezember 1800 Gramm (eigt 1920  
Gramm), die Kartoffelration nicht  
ganz 5 Pfund (heute 6½ Pfund), die  
Fleischration im vorigen Jahre 200  
Gramm (heute 250 Gramm). An Marmelade  
verteilen wir nur in der vorigen Weih-  
nachtswoche 250 Gramm, jetzt verteilen wir  
wöchentlich 200 Gramm. Nur Nahrungsmittel  
sind weniger da. Wir haben bisher alle vier-  
zehn Tage 80 Gramm verteilt; aber wir haben  
schon gehört, daß von Mitte Januar an die  
Nahrungsmittelration sehr erheblich steigen wird.  
Die Gesundheitsverhältnisse lassen nichts zu  
wünschen übrig. Wir alten Leute gehören frei-  
lich zur absterbenden Generation. Mögen wir  
dahingehen, wenn nur die Jungen bleiben. Wir  
haben vor allen Dingen eine günstige Sozialis-  
tischerblichkeit. Vielleicht haben die Kinder  
über 12 Jahre etwas unter der Ernährung zu  
leiden. Vom 10. Dezember an bequamen die  
Schulspeisungen wieder. Die Kinder  
von 12 Jahren an bekommen ½ Liter Essen  
nach Art der Zubereitung in den Kriegslöchen.  
Auf unsere Kriegslöchen können wir  
hoffen. Sie sind vorbildlich für ganz  
Deutschland geworden, und nur durch sie haben  
wir im vorigen Winter durchhalten können.  
Wir müssen zusammenhalten in jenem Geiste,  
der in dem Dichterwort zum Ausdruck kommt:  
Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
in keiner Not uns trennen und Gefahr. (Be-  
stimmter Beifall.)

Es folgte eine längere Aussprache, in der  
eine ganze Anzahl Anfragen von den Res-  
pondenten beantwortet wurden. Nach mehr als  
vierstündiger Dauer schloß der Vorsitzende, Ver-  
bandssekretär Dietz, die interessante Ver-  
sammlung.

H. Heber die Lebensmittelversorgung  
Vergedorfs sprach in einer hart be-  
suchten öffentlichen Versammlung, die vom  
Sozialdemokratischen Verein und vom Ge-  
werkschaftskomitee einberufen worden war, Rat-  
mann Biesner, M. d. B. Der Redner  
schilderte zunächst die Schwierigkeiten einer aus-  
reichenden Ernährung, mit denen der hiesige  
Magistrat den hampurger Verwaltungsbehörden  
und auch der Reichsstelle gegenüber zu kämpfen  
hat. Eine umfassendere Rationie-  
rung aller Bedarfsartikel könnte die bestehen-  
den Versorgungsschwierigkeiten wesentlich be-  
sänftigen. Auch eine schärfere Erfassung  
aller Lebensmittel sei dringend ge-  
boten. Die Verordnungen, die zum Schutze der  
Verbraucher erlassen würden, erfolgten in der  
Regel viel zu spät. Auch eine Mitwirkung der  
Bevölkerung mit Beschlußrecht bei Verwaltungs-  
fragen der Lebensmittelversorgung müßte ge-  
fordert werden. Ebenso müßte gegen  
Wucher und Schleichhandel mit den  
schärfsten Mitteln vorgegangen werden. In der  
Aussprache forderte Frau Vernehl, die dem Be-  
rat der Landherrenschaften angehört, daß vor  
allen Dingen an das Gewissen der produzierenden  
ländlichen Bevölkerung appelliert werden  
müßte, um diese zu veranlassen, den Ueberfluß  
ihrer Erzeugnisse an die Stadtbevölkerung ab-  
zuführen. Auch die Presse müßte immer wieder  
Veranlassung nehmen, hierfür energisch einzu-  
treten. Zum Schluß wurde einstimmig eine  
Entschöpfung im Sinne des Vortragenden an-  
genommen.

11./XII. 1917

## Krieg und Wirtschaft. Der Stand und die Aussichten unserer Lebensmittelversorgung.

In einer hart besuchten Versammlung von  
hampurger Genossenschaftlern  
sprach am Sonntag Direktor Dr. Alster  
vom Kriegsernährungsamt in Berlin und Se-  
nator Dr. Diestel, der Leiter des hamp-  
burger Kriegsernährungsamtes, über Ernäh-  
rungsfragen.

Als Erster sprach  
Direktor Dr. Alster

über

Stand und Aussichten der Lebens-  
mittelversorgung in Deutschland.

Er sagte im wesentlichen: Die Erfahrungen  
haben uns gelehrt, daß eine durchgreifende  
Organisation der Erzeuger durch  
genossenschaftliche Bindung und  
ihre Eingliederung in die Kriegswirtschaft not-  
wendig ist. Es muß mit allen Mitteln versucht wer-  
den, einem Rückgang der Produktion entgegen-  
zuwirken. Es muß angestrebt werden, die An-  
bauflächen von Getreide und Gemüse noch  
mehr zu vergrößern. Die Rindviehbestände  
müssen möglichst erhalten werden, während die  
Schweinehaltung so weit wie irgend möglich  
eingeschränkt werden muß. Der Stand der  
Produktion ist in diesem Erntejahr in der Ge-  
samtheit günstig genug, daß die Ernäh-  
rung sichergestellt ist.

Das Rückgrat der Kriegswirtschaft ist die  
Brot- und Kartoffelversorgung.  
Die Protration ist so bemessen, daß ein Durch-  
halten bis zur nächsten Ernte gewährleistet ist.

Der Frühbruch hat beträchtliche Mengen  
Hafer und Gerste ertraben, die zur Her-  
stellung von Nahrungsmitteln verwendet wer-  
den. Diese werden bei der guten Kartoffel-  
ernte noch zurückgehalten. Von Januar  
an kommen sie aber zur Verteilung,  
und zwar für den Kopf der Bevölkerung 200  
Gramm wöchentlich. Die Sonderzuweisungen  
an Kranke und Kinder müssen allerdings in  
Abzug gebracht werden. Es ist eine Erhöhung  
der für die Herstellung von Getreide-  
kaffee und Malzextrakt bestimmten  
Getreidemengen beabsichtigt. Der Malzextrakt  
soll die fehlende Milch ersetzen. An Hafer  
bleiben nur geringe Mengen nach Verteilung  
des Heeresbedarfs. Der verbleibende Hafer  
ist nur für landwirtschaftliche und gewerbliche  
Verwendung bestimmt. Hälftenkrücker stehen  
ausdrücklich dem Heer und für die Schwer-  
arbeiter zur Verfügung.

Ein besonders schwieriges Kapitel war die  
Gemüse- und Obstversorgung.  
Gegen das System der Lieferungsverträge ist

ist Hamburg nicht immer mit den von Berlin  
getroffenen Maßnahmen zufrieden gewesen.  
Im Frühjahr wurden die einzelnen Gemein-  
den ermächtigt, Gemüselieferungsverträge abzuschließen.  
Wir haben das auch getan und hatten schließlich  
so viele Verträge abgeschlossen, daß auf den Kopf  
der Bevölkerung 1½ Zentner gekommen wären.  
Da griff aber das Kriegsernährungsamt ein und erklärte:  
Ihr habt viel zu viel Verträge abgeschlossen.  
Das Gemüse kam dann vielfach nicht nach Hamburg,  
sondern nach Berlin. Wir erleben das  
jetzt wieder mit den Steckrüben. Wir  
brauchen diese Steckrüben notwendig für die  
Ernährung unserer großstädtischen Herde.  
Es ist nicht nur eine Frage des Transports, es  
ist eine Frage der Lebensmittelversorgung,  
daß wir die Herde aufrechterhalten, denn  
wir sind sehr auf sie angewiesen.

Unsere Fischversorgung liegt sehr im argen.  
Das Kriegsernährungsamt verfährt bei der Verteilung  
der Fische reichlich schablonenhaft, indem es gar nicht  
berücksichtigt, daß die küstländische Bevölkerung in  
weit höherer Maße auf die Fischnahrung angewiesen  
ist als die Binnenländer, die oft gar nichts Rechtes  
mit den Fischen anzufangen wissen. Das ist die  
Ursache, daß oft große Fischmengen verderben.  
(Sehr richtig.)

Das Wort Ei hat bei uns schon einen fremden  
Klang. Zu Weihnachten wollen wir Eipulver  
verteilen, das sehr gut ist.

Der Schleichhandel hat wirklich einen erschreckenden  
Grad angenommen. Wie oft hat man es gesehen,  
daß ganze Scharen von Einwohnern abends mit  
einem strammgefüllten Rucksack, Kisten oder  
Kisten zu Dampf- oder Eisenbahn zurück-  
kehrten. Wir haben eines Sonntags abends  
einmal einen Lauenburger Dampfer mit Schul-  
leuten überfallen, aber die Beamten wären bald  
über Bord geworfen worden. (Heiterkeit.) Die

Dr. Josef Ritter v. Böhm-Bawerk im Alter von 75 Jahren gestorben. Der Verbliebene, ein Vetter des vor einigen Jahren verstorbenen Ministers Eugen v. Böhm-Bawerk, war längere Zeit Gerichtsvorstand in Sechshaus, kam dann an das Wiener Landesgericht in Strafsachen und wurde bald nach Holzingers Tode Vizepräsident. Im Jahre 1907 trat er in den Ruhestand.

\* (Ernst R. v. Dombrowski †.) Aus Graz, 13. d., wird uns gemeldet: Heute ist hier der Schriftsteller Ernst Ritter von Dombrowski im 56. Lebensjahre gestorben. Er hatte sich als Jagdschriftsteller einen Namen gemacht, mehrere Bände guter Jyrit geschrieben und sich auch als Dramatiker versucht. Sein jüngstes Werk wurde vom Burgtheater zur Aufführung erworben. Durch mehrere Jahre wirkte Dombrowski als Schauspielkritiker des „Grazer Tagblatt“.

\* (Tod auf dem Felde der Ehre.) Heute um 1 Uhr nachmittags werden von der Einsegnungshalle des Zentralfriedhofes aus eingeseget und im Helbengräbern beigelegt: der infolge Verwundung am Kriegsschauplatz verstorbene Hauptmann Franz Nicol des Infanterie-Regiments Nr. 59 und der infolge Erkrankung am Kriegsschauplatz verstorbene Oberleutnant Karl Friß des Landsturm-Infanterie-Regiments Nr. 1.

## Tagesneuigkeiten.

### Der Meldezettel als Dokument.

Im Weltkriege sind viele Menschen und Sachen zu einem Ansehen gelangt, welches niemand erwartet hätte. Zu den größten unpersonlichen Kriegsverdienern gehört unstreitig auch der politische Meldezettel. Man mag zu jeder Kommission, jedem Amt, jeder Verteilungsstelle kommen — die Kommissariate ausgenommen — überall prangt uns die Aufschrift entgegen: „Der Meldezettel ist mitzubringen!“ Und wenn dieses Verlangen da und dort nicht von einer Tafel abzulesen ist, so wird es sicherlich sofort mündlich gestellt, sobald wir auch nur die Lippen zur ersten Frage öffnen. Man erhält keinen Einkaufsschein ohne Vorweisung des politischen Meldezettels, denn die Brotkommission knüpft die Ausfolgung unerbittlich an den Besitz dieses Schriftstückes. Und so oft wir Seife, Mehl, Brot, Zucker, Kartoffel, Fett usw. usw. wünschen, immer schallt es uns entgegen: „Wo ist der Meldezettel?“ Wir benötigen warme Kleider, schützende Unterwäsche, gestrickte Wollhandschuhe und treten bei der Bedarfsprüfungs-kommission ein, d. h. wir schicken uns an, die Saaltüre zu öffnen; aber siehe da, an derselben hängt wie ein Mene Teles ein Stück Pappdeckel, von welchem uns die Stammschrift entgegenruft: „Der Meldezettel ist unbedingt mitzubringen!“ Der Armeerrat läßt mit sich nicht verhandeln, wenn man ihm nicht den Meldezettel vorzeigt, und weil die städtischen Behörden ein derartiges Gewicht auf ihn legen, tun es die privaten Verteilungsstellen, die Konsumvereine, die Wohltätigkeitsinstitute, ja sogar manche Verwaltungen auch.

Der Meldezettel wird von allen diesen Körperschaften zu einem Range emporgehoben, der ihm durchaus nicht gebührt. Er wird zu einem Dokument erklärt, welches er niemals war, ist und sein soll. Es wird ihm eine Beweisraft beigegeben, die er nicht hat, denn er ist ein Schriftstück, welches nur einen Beweis liefert: nämlich den, daß es an einem bestimmten Tage präsentiert worden sei. Mehr sagt die amtliche Stampiglie, die wir auf ihm finden, nicht. Sie deutet weder die Identität, noch die Wichtigkeit der Adresse, sondern bildet bloß für den zur Anmeldung gesetzlich verpflichteten Quartiergeber einen Beleg dafür, daß er die vorgeschriebene Frist eingehalten habe, beziehungsweise für die Polizei und das Gericht den Beweis, daß dem ersteren kein Verschulden zur Last liege. Bei der Ueberreichung auf der Wachtube oder in den verschiedenen Meldungsämtern wird nicht vorerst geprüft, ob der zur Anmeldung Gelangende so heißt, solche Personalbaten besitzt, ja nicht einmal, ob er wirklich dort Wohnung genommen hat. Eine derartige Prüfung findet erst nachher statt und auch da nur im Falle aufgetauchter Zweifel. Der Fälscher wird allerdings der gerichtlichen Ahndung zugeführt, vorausgesetzt, daß man ihn findet, denn nicht immer ist der Verpflichtete auch der Schuldtragende. Wenn z. B. ein neuer Mieter den ihm vom Quartiergeber vorgelegten Meldezettel unrichtig ausfüllt, kann man den Vermieter doch nur dann verantwortlich machen, wenn er wußte, daß der Meldezettel falsche Angaben enthalte.

Die Polizei selbst betrachtet daher den Meldezettel weder als eine Legitimation, noch als Wohnungsbestätigung, sondern pflegt dort, wo sie zur Ausstellung einer solchen verpflichtet ist, wie bei Hochzeitswerbem (sechswöchentliche Sechshaftigkeit wegen des Aufgebotes) oder rücksichtlich des Wahlrechtes, jedesmal Erhebungen oder sie verlangt die Mitbringung zweier glaubwürdiger Zeugen.

Jedes andere Schriftstück hat also größeren Wert als der Meldezettel; z. B. ein Heimatschein, ein Laufschein, ein Zeugnis. Allerdings gestatten auch diese Dokumente einen Mißbrauch: man kann sie fälschen, veruntreuen, stehlen, herauslocken; doch gelangt man weit umständlicher in ihren Besitz als in den eines Meldezettels, weil man diesen sofort in beliebiger Zahl herstellen und ihm die amtliche Stampiglie verschaffen kann.

Wenn wir nicht irren, waren es die Brotkommissionen, welche den Meldezettel zu so unerdienter Ehre brachten, da sie neben ihm kein anderes Dokument verlangten, so daß sie also nicht einmal wissen, ob der Ueberreicher überhaupt so heißt und nicht bloß die Wohnung, sondern auch seinen „Namen“ erfunden hat.

Diese Stellungnahme läßt nun einen sehr verderblichen Einfluß, unter dem die Brotkommissionen selber und mittelbar natürlich auch die Allgemeinheit schwer leiden. Es werden nämlich, um mehr Lebensmittelkarten zu erhalten, die Meldezettel in Massen gefälscht. Neulich wurde eine Frauensperson angehalten, die sich an einem einzigen Tage nicht weniger als sechsmal „angemeldet“ hatte. Jedesmal natürlich in einem anderen Rayon, beziehungsweise Bezirk und unter einem anderen Namen. Alle sechs Adressen und Namen waren falsch. Man kann sich vorstellen, welche Gefahr in einem derartigen Massenbetrieb liegt, zumal bei der jetzigen Lebensmittelnappheit. Und da jede Hausfrau gewöhnt ist, dormalen zu allen Tageszeiten wie einen Universalschlüssel den Meldezettel und nur den Meldezettel als Legitimation bei sich herumzutragen, so schwört sie auch auf seine Wichtigkeit und Beweisraft, wenn er ihr selber präsentiert wird. Die verächtlichsten Lebensmittelschwindler „legitimieren“ sich sämtlich und ausnahmslos mit ihrem Meldezettel, und wenn sie das ausgetrorene Opfer besonders in Sicherheit wiegen wollen, so überlassen sie ihn dem

22



# Waldow

Politik  
der Stände



Fernsprecher: Amt Zentrum 12371—12377; (Verbindung mit den einzelnen Abteilungen durch die Hauptstelle).

37. Jahrgang

## n in Oberitalien.

### Der Stich in die Eiterbeule.

Wunderbar: Monat für Monat, Tag für Tag erlebten wir am eigenen Leib und Magen die Leichenräuberei des Kriegswuchers mit, und jetzt, da die Eingabe des Neuköllner Magistrats an das Kriegsernährungsamt, die Herr v. Waldow vergebens mit dem Druck der Zensurgewalt zu erdrücken suchte, uns auf den Tisch kommt, wundern und entrüsten wir uns darüber, wie über etwas Funtelnagelneues. In Wirklichkeit bedeutet diese Denkschrift doch nur ein Blatt Buchführung über das, was wir alle längst wußten, sahen, an unseren knurrenden Magenwänden und unseren mageren Geldbeuteln fühlten.

Erinnern wir uns des Sommers: Auf allen Berliner Bahnhöfen sahen wir alle die Massen von Kirschen und Erdbeeren, für die Höchstpreise festgesetzt waren. Wer hat sie bekommen, gegessen, eingeweckt? War es möglich, etwas davon zu bekommen? Welche Wege gingen sie? Ein öffentliches Geheimnis. Vadite ad superos, transite ad inferos! Fragt die Werderschen, die sie verschleppten! Fragt die drallen Spreewälberinnen, wohn sie mit hochbepackten Kiepen zogen! Fragt die Köchinnen im Grunewald! Oder ist in diesem Jahre kein Weißkohl gewachsen und kein Rotkohl? Keine Möhren, keine Zwiebeln? Aber massenhaft. Wo sind sie geblieben? Wo bleiben sie? Wußten wir's nicht alle? Wissen wir's nicht alle? Und wundern uns doch über die Neuköllner Denkschrift?

Hatten wir uns nicht in das Uebel und Unwesen mit satolischer Ergebenheit schon zu Zeiten des Herrn v. Batocki eingemohnt und eingelebt? Jahrelang hatte man wider den Stachel zu löden versucht, jahrelang sich die Finger wund geschrieben mit Ermahnungen, Warnungen, Ratschlägen. Schließlich war man an der Hartnäckigkeit der verschiedenartigsten Widerstände, an der abweisenden Ueberheblichkeit der Bürokratie ermüdet. Es sei nur an eine Bosse in der Tragödie, an die Vorgeschichte der Butter- und Fettrationierung und deren Höchstpreise erinnert, bei der seinerzeit der große Reformminister der Fortschrittler, Herr Drews, eine so heitere Rolle spielte. Gift und Galle spien die Blätter der Linken über Herrn v. Batocki. Da kam Herr v. Waldow, und sie weinten Herrn v. Batocki bittere Tränen nach. Batocki hatte uns mit Ruten gezüchtigt, aber Waldow züchtigte uns mit Skorpionen. Im Abgeordnetenhaus hörte man sozialdemokratische Redner von der Aera Batocki wie von einem goldenen Zeitalter reden. Und gleich darauf las man denn im „Vorwärts“ die Neuköllner Denkschrift und Betrachtungen darüber unter den angenehmen Fettdrucküberschriften „Zusammenbruch des Systems Waldow“ und „Die Volksausplünderer an der Arbeit“.

Von rechts und links treten nun die bestellten Anwälte für ihr: Klienten vor. „Kreuztg.“, „Deutsche Tagesztg.“, „Deutsche Ztg.“ suchen die Ankläger auf der Linken mit Verteidigerpathos und Gegenanfragen zu überbieten. „Unseres Erachtens“, sagt die „Kreuztg.“ zu der Neuköllner Anklageschrift, „ist das eine Anklage, die nicht das Ernährungsamt, sondern die städtischen Verwaltungen trifft, die sich durch Zahlung von Ueberpreisen nicht nur strafbar machen, sondern auch diesen illegitimen Handel begünstigen und geradezu großzügigen. Deshalb ist es nur in der Ordnung, daß gegen den Oberbürgermeister von Krefeld Strafantrag gestellt ist, weil die Stadt Gänse zum Preise von 6,80 M. das Pfund bezogen und abgegeben hat. ... Wenn der Stadt Neukölln von Schiebern in großem Umfange Angebote auf Lieferung von Saatgut zur Verwendung als Lebensmittel ohne Saatschein zugegangen sind, so war sie ebenfalls verpflichtet, diese Tatsache zur Anzeige zu bringen. Unterläßt man diese Mitarbeit an der Bekämpfung eines Mißstandes, so verliert man damit doch auch das Recht, sich über ihn zu beklagen.“

Sehr wohl gesprochen, Cato. Aber die Krefelder und die Neuköllner haben eben gelernt, daß die Gänse, die man für acht Mark das Pfund kriegt, besser schmecken als die, welche man für fünf Mark nicht kriegt. So einfach läßt sich dieser Spieß denn doch nicht umdrehen. Zu seinem Vergnügen und Vorteil zahlt doch niemand einen Taler statt einer Mark. Die Hauptschuld sitzt doch zweifellos dort, wo der Hauptvorteil sitzt, und der sitzt doch bei dem, der den Taler kriegt, nicht bei dem, der ihn gibt. Nein, so einfach, wie der Cato der „Kreuzzeitung“ die Sache darstellen möchte, ist sie nicht. Und wenn die „Deutsche Zeitung“ freudig den Zusammenbruch des Kriegssozialismus feststellt, um damit jedweden Sozialismus zu brandmarken, so ist das denn doch eine starke Verschiebung der Tatbestände. Ist es wirklich der Gedanke des Kriegssozialismus, der mit dem „System Waldow“ zusammenbrach? Das „System Waldow“ — wenn man da von System sprechen darf — war doch in Wahrheit getragen von heimlicher Gegnerschaft gegen den Kriegssozialismus. Es lief doch — nehmt alles nur in allem — darauf hinaus, das System Batocki, das selbst ein immer noch sehr lüdenhaftes, stüchthafes, darum unzulängliches und immer mehr versagendes System von

18

28

## Die hungernde Welt.

Der Reichskanzler hat den Führern der Reichstagsparteien mitgeteilt, daß ihm der Kaiser das Mandat zum Abschluß der Friedensverhandlungen erteilt habe. Staatssekretär v. Kühlmann, vom Kanzler als Unterhändler bestellt, besprach bereits mit den Abgeordneten die allgemeinen Richtlinien, in denen die Friedensverhandlungen geführt werden sollen. Der englische Minister Balfour aber hat soeben gesagt, daß es noch immer dringender sei, über die Kriegsmethoden zu sprechen als über die Kriegsziele. Im Westen also hört man noch nichts von einem, der das Mandat hätte, über den Frieden zu verhandeln...

In Italien herrscht Not an Brot und Kohle; in England kündigt der Nahrungsmittelkontrollor an, man werde Entbehrungen ertragen müssen, es herrsche Mangel an Butter, Speck, Margarine und Fleisch, die Weizenbörre seien geringer geworden. Zwangsrationierungen würden notwendig werden; in Frankreich rechnet der Ernährungsminister der französischen Kammer vor, daß von den 52 Millionen Meterzentnern Brotagetreibende die Frankreich vom 1. August dieses Jahres bis zum 1. August des nächsten Jahres brauche, 36 Millionen Meterzentner fehlen. 4.800.000 Meterzentner müßte man monatlich einführen, aber der Schiffsraum sei völlig ungenügend. England und die Vereinigten Staaten fordern eine Rationierung. Die Vorräte der Armee seien ungenügend. Der Mangel an Hafer sei beunruhigend, die Zahl der Armeepferde werde herabgesetzt werden müssen. Der Zucker, der

Benzinverbrauch und die Kartoffelration müßten eingeschränkt werden. Er müsse überhaupt die schärfsten Einschränkungsmaßnahmen ergreifen.

Das sind die Nachrichten der letzten Stunden. Wir kennen den Text und die Melodie dieser Klagelieder nur zu gut, und sind weit entfernt davon, die Not der anderen Völker, obgleich sie heute noch gegen uns stehen, mit bloßer Schadenfreude zu betrachten. Genugtuung darüber zu empfinden, daß nicht nur wir, sondern auch sie Entbehrungen leiden und sich schärfste Einschränkungen gefallen lassen müssen. Daß es uns schlecht geht, gehört zur Kriegsmethode unserer Gegner, sie haben die Aushungerung ganz offiziell unter die Waffen eingereicht, durch die sie uns zu Boden ringen wollen. Das war ihr Herüberziehen. Aber sie haben vergessen, daß auch hinüber geschossen wird. Es zeigt sich nun, daß die Notwehrmaßregel des U-Bootkrieges, die wir anwenden mußten, durchaus nicht wirkungslos geblieben ist. Aber es sind gar nicht die Torpedos unserer U-Boote allein, so wenig wie es ausschließlich die Seesperre unserer Geener ist, die die Welt auf beiden Seiten so ausgehungert hat. Der Krieg selbst ist es, seine Fortdauer an und für sich. Sein Hunger, der Menschen und Güter verschlingt, gibt die Welt dem Hunger preis. Immer mehr Kräfte in allen Weltteilen werden insbesondere der Landwirtschaft entzogen, nicht nur in Europa, sogar schon in Amerika mangelt es an Arbeitskräften zur Bearbeitung des Bodens, und man muß sich auch schon dort prüfen mit Ausfuhrverboten beschäftigen. Je länger der Krieg dauert, je mehr er an Gütern vernichtet, je mehr Menschen er auffrischt, je hartnäckiger er den Verkehr verhindert, desto unergiebiger wird der Boden überall; auch der hungert nach Dünger und nach richtiger Bearbeitung. Die Verlängerung des Krieges also, weil er sich immer noch nicht so entschieden hat, wie man es bei unseren Feinden wünscht, unterstützt die Arbeit unserer U-Boote gerade bei den Kriegverlängerern. Während der Krieg nutzlos und ziellos verlängert wird, geht die Welt einer Verelendung entgegen, die aller Kriegsziele spottet.

Mit diesen Erwägungen erledigt sich aber auch der wahnwitzige Gedanke der Fortsetzung

des Krieges nach dem Kriege, der wirklich mephistophelische Einfall, auch im Frieden einander nicht bei der Heilung der Wunden, beim Wiederaufbau des Zerstörten, bei der Erneuerung der Kultur zu helfen, sondern nur die eine Nüstung mit der anderen zu vertauschen und den wirtschaftlichen Hungerkrieg weiterzuführen, bis der Hunger aufs neue alles Völkerrecht zerreißen und in einem neuen Krieg Rettung vor sich selbst suchen müßte. Dieser Gedanke, daß der Friede, nach dem die ganze Welt hungert, wieder kein Friede sein soll, ist völlig unerträglich. Völker und Staaten sind auf Gegenseitigkeit angewiesen. Der Zustand des Krieges, in dem der Wille zum gegenseitigen Zusammenarbeiten aller für die Verbesserung des Wohlergehens und des geistigen Fortschrittes aller vorübergehend in den Furor gegenseitiger Schädigung verwanbelt wird, muß endlich von allen als widernatürlich, dem Menschheitsgedanken widersprechend, erkannt werden. Wir sind nicht da, um einander auszuhungern, sondern um alle daran zu arbeiten, damit endlich einmal alle wieder satt werden können.



21. XI. 1917

16  
43

## Zur praktischen Durchführung einer Herabsetzung des Rindviehbestandes.

Von G. Detelshofen.

Die in der Ausführung begriffene Anpassung des Viehbestandes an die vorhandenen erlaubten Futtermittel ist bei den Schweinen verhältnismäßig leicht praktisch durchführbar, weil diese sich außerordentlich schnell vermehren und es zur Erhaltung der Zukunftsaussichten im Notfalle genügt, ein bis zwei Millionen Zuchtschweine durchzuhalten.

Nicht so einfach ist die Herabsetzung des Rindviehbestandes. Das Rindvieh vermehrt sich im Verhältnis zum Schwein nur langsam und hat bis zu seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit eine Entwicklung von zwei bis drei Jahren nötig. Auch kommt in Betracht, daß das Rindvieh im Unterschied vom Schwein sich zum großen Teil von Gras, Klee, Heu und sonstigen Futterpflanzen ernährt, die zur menschlichen Ernährung nicht geeignet sind. Dieser Gesichtspunkt darf jedoch nicht übersehen werden. Er trifft unbedingt zu, soweit es sich um absolutes Grasland handelt, also bei Wiesen und Weiden, die zur Erzeugung von Getreide, Kartoffeln und Gemüse wegen zu großer Feuchtigkeit oder wegen ihrer sonstigen Beschaffenheit nicht verwandt werden können, hat dagegen keine unbedingte Berechtigung bei solchen Graslandbereichen, die jederzeit in brauchbares Ackerland umgewandelt werden können, und die vielleicht auch früher Ackerland gewesen sind. Ebenso trifft dieser Gesichtspunkt nicht unbedingt für diejenigen Futterpflanzen zu, welche das eigentliche Ackerland hervorbringt. Die Wirtschaftlichkeit der Fruchtfolge bringt es zwar mit sich, daß in gewissem Verhältnis Futterpflanzen angebaut werden müssen, aber das schließt nicht aus, daß bei zu großem Rindviehbestand einerseits und bei unzulänglichen Höchstpreisen für Brotgetreide andererseits der Anbau von Futterpflanzen auf Kosten des Getreideanbaus vergrößert wird. So mag mancher Landwirt, der nach dem Fortfall der Einfuhr des Kraftfutters seinen Rindviehbestand nur kaum noch durchhalten kann, geneigt sein, seine Getreideanbaufläche um 5 oder 10 Prozent zu verringern und die freigewordenen Flächen mit Futterpflanzen zu bestellen. Bei den abnehmenden Heilbarerträgen ist aber jede Verringerung der Getreideanbauflächen verhängnisvoll, und es muß im Gegenteil eher auf eine Vermehrung des Getreideanbaus hingewirkt werden. Die Verantwortung für eine Abnahme der Getreideanbauflächen trifft allerdings nicht den einzelnen Landwirt, sondern die Organisation, welche auf der einen Seite unzulängliche Getreidepreise festsetzt und auf der anderen Seite durch Aufzuchtgebote und Schlachtungsverbote den Rindviehbestand künstlich gehoben hat. Es kommt hinzu, daß in der Landwirtschaft die Meinung weit verbreitet ist, daß das Rindvieh nach Friedensschluß noch weiterhin sehr erheblich im Preise steigen werde, und daß daher die Aufzucht von Rindvieh eine sehr gute Kapitalanlage sei. Für die Gegenwart führt dies zu dem höchst unerfreulichen Ergebnis, daß der Viehhalter während des Krieges mehr auf eine extensive als auf eine intensive Bewirtschaftung des Viehbestandes bedacht ist, und daß infolgedessen die Fleisch- und Milchherzeugung für die Gegenwart in den Hintergrund tritt. Begünstigt wird diese extensive Richtung durch die anwachen Höchstpreise für Fleisch, Milch und Milchprodukte, welche bei der stark gesunkenen Kaufkraft des Geldes zu niedrig sind, um einen Anreiz zu einer intensiven, auf Fleisch- und Milchherzeugung gerichteten Bewirtschaftung des Viehbestandes zu geben. An sich wäre durch die Verteilung der vorhandenen erlaubten Futtermittel auf eine geringere Kopfzahl von Tieren eine beträchtliche Erhöhung der Fleisch- und Milchherzeugung zu erzielen, wenn sich auch infolge des fehlenden Kraftfutters nicht die früheren Höchstleistungen erreichen lassen. Die heimischen Futtermittel sind keineswegs minderwertig, was ja schon daraus hervorgeht, daß sich im Sommer allein schon durch Grünfütter ohne jede Beigabe von Kraftfutter gute Resultate erzielen lassen. Gutes Biofen- und Kleeheu hat einen hohen Eiweißgehalt, der bei künstlicher Trocknung bis zu 12 Prozent beträgt, gegenüber einem Eiweißgehalt des Roggens von 9 bis 10 Prozent. Ebenso haben die Futterrüben einen hervorragenden Nährwert. Aber infolge zu niedriger Höchstpreise für Milch und Milchprodukte hat der Viehhalter nicht das nötige wirtschaftliche Interesse an einer großen Milchherzeugung. Man könnte man glauben, daß gerade niedrige Höchstpreise für Milch und Fleisch selbsttätig zu einer Herabsetzung des Rindviehbestandes führen müßten. Das ist aber jetzt während des Krieges in Wirklichkeit nicht der Fall, weil sich das Rindvieh bei seiner langen wirtschaftlichen Lebensdauer, die 8 bis 10 Jahre beträgt, im Unterschied vom Schwein, dessen wirtschaftliche Lebensdauer nur etwa ein Jahr beträgt, sehr zur Kapitalreserve und zur Spekulation auf eine bessere Zeit eignet. Der Landwirt, der seine Erträge in Rindvieh anlegt, rechnet von einem Vierteljahr zum andern mit dem Eintritt des Friedens und verspricht sich von seinem Rindviehbestande alsdann besonders gute Erträge. Sein einzelwirtschaftliches Interesse ist daher während des Krieges in erster Linie auf das Durchhalten und die Aufzucht von Rindvieh, also auf extensive Bewirtschaftung, gerichtet. Die Milchproduktion dient nach Befriedigung der Bedürfnisse des eignen Haushalts zum großen Teil zur Viehaufzucht, der Verkauf der Milch und der Milchherzeugnisse nimmt dagegen bei unzulänglichen Höchstpreisen vielfach den Charakter einer Zwangsablieferung an, auf deren Steigerung der Viehhalter naturgemäß nicht bedacht ist. Hierdurch aber gerät das einzelwirtschaftliche Produzenteninteresse in einen schädlichen Gegensatz zum Allgemeininteresse. Diesen Gegensatz kann man nicht einfach durch den Polizeistock ausgleichen, sondern eine vorausschickende Organisation muß Maßnahmen treffen, welche das Produzenteninteresse nach Möglichkeit in Parallele mit dem Gesamtinteresse erhalten. Hätten wir überhaupt keine Höchstpreise für Milch und Milchherzeugnisse, so würde die Ablieferung dieser Nahrungsmittel weit reichlicher sein und überhaupt nicht zu einer Zwangsablieferung werden. Ein Nichteingreifen der Staatsbehörde würde aber andererseits die Folge haben, daß sich die weniger bemittelten Volkskreise wegen des zu hohen Preises mit Milch und Milchherzeugnissen nicht versorgen könnten. Der nächstliegende Ausweg wäre, daß die Allgemeinheit für die breiten Massen Nahrungsmittel kauft und sie an die ärmere Volkskreise mit einem gewissen Verlust abgibt, ein Verfahren, das die Engländer bevorzugt, und das dem deutschen System, welches durch Hunderte von Verordnungen eine Zwangsablieferung zu niedrigen Preisen herbeizuführen sucht, nationalwirtschaftlich aus dem Grunde überlegen ist, weil das deutsche System das einzelwirtschaftliche Produktionsinteresse in unrichtige Bahnen lenkt. Allerdings verursacht das englische System dem Staat außerordentlich hohe Kosten, aber auch das deutsche Zwangssystem ist nicht billig und hat dazu den Nachteil, eine allgemeine Verärgerung hervorzurufen. England läßt die entstehenden Kosten über das nationale Generalkontostkonto laufen, indem es sie einfach als Kriegskosten verrechnet. In Deutschland suchen manche Städte den Schaden unzulänglicher Höchstpreise durch Gewährung von besonderen Produktionsprämien zu verhindern, wodurch statt des Staates der Stadtkäse belastet wird. Zur Vermeidung solcher Kosten für den Staat oder die Kommune ist indessen noch ein Mittelweg gangbar. Man beschlagnahme bei den Erzeugern einen Teil der Nahrungsmittel, um den dringenden Bedarf der breiten Masse zu decken, zähle hierfür einen mäßigen Preis, gebe aber im übrigen diese Nahrungsmittel frei. Die Erzeuger erhalten dann durch die höheren Preise, die sie für den Rest erhalten, einen Ausgleich für die mäßigen Beschlagnahmepreise, und weder der Staat noch die Kommunen werden durch die höheren Durchschnittspreise belastet. Bei dem heutigen System der Zwangsablieferung von Milch erhält, so wollen wir beispielsweise annehmen, eine Großstadt täglich 30 000 Liter Vollmilch zu einem bestimmten Höchstpreise. In der für die Milchversorgung in Betracht kommenden Umgebung der Stadt sind 10 000 Milchkuhe vorhanden, so daß die Stadt von jeder Milchkuhe durchschnittlich nur 3 Liter Vollmilch täglich erhält. Wird nun bestimmt, daß jeder Viehhalter, welcher 3 Liter für die Kuh abliefern, die überschüssige Milch zu beliebigen Preisen in der Stadt verkaufen darf, so wird alsbald eine starke Verbesserung der Milchversorgung eintreten. Statt der früheren 30 000 Liter werden nunmehr vielleicht 50 000 Liter zur Stadt gebracht werden. Diejenigen, welche die früheren 30 000 Liter bekamen, behalten ihre frühere Ration zu den früheren Preisen, können sie aber durch Zukauf erhöhen. Andere, die früher überhaupt keine Milch erhielten, sind nun in der Lage, sich solche zu beschaffen. Auch Arbeiterfamilien, die bei den jetzigen Löhnen vielfach sehr kaufkräftig sind, könnten ihre Ernährung erheblich verbessern. Ein ähnliches System wäre für Magermilch und Butter einzuführen. Der allgemeine Vorteil für die Nationalwirtschaft würde darin bestehen, daß die Landwirte,

welche nunmehr eine günstige Verwertung für die Milch erzielen, an der Milchherzeugung und der intensiven Bewirtschaftung des Viehbestandes wieder größeres Interesse haben. Sie werden es nicht mehr für vorteilhaft halten, einen großen Teil der Voll- und Magermilch an die Kühe zu verfüttern, und deshalb die Küberaufzucht nicht mehr übermäßig ausdehnen. Durch die vermehrte Küberaufzucht wird die Zahl der Jungrinder und schließlich auch die Zahl des Großrindviehes selbsttätig heruntergehen und dasjenige Maß erreichen, welches einer rationellen Verwendung der vorhandenen Futtermittel mehr entspricht. Der Landwirt, der für 16 Stück Rindvieh reichlich Futter hat, wird nicht darauf aus sein, mit diesem Futter 20 Stück Rindvieh mühsam durchzuhalten, vielmehr wird er zum Zwecke lohnender Milchherzeugung eine intensivere Fütterung bevorzugen.

Bei dem heutigen System ist der Bestand von Kübern im Alter bis zu 3 Monaten fast ständig übermäßig hoch gewesen. Die jetzt geworfenen Küber kommen aber erst im Jahre 1920 in den Ertrag, sind also voraussichtlich bis nach Kriegsende nur Fresser, deren Zahl man auf das unbedingt nötige Maß beschränken sollte. Ein Kalb erhält bei rationaler Aufzucht in den ersten 6 Wochen täglich etwa 8 Liter Vollmilch und in den späteren 6 Wochen etwa 10 Liter Magermilch, in 90 Tagen also rund 340 Liter Vollmilch und 500 Liter Magermilch. Ein Liter Vollmilch enthält 650 und ein Liter Magermilch etwa 335 Kalorien, so daß 340 Liter Vollmilch und 500 Liter Magermilch rund 390 000 Kalorien enthalten. Das Kalb verbraucht diese Kalorien teils zur Erhaltung der Körpertemperatur, teils zur Knochenbildung, teils zum Fleischanbau. Die tägliche Fleischzunahme, wie man bei obiger Nahrung nur auf 1 Pfund annehmen dürfte. Ein Pfund Kalbfleisch entwickelt nur annähernd 450 Kalorien, 90 Pfund enthalten also rund 40 000 Kalorien. Hiernach gehen von den an ein Kalb binnen 3 Monaten verführten 390 000 Kalorien rund 350 000 Kalorien verloren, und zwar wohlgerneht animale Kalorien. Hierzu kommt, daß Kalbfleisch in mancher Hinsicht, z. B. als Kinderernährung, die Milch überhaupt nicht zu ersetzen vermag, ferner auch, daß das Fleisch, soweit das Kalb zur Aufzucht dient, vorläufig überhaupt nicht als menschliche Nahrung Verwendung findet.

Nach den behördlichen Vorschriften soll allerdings das Kalb während der ersten 6 Wochen, statt 8, höchstens 4 Liter Vollmilch täglich erhalten. Aber das Kalb vermag seinen physiologischen Bedarf nicht durch Verordnungen zu ersetzen, und jeder praktische Landwirt weiß aus Erfahrung, daß ungewöhnlich ernährte Küber eine starke Reizung haben, plötzlich einzugehen. Man wird daher auf die praktische Handhabung der behördlichen Anordnung nicht zuverlässig rechnen dürfen.

In jedem Falle ist es richtig, während des Krieges die Küberaufzucht auf ein gewisses, durch Sachverständige festzustellendes Maß zu beschränken, wobei davon auszugehen ist, daß der gesamte Rindviehbestand mit Rücksicht auf die weggefallene Einfuhr von Kraftfuttermitteln 16 bis 18 Millionen Stück nicht übersteigen darf. Ferner sind diejenigen Küber, welche zur Abschachtung bestimmt sind, möglichst früh abzuschachten, d. h. sobald das Kalb und die Kuhmilch für den Menschen genießbar sind, also in einem Alter von 10 bis 14 Tagen. Ein Kalb, das erst im Alter von zwei Monaten geschlachtet wird, hat sechs Wochen zu lange gelebt und sechs Wochen hindurch neun Zehntel der verbrauchten Milch nutzlos vernichtet.

Die deutsche Organisation hat diesen Grundsätzen bis vor kurzem nicht genügend Rechnung getragen. Unbekümmert um die steigende Milch- und Fettknappheit hatte man die Zahl der Küber im Alter bis zu drei Monaten auf die enorme Ziffer von 2 379 238 Stück am 1. Juni 1917 gesteigert, während ein Bestand von 1 1/2 Millionen Stück für die Nachzucht sicherlich mehr als ausreichend gewesen wäre. Für die jetzigen Wintermonate könnte man ohne dauernden Schaden für die Rindviehzucht noch viel weiter in der Herabsetzung des Küberbestandes gehen, weil der Bestand der Jungrinder im Alter von 3 bis 24 Monaten mit etwa sieben Millionen Stück ungewöhnlich groß ist. Verbietet man die Abschachtung dieser Jungrinder, die mit Raufutter durchgehalten werden können, so vermag die heutige Jungrinderklasse 24 Monate hindurch, also bis etwa September 1919, die Großviehklasse mit monatlich etwa 300 000 Stück aufzufüllen. Unter diesen Umständen würde eine vorübergehende starke Verminderung der Küberaufzucht, die erst Ende 1919 fühlbar werden könnte, die deutsche Rindviehzucht nicht wesentlich gefährden können. Man bestimme demgemäß, zur Hebung der Milch- und Butterablieferung, daß alle in der Zeit von Anfang Dezember 1917 bis Ende April 1918 geworfenen Stierküber im Alter von 10 bis 14 Tagen abzuschlachten und daß von den in dieser Zeit geworfenen Kuhkübern monatlich nur 200- bis 300 000 Stück aufgezogen werden dürfen. Bessere Maßnahmen wäre zweckmäßig regional in der Weise durchzuführen, daß die Aufzucht der Kuhküber nur in rein landwirtschaftlichen Landes-teilen gestattet, dagegen für die industriellen Landes-teile, z. B. für Rheinland und Westfalen, auch die ausnahmslose Abschachtung der Kuhküber für obige Zeit angeordnet wird. Monatlich würden alsdann etwa 600- bis 700 000 Küber geschlachtet werden können und neben der gesteigerten Milch-, Butter und Käseversorgung eine gesteigerte Fleischversorgung eintreten. Das Fleisch der abgeschlachteten Küber überlasse man zur Hälfte den Viehhaltern zur beliebigen, marktfreien Veräußerung über den Höchstpreis, während die andere Hälfte zu angemessenen Preisen an die Allgemeinheit abzuführen wäre.

In der Großrindviehklasse, umfassend die Tiere über zwei Jahre, können die älteren Jahrgänge unbedenklich in dem Umfang abgeschlachtet werden, als die jetzt sehr starke Jungrinderklasse nachrückt, wobei jedoch die Zugtiere unbedingt zu schonen sind. Während des Winters kann man über diese Grenze in denjenigen Landes-teilen, welche besonders großen Mangel an Futtermitteln haben, noch etwas hinausgehen. Den Ausfall kann man im nächsten Sommer bei dem starken Aufrücken der Jungrinderklasse durch vermehrte Abschachtung ausgleichen. Zählt man, wie dies der Billigkeit entspricht, den Viehhaltern den vollen Marktwert der Tiere, so wird die Abschachtung auch kaum auf besondere Schwierigkeiten stoßen.

Nebenbei wird die vermehrte Abschachtung auch noch eine beträchtliche Veränderung der starken, auch von der Landwirtschaft schwer empfundenen Lederknappheit herbeiführen. Die vorteilhaftesten Wirkungen einer Herabsetzung des Rindviehbestandes sind hiernach außerordentlich groß. Nicht hoch genug zu veranschlagen ist auch die Bedeutung, welche eine bessere Versorgung mit Milch, Butter, Fleisch, sowie mit Leder für die Stimmung im ganzen Volke haben muß. Für die vielleicht schon bald bevorstehenden Friedensverhandlungen gilt es, eine solche Stimmung im deutschen Volke zu erhalten, welche zu einem den Waffenfolgen entsprechenden Frieden führt. An einem solchen Frieden hat auch gerade die deutsche Landwirtschaft ein Hauptinteresse. Unünstige Friedensbedingungen können zu ungünstigen Handelsverträgen und zum Ruin der deutschen Landwirtschaft führen. Hart an der heutigen Landesgrenze liegt in Frankreich-Lothringen in einem kleinen Raum von etwa 60 Quadratkilometern, eingebettet in drei bis vier Milliarden Tonnen Eisenerz, das größte Phosphorlager der Welt. Jedem erfahrenen Landwirt ist es bekannt, daß die Bodenerträge sich nach dem Gehalt des Minimums richten, d. h. daß der Boden immer nur so hohe Erträge bringt, als es der im Minimum vorhandene Nährstoff gestattet. Gerade Phosphorsäure gehört zu den Pflanzennährstoffen, die verhältnismäßig selten sind, und so ist der Besitz des Minettegebietes von Brieg und Longwy für die deutsche Landwirtschaft ebenso wichtig wie für die deutsche Eisenindustrie und die deutschen Industriearbeiter. Ob aber dies von uns jetzt besetzte Gebiet uns verbleibt, hängt ganz von der Herrenstärke des deutschen Volkes ab. Sie zu fördern, liegt daher im ureigensten Interesse der deutschen Landwirtschaft. In dem Weltkampfe, der auf Jahrhunderte für das Schicksal Deutschlands bestimmend sein wird, stehen für die deutsche Landwirtschaft andre und weit wichtigere Dinge zur Entscheidung als die ephemere Frage eines ungetasteten Rindviehbestandes.

# Tagesneuigkeiten.

## Der Baum des Friedens.

Von Alfons Vega. d.

Ich weiß, im Dunkel steht ein Baum  
Mit Kerzen übermalt bestickt.  
Manchmal in einem schönen Traum  
Sich Engel sie zum Leuchten weckt.

Der ganzen Erde Menschen seh'  
Ich stehen unter seinem Grün,  
Aus ihren Herzen will kein Weh,  
Wohl nur verklärte Freude blüh'n.

Kein Kampf und Sieg ist unter ihm,  
Nicht eine einzige Stimme flucht,  
Indes ein goldener Cherubim  
In seinen Zweigen Früchte sucht.

Es steigt der Engel Tag und Nacht  
Hinauf, hinab und will nicht ruh'n,  
Und legt der süßen Früchte Pracht  
Den Menschen in die offenen Truh'n.

## Ernährung in Krieg und Frieden.

Eine Rundfrage.

Als im Sommer 1914 der Krieg ausbrach, die Truppen wohl ausgerüstet ins Feld zogen und die Fülle der Nahrungsmittel es ermöglichte, jedem der Lieben an der Front all das nachzusenden, was Herz und Magen begehrte, ahnte noch niemand, daß schon in kurzer Zeit die große Verschwendung, die nicht nur mit Lebensmitteln, sondern mit allen der Befriedigung notwendiger Bedürfnisse dienenden Dingen getrieben wurde, nur zu bald einen empfindlichen Mangel zur Folge haben werde. Die Behörden, die Militärverwaltung sowohl wie die Zivilverwaltung, standen vor Aufgaben, deren Tragweite abzuschätzen sie außer Stande waren. Dazu kommt, daß zu jener Zeit niemand die lange Dauer des Krieges voraussehen konnte, und daß alle Vorkehrungen für einen viel längeren Zeitraum ihre Wirksamkeit behaupten mußten, als vorgesehen werden konnte. Die meisten produktiven Betriebe stockten. Die ganze Industrie hatte sich, soweit sie durch den Krieg nicht direkt in Mitleidenschaft gezogen war, der Befriedigung jener Bedürfnisse zugewendet, die durch die unmittelbare berührenden Kriegsverhältnisse dringend geworden waren. So kam es, daß Staat und Volk ziemlich schnell von den vorhandenen Vorräten, vom Kapital zu zehren begann. Erst ziemlich spät ward die Notwendigkeit erkannt, daß dieses Leben aus der allerdings noch ziemlich gefüllten Vorratskammer, wenn eine Katastrophe vermieden werden sollte, bald beendet werden, daß auch für die kommende Kriegszeit in landwirtschaftlicher, sowohl wie in industrieller Produktion vorgesorgt werden muß.

Die Vorbereitungen für diese Vorsorge mußten aber erst geschaffen werden. Es mußte erst jenes Verhältnis zwischen militärischer und bürgerlicher Kriegszeit geschaffen werden, das zur Erhaltung des Heeres sowohl wie des Hinterlandes die notwendigen Kräfte bereit stellt. Nur so konnten der Landwirtschaft und jenen Industrien, die auch im Kriege nicht zu entbehren sind, die erforderlichen Arbeitskräfte gesichert werden. Der nächste Schritt war die voraussehende Verteilung des Vorhandenen und die Sicherstellung der Lebensbedürfnisse für einen größeren Zeitraum von Staatswegen. Nach mehrfachen, zum Teil völlig fehlergeschlagenen Versuchen, hat sich dann das System herausgebildet, das es trotz aller Mängel erreicht hat, auch den vierten Kriegswinter schlecht und recht zu überdauern. Es war ein langer Weg von den ersten tastenden Versuchen in der Brot- und Mehlfürsorge, die nicht über eine ziemlich zwecklose Einmischung des Staates in den Privatverkehr hinausgingen, bis zur Brot- und Mehlrationierung, die heute den Grundstock für die Sicherheit des gesamten Ernährungswesens bildet. Es war ein weiter Weg zurückzulegen von den ersten kriegswirtschaftlichen Versuchen, in die kriegerische Entwicklung der Industrie einzugreifen, bis zur heutigen kriegswirtschaftlichen Aufsicht und Kontrolle fast der gesamten Industrie.

Die Landwirtschaft und ihre Nebengebiete mußten aus der Selbstgenügsamkeit, in die sie nach Kriegsausbruch verfallen waren, herausgerissen und trotz aller Erschwerungen zu erhöhter Tätigkeit angespornt werden. Das Transportwesen, das bekanntlich heute noch das Schmerzenskind der Verwaltung ist, war zu Beginn noch so ungeordnet, daß nicht die bescheidensten Anforderungen erfüllt werden konnten. So mußten erst eine Reihe von Erfahrungen gesammelt werden, ehe die durch-

greifende Einwirkung des Staates sich durchsetzte. Wir haben reichlich Beleg dafür. Staat und Verwaltung, Macht und Organisation müssen aber jetzt zusammenwirken, die Allgemeinheit durch den Krieg und über die gewiß nicht leichten Zeiten des Ueberganges zur hoffentlich nicht allzu fernem Friedenswirtschaft hinüberzuführen.

Zum hochwichtigen und beziehungsreichen Gegenstande „Ernährung in Krieg und Frieden“ haben wir uns Äußerungen von Persönlichkeiten verschiedener Berufskreise erbeten, die wir im Nachstehenden wiedergeben. Weitere dasselbe Thema betreffende Äußerungen folgen demnächst.

### Martha Beyer,

Leiterin der Gesellschaftskriegsküche der Studienfürsorge.

Die Magenfrage ist heute eine soziale Frage geworden, die die weitesten Kreise berührt — denn in einem Punkte sind sich alle Menschen ohne Unterschied einig — sie wollen essen!

Der Begriff ist heute ein anderer geworden, wie in früheren, schönen, entschwundenen Friedenszeiten, wo man zum Vergnügen ins Gasthaus ging und sich ein ausgiebiges und billiges Essen bestellte, wo der Einzelne zu Mittag oder am e i n e m Abend so viel aß, wie heute eine ganze Familie.

Der Krieg hat uns gelehrt, daß auch auf dem Ernährungsgebiete eine Einschränkung möglich, ja sogar zweckmäßig ist, ohne dabei die Gesundheit zu schädigen. Er hat aber auch die Bevölkerung gezwungen, sich auf das Allernotwendigste zu beschränken — auch zu barben, und die Menschen sind zur Einsicht gekommen, daß man nicht lebt, um zu essen, sondern daß man isst, um zu leben.

Erst die Schaffung eines Ernährungsamtes hat eine Besserung unserer Kriegswirtschaft herbeigeführt, obwohl auch heute im Interesse unserer Kranken und unseres Nachwuchses noch sehr viel zu tun übrig bleibt.

Eine ernste Aufgabe ist in dieser Beziehung an die Kriegs- und Gemeindefürsorge gestellt, die erstens dazu berufen sind, für billiges Geld eine entsprechende Mittagstisch zu bieten, andererseits für die Herbeischaffung guter Lebensmittel Sorge zu tragen.

Die Sorgen, die heute auf jeder Hausfrau lasten, steigern sich naturgemäß zur Riesengröße, wenn man sich die schwierige, aber gewiß schöne Aufgabe gestellt hat, die „Mähmutter“ vieler hundert Personen zu sein.

In der „Gesellschaftskriegsküche der Studienfürsorge“ habe ich nun täglich die Herzensfreude, zu sehen, wie unsere geistigen Arbeiter und in erster Linie unsere studierende Jugend einen gut zubereiteten billigen Mittagstisch zu schätzen weiß, und wie nun unsere Männer langsam zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die Frau heute durch die Lösung der „Magenfrage“ ein wichtiger Faktor im Leben, nicht nur des „Einzelnen“, sondern der Gesamtheit geworden ist.

Schließlich muß heute jede Hausfrau ein kleiner Generalstabchef sein, dem es obliegt, alle nötigen Mittel zur Bekämpfung der Nahrungsorgen herbeizuschaffen und für einen genügenden Nachschub zu sorgen.

Leicht ist diese Aufgabe gewiß nicht; daß wir Frauen aber durch Uebernahme schwerer Pflichten unsere vollwertige Eignung in der Kriegszivildienstpflicht erwiesen haben, erfüllt jede von uns mit berechtigtem Stolz.

So geben wir uns nun der Hoffnung hin, der Staat werde unsere Arbeit, die zum „Durchhalten“ des Hinterlandes so viel beigetragen hat, zu würdigen wissen und seinerseits alles aufbieten, um durch eine energische, zielbewusste Organisation die Ernährungsfrage zu einem Hauptpunkt seiner Sorge zu machen.

Es wäre wünschenswert, daß der Staat die Erfahrungen in den Ernährungsfragen während der gewiß längere Zeit dauernden Uebergangswirtschaft und den kommenden Friedensjahren beherzigen möge, damit vor allem ein Abbau der nur für reiche Leute erschwinglichen Preise so bald als möglich vor sich gehe! — Wir sind ja ohnehin durch die Kriegsjahre, die für jeden „Einzelnen“ ein „Entsagen“ verlangten, viel, viel bescheiden geworden.

### Helene Granitsch,

Präsidentin der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs („Möhö“).

Die große Veränderung der Lebensführung, die Verschiebung in der Schichtung unserer Gesellschaft, die die lange Dauer des Krieges mit sich gebracht, tritt auf keinem Gebiete so wesentlich in die Erscheinung, wie auf dem der Ernährung. Der Krieg hat eine neue Oberseite der Gesellschaft hervorgebracht — die Kriegsgewinner — die sich unter Ausnutzung aller erlaubten und unerlaubten Möglichkeiten auf die ihnen neuen und darum um so begehrenswerter erscheinenden Lebensgenüsse stürzen. Andererseits hat der Krieg ein neues Proletariat geschaffen — den Mittelstand — der die Entbehrungen und Leiden um so drückender empfindet, als ihm die Gewöhnung daran fehlt — nichts ist befähigender so schwer, als sich vom guten Leben ins schlechte eingewöhnen zu müssen! Die tiefe Bitterkeit, die jene erfüllt, die schon durch ihren Bildungsgrad den Anspruch auf ein das Mindestmaß der Kultur nicht unterschreitendes bürgerliches Leben zu haben glauben, wird um so begreiflicher, als der auf fallende Luxus, an dem es die Kriegsgewinner in ihrem Auftreten nirgends fehlen lassen, zum Vergleich herausfordert mit der Armfälligkeit des „glänzenden Glends“, das heute in weiten Kreisen der Beamtenschaft herrscht.

Die an ein fixes Einkommen gebundene Beamtenfamilie ist infolge ihrer knappen Geldmittel, auch was die Ernährung anbelangt, auf die festen Bezüge der lachend zugewiesenen Nationen angewiesen. In doppelter Beziehung die Fingeboldesten! Es ist ein wohlorganisiertes Hungern, das in den erhöhten Erkrankungs- und Sterbeziffern, insbe-

sondere in der Zunahme der Tuberkulose in den bürgerlichen Kreisen zum Ausdruck kommt. Die an den Kruppen des Krieges Reichgewordenen dagegen haben auch noch die unbegrenzten Vorteile gegenüber jenen anderen Schichten, daß ihnen dank ihrer einflussreichen Stellung alle Tausch- und Schleichwege für Lebensmittelbeschaffung offen stehen. Dies umso mehr, als ja auch das fließende Geld ihnen im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten unbegrenzte Ernährungswünsche erfüllen kann. In diesen Kreisen wuchert auch heute die Ueberfüllung wie im blühendsten Frieden!

So werden also gerade auf dem Gebiete der Volksernährung trotz Rationierung und Portionierung die Unterschiede in der Lebensführung der einzelnen Stände immer größer und je mehr die Regierung nach dem oft versprochenen Ausgleich zwischen Ueberfluß und Glend äußerlich strebt, desto tiefer wird im Inneren die Kluft zwischen den zwei Klassen, in die sich unsere Gesellschaft heute schichtet: zwischen den Opfern und den Nutznießern des Krieges!

### Regierungsrat Adolf Fr. Heß,

Ministerialinspektor der Obersten Inspektion der gewerblichen Lehranstalten.

„Können wir durchhalten?“ — „Wird der Friedensschluß die Ernährungsverhältnisse in absehbarer Zeit zu bessern in der Lage sein?“ Diese beiden Fragen schweben auf Aller Lippen.

So wenig günstig nun die Frage der Versorgung der Stadt Wien mit Lebensmitteln gerade Anfang dieses Monats sich gestaltete, kann man auf Grund der bisherigen Erfahrungen sagen: Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn uns nicht eben Missetaten beschieden werden, das Durchhalten schon deshalb gesichert erscheint, weil die derzeitige Beschaffung der Nahrungsmittel noch so viele Verbesserungen zuläßt, daß bei entsprechender Maßnahmen noch recht beträchtliche Mengen an Nahrungsmitteln, mehr als bisher, der menschlichen Ernährung zugeführt werden könnten. Die großen Vorteile, welche die in Kriegszeitungen kaum zu umhendere zentrale Bewirtschaftung im allgemeinen mit sich bringt, werden derzeit leider noch immer durch ganz gewaltige Verluste geschmälert, die durch unsachverständigen Einkauf, nicht entsprechende Lagerung und fehlende Pflege der Nahrungsmittel seitens eines großen Teiles der Zentralorganisationen entstehen.

Diese können, werden und müssen mit der Zeit vermindert werden. Selbst die von Berufsorganisationen neu geschaffenen oder bewirtschafteten Zentralen müßten vieles erst lernen und haben noch vieles zu lernen, bevor man deren Wirtschaftsführung wirklich als einwandfrei wird bezeichnen können; ihre Hilfskräfte bilden sich jetzt erst allmählich auf Grund der täglich sich mehrenden Erfahrungen heran. Daß selbst Berufsorganisationen derzeit noch nicht weiter sind, kann nicht wundernehmen, denn die Nahrungsmittelversorgung der Städte lag vor dem Kriege in den Händen hundertertei verschiedener Fachleute und Kaufleute und jeder derselben war Spezialist in seinem Sonderfache. Heute, in der schwierigsten aller Zeiten, soll der Angestellte einer neugeschaffenen Zentralorganisation, der bisher vielleicht ein tüchtiger Buchhalter oder vertrauenswürdiger Kassier war, oder ein Ehrenfunktionär einer zentralen Vereinigung, selbst wenn er ein noch so tüchtiger Fabrikant, Staatsbeamter oder Militär war, womöglich alle Sach- und Fachkenntnisse der gesamten Nahrungsmittelbranche in seiner Person allein vereinen. Wohl spornen Pflichtbewußtheit und Patriotismus zur äußersten Anspannung aller Kräfte an. Jeder Tag bringt den derzeit waltenden Kräfte neue Erfahrungen und Lehren, und so mögen sich denn die bisher unvermeidbar gewordenen Verluste künftighin leicht um 5 Prozent der verfügbaren Nahrungsmengen verringern lassen. Dadurch aber würde allein schon der Nahrungsmittelbedarf für einen halben Monat gewonnen werden. Es gibt aber genug Sachverständige, welche die derzeit noch vermeidbaren Verluste auf 10 Prozent und höher einschätzen.

Eine sehr große Beunruhigung hat in den Kreisen derjenigen, die für unsere Ernährung vorzusorgen haben — Hausfrauen und Gastwirte — wegen der unlegbar überaus trüben Marktverhältnisse Platz gegriffen, so daß unsere Lage weitaus ungünstiger beurteilt wird, als sie tatsächlich ist. Gewiß, die Märkte sind so schlecht beschickt, daß man fast sagen kann, sie beginnen allmählich zu veröden. Dies ist aber keineswegs der Hauptsache nach auf Rechnung des herrschenden Nahrungsmittelmangels zu setzen, sondern auf die ganz andere Art unserer Wirtschaftsführung gegenüber der Friedenszeit.

Es sei dies nur an einem einzigen Beispiel nachgewiesen. In Wien werden derzeit durch die Gemeinde, beziehungsweise durch von ihr geleitete Fürsorgeaktion, täglich ungefähr 28.000 Personen ausgespeist. Für die Ausspeisung dieser Menschenmenge, die vor dem Kriege sich ihren Bedarf an Lebensmitteln tagtäglich auf dem Markte eingekauft hat, muß heute durch die großen Fürsorgeaktionen vorgesorgt werden. Diese können es natürlich nicht darauf ankommen lassen, ob sie am Markte morgen etwas zu kaufen bekommen, um diese eine Viertelmillion Menschen übersteigenden Kostgänger mit einem billigen Mittagmahl versehen zu können. Würde eines schönen Tages für diese Menschenmenge nichts Erhöhtes verfügbar sein, so gäbe es eine Katastrophe, die einer verlorenen Schlacht kaum nachstünde. Bei den herrschenden Transportverhältnissen und den großen Mengen, die benötigt werden, muß wohl wenigstens bezüglich der Dauervorräte für eine sechs-wöchige Verköstigung vorgesorgt werden. Nehmen wir nun an, daß sich die Materialkosten für die Ausspeisung einer Person zu den heutigen Detailmarktpreisen nur auf 25 Heller per Tag stellt, so stellen die durch die nötige Aufspeicherung dem Markte entzogenen Lebensmittel einen Wert von rund drei Millionen Kronen dar. Diese riesigen Massen, die früher von den heute durch die Fürsorgeaktionen verköstigten Personen am Markte eingekauft wurden, gelangen jetzt durch die Zentralen direkt ohne Verührung des Marktes in die Lagerräume der bezeichneten Ausspeisestelle, werden also dem Markte entzogen. Das Gleiche gilt aber auch für alle übrigen Gemein-

## Ernährung in Krieg und Frieden.

(Siehe Nr. 353 des „Fremden-Blatt“ vom 26. Dezember 1917.)

Gemeinderat Dr. Emmerich Klotzberg.

Obmann des Approvisionierungsausschusses der Stadt Wien.

Wesentlich verschieden ist die Ernährung der Bewohner Wiens im Frieden wie im Kriege. Der Krieg und die Not haben uns nicht nur beten, sondern auch essen gelehrt. Nun erst haben wir die inhaltschweren Worte des Vaterunjers „unser tägliches Brot gib uns heute“ kennen gelernt und am eigenen Leibe verspürt. Gewisse Beute, welche beim „Kamel“ ihr Godelbrühstück einnahmen und denen eine Gansleber mit Mandeln gespielt gerade noch gut genug war, die nur ein Lammbeuschel zu sich nahmen, ein Hühnerragout und sonst dergleichen, sind heute infolge der Not darauf gekommen, daß eine Rindslunge, eine Rindslieber, ein Kuheuter und ein Kalbsgebröle in Ermangelung von feineren Bissen auch gut schmecken. Zufrieden geben sich die Beute mit früher so sehr verachteten Kürbissen, von ihnen genannt Vieh- und Schweinefutter; wohl würde der Kürbis und die Dillensauce besser schmecken, wenn diese Speisen mit Rahm zubereitet wären, aber in der Not frist der Teufel auch Fliegen — heute nur mehr leider Fliegenenergie — und während man früher zum Kaufmann, zum Kräutlerin, zum Viktualienhändler gehen konnte und sich nach seinen Verhältnissen, nach seinem Geldbeutel die Schwären aussuchen und kaufen konnte, muß man sich heute anstellen, dem Geschäftsmanne sehr schön tun, damit man gnadenweise das um sein teure Geld bekommen, was in Friedenszeiten sehr leicht zu erreichen war. Um Fleisch, um Wurstwaren, um Obst, um Marmelade, um Grünzeug müssen die Beute kämpfen und wer über stärkere Ellenbogen verfügt, erreicht früher sein Ziel und geht mit Beute beladen nach Hause. Hohe Beamte, die sich früher scheuten, ein leichtes Päckchen zu tragen, ziehen heute mit Rucksäcken aus, um Lebensmittel für sich und die Ihrigen zu ergattern. Der Tauschhandel ist in der lebhaftesten Blüte und wer über Zigarren und Zigaretten verfügt, erreicht früher sein Ziel. Gemüse ist fast gar nicht zu haben; nach Sauerkraut und Sauerrüben lechzt die Menge und kann beides nicht erhalten. Fett und Butter wird in so kleiner Menge an die Käufer abgegeben, daß, wenn derselbe dieses Fett sich auf ein Papier geben läßt, er zu Hause angelangt, nur mehr ein leeres Papier, aber keine Ware hat. Das Rind wird beim Viehhändler um den Preis von 2.40 per Rilo abgenommen und wird um 8.— an das konsumierende Publikum verkauft. Ja, wenn das Vieh selbst 100 Prozent verloren würde, dann dürfte das Rindfleisch erst 4.80 und nicht 8.— kosten. Bei diesen enormen Preisen, um welche das Rindfleisch an das konsumierende Publikum abgegeben wird, müssen freilich gewisse Gesellschaften Millionen verdienen und der Staat schaut ohnmächtig und hilflos zu und betet eine solche Preistreiberi, weil das eine Gesellschaft und nicht eine kleine Kräutlerin, die einen Heller über

dem Höchstpreis verkauft hat. Wenn wir die Marktberichte lesen, so müssen wir staunen über die enormen Preise, die gefordert werden. Fische z. B., eine Spanne lang, Schädel und Schweif nehmen den größten Teil des Körpers ein, werden um 6.— an die Käufer abgegeben. Am erschrecklichsten jedoch ist der Preis des Schöpfensfleisches. Bis vor dem Schneefalle haben sich diese Tiere, ich möchte sagen, selbst erhalten, sie haben dem Züchter nichts gekostet, weil dieselben einfach auf die Weide getrieben wurden. Vor dem Kriege war das Schöpfensfleisch fast nicht anzubringen und die Qualität desselben war eine vorzügliche, denn es waren die englischen, Putowinaer und siebenbürgischen Kreuzungen. Heute ist die Qualität des Schöpfens weit minderwertiger, in vielen Fällen sogenannte „Laternen“ und werden um 9.— und noch höher verkauft, so daß der Detailpreis sich auf 12.— bis 14.— stellt. Beim Volksfleisch, das um 8.— verkauft wird, vermissen die Käufer stets den Lungenbraten und wohin die „Engländer“ gekommen sind und zu welchen Preisen sie verkauft werden, ist das alleinige Geheimnis des betreffenden Verkäufers. Auch auf dem Wilde, den Hasen aus Niederösterreich, schwebt ein tiefes Dunkel; mancher Verkäufer bekommt 40 bis 50 Hasen, er bringt aber nur 20 bis 30 Hasen zum Markte, weil er gewisse Prachtexemplare an bestimmte Personen abzugeben hat. Das Publikum schimpft, der Verkäufer schimpft, weil er solche Hasen abgeben mußte und dadurch um seinen Profit gebracht wurde. Unsere lieben Brüder aus Ungarn schicken uns derzeit kein Fett, kein Fleisch; es gibt, mit einem Worte gesagt, keine Transportscheine zu diesem Zwecke. Aber Kohlen haben sie von uns jederzeit auch ohne Transportbescheinigung verlangt und entgegengenommen. Das gesalzene Schweinefleisch sowie das Rauchfleisch sind derartig gesalzen und wird zu so hohen Preisen verkauft, daß, wenn man dasselbe kocht, das Wasser zwei- bis dreimal abgegossen werden muß und die Nährsalze verloren gehen, das Fleisch nur den Magen füllt, aber keinen Nährwert mehr besitzt. Auch mit sogenannten Zentralen wurden wir beglückt, welche aber zur Verbilligung der Lebensmittel absolut nichts beitragen, sondern den Verkehr wesentlich erschweren. Würde man die geeigneten Beute, welche in den Zentralen herumstehen, an die Front schicken, so brächte man ein kleines Armeekorps zusammen. Man möge den freien Handel wieder in seine Rechte einsetzen und nur jene Handelsleute, welche Preistreiberien begehen, energisch bestrafen. Dann hätten wir Waren genug, notabene zu billigen Preisen. Glänzend könnten wir jetzt selbst aus Ostgalizien versorgt werden. Man merkt nicht, daß dort der Krieg in so einer furchtbaren Weise gewütet hat. Die Verhältnisse in Galizien sind heute trotz der durch den Krieg veranlassenen Schäden immer noch als günstig zu bezeichnen. Wenn man durch die einzelnen Ortschaften kommt, so findet man, daß es überall noch sehr viele Rinder, Schweine, Pferde, Geflügel aller Art usw. gibt. Allerdings sind heute dieselben wie überall durch gesetzliche Vorschriften geschützt, doch ist nach den bestehenden Verhältnissen dort eine Kontrolle unmöglich. Obwohl die Kopfquoten genau festgesetzt erscheinen, kümmert sich niemand um dieselben. Jeder einzelne Bauer, wie auch die dort ansässigen Juden haben für sich genug und das übrige findet im Schleichhandel seinen Absatz. Daß durch diesen der freihändige Verkauf zum Höchstpreise unmöglich wird, ist wohl selbstverständlich, ebenso daß hiedurch die Preise kolossal in die Höhe getrieben werden. Ein Beispiel: Vor einem Jahre kostete ein Huhn Kr. 1.— bis 1.50, heute Kr. 4.— bis 5.—, eine Gans Kr. 4.— bis 5.—, heute Kr. 20.— bis 30.—, Eier das Stück 6 Heller, heute 36 Heller usw. Mit Geld ist aber heute noch alles erhältlich. Schweine, Geflügel, Eier sind heute noch in derartigen Mengen noch vorhanden, daß aus jedem einzelnen Bezirk wöchentlich 80 bis 100 Schweine, 300 bis 400 Stück Geflügel, 1000 Stück Eier ausgeführt werden könnten, ohne daß die Lebensmittelversorgung der dortigen Bevölkerung und des Militärs wesentlich eingeschränkt werden müßte. Die Preise für diese Artikel sind auch für die heutigen Verhältnisse noch nicht als hoch zu bezeichnen. Dieselben sind für Schweine pro Kilogramm Lebendgewicht Kr. 3.60 bis 5.—, Hühner Kr. 3.— bis 5.—, Enten Kr. 15.— bis 20.—, Gänse Kr. 20.— bis 40.—, Eier 30 bis 40 Heller.

Der Einkauf all dieser Waren darf nur mit Einwilligung der galizischen Landesbehörden erfolgen, jedoch wird diese Vorschrift überall umgangen, weil die Zwischenhändler nicht am Markte, sondern bei den Bauern direkt kaufen. Artikel, die heute vielfach schwer oder gar nicht anzubringen sind, bekommt man verhältnismäßig sehr leicht, wie zum Beispiel Fett, Eier, Geflügel, Rind- und Kalbsfleisch usw.

Was den Bodenertrag anbelangt, so ist dieser einfach als großartig zu bezeichnen. Kartoffel, Getreide aller Art sind trotz der geringen Bodenbearbeitung und dem ungünstigen Wetter des heurigen Jahres derart gediehen, daß die meisten Grundbesitzer erklären, zufrieden zu sein. Große Bodenschichten liegen aber trotzdem unbearbeitet und dienen als Weideland für das in großer Menge noch vorhandene Vieh. Trotzdem heute fast überall Futternot herrscht, haben viele Gutsbesitzer und Pächter besonders des östlichen Teiles von Galizien Vieh neu eingestellt, welches sie zu billigem Preise in Westgalizien, beziehungsweise Mähren und Schlesien (Kr. 3.— pro Kilogramm Lebendgewicht) erstanden haben. Wenn durch Heranziehung von Arbeitskräften die Bebauung des Bodens gesteigert werden könnte, müßte mit Bechtigkeit dem Boden der doppelte Ertrag abgerungen werden können. Am ertragreichsten hat sich nach den Neuherungen der dortigen Bevölkerung der Kartoffelanbau erwiesen, weil ohne viele Arbeit und Mühe in dem dortigen Boden ein reicher Ertrag gesichert ist. So wurden zum Beispiel noch Anfang Juli Kartoffel angebaut, die noch einen sehr schönen Ertrag gegeben haben. Gemüse wird fast gar nicht gebaut, obwohl auch in dieser Hinsicht die Verhältnisse sehr günstig liegen.

Schlecht liegen hingegen die Verkehrsverhältnisse sowohl im Lande selbst als auch mit den übrigen Ländern. Eisenbahnen sind wenige vorhanden und diese infolge des mili-

tärischen Nachschubes überlastet, so daß der Güterverkehr sehr langsam von statten geht. Die Straßen sind zum Teil in einem sehr schlechten Zustande und während einer Regen- oder Winterperiode nur mit ganz geringen Lasten zu passieren. Aus diesem Grunde wird in den mehr abseits gelegenen Gegenden nur so viel gebaut, als für den eigenen Bedarf notwendig erscheint. Kartoffel werden zum Beispiel im Frieden nur für Brennereizwecke gebaut, die in großer Anzahl dort vorhanden sind. Die Abfälle wurden für Rindermästungen herangezogen, die überall dort, wo Brennereien waren, betrieben wurden. Das Absatzgebiet hierfür war im Frieden zum Teil Wien.

Im allgemeinen sind also in Wien die Ernährungsverhältnisse sehr ungünstig, weil die Zufuhren mangelhaft und die Preise riesig hoch sind. Am meisten leidet in der heutigen Zeit jedoch der Fixangestellte und auch der kleine Hausbesitzer. Ich schreibe mit den Worten: „Armer Konsument!“

### Lebensmittel aus Rußland für Wien und die Monarchie.

Die Ansichten in Fachkreisen. — Bevorstehende mannigfache Zufuhren. — Eine günstige Wendung in den Ernährungsverhältnissen.

Lebensmittel aus Rußland! Die aktuellste Frage. Neue Hilfsquellen wüsten der Lebensmittelversorgung der Monarchie.

Aus Brest-Litowsk wurde gestern amtlich völliges Einverständnis über die Wiedereröffnung des Handelsverkehrs und über die Errichtung eines organisierten Warenaustausches gemeldet. Das bedeutet die nahegerückte Möglichkeit, daß aus den russischen Vorräten und Hilfsquellen nach Oesterreich Zufluß komme. Die rüch in den Vordergrund getretene Parole „Lebensmittel aus Rußland!“ beherrscht nun nicht bloß nur die Einbildungskraft, sondern stellt sich, wie im nachstehenden auf Grund eingehender Urteile hervorragender Sachleute dargelegt wird, als sehr real fundierte hoffnungsvolle Tatsache dar.

Das alles beherrschende Interesse an einer nahen Besserung unserer Lebensmittelverhältnisse durch russische Zuschübe ließ es als berechtigt erscheinen, die Urteile maßgebender Sachleute und Funktionäre sowohl des Ernährungsdienstes als auch hervorragender beteiligter Korporationen einzuholen. Nach den in folgendem wiedergegebenen Ausführungen, die namentlich Regierungsrat Dr. Alexander Horowit, Generalsekretär der Wiener Produktenbörse, in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Oesterreichischen Volks-Zeitung“ der Versorgungsfrage widmete, kann bereits mit annähernder Gewißheit auf die günstigste Beeinflussung unserer

Lebensmittelzufuhren gerechnet werden, während die Äußerungen der anderen berufenen Vertreter ein vielfaches Bild der reichen Einfuhrmöglichkeiten insbesondere aus Südrußland entwerfen. Generalsekretär Dr. Horowit kündigt bereits die Bildung von österreichischen Einkaufsorganisationen an. Oesterreich darf da nicht wieder zurückbleiben, und hoffentlich wird Wien bei der Aufteilung der Vorräte nicht geradezu den „Schwarzen Peter“ spielen müssen.

Die Frage lautet: „Dürfen wir auf Lebensmittel aus Rußland rechnen? —“ Nachstehend werden die Ausführungen veröffentlichte unserer Mitarbeiter in freundlicher Weise zuteil wurden:

**Regierungsrat Dr. Alexander Horowit,**  
Generalsekretär der Wiener Produktenbörse.

Soweit ich unterrichtet bin, besteht vor allem die Aussicht auf sehr wesentliche Zuschübe aus den nahegelegenen Teilen Rußlands, hauptsächlich aus Bessarabien, dessen große Getreidevorräte seit dem letzten Jahr, was nicht weggebracht wurden, weil dieselben nicht, was nicht nur zu kleineren Teilen der Fall sein mag, für die russische Truppenversorgung in Anspruch genommen worden sein dürften. Es sind bereits nicht nur deutsche, sondern auch österreichische Organisationen in Bildung begriffen, deren Zweck der Ankauf dieser ansehnlich sehr reichhaltigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist, und so ist zu erwarten, daß bereits in verhältnismäßig recht kurzer Zeit mit diesen Erwerbungen, die Mehl, Futtermittel und Hülsenfrüchte sowie zahlreiche andere Bodenprodukte betreffen, begonnen wird. Wenn nicht Transporterschwierigkeiten eintreten, was aber voraussichtlich nicht sehr zu befürchten sein dürfte, dann wird dieses Versorgungsgebiet für uns bald wesentliche Bedeutung erlangen.

Inher aus Bessarabien erwarten wir auch große Zusätze landwirtschaftlicher Produkte aus den an das Schwarze Meer und Kaspische Meer angrenzenden Gebieten, wobei die Verkehrsprobleme der Heranbringung wohl die geringsten Schwierigkeiten machen dürften. Wenn die Frachtmengen auch nur zu den Meerhäfen gebracht werden, werden sich zweifellos für die Forthebung des Transportes sich zu uns geeignete Mittel und Wege, sowie Verkehrsmöglichkeiten finden. Und Getreide ist sicher vorhanden. Entweder liegt es in den bessarabischen Seehäfen oder im sehr reich produzierenden Südrußland.

Inwiefern die begabten günstigen Erwartungen auf verschiedene andere Rohstoffe industrieller Zwecke zutreffen, vermag ich natürlich nicht zu beurteilen. Ich kann nur bezüglich der erwähnten äußerst wichtigen Bodenprodukte, die der Ernährung und zu Futterzwecken dienen, der Meinung Ausdruck geben, daß sich durch ihre Heranbringung das Bild unserer Versorgung schon sehr bald — vielleicht schon im Februar oder März — und sehr namhaft zu unseren Gunsten ändern dürfte. Tatsache ist, daß außerordentlich große Vorräte vorhanden sein müssen. Wir wissen, welche ergiebigen Ausfuhrmöglichkeiten in früheren Zeiten die reich gelegenen Landstriche namentlich Südrußlands boten, und es kann bereits als unzweifelhaft gelten, daß diese Vorräte, soweit sie greifbar sind, unsere Ernährungsverhältnisse bald von Grund auf ändern werden.

Man spricht vielfach bereits von einem angeblich sich geltend machenden „Preissturz“ in gewissen Ernährungsartikeln. Dies ist so aufzufassen, daß in Kreisen die sich mit dem Schleichhandel dieser Artikel befassen, angesichts der politischen Vorgänge eine gewisse Ängstlichkeit merkbar wird, weshalb diese Schleichhändler sich zum Teil bestreben, mit ihren Vorräten „hervorzukommen“. Andererseits sind diese Preisrückgänge auf Zurückhaltung jener Gruppen von Konsumenten zurückzuführen, für die bisher der Preis derartiger Artikel überhaupt „Rebensache“ war, die alle die geforderten wahnwitzigen Preise ohne weiteres bezahlten, aber jetzt damit innehalten. Diese „Interessenten“, die den ganzen Krieg hindurch bestrebt waren, sich ein möglichst reichhaltiges „Lager“ zu halten und die zu jedem Geldopfer bereit waren, um nur einzukaufen, sind jetzt plötzlich stutzig und vorsichtig geworden. Sie zögern, in der ungewissen Erwartung des Kommenden, wie bisher Ware um jeden Preis zu kaufen, und warten eine weitere Verbilligung ab. Diese Angst vor den hohen Preisen besteht tatsächlich, und sie geht von der Voraussetzung aus, daß es schon in einiger Zeit nicht mehr nötig sein werde, einfach jedes Angebot zu Phantasiereisen anzunehmen. Dies betrifft den Schleichhandel in namhafteren Quantitäten. Schon die bloße Spekulation, in Kürze wieder billig einzukaufen zu können, dieses „Zurückhalten“ bringt also bereits derartige Wirkungen hervor, die jedoch, wie erwähnt, als „Preissturz“ noch nicht zu werten sind.

Gegenüber den zu erwartenden russischen Zufuhren tritt sogar die Möglichkeit einer noch weiteren Besserung der Zufuhren durch einen allgemeinen Frieden zurück. Vielmehr sind reichliche Zufuhrsaussichten aus dem Osten als entschieden wichtigstes Moment für die Ernährungsverhältnisse bei uns aufzufassen, wichtiger als alles andere, und schon jetzt können wir hoffen, daß in absehbarer Zeit eine ganz namhafte Milderung des Mangels in den heimischen Ernährungsverhältnissen zu erwarten ist. Eine gründlichere Wiederherstellung des Gleichgewichtes in der landwirtschaftlichen Produktion würde allerdings noch eines oder zweier guter Erntejahre bedürfen.“

**Direktor Reif,**

**Vizepräsident der Kriegsgetreideverkehrsanstalt,**

machte auf die Frage, was von der vielbesprochenen Einfuhr aus Rußland zu halten sei, folgende Mitteilungen:

„Es ist entschieden die Möglichkeit einer günstigen Realisierung der begabten Erwartungen gegeben. Wenn es sich bewahrheitet, daß in den in Betracht kommenden Gebieten seit Kriegsbeginn im Jahre 1914 eine Ausfuhr überhaupt nicht stattgefunden hat, dann sind die Aussichten gewiß sehr gute.“

In Betracht kommen vorzugsweise die Gegenden des Schwarzen und des Kaspischen Meeres. Selbst für den Fall, als es sich teilweise um Bestände älterer Ernten handeln sollte, die sich in ver einzelten Partien als defekt erweisen könnten, würden auch solche nicht mehr für den menschlichen Genuß sich eignenden Bestände immer noch für Futterzwecke und Düngemittel verwendbar sein. Die Transportfrage dürfte durch den im Frühjahr bereits offenen Wasserweg der Donau erleichtert werden.“

**Verstand Graf**

**der Direktion der Futtermittelzentrale**

führte in seinen Darlegungen im wesentlichen aus:

„Wir sind bezüglich des Einkaufes nicht selbständig gestellt, vielmehr auf die von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt uns überwiesenen Futtermittel angewiesen. Immerhin läßt sich auch von unserem Standpunkt sagen, daß die Einfuhrmöglichkeiten aus den russischen Gebieten außerordentlich aussichtsreich genannt werden dürfen. Die Transportfrage ist auf verschiedenen Wegen lösbar. Vorläufig ist von Schwarzen Meer-Häfen nur Konstanza in Betrieb, doch sind Vereinbarungen mit Bulgarien denkbar, wodurch bulgarische Häfen wie Burgas und Warna und Bahnlinien in den Dienst des Transportes zu uns gestellt würden, auch kommt in weiterer Hinsicht der Donauweg in Betracht. Wenn die rumänischen Häfen, wie Sulina, Galatz, wenn ferner Braia und Runt für die Verfrachtung offen sein werden, ergeben sich weitere wichtige Transportmöglichkeiten.“

Ueber die außerordentliche Reichhaltigkeit der Produkte, die schon im Frieden Südrußland bot, ist ja ein Zweifel nicht möglich. Es ist Weizen, Mais, Gerste, Hirse, Kleie (ein Hauptartikel im Frieden), Delskuchen, alle Arten von Delsaat, Getreide in Rohmaterial, Ganssamen, Leinsamen vorhanden. Südrußland gilt mit Recht als eines der fruchtbarsten Länder der Welt. Von einem etwa zentral aufgeteilten Verbräuche wie bei uns, konnte wohl bei der bisherigen Rückständigkeit der Organisation keine Rede sein. Wenn auch das Militär, soweit dies angängig war, aus den erreichbaren Vorräten versorgt worden sein mochte, so dürfte sich im schleppenden Verkehr der Zivilgüter nicht viel — auch nicht im Kriege — geändert haben. Bei der Ausdehnung des Reiches und der bisherigen Rückständigkeit des Verkehrswezens ist nicht unser Maßstab der Verteilung anzulegen, so zwar, daß man etwa zum Beispiel bei eventuellem Mangel in Archangelsk aus Südrußland Vorräte dorthin transportierte, wie man bei uns Futtermittel aus Böhmen nach Dalmatien dirigieren konnte.

Getreidesorten und sonstige greifbare Ware könnte im Frühjahr bereits greifbar sein, insbesondere auch Artikel, die wir sehr gut verwenden können, darunter auch die qualitativ hochwertigen Delskuchen. Die Frage der Kompensation durch Austauschartikel, da Geld als solches in den Hintergrund getreten ist, wird wohl sehr von Bedeutung werden und reichlich erwoogen werden müssen. Aus Südrußland ist immer viel „Wintersportware“ gekommen. Die reichen Produktionsgebiete liefern unter anderem massenhaft Hafer und Futtermittel anderer Art, und da ist der Hinweis von Bedeutung, welchen Einfluß die Zufuhr von Futtermehl, Futterrüben, Cicheln usw. auf die Verbesserung in unserer Viehhaltung haben würde. Die Zufuhr von Futtermitteln wäre von nachhaltiger Bedeutung für die Milch- und Fettproduktion.“

Weiter hatten wir eine ungewöhnlich schlechte Kaufsuntererte. Der Großteil wichtigster Futtermittel ist zu Zwecken der Surrogierung von menschlichen Nahrungsmitteln herangezogen worden. Man hat den Hafer zu „Kaffereis“, Gerste zu Kaffeesurrogaten verwendet und durch höhere Ausmahlung einen Teil der Kleie für die Mehlbeschaffung in Anspruch genommen. Durch Zufuhr von Futtermitteln wird eine erfreuliche Besserung der Verhältnisse auf diesem gesamten Versorgungsgebiete Platz greifen können, auch für das Fuhrwerk, die notleidenden Zugtiere, dürften Zuschübe eine ausgiebigere Fütterungsweise mit sich bringen.“

**Speditur Ludwig Wolf,**

**Inhaber der Speditionsfirma Ludwig Wolf.**

Der Chef der Wiener Speditionsfirma Wolf, Herr Ludwig Wolf, teilt uns mit:

„Die Aussichten für eine Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Rußland werden in Fachkreisen äußerst hoffnungsvoll begrüßt. Es ist eine Fülle von landwirtschaftlichen Rohstoffen zu erwarten. Hanf, Flachs, Werg, Leinsamen, Talg ist in den in Betracht kommenden Anfuhrgebieten reichlich vorhanden. Von Fabrikaten seien auch Filze, Woll- und Tuchstumpen besonders erwähnt. Holz, Petroleum, Salz ist zu erwarten; auch Seifenmaterial, Sämereien, Hülsenfrüchte, Kimmeln — es gibt keinen der wichtigen landwirtschaftlichen Artikel, dessen Knappheit mir empfinden, dessen Einfuhr nicht zu erhoffen wäre.“

Meridings kann, bevor ein allgemeiner Frieden in den Bereich der Erwartungen tritt, von einer Wiederaufnahme des einstigen Verkehrs von Transfgütern aus den uns heute noch feindlichen Ländern aus dem Westen nach Rußland nicht gesprochen werden, ein Verkehr, der früher in unserem Transportwesen nach Rußland eine große budgetäre Rolle spielte. Es kann aber vorausgesetzt werden, daß die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs schon mit Rußland allein in seinen Folgen bald den Preissturz in einer Menge heute zu riesenhaften Ganyierpreisen verkauften Waren anbahnen wird.“

1. I. 1918

71

**Die interalliierte Wirtschaftskommission über die Lebensmittelbezüge für Deutschösterreich. Mitteilung der Kommission an unseren Berner Korrespondenten.**

Bern, 31. Dezember.

Die interalliierte Wirtschaftskommission, die morgen unter Führung des Gemeinderates v. Schwarz-Hiller nach Wien reist, übergab Ihrem Korrespondenten zur Veröffentlichung in der „Neuen Freien Presse“ folgende offizielle Erklärung:

Eine interalliierte Kommission hat mit Vertretern Deutschösterreichs Sitzungen in Bern abgehalten, um die Nahrungsmittelversorgung Deutschösterreichs zu beraten. Dieser Kommission gehören Vertreter Italiens, Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten an.

Im Einverständnis mit dem Blockadekomitee in Bern stimmte die Kommission der Entsendung von 112 Waggons Lebensmitteln aus der Schweiz nach Wien zu.

In Ausführung der von der Kommission gefassten Beschlüsse sendet Italien 4000 Tonnen Weizen und eine Anzahl Waggons Kondensmilch und Zitronen nach Wien und anderen Städten Deutschösterreichs.

Die Kommission hat den verbündeten Regierungen Anregungen und Vorschläge betreffs der Nahrungsmittelversorgung Deutschösterreichs unterbreitet.

Die Kommission begibt sich nach Wien, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen.

Ihr Korrespondent glaubt, dieser Erklärung hinzufügen zu können, daß die Beratungen in Bern im Geiste des neuwachsenden menschlichen Solidaritätsgefühls geführt wurden und daß die nach Wien reisenden Delegierten von humanitären Motiven geleitet sind.

Der Kommission gehören an: Dr. Alonzo Taylor, einer der geschicktesten Mitarbeiter Dabers.

Professor Haguenin, Beveridge und Professor Labriola.

**Kreditgewährung der großen Kapitalmärkte an Deutschösterreich.**

Dozent Dr. Felix Somary, der als Mitglied der Finanzmission an den Beratungen mit der interalliierten Wirtschaftskommission teilnahm, äußerte sich zu Ihrem Korrespondenten folgendermaßen über die Finanzierungsprobleme der Nahrungsmittel- und Rohmaterialienversorgung Deutschösterreichs:

Die Unsicherheit der Abgrenzung aller neuen Staatengebilde, die daraus folgende Unmöglichkeit einer Budgetaufstellung und eines Finanzprogramms, die bestehende Erlöschung des Notenprivilegs und die allgemeine handelspolitische Unsicherheit und Nervosität stehen naturgemäß jeder Finanzierungsaktion im Wege. Dazu kommt noch, daß die Austeilung der immerhin sehr bedeutenden Aktiven der alten Staatseinheit ein Problem darstellt, an das man sich noch gar nicht herangewagt hat. Schließlich erschweren die noch immer zu recht bestehenden Kriegsverfügungen gegen den Handel mit dem Feinde die Durchführung von Anleihen. Die erforderlichen Gesetzesvorlagen zu Wiederherstellung der Handelsfreiheit sind in unmittelbarer Zukunft kaum zu erwarten. Zu erwähnen wäre in diesem Zusammenhange auch die technische Unmöglichkeit, über unseren Effektenbesitz im bisher feindlichen Ausland Verfügungen zu treffen.

Diese großen Schwierigkeiten werden durch den ungewöhnlich hohen Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohmaterialien, der bisher durch Kronenzahlungen gedeckt werden konnte, nur noch gesteigert. Da den während des Krieges stark beanspruchten und gerade jetzt durch die Ausspannung des Kapitalmarktes beengten Neutralen eine größere Belastung nicht zuzumuten war, sah man sich genötigt, bis zur Ermöglichung der Kreditgewährung durch die Entente einem Provisorium zuzustimmen, das den vorläufigen Ertrag von österreichischen Kronen vorsieht.

Alle weiteren Kredite für Deutschösterreich werden nur durch das Zusammenwirken der großen Kapitalmärkte gesichert werden können. Es wäre vorrätig, zu sagen, daß während der Interalliiertenberatungen in dieser Richtung mehr als einleitende Maßnahmen getroffen wurden. Es ist aber ein gutes Vorzeichen, daß eine völlige Übereinstimmung darüber erzielt wurde, die begonnene Finanzierungsaktion nicht mehr stöden zu lassen und daß die Schwierigkeiten des von seinem natürlichen Versorgungsbereiche abgeschnittenen Wien von allen Seiten anerkannt wurden.

**Die Verteilung der aus der Schweiz gelieferten Lebensmittel.**

Wien, 31. Dezember.

Heute nachmittag fand im Rathaus unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Gegenwart der Vizebürgermeister und der Ressortreferenten des Magistrats

eine Besprechung, betreffend die Verteilung der von der Schweiz übersendeten Lebensmittel statt. Von der Schweizer Regierung nahmen die Delegierten teil: Oberleutnant Frey, Dr. Ferriere jun., Oberleutnant Schmid und der Schweizer Legationssekretär v. Grenus. Der Kommissär für die Schweizer Hilfsaktion für Wien Oberleutnant Frey, gab eingangs der Besprechung eine Darstellung über das Zustandekommen der Hilfsaktion in der Schweiz und über die hierbei verfolgten Ziele, welche sich auf eine Instruktion der Schweizer Regierung gründen. Grundsatz für die Hilfsaktion ist, daß die von der Schweiz übermittelten Sendungen ausschließlich für die Gemeinde Wien bestimmt sind.

Hauptmann Serenyi, der gemeinschaftlich mit Hauptmann Faray von der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz im Einvernehmen mit den Staatsämtern in die Schweiz entsendet worden war, um eine Aushilfe der Entente für die Spitäler zu erwirken, ergänzte die Ausführungen des Kommissärs durch Hervorhebung der außerordentlichen Verdienste, die sich das Internationale Komitee des Roten Kreuzes in Genf, und insbesondere Professor Ferriere als dessen Vertreter, um die Lebensmittelhilfe für Wien erworben hat. Der tatkräftigen und aufopfernden Unterstützung von dieser Seite sei in erster Linie der von der deutschösterreichischen staatlichen Kommission und vom Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller erzielte Erfolg zuzuschreiben, der sich zunächst in der Hilfsaktion der Schweiz ausdrückt und hoffentlich weiterhin zu einer ausgiebigen Versorgung des deutschösterreichischen Staates und der Stadt Wien seitens der Entente gestalten wird.

Die Liste der Lebensmittel und deren Verteilung. Mit dem ersten Lebensmittelzug aus der Schweiz sind eingelangt: 60 Tonnen Fett, 57 Tonnen Kondensmilch, 10 Tonnen Schokoladepulver, 140 Tonnen Reis und 150 Tonnen Mehl.

Bzüglich der Verteilung von Mehl und Fett lautet die Instruktion des Kommissärs dahin, daß die von der Schweiz zur Verfügung gestellte Menge der Gesamtbevölkerung Wiens ohne Unterschied des Einkommens zugute kommen soll.

Der Kommissär erklärte sich daher mit dem Vorschlage der Gemeinde Wien einverstanden, wonach das Mehl mit Rücksicht auf die derzeitige Knappheit für die Aufrechterhaltung der derzeitigen Verbrauchsquote verwendet werden soll.

Bei Fett wird unter Zuhilfenahme der Schweizer Sendung eine einmalige Aufbesserung der Wochenquote von 40 Gramm auf 60 Gramm durchgeführt werden.

Der Reis wird an Kinder bis einschließlich des sechsten Lebensjahres, an Krankenanstalten und öffentliche mientellische Auspeisung ausgegeben werden.

Ebenso wird die Kondensmilch an Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre, an schwangere Frauen und an stillende Mütter und an Spitäler abgegeben werden.

Ueber die Verwendung des Schokoladepulvers hat der Schweizer Kommissär sich die Entscheidung vorbehalten. Alle Abgaben werden unter Kontrolle des Kommissärs durchgeführt und an die Abtrennung von Kartenausschnitten gebunden werden. Die näheren Verlautbarungen werden rechtzeitig durch den Magistrat ergehen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte am Schlusse der Sitzung den Delegierten der Schweizer Regierung für deren edlen und hochherzigen Gefühle, welche in der ersten Lebensmittel- sendung zum Ausdruck gekommen sind, und knüpfte daran die

noch meist bewölkt, zu zeitweisen Schneefällen geneigtes strengeres Frostwetter bei mäßig lebhaften Winden zu erwarten.

Von der Betriebsleitung der städtischen Straßenbahnen wird uns mitgeteilt, daß der neuerliche Schneefall dem Verkehr der Straßenbahnen bisher keine Einbuße zufügte. Schon in der Nacht wurden mit Militär und Fuhrzeug die Fahrbahnen gesäubert, und als in den Morgenstunden abermals Schnee fiel, traten die Salzwagen in Verwendung. Bis Mittag ist keine Störung im Betrieb gemeldet. Heute arbeiten 1000 Mann Militär und 1200 zivile Arbeiter an der Säuberung der Straßen.

Diezüge der in Wien mündenden Bahnen sind heute morgen mit unbedeutenden Verspätungen eingetroffen. Auch die Güterzüge konnten ohne Behinderung einlangen, wodurch für die wichtige Angelegenheit der Approvisionierung Wiens derzeit kein Hindernis entstehen konnte.

**Große Kälte in Italien und Spanien.**

**Vugano, 2. Jänner.** (Privattelegramm.) Von der ligurischen Küste wird außerordentliche Kälte gemeldet. Die Pyrenäen sind mit Schnee bedeckt. Ebenso wird aus Madrid von strenger Kälte berichtet.

**Ueber Ersatzstoffe als Bestand unsrer Friedenswirtschaft.**

Von Regierungsrat Roman Saloziecki.

Es ist zwar nicht leicht, in Zeiten grundstürzender Umwälzungen auch auf wirtschaftlichem Gebiete Voraussagen zu machen und in der Rolle eines Propheten selbst mit beschränktem Wirkungskreis aufzutreten, aber immerhin kann man gewisse Ausblicke wahren, wenn auf Grund allgemein in Erscheinungen tretender Tatsachen gewisse Folgerungen unter speziellem Vorbehalt abgeleitet werden.

Das Ersatzstoffwesen, das während des Krieges eine große Bedeutung erlangt hat, kann nicht für sich allein, sondern nur im Zusammenhang mit allgemein wirksamen wirtschaftlichen Erscheinungen behandelt werden; denn es ist ein Teil ihrer selbst und eine Folge der veränderten Verhältnisse. Eben weil man ganz besondere Gründe zur Annahme hat, daß sich die Verhältnisse, die notwendigerweise zu den Ersatzstoffen geführt haben, auch nach dem Kriege nicht plötzlich und unvermittelt ändern werden, ist auch die Reason d'être der Ersatzstoffe lange nach dem Kriege eine wahrscheinliche, ja sogar notwendige, und es steht nur zu untersuchen, welche von ihnen die meiste Daseinsberechtigung haben werden. Eine zweite Aufgabe wäre darin gegeben, die Aussichten zu prüfen, ob und welche Ersatzstoffe auch in die Friedenswirtschaft übernommen werden könnten, wenn sich diese ganz normal, das heißt unter ähnlichen Bedingungen des freien Verkehrs und Warenaustausches, wie er vor dem Kriege bestand, weiter entwickeln würde. Eigentlich könnte nur solchen Ersatzstoffen ein wahrer Wert zugesprochen werden, nur solche könnten den Bestand unsrer Volkswirtschaft bleibend vermehren.

Die Geschichte liefert uns viele solche Beispiele. Besonders nach langwährenden kriegerischen Verwicklungen kann man Erscheinungen feststellen, die die wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse von Grund aus verändern — neue Rohstoffe aufkommen lassen, neue Verfahren und Produktionszweige befruchten — die Ersatzstoffe schaffen entweder fertige Produkte oder die Erzeugung dieser auf andre Roh- und Hilfsstoffe hinüberlenken. Die napoleonische Kontinentalperre hat die Sodafabrikation in Frankreich und die Milchsäurefabrikation in Oesterreich ins Leben gerufen. Der amerikanische Befreiungskrieg hat in England Anlaß zur Entwicklung der Kunstwoll- und Baumwollfabrikation gegeben, und der Krimkrieg die Zuteufabrikation in Europa ausgedehnt. Andre Umwälzungen vollzogen sich in friedlichen Zeiten, dank der Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis und Forschung, sowie dank dem technischen Fortschritt. Es genügt, auf einige Beispiele hinzuweisen, wie das künstliche Alizarin und Indigo in der Farben- sowie den Holzstoff und die Zellulose der Papierfabrikation.

Ein großes Ersatzstoffproblem, das ist der künstliche Salpeter, hat vor und während des Krieges seine Lösung gefunden, und die Zentralstaaten in die Lage versetzt, trotz der Aussperrung seiner Rüstungsindustrie auf der Höhe der gewaltigen Erfordernisse zu erhalten. Nach dem Kriege bedient der künstliche Salpeter, der Kaliumstickstoff und das künstliche Ammoniak eine vollständige Emanzipation auch unsrer Landwirtschaft von ausländischer Einfuhr, besonders vom Chilisalpeter. Jedenfalls kann man die Ammoniak- und Salpetersynthesen als die größten Errungenschaften der Chemie im Laufe des Krieges betrachten, die ihre Nachwirkungen in der Friedenszeit äußern werden.

Der große Wurf ist jedoch nicht auf allen Gebieten so gut gelungen. Die Ersatzstoffe haben nicht immer und überall das geleistet, was sich die Erfinder

## Ernährung in Krieg und Frieden.

Von f. u. L. Oberstabsarzt

Professor Dr. Gustav Singer,

Primararzt an der f. l. Krankenanstalt „Rudolfstiftung“.\*)

Die Grundsätze unserer Volksernährung sind hauptsächlich durch die Lehren Voit's in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in großen Untersuchungen festgelegt worden und von hier haben jene Anschauungen ihren Ausgang genommen, welche noch bis zum Kriege für die Ernährung der breiten Volksmassen richtunggebend waren. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich gegen die Lehren von Voit, die hauptsächlich von dem Berliner Physiologen Rubner weiter ausgeführt wurden, eine gewisse Gegenströmung geltend gemacht, die gegen das Ausmaß und die Auswahl der Ernährung gerichtet war.

Die wissenschaftliche Begründung der Ernährungslehre stützt sich auf Untersuchungen, welche die drei Gruppen der Nahrungsmittel: Eiweiß, Fett und Kohlehydrate (Mehlspeisen) nach ihrer Wertigkeit als Energiequelle bemisst. Die Nahrung ist bestimmt, zunächst die Lebensfunktionen im Organismus, die ja im Wesen ein Verbrennungsprozess sind, aufrecht zu erhalten. Die Nahrung, die dazu ausreicht, ist die Erhaltungslos. Außerdem muß sie die im Stoffwechsel und bei der Arbeit verbrauchten Zellbestandteile ersetzen, um den Organismus im Gleichgewicht zu erhalten. Genügt aus verschiedenen Gründen die dargebotene Nahrung diesen wichtigen Forderungen nicht, so kommt es zu einer Unterbilanz im Organismus, zu einer Störung des Gleichgewichtes, die sich in einer Abnahme der Funktionstüchtigkeit, in einem Rückgang des Körpergewichtes äußert. Die Unterernährung, die dann entsteht, greift zuerst die Fettspeise im Körper an; doch sehr bald kommt es zu einer Einschmelzung der eiweißhaltigen Bestandteile der Muskeln und zuletzt zu einem echten Organverlust, das heißt, die Organe nehmen an der Einschmelzung teil.

Die Anschauungen, welche Voit und Rubner in ihren Arbeiten und Forschungen geleitet haben, gehen eigentlich auf Viebig zurück. Dieser große Forscher erblickte in dem Eiweiß die Quelle der mechanischen Kraft und Gesunde und seine Lehren sind für die Lebensführung des deutschen Volkes bis in die letzte Zeit maßgebend gewesen. Man kann sagen, daß der vorstehende Zug in der Ernährungspraxis des täglichen Lebens eine stetige Zunahme des Fleischkonsums bei der städtischen Bevölkerung war. Gegen diese aufsteigende Kurve des Eiweißverbrauches haben sich bald Stimmen erhoben, welche zunächst in theoretischer Form, alsbald aber auch in praktisch erhärteten Nachweisen sich in dem Rufe nach einer Verminderung des Eiweißverbrauches bei der Volksernährung vereinigten. Zwei Namen sind es, welche mit dieser Reaktion gegen den Luxusverbrauch an Eiweiß verknüpft sind: der Amerikaner Chittenden und der dänische Forscher Hindhebe.

Es ist hier nicht der Platz, diese Streitfragen näher auszuführen, es sei nur bemerkt, daß für die Erhaltung des Stoffwechselgleichgewichtes Voit und Rubner für einen mittleren Arbeiter von 70 Kilogramm eine Tagesmenge von 110 Gramm Eiweiß, 60 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlehydraten fordern, was einer Energiequelle von 3000 Kalorien entspricht. (Eine Kalorie ist die Wärmemenge, die nötig ist, um ein Kilogramm reines Wasser um 1 Grad Celsius zu erwärmen. Die Nahrungswärme in dieser Rechnung nach ihrer Fähigkeit zur Wärmeproduktion eingestellt.) Die Opposition von Chittenden und Hindhebe ging darauf hinaus, zu zeigen, daß Gleichgewicht und Wohlbefinden mit einem bei weitem geringeren Nahrungsausmaß zu erzielen sind, und die Hauptangriffe richteten sich gegen die Menge des Eiweißes in der Nahrung, das sie etwa mit der Hälfte der Voit-Rubnerschen Zahlen ausreikend finden. Die Opposition gegen den erhöhten Eiweißkonsum in der Volksernährung hat nicht bloß theoretische Bedenken vorgebracht. Beide Forscher und ihre Anhänger sind bemüht, nachzuweisen, daß dieses in der früheren Postordnung geübte Uebermaß an Eiweiß schädlich ist und Krankheiten erzeugt. Die Angelegenheit hat, wie man sieht, einen großen nationalökonomischen Hintergrund, da das Eiweiß, welches wir mit dem Fleisch der Nahrung genießen, das teuerste Nahrungsmittel ist. Die Reformbestrebung kulminiert daher in dem Rufe nach Vereinfachung und Verbilligung der Volksernährung. Dieser Streit um die zulässige Menge des Eiweißes in der Nahrung ist noch lange nicht geschlichtet. Die Suche nach dem Eiweißminimum beschäftigt nach wie vor die Ernährungsphysiologen.

Eines aber kann man ohne weiteres in dieser Kontroverse als sichergestellt ansehen, daß die absolute Voranstellung des Eiweißes als Energiequelle unrichtig ist. Die Erfahrungen der Pathologie scheinen zu zeigen, daß ein Uebermaß an Eiweißnahrung auf die Dauer schlecht vertragen wird, während andererseits bei Störungen des Stoffwechsels Verminderung der Eiweißzufuhr zweifellos vorteilhaft wirkt. Ein anderes ist jedoch die Frage, ob dauernd eine so weitgehende Herabsetzung der Eiweißzufuhr vom Organismus ohne Schaden vertragen werden kann. Viele Ernährungsphysiologen haben in einer obligatorischen Einhaltung des Eiweißminimums eine Gefahr für die physische und geistige Leistungsfähigkeit erblickt. Ich möchte nur soviel sagen, daß eine scheinbar günstige Beeinflussung, die durch eine Verringerung des Nahrungsverbrauches nach einer oder der anderen Richtung hin zutage tritt, wenn sie nur bei einzelnen Individuen erprobt ist, für die große Masse nichts beweist, daß andererseits eine tiefere Schädigung der vitalen Funktionen nicht gleich, sondern oft erst viel später, unter Umständen erst unter der Einwirkung von Krankheiten zum Vorschein kommt.

In alle diese Fragen hat der Krieg, dieser große und unerzittliche Experimentator, hineingeleuchtet. Die

große Not und Teuerung, diese unheimlichen Prüfungen für die Soldaten des Hinterlandes, haben unfreiwillig eine große Masse von Schwerarbeitern gezwungen, weit unter das Mindestmaß der zulässigen Nahrungsmenge herunterzugehen. Wir haben anfangs darüber gestaunt, wie scheinbar ohne größeres Versagen die Menschen mit dieser qualitativ und quantitativ unzureichenden Nahrung weitergearbeitet haben. Doch bald hat sich ergeben, daß die Dauer und Größe der Leistungsfähigkeit auch bei gesunden Menschen vermindert wurde, und in weiterer Folge haben sich Störungen und Krankheitszustände gezeigt, welche zweifellos auf Nahrungsschäden zurückzuführen sind.

Ganz allgemein hat der Krieg auch bei den Angehörigen der bemittelten Stände ein Sinken des Körpergewichtes zur Folge gehabt. Hier ist es weniger die verringerte Fleischkost, als vielmehr der Mangel an Fett und Zucker, der selbst bei dem Kopfarbeiter und beim Leichtarbeiter einen Mehrverbrauch von Reservekraft des eigenen Körpers zur Folge hat. Schwerere Formen der Unterernährung, und vor allem ein erhebliches Sinken der Widerstandskraft gegenüber Krankheiten und namentlich Infektionskrankheiten, werden vielfach auf die Ernährungsverhältnisse im Kriege bezogen. Die Zustände der Tuberkulose, der Skorbutähnlichen Erkrankungen und die traurige Erscheinung des Hungerödems, das in manchen Bezirken als Massenkrankheit austrat, sind Symptome der verminderten Widerstandskraft.

Es sei noch ein Wort gesagt über jene Nahrungsmittel, die nicht zu den drei Gruppen der Nahrungsbestandteile gerechnet werden können und dennoch für das Wohlbefinden unerlässlich sind: Die Salze (Kochsalz, Phosphate, Kalisalz etc.) und die sogenannten Ergänzungsnährstoffe, wie sie Hofmeister genannt hat. Die letzteren sind Bestandteile der lebenden Pflanze zerstört. Wenn sie in der Nahrung fehlen, oder durch Hitze zerstört wurden, entsteht eine Reihe von krankhaften Veränderungen, die von einer Verarmung oder Entziehung lebensnotwendiger Stoffe abzuleiten sind. Diese Körper hat Funk Vitamine genannt. Sie finden sich vermehrt in frischem Gemüse und im Obst. Die schweren Krankheitszustände und Ernährungsstörungen, welche nach der Entziehung dieser „atzeffischen Nährstoffe“ eintreten, stehen außerhalb der in der Ernährungsphysiologie bekannten Formen der Unterernährung. Ich glaube, daß gerade die Entziehung der frischen Gemüse für die Funktions- und Ernährungsstörungen, welche die Kriegsnot in manchen Schichten der Bevölkerung hervorgerufen hat, wesentlich verantwortlich ist.

\*) Siehe Nr. 353 des „Fremden-Blatt“ vom 25. Dezember und Nr. 357 des „Fremden-Blatt“ vom 20. Dezember 1917.

Das Rationierungssystem.

Schwierigkeiten der Durchführung. — Die Mängel der freien Kundenliste. — Die Frage des Anstellens. — Waarennoth und Rationierung.

Der Waarenmangel, eine Folge des Kriegszustandes in allen Ländern, hat in Budapest das Anstellen vor den Lebensmittelgeschäften verursacht. Das Kettenstehen mit seinen unliebsamen Begleiterscheinungen hat das Landes-Ernährungsamt bewogen, Maßnahmen zu treffen, um der Bevölkerung die Waarenbeschaffung zu erleichtern. Im Auftrage des Landes-Ernährungsamtes hat noch im Sommer des Vorjahres Ministerial-Sektionsrath Rudolf Temple zahlreiche Städte in Oesterreich und Deutschland besucht, um das kommunale Approvisionnementssystem besonders vom Gesichtspunkte des Anstellens zu studiren. Auf Grund seiner Erfahrungen, die er besonders in Wien, Berlin und Hamburg, wo das Rationierungssystem bereits seit längerer Zeit durchgeführt ist, gewonnen hat, arbeitete er einen Entwurf aus, der auch für Budapest die Dezentralisierung des Verschleißes als einziges Mittel zur Verhinderung des Anstellens bezeichnete.

Dieser Entwurf bildete die Basis für die im November des Vorjahres erlassene Verordnung des Ernährungsministers Grafen Johann Sadii, wonach der Magistrat der Hauptstadt Budapest ange-

wiesen wird, das Rationierungssystem durchzuführen. Wie uns mitgeteilt wird, wurde dem Magistrat bis der Rathe des neuen Systems vorgelegt; es stand ihm als autonome Körperschaft frei, den Inhalt den Budapest Verhältnissen entsprechend auszufüllen. Seitens des Magistrats wurde der Plan, wie im Landes-Ernährungsamte behauptet wird, nicht mit der größten Sympathie aufgenommen. Zuerst wurde gegen das Rationierungssystem protestirt, und als es bei ihm doch sein Bewenden haben mußte, schritt man unwillig zur Durchführung. Das Rationierungssystem muß den gewünschten Erfolg bringen: gleichmäßige Verteilung der Lebensmittelvorräthe und möglichste Verhinderung des Anstellens, wie dies in Wien, Berlin und Hamburg in der Praxis der Fall ist. Allenfalls ist das Budapest Publikum viel undisziplinierter als das im Auslande, es ist schwer für eine neue Organisation zu haben und Schwierigkeiten müssen sich daher naturgemäß bei dieser Neuerung im Anfange zeigen.

Man wird zwar einwenden, daß man auch in den erwähnten Städten das Kettenstehen kennt. Dies herrscht dort aber nur deshalb, weil es an Waaren mangelt, wodurch selbst bei dem Kaufmann, dem man durch das Rationierungssystem zugetheilt ist, Lebensmittel nur von Zeit zu Zeit zu haben sind, was die Ursache des Anstellens zu diesen Zeitpunkten verursacht. Das Rationierungssystem bringt, wie die Approvisionnementverhältnisse Ordnung in die Anarchie des Versorgungswesens und schafft leidliche Zustände. In Budapest hingegen ist selbst bei der heute herrschenden Systemlosigkeit keine allzu große Lebensmittelnoth zu bemerken. Die hiesigen Verhältnisse können mit denen in Oesterreich und Deutschland nicht verglichen werden. Wenn nun durch die Rationierung der Einkauf eine Regelung erfährt, muß das Anstellen unbedingt aufhören. Es ist vollkommen richtig, daß es weiter nicht mehr geht, daß die wichtigsten Lebensmittel in Budapest nur in 96 kommunalen Lebensmittelbuden zu haben sind, daß also eine Millionenstadt sich mit diesen wenigen Verkaufsstellen begnügen muß.

Wenn also gegen das Rationierungssystem selbst keine Einwendung erhoben werden kann, so hat die Art, wie man es in Budapest verwirklichen will, vielfältige Schwierigkeiten hervorgerufen. Da ist vor allem der Zeitpunkt der Durchführung des neuen Systems, der für den 11. d. festgesetzt ist. Es wurden hierbei weder das umfangreiche Material, das für die Vorbereitung des Rationierungssystems aufgearbeitet werden muß, noch die Budapest Verhältnisse mit der Sauberkeit, die von dem Publikum an bis in die Kammer herrscht, in Betracht gezogen. Innerhalb zwei Wochen, vom 14. Dezember vorigen Jahres bis zum 1. Januar dieses Jahres, wollte man die Aufarbeitung der eingelaufenen Zusammenfassungen und die Ausstellung der neuen Lebensmittelkarten, sowie der Kundenlisten für die Kaufleute bewältigen. Dem wurde der Termin auf den 11. d. verschoben. Aber auch bis dahin wird die Durchführung des Rationierungssystems nicht erfolgen können, weil das Centralmehlamt die Vorarbeiten hierzu noch nicht beendet hat. Das Publikum, das sich in den vielen Lebensmittelverordnungen schon kaum auskennt, wurde daher wieder unrichtig informiert, als die Einführung des Rationierungssystems für den 11. d. angekündigt wurde.

Ein weiterer schwerwiegender Punkt ist die

Frage der sogenannten freien Kundenliste. Das Rationierungssystem besitzt nämlich zweierlei Formen: entweder kann sich jeder Konsument den Kaufmann oder die Lebensmittelverkaufsstelle wählen, wo er seinen Bedarf decken kann (freie Kundenliste), oder er wird von der Behörde rationirt und dem ihm nächsten Waarenladen zugetheilt. Für Budapest hat man die freie Kundenliste gewählt. Siedurch wurde die Anomalie geschaffen, daß das Publikum in Unterthanigkeit der Verhältnisse und von einer Art Kriegszustand befallen, sich auf die Verkaufsstellen gestürzt hat, wo auch bisher viel Lebensmittel zu sehen waren: auf die Buden des kommunalen Lebensmittelbetriebs, die Konsumgenossenschaften, Einkaufsgruppen und Großhandlungen, wo bedeutende Vorräthe angehäuft sind. Die kleinen Spezereiwarenhändler, die jetzt, also bevor das Rationierungssystem in Kraft ist, gelichtete Fächer und Läden haben, wurden ganz überzeugen. Das Publikum befand sich in Unkenntniß des Rationierungssystems, das doch eben darauf basirt, daß sowohl der kleine wie der große Kaufmann, die Buden des kommunalen Lebensmittelbetriebs, wie die Konsumgenossenschaften gleichmäßig im Verhältnis zur Zahl der eingeschriebenen Kunden mit Lebensmitteln versehen werden. Wenn nach Einführung des Rationierungssystems bei dem Weisler ein bestimmter Artikel nicht zu haben ist, wird er auch in der Bude des kommunalen Lebensmittelbetriebs oder anderswo vergebens gesucht werden. Durch das Vorgehen des Budapest Publikums wird nun der Zweck des Rationierungssystems nicht erreicht: vor den Buden des kommunalen Lebensmittelbetriebs, den Konsumgenossenschaften und Einkaufsgruppen wird es wieder das Kettenstehen geben, da sich der überwiegende Theil der Bevölkerung für den Einkauf bei diesen Verkaufsstellen entschieden hat. Die Greisler aber werden nichts zu thun haben und zugrunde gehen können. Wenn daher das Rationierungssystem in Budapest verwirklicht wird, dann hätte man gut, von der freien Kundenliste Abstand zu nehmen und statt ihr die zwangsweise Rationierung, die Zuweisung jedes Konsumenten zu dem ihm nächsten Kaufmann zu bewerkstelligen.

In dritter Reihe kommt die Waarennoth bei der Vertheilung des Rationierungssystems in Betracht. Hier muß offen gesagt werden, daß wir in Budapest nicht über die nötige Menge von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zur Einlösung aller ausgegebenen Karten besitzen. Die Waarennoth wird durch die Eintheilung der Konsumenten zu bestimmten Verkaufsstellen nicht behoben, sie besteht vor und nach der Einführung des Rationierungssystems. Da mußte mehr Aufrichtigkeit unsere Approvisionnementpolitik durchdringen. Entweder ist für die Sicherung der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel zu sorgen oder, wenn dies nicht geht, haben die Rationen, die in je 10 Tagen ausgefolgt werden, stets auf Grund der tatsächlich vorhandenen Vorräthe festgesetzt zu werden, so daß alle Karten in der bestimmten Quantität unbedingt eingelöst werden.

Im Ganzen genommen bildet das Rationierungssystem bei einer richtigen Durchführung und Anpassung an die Budapest Verhältnisse ein werthvolles Mittel zur Regelung der heute herrschenden Unordnung im Einkaufswesen. Sie ist, wie jede Neuerung, anfangs allerdings mit Unannehmlichkeiten verbunden, in der Praxis wird es sich aber ebenso wie das vor der Einführung in Budapest so sehr bekämpfte Kartensystem bewähren. Das Rationierungssystem bietet Gewähr dafür, daß Jeder mann, in der gleichen Weise, zehntägig die für ihn bestimmte Ration unbedingt bei der festgesetzten Verkaufsstelle erhält, ein Umstand, der das Anstellen unbedingt behindert und in dem Publikum, bei richtiger Erwägung der Verhältnisse, Beruhigung auslöst.

30,000 Personen unangemeldet.

Bezeichnend für die Indolenz des Budapest Publikums ist, daß sich bei der Konstruirung für das Rationierungssystem ungefähr 30,000 Personen nicht gemeldet haben. Berechnet man die Zahl zu je vier Seelen pro Haushaltung, haben sich bei 120,000 Seelen von der Zuweisung zu einer Einkaufsstelle absentirt. Wie wir im Landes-Ernährungsamte erfahren haben, werden die Personen, die sich nicht gemeldet haben, voraussichtlich von der Behörde zwangsweise zu kleinen Spezereiwarenhändlern eingetheilt werden.

Ernährungskonferenz im Stadthause.

Im Stadthause findet morgen, Freitag, eine Ernährungskonferenz statt, die sich mit dem Rationierungssystem befassen wird. An der Konferenz werden Delegirte des Landes-Ernährungsamtes, der Hauptstadt und der kaufmännischen Interessenvertretungen theilnehmen. Wie wir erfahren, hält das Landes-Ernährungsamt an der Durchführung des Rationierungssystems in Budapest fest. Es sollen die Modalitäten festgesetzt werden, unter denen die Neuordnung des Einkaufswesens glatt ins Leben gerufen werden kann.

Ein Memorandum der Kaufleute gegen das Rationierungssystem.

Ein Memorandum der Kaufleute gegen das Rationierungssystem.

Der Landesverein der ungarischen Spezereiwarenhändler wird in der morgigen Ernährungskonferenz, wie uns Vizepräsident Wilhelm Farkas mittheilt, ein Memorandum an den Volksernährungsminister Grafen Johann Sadii unterbreiten, das gegen das Rationierungssystem Stellung nimmt. Das Memorandum weist darauf hin, daß 80 Prozent der Konsumenten sich für den Einkauf bei den kommunalen Betrieben, in den Einkaufsgruppen und Konsumgenossenschaften entschieden hat, wodurch der Geschäftsverkehr von ungefähr 1500 Kaufleuten in kurzer Zeit ins Stoden gerathen muß, so daß sie genöthigt sein werden, ihre Läden zu schließen. Der Einwand, daß die Wahl des Publikums dafür spricht, daß es den Kaufleuten abhold ist und sich daher für andere Einkaufsstellen entschieden hat, wie dies von den Leitern der Konsumgenossenschaften behauptet wird, ist nicht stichhältig. Thatsache ist, daß die Konsumgenossenschaften und Einkaufsgruppen während des Krieges von den Behörden bevorzugt und reichlich mit Lebensmitteln versehen wurden. Der Konsument, der bei den Kaufleuten seinen Bedarf decken wollte, mußte den Einkauf in verschiedenen Geschäften besorgen, hier war Zucker, dort Mehl, im dritten Laden Petroleum usw. zu haben, während die Konsumgenossenschaften, Einkaufsgruppen und kommunalen Buden sämtliche Artikel führen durften.

Die Mitglieder der Konsumgenossenschaften und Einkaufsgruppen hatten zudem auch den Vortheil, daß sie Mehl und Kartoffeln für ein Jahr im Vorhinein erhielten. In den Einkaufsgruppen ist ferner stets Primazucker (raffinirt) zu haben, während die Kaufleute sich mit dem Rohzucker begnügen mußten. Den Konsumgenossenschaften und Einkaufsgruppen wurde Mohn, Reis, Sisse, Hülsenfrüchte, Butter, Essig und Alkohol zugewiesen; die Kaufleute jedoch erhielten diese Artikel nicht. Bei der Zusammenschreibung der Konsumenten, das es die behördliche Organ das Vorgehen, daß es die Konsumgenossenschaften im Vorhinein von der Einführung des Rationierungssystems verständigte, so daß diese den Kundenfang betreiben konnten. Das Memorandum verweist dann darauf, daß das Rationierungssystem in Deutschland deshalb einschlug, weil dort die behördliche Kartenvertheilung und das Kartensystem restlos durchgeführt wird und es keine Einkaufsgruppen gibt. (In Berlin können die Konsumgenossenschaften nicht mehr Mitglieder bedienen als im Frieden. U. d. R.) Zum Schluß wird das Ansuchen gestellt, die Durchführung des Rationierungssystems, die für den 11. d. angelegt ist, einstweilen zu verschieben und unter Einbeziehung der kaufmännischen Interessenvertretungen eine Basis zu finden, die alle Interessenten befriedigt.

Chefs instruiert werden. Erwähnenswert ist, daß auf Antrag des Herrn Turnlehrer In gold, Burgdorf, der eine der beiden Kurse vollständig dem Spiel gewidmet sein wird, damit endlich auch diese, bis jetzt ziemlich vernachlässigte Turnart zu ihrem Rechte kommen soll. An die Turnmännschaft ergeht schon jetzt der Aufruf, sich zahlreich zur Rekrutierung der Kurse, die wir seinerzeit bekanntgeben werden, einzufinden.

† **Großrat Christian Gosteli.** In Altifoson bei Worblaufen starb am Montag abend im Alter von 68 Jahren Herr Christian Gosteli, Gutsbesitzer. Herr Gosteli vertrat den Wahlkreis Bolligen seit 1906 im bernischen Großen Rat. Er gehörte zur freisinnigen Partei und Fraktion. Sein freundliches Wesen und sein gerader Charakter erwarben ihm viele Sympathien.

### Stadt Bern.

**Kriegswäscherei Bern.** (Eingef.) Das Totalergebnis des Wohltätigkeitsfestes vom 17. November 1917 im Kurssaal Schänzli mit allen Barbeiträgen zugunsten der Kriegswäscherei Bern ergab bis heute einen Nettoertrag von Fr. 23,537.80, wofür das Komitee allen Mitwirkenden den herzlichsten Dank ausspricht.

Die Hilfskommission der Stadt Bern hat im Dezember verabsolgt: Barbeiträge (inklusive Militärschuhe) Fr. 1611.55, Brot Fr. 210.04, Milch Fr. 319.05, Kartoffeln Fr. 85, Brennmaterial Fr. 113.90. Total im Dezember Fr. 2343.44. Unterstützungen bis Ende November Fr. 151,131.99, zusammen Fr. 163,475.43. Dazu kommen Verwaltungskosten Fr. 8750.65; vom Gemeinderat bewilligte Subventionen Fr. 28,432.33. Total Fr. 190,658.46.

**Das Berner Stadtorchester in Basel.** Am Montag hat das verstärkte Berner Stadtorchester im Basler Musiksaal unter der Leitung von Oskar Fried die auch in Bern aufgeführten Symphonien von Verlioz und Mahler gespielt. In den Basler Zeitungen wird die Leistung des Orchesters auf das wärmste anerkannt.

**Beethovenabend Eugen Linz.** Auf den heute Donnerstag im Burgeratssaal stattfindenden einzigen Beethovenabend von Eugen Linz möchten wir noch einmal angelegentlichst hinweisen; namentlich sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Künstler die grandiose Hammerklavier-sonate (op. 106), die in Bern wohl noch nie vorgetragen wurde, meisterhaft gestaltet.

**Freistudentenschaft Bern.** Isabella Kaiser wird Freitag den 11. Januar 1918 im Parterresaal des Bürgerhauses aus eigenen Werken in deutscher und französischer Sprache vortragen.

### Freisinnig-demokratische Partei der Stadt Bern

Die freisinnig-demokratische Stadtratsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung den Vorstand neu bestellt mit den Herren: Oberpostkontrollleur A. Bühler als Präsident, Buchdrucker Wägli und Parteisekretär Kaiser. Im Bureau des Stadtrates werden wie bisher zwei Sitze beansprucht. Herr Oberriichter Dr. Trüffel, der gewesene erste Vizepräsident, wird als Präsident vorgeschlagen und Herr A. Bühler als Stimmenzähler. In der Geschäftsprüfungskommission wird an der bisherigen Vertretung der freisinnigen Partei festgehalten.

### Ein Ernährungs-Massenerperiment

Die Volksernährung im Kriege

\* Daß beim gegenwärtigen Weltkrieg schließlich eine höhere Macht als Volkserzieherin wirkt, sieht man am besten in der Ernährungsfrage, in welcher langhergebrachte und als heilig betrachtete Grundanschauungen, gegen welche einsichtige Aerzte bisher vergebens angekämpft hatten, zu Falle gebracht wurden. Die deutsche medizinisch-biologische Gesellschaft, welcher auch einige Schweizerärzte angehören, und der Arbeitsausschuß deutscher Vereine für Lebenserneuerung brachten im September 1917 ein Sonderheft „Volksernährung im Kriege“ von Dr. Ragnar Berg, dem Vorsteher einer der ganz seltenen wissenschaftlichen Untersuchungsstationen über menschliche Ernährung, worin überzeugend nachgewiesen wird, weshalb die bisherigen Grundanschauungen über das sogenannte Eiweißminimum so enorm auseinandergehen mußten. In der Nahrung ist weder Eiweiß, noch Fette, noch Kohlenhydrate das Wichtigste, sondern deren Ausnutzungseffekt, der aber durch die bisher vernachlässigten Mineralsalze der Nahrung bestimmt wird. Diese müssen in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen, in der Weise, daß die Basen die Säurebildner überwiegen, wie es von Dr. med. O. Schar in Zürich speziell für die Nervenschwäche in dessen letztjähriger Schrift „Die nervöse Anlage“ mit Anführung übersichtlicher Tabellen dargestellt worden war. Dr. Berg führt an: „Wenn das deutsche Volk trotz des unleugbaren Defizites hinsichtlich Fett und Kohlenhydraten die Entbehrungen bisher so gut ertragen hat, so ist das unzweifelhaft darauf zurückzuführen, daß die jetzige sozusagen zwangsweise basenreiche Ernährung den Organismus instand gesetzt hat, die zugeführten Nährstoffe in optimaler Weise auszunutzen. Nicht genug damit. Es dürfte jedem Arzte eine bekannte Tatsache sein, daß eine Menge Stoffwechselkrankheiten bei der Zivilbevölkerung im letzten Jahre ganz außerordentlich zurückgegangen sind, so vor allem Gicht, Ekzeme und Zuckerharnruhr. Ebenso unzweifelhaft ist es aber, daß eine Verminderung des Basenbestandes in dieser Kostform oder gar ein Umschlagen in einen Säureüberschuß explosionsartig die schwersten gesundheitlichen Schädigungen mit sich führen würde. Meine Versuche haben gerade gezeigt, daß je knapper die Nahrung ist, um so schärfer sich gerade der Einfluß der Mineralsalze geltend macht. Auch bei jahrelanger Unterernährung sind wir imstande, diese einigermassen zu ertragen, ohne irgendwelche gesundheitliche Schädigungen zu spüren, wenn nur der Basengehalt der Nahrung genügend hoch ist. Wird dieser aber vermindert, oder schlägt er in Säureüberschuß um, so treten sehr rasch bei solcher Unterernährung, bei Säureüberschuß sogar innerhalb einer Woche, Krankheitsercheinungen auf.“

Fleischvermehrung vermehrt die Säurebildner. Dagegen wird durch Vermehrung der Kartoffelspeisen, z. B. Zusatz von Kartoffelmehl zum Getreidemehl, der Gehalt an verdaulichem Eiweiß etwas erhöht, und mehr noch der Kohlenhydrat-

itung.

1918  
16. Januar**Hausfuchung in Neukölln.**

Die Regierung gegen den Magistrat.

Die Denkschrift des Neuköllner Magistrats, die ein Nachschie gegen die allgemeine Sünde der Höchstpreisüberschreitung war und die Gründe in der verkehrten Kriegsernährungswirtschaft selbst suchte, entwickelt sich immer mehr zu einem Gärstoff, der das ganze „System“ zu zerlegen droht. Die Behörden haben inzwischen zwar mancherlei „erklärt“, aber noch immer vermißt man einen klaren Entschluß, nun wirklich entweder konsequent oder inkonsequent zu sein. Das führt denn zunächst zu tragikomisch scheinenden, aber in ihrem Kern doch recht peinlichen Maßnahmen und Vorfällen.

Gestern abend hat man eine Hausfuchung im Neuköllner Rathaus vorgenommen. Der Leiter der dortigen Kriminalpolizei Kriminalinspektor Berlin erschien zusammen mit dem Kriminalkommissar Dr. Kühn und anderen Beamten, um im höherem Auftrage nach Schriftstücken zu suchen, die die Höchstpreisüberschreitungen im einzelnen Falle beweisen sollen und insbesondere nach den Lieferungsbüchern des Magistrats und den Landesabschlusurkunden zu fahnden. Der Magistrat hatte gegen die Herausgabe der Magistratsakten Einspruch erhoben, der abgelehnt worden war.

Infolge des Vorgehens des Kriegsernährungsamtes ist es aber auch noch zu einem Streit zwischen der Regierung und dem Magistrat von Neukölln gekommen, den diese beiden Parteien sicher gern vermieden hätten. Der Neuköllner Magistrat hat nämlich seinen Beamten die Aussage gegenüber dem Untersuchungsrichter unter Hinweis auf ihren Beamteneid verboten. Daraus ist nun vermutlich vom Kriegsernährungsamt bei der königlichen Regierung zu Potsdam der Antrag gestellt worden, die Beamten von ihrer Schweigepflicht zu entbinden. Der Regierungspräsident hatte diesem Antrage entsprochen. Als nun aber zur Zeugenernehmung geschritten werden sollte, stellte sich ein neues Hindernis heraus. Der Neuköllner Magistrat bestritt nämlich der Regierung das Recht der Verfügung über die Beamten und hielt ihr Vorgehen mit den Bestimmungen über die Selbstverwaltung für unvereinbar. Er erhob im Verwaltungsstreitverfahren den Konflikt gegen die Potsdamer Regierung. Bevor dieser nicht erledigt ist, wird also die Zeugenaussage der Beamten keinesfalls erfolgen können.

Auch das folgende Schreiben des „Nachrichtendienstes des Kriegsernährungsamtes“ hängt mit den wenig folgerichtigen und vor allem unfreundlich gegen die Groß-Berliner Gemeinden gerichteten Maßnahmen der Behörden zusammen und nimmt auf den Aufsatz „Die abgesetzten Höchstpreise“ in der „Vossischen Zeitung“ vom Montag Bezug:

„In der Ausgabe der „Vossischen Zeitung“ vom 14. d. M. brachten Sie unter der Ueberschrift „Die abgesetzten Höchstpreise“ eine Nachricht, nach der in einer Sitzung in der Reichsstelle für Gemüse und Obst der Regierungsrat Nagloff, der die Verhandlungen leitete, erklärt haben soll, daß an eine Innehaltung der Höchstpreise für Gemüse vorläufig nicht gedacht werden könne. Die Gemeinden hätten das Recht, bis die Konkurrenz der Großbetriebe beseitigt wäre, die Höchstpreise zu überschreiten. Der Termin, von welchem ab dies nicht mehr zulässig sei, werde noch bekanntgegeben werden.“

Die vom Kriegsernährungsamt sogleich veranlaßten Ermittlungen haben ergeben, daß die obige Darstellung unzutreffend ist. In jener Sitzung, die am 19. Dezember stattfand, wollte der Regierungsrat Nagloff als Leiter der neuerrichteten Kontrollabteilung der Reichsstelle von den Vertretern der Großberliner Gemeinden die Mithilfe bei Bekämpfung der Überschreitungen von Höchstpreisen in der Weise erwirken, daß ihm jedes Angebot, das eine Höchstpreisüberschreitung enthalte, zur Verfolgung mitgeteilt werde. Die Ware sollte alsdann beschlagnahmt und dem Kommunalverbande, der die Mitteilung gemacht habe, zum Höchstpreise überwiesen werden. Die Vertreter der Großberliner Gemeinden



19. I. 1918

130

## Ungarn und die österreichische Volks- ernährung.

Wien, 18. Januar.

In der Wiener Presse wird der Zustand der Ernährung, in dem sich die österreichische Öffentlichkeit heute befindet, dazu benützt, um für die österreichischen Ernährungsschwierigkeiten Ungarn und seine Verwaltung verantwortlich zu machen. Es ist nur selbstverständlich, daß ein solches Beginnen von irrtümlichen oder gefälschten Prämissen und Daten ausgehen muß, wie das denn auch in der österreichischen Presse geschieht. Der Stellvertreter des Leiters des österreichischen Volksernährungsamtes Ministerialrat Dr. Löwenfeld-Ruß hat gestern Vertreter der österreichischen Presse empfangen und ihnen über die Ursachen der Kürzung der Mehlquote in Oesterreich Mitteilungen gemacht. Schon diese Mitteilungen beruhen zum Teil, trotz ihres sonst ruhigen Tones, auf Angaben, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Wir sehen uns also bewogen, vor allem auf einige Momente dieser Rundgebung, die ja schließlich der österreichischen Presse als Quelle ihres Wissens dienen soll, berichtigend zurückzukommen.

Ministerialrat Dr. Löwenfeld-Ruß erklärt die Schwierigkeiten der österreichischen Volksernährung unter anderem damit, daß man in Oesterreich zu Beginn des Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan für das ganze Jahr aufgestellt habe, worin die Zuschüsse aus Rumänien und aus Ungarn eine große Rolle spielten. Die Ziffern dieses Präliminäres seien aber nicht erreicht worden, tatsächlich habe Ungarn die früher vereinbarten ziffermäßigen Zuschüsse in den Herbstmonaten nicht geleistet. Ende Oktober sei dann mit Ungarn eine Vereinbarung getroffen worden, daß es täglich 60 Waggons Mehl und 30 Waggons Getreide nach Oesterreich liefern solle. Diese Vereinbarung sei im ganzen und großen eingehalten worden, schließlich aber seien Rückstände eingetreten, die mit den Transport-schwierigkeiten und auch mit den Ausbringungsmöglichkeiten in Ungarn erklärt werden müßten.

Wir haben zu diesen Ausführungen des Herrn Ministerialrates Dr. Löwenfeld-Ruß berichtigend folgendes zu konstatieren: Oesterreich hat mit Ungarn bis Oktober über Zuschüsse keinerlei ziffermäßige Abmachung vereinbart. Wenn der österreichische Wirtschaftsplan auch bis dahin diesen Zuschüssen eine genau umrissene Rolle zugemessen hatte, so sind die Urheber dieses Wirtschaftsplanes einseitig vorgegangen. Es entspricht jedoch der Wahrheit, daß im Oktober eine ziffermäßige Abmachung getroffen wurde, die sich auf 60 Waggons Mehl und 30 Waggons Getreide pro Tag bezog. Dieses Quantum wurde in Ungarn auch tatsächlich aufgebracht und der österreichischen Regierung rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Transport-schwierigkeiten haben die Ablieferung eines Restes gehemmt, doch diese Transport-schwierigkeiten lagen in Ursachen, deren Behebung nicht in der Macht der ungarischen Regierung stand, vor allem in dem Umstand, daß die italienische Offensive verkehrshemmend gewirkt hat. Daß dem so war, geht schon aus der Tatsache hervor, daß auch in der Einfuhr bestimmter Produkte nach Ungarn dieselben Hemmungen zutage getreten sind. Die Zuschüsse aber waren bereitgestellt, der Hinweis des Herrn Ministerialrates auf hemmende Wirkungen der Ausbringungsart ist demnach offensichtlich hinfällig.

Die Ausführungen, die die österreichische Presse diesen Fragen widmet, atmen nicht den immerhin ruhigen Ton, der die Bemerkungen des Ministerialrates Dr. Löwenfeld-Ruß kennzeichnet. Den Organen der Wiener Presse, die in übelwollender Weise die österreichischen Ernährungsschwierigkeiten zu einem Angriff auf Ungarn ausbeuten wollen, schreitet die Neue Freie Presse voran. Dieses Blatt wagt zu behaupten, daß „die Verurteilungen Ungarns auf angebliche Mißernten in den letzten Jahren kaum zutreffende Ausreden“ seien, mit denen Ungarn über seine Verpflichtungen gegenüber Oesterreich hinwegkommen: ist wolle. Das genannte Blatt läßt sich von sachmännischer Seite schreiben, daß es notwendig sei, das Dunkel zu lüften, das über die Verpflichtung Ungarns zur Lieferung von Getreide an Oesterreich gebreitet sei. Wir stimmen diesem Wunsche ohne weiteres zu. Die österreichische Regierung ist über die Ergebnisse unserer Ernten in den Kriegsjahren voll auf dem laufenden. Sie war in die Lage versetzt, ein Einblick zu nehmen in den ungarischen Wirtschaftsplan, in die Daten des ungarischen Ackerbauministeriums, der Kriegsprodukt-Aktiengesellschaft und der Druschstatistik. Die Zuverlässigkeit dieser Daten ist erhärtet durch den Umstand, daß auch der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses auf anderem Wege zu an Zahlen gelangt ist, die denen des ungarischen Wirtschaftsplanes entsprechen. Wenn also die Neue Freie Presse und ihr Fachmann die Verurteilung auf die Mißernten in Ungarn als Ausrede bezeichnen, so mögen sie sich vor allem durch die österreichische Regierung und auch durch Herrn General v. Landwehr besser informieren lassen. Inzwischen müssen wir diese Rundgebung des österreichischen Blattes auf eine stupide Untermisshandlung der Sachlage oder auf einen völligen Mangel an Loyalität zurückführen.

Der Sachverständige der Neuen Freien Presse klagt darüber, daß Ungarn, das im Frieden viele Millionen Meterzentner Getreide nach Oesterreich ausgeführt habe, heute diese Ausfuhr drohete. Wenn die sachmännische Seite der Neuen Freien Presse bei der österreichischen Regierung Informationen darüber erhalten haben wird, um wieviel kleiner das Erntergebnis der Kriegsjahre als der Durchschnittsertrag unserer Friedenserntes in Ungarn gewesen sei, wenn sie auch erfahren wird, was Ungarn während der Kriegsjahre an Getreide und Mehl für und an Oesterreich abgegeben hat, so wird sie erkennen müssen, daß ungeachtet eines sehr starken Rückganges unseres Erntergebnisses die Summe des an und für Oesterreich abgegangenen Zuschusses in den Kriegsjahren kaum eine namhafte Verminderung erfahren hat und daß diese Verminderung in keinem Verhältnis steht zu der Verminderung unserer Ernterträge im Kriege. Nur durch die starke Einschränkung unseres eigenen Bedarfes ist es uns möglich gewesen, an Oesterreich, ferner für Oesterreich an die Armee und auch an Bosnien und die Herzegowina das Zuschussquantum abzugeben, das kaum in nennenswerter Weise hinter dem Quantum zurückbleibt, das in unserer Friedensausfuhr nach Oesterreich als Durchschnitt angenommen werden kann. Hätten wir uns dem Rückgang unserer Kriegsernten angepaßt, so hätte Oesterreich nur ein kleines Bruchstück dessen erhalten können, was wir ihm tatsächlich geliefert haben.

183

### Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holle.

Die ersten Zeiten meiner ersten hauswirtschaftlichen Plaudereien im Jahre 1918 sollen den vielen lebenswürdigen „Rundschau“-Leserinnen meinen schönsten Dank sagen für die Briefe mit guten Wünschen und lieben Worten, die sie mir zum Jahreswechsel sandten. Für die Briefe muß ich meinem Leserrundreis aber auch zu sprechen, denn gar manche haben mich „entdeckt“, wie sie schreiben, und nun kommen gar manche Briefe nicht mehr über dem Umwege über die „Tägliche Rundschau“ zu mir. Das geht doch aber eigentlich nicht, daß eine „so märchenhafte Frau Holle“, wie Frau Tiefelbach aus Barmen mich nennt, so ganz unberogen ist, und deshalb werde ich demnächst auch umziehen und wieder an einem anderen Ort hausen — aber Berlin ist es nicht, das will ich verraten, und die Schriftleitung unserer lieben „Rundschau“ wird's dann natürlich wissen.

Ein ganzer Posten Fragebriefe liegt auch im neuen Jahr noch der abgewandten Weise des verflohenen Jahres wieder vor mir, so daß ich hoffe, daß auch in neuem Jahr die Fäden des Vertrauens und der Zuversicht weiter zwischen mir und meinen Leserrinnen gespannt werden; diesen wünsche ich für das neue Jahr alles Gute, vor allem auch einen guten deutschen Frieden, so daß die mancherlei Fragen, welche die lange Kriegszeit mit sich gebracht haben, abgeklärt werden durch andere friedensgemäße Fragen, die zu beantwortet dann wohl nicht so schwierig oder gar unmöglich sein dürfte, wie es jetzt bei den einlaufenden Fragen oft der Fall ist. Denn was soll ich antworten auf die Frage einer ratlosen Mutter aus Krossen, die mir schreibt: Wo bleibt die uns zugewiesene Marmelade, derentwegen uns Zucker vorenthalten und das Frischbrot entzogen wurde? Ach Frau Holle, werden Sie doch einmal, wie Frau Holle im Märchen, böse mit der faulen Verteilungsstelle und befragen Sie wie die Bechmarie! Die Reichsstelle für Gemüse und Obst dürfte die zuständige Stelle sein, und ihr sind, nach ihren ortslichen Rundgebungen zu schließen, wohl schon ungezählte Klagen darüber zugegangen, und die Reichsstelle, gibt bekannt, daß sie schon über mehr Marmelade ausgegeben hat, als im Vorjahre. Ja, das Nachmelade wirklich zur allgemeinen Verteilung gelangt.

Ich mache lieber drei Fragezeichen hinter diese Frage, denn die Gepflogenheit, die hier bei uns herrscht, auch anderweitig Deutschen Reiche gang und gäbe ist, so ist die mangelhafte Versorgung des einen und die reichliche Versorgung des anderen nach der Bevölkerung wohl erklärlich. Nämlich: es haben nicht nur größere und kleinere Betriebe, Hütten usw. für ihre Angehörigen Marmelade bezogen und ausgegeben, auch verschiedene Vereine haben dies getan und ihre Mitglieder mit Marmelade versorgt, alle diese Leute aber, welche schon auf die angegebene Weise einen oft recht ansehnlichen Vorrat an Marmelade besitzen, doch aber nicht, so viel ich weiß, vom Bezug von Mus auf bestimmte Lebensmittelarten ausgeschlossen, so daß die dreimal und mehr Marmelade im Winter erhalten als die übrigen. Die Reichsstelle braucht sich deshalb nicht wundern, daß sich ihrer vermehrten Ausgabe von Marmelade ein großer Teil der Haushaltungen mit Brotaufstrich ganz kümmerlich versorgt ist. Meine Angaben werden nun zwar die ratlose Mutter nicht trösten, sie werden ihr aber das scheinbare Rätsel erklären, vielleicht trifft die Reichsstelle für Gemüse und Obst für die zweite Hälfte des Winters Vorjorge, daß es anders wird.

Dagegen kann ich die „Nudelnot“ von Frau Scheinrat S. in Wilmsdorf heben, indem ich ihr rate, Kartoffelnudeln zu bereiten, die bei trockener Aufbewahrung von langer Haltbarkeit sind, sich auch gut trocken lassen, wenn man beachtet, daß sie mehr zäh als tochen dürfen, da Nudeln aus Kartoffeln naturgemäß leichter zerfallen. Die Kartoffel, aus denen man Nudeln bereitet, muß recht weißflorhard sein. Man kocht die Kartoffeln in der Schale, zieht sie ab und reibt sie auf 1 1/2 kg. geriebene Kartoffeln setzt man 1/2 Liter Wasser zu, so daß ein feuchter Brei entsteht. Unter diesen werden 350 Gr. Mehl gründlich verarbeitet, der Teig in drei Teile geteilt und jeder Teil auf gut bemehltem Nudelbrett mit bemehltem Nollholz messerrückenartig ausgerollt. Man schneidet ihn mit dem Kuchenrädchen in 1/2 Ztm. breite und 20 Ztm. lange Streifen. Diese Streifen werden auf Papierbogen gelegt und am besten hinten auf einer heißen Herdplatte getrocknet. Wenn die Nudelstreifen fast trocken und ganz steif sind, muß man sie in Stücken brechen und diese dann weiter trocknen, bis sie knochenhart sind, worauf man sie in leichte Beuteln füllt und trocken aufhebt. Sie brauchen etwa 15 bis 20 Minuten in kochendem Salzwasser ziehen, um dann ganz wie andere Nudeln in beliebiger Sauce durchzuschmoren, gebaden oder in Brühe als Einlage gegeben zu werden.

Auch im neuen Jahr scheint der kleine Unhöf, der immer alles das verlegt oder verliert, was man besonders dringend gebraucht, sein Wesen oder Unwesen in manchen Haushalten weiter treiben zu wollen, jedenfalls ist die von mir vor kurzen gegebene Vorschrift „aus Kartoffelschalen“ Kartoffelmehl zu bereiten, drei Hausmüllern abhandeln gekommen, die jetzt sehr um eine Wiederholung bitten. Ich will diese ausnahmsweise geben, zumal ich bei dieser Gelegenheit die Angabe noch verbessern, die Ausmahlung der Kartoffeln noch gründlicher angeben kann, wie es mir Frau S. aus Dresden mitteilte. Ich habe das von ihr angegebene Verfahren erprobt und kann es weiter empfehlen. Danach wäscht man die ungehäuteten Kartoffeln gründlich zweimal und reibt die Schale ringsherum auf dem Reibeisen ab. Man wäscht diese abgeriebenen Schalen sorgfältig durch, läßt das Wasser sich setzen und trocknet das zurückbleibende Mehl gründlich.

Frau Dr. D. in Gießen, welche über das Welken und Schrumpfen der Meerrettichstangen im Keller klagt, kann dieses Welken verhindern, wenn sie die Stangen nicht in ganz trockenen, sondern in leicht angefeuchteten Sand legt, der im Laufe der Zeit auch hin und wieder mit einer Blumenpräge leicht angefeuchtet werden muß. Noch zweckmäßiger aber ist es, wenn man die frischen Meerrettichstangen trockenet. Man muß recht starke Stangen dazu nehmen, diese gründlich putzen und in kleine Würfel schneiden, die man auf mit reinem Papier belegten Kuchenblechen ausbreitet und in die geind, aber längere Zeit gleichmäßig erwärmte Ofenröhre schiebt, bis die Meerrettichwürfelchen ganz hart geworden sind; sie dürfen aber beim Dörren keine bräunliche Färbung annehmen. Die hartgewordenen Meerrettichwürfelchen stößt man zu Pulver, das man am besten in kleinen Stöpfelstaschen aufhebt. Beim Gebrauch wird der trockene geriebene Meerrettich, der seine volle Schärfe bewahrt hat, mit etwas Wasser angefeuchtet, fünf Minuten damit stehen gelassen und dann ganz wie frischer Meerrettich verwendet.

Frau C. in Gnadenfrei kann ich angeben, wie man sich auf einem genügend großen Gasloch, der keinen Backofen hat, einen solchen einrichten kann, ohne sich einen der teuren Gasbratöfen oder Backhauben kaufen zu müssen. Allerdings muß der Gasocher zu diesem Zweck hinter den eigentlichen Kochlöcher durchbohrte Wärmeplatten haben. Wenn man backen will, legt man eine runde, passende Pfanne auf die dahinter befindliche Wärmeplatte und in die Mitte der Pfanne einen Dreifuß, auf den man die mit Teig gefüllte Kuchenform stellt, über die man einen alten, hohen und vorher gut vorgewärmten Suppentopf umgekehrt stülpen muß. Beim Backen muß man, um eine gleichmäßige Hitze und Bräunung zu erzielen, die Pfanne von 10 zu 10 Minuten eine Viertelstunde herumdrehen; bündet man kleines Gebäck, muß man die Platte mit dem Gebäck mehrere Male hin und her schieben. Die Kuchen werden auf die angegebene Weise gleichmäßig gar, sie erhalten aber, da die Oberseite fehlt, keine braune Farbe. Um diese zu erzielen, muß man das fertig gebakene Gebäck durch Aufstellen auf aufgeschickelte Teller so nahe wie möglich zuletzt etwa fünf

Minuten unter den ganz brennenden Gasbrenner schieben, auch Kleingebäck erhält auf die angegebene Weise seine Farbe. Übung macht bei diesem Verfahren den Meister.

Vier Briefe sind im Laufe der letzten Wochen bei mir eingelaufen, welche mich um Rührbrot und Mandelpfäbchen für Zuckerkränze bitten. Rührmehl und Mandelmehl sind ja vielerorts zu kaufen, allerdings zu ganz unmäßig hohem Preise, sie sind aber zur Bereitung dieses Gebäckes nötig. Zum Rührbrot rührt man 2 Eigelb recht schaumig, löst mehrere Pfäbchen Saccharin in 2 Löffeln Arrak, gibt dies nebst einigen Löffeln süßer Sahne, etwas Salz und Zitronenschalenextrakt dazu und mengt 250 Gramm Haselnußmehl, 1/2 Teelöffel Backpulver und den Eiweißschnee durch. Man füllt die Masse in eine gut eingefettete, kleine Kastenform und bäckt das Rührbrot langsam. Die Mandelpfäbchen werden aus Mandelmehl bereitet. Von diesem nimmt man 200 Gr., vermischt es mit 80 Gr. Kleingepulverter Butter, gibt ein mit etwas Rum geschlagenes Ei, etwas Salz, Zitronenschalenextrakt, drei aufgeschickte Saccharinplättchen und 1 Teelöffel Backpulver daran und metzelt aus allen angegebenen Zutaten einen glatten Teig. Er wird dann ausgerollt, ausgestochen,



die Pfäbchen mit etwas Ei bestreichen und auf eingefettetem Blech gebaden.

Vanillebrot mit Rühr- oder Mandelmehl. Am Abend vor dem Gebrauch kocht man eine halbe Stange Kleingepulvertener Vanille mit 4 Saccharinplättchen in 4 Löffeln Milch aus, deckt die Lösung über Nacht zu und seigt sie am andern Tage durch. Man vermischt 200 Gr. Rühr- oder Mandelmehl mit einem Paket Backpulver, gibt die Vanillemilch, in der man 2 Eigelb verquirlt, 2 Löffel Butter und etwas Salz dazu, rührt einen geschmeidigen Teig davon und zieht zuletzt den steifen Schnee des Eiweiß durch. Die Masse wird in eine gefettete Kastenform gefüllt und langsam lichtbraun gebaden. Zwieback für Zuckerkränze. 3 Eigelb rührt man mit wenig geschöpfter Vanille und etwas Zitronenschalenextrakt eine Viertelstunde, gibt 8 Eigelb mit 1/2 Paket Backpulver vermishtes Rührmehl und 4 aufgeschickte Saccharinplättchen dazu und rührt die Masse eine Viertelstunde. Man zieht den steifen Schnee des Eiweiß durch, füllt den Teig in die glatte, gut eingefettete Kastenform und bäckt sie langsam gar, aber nicht zu trocken. Am zweiten Tage nach dem Baden schneidet man von dem Gebäck mit scharfem Messer feine Scheiben, legt sie auf ein Kuchenblech und stellt sie auf eine warme Herdplatte, auf der sie unter Wenden bleiben, bis sie hart sind.

Wie man Fisch fast ohne Butter braten kann will Försters Gretel im Odenwald so brennend gern wissen, denn sie möchte Ratuchen damit überroschen. Nun, ich hoffe, die Ueberzeugung wird dem Gretel gelingen, wenn es die Sache einmal auf folgende Weise versucht. Die folgende Vorschrift hat eine Mitarbeiterin unserer Veranstellung für Kriegsernährung, Frau Bolcher, erfunden, ich kann bestätigen, daß die Lunte, die man bei der angegebenen Bereitung des Fisches erhält, wie eine Butterlunte schmeckt. Man läßt also 1/2 Teelöffel Butter sich lichtbraun färben, schmeißt 1/2 Teelöffel Mehl darin gar, gibt etwas Wasser, eine kleine geriebene Zwiebel, einige Tropfen Essig, Salz und Pfeffer dazu. Der vorbereitete Fisch wird hineingelegt und in der flüssigen Lunte unter Begießen im Ofen gar gebraten.

Ob man die Pökellate nicht noch verwerten kann? O ja, verehrte Frau L. in Alendorf, man kann aus ihr noch eine gute Suppenwürze bereiten. Dazu seigt man die Pökellate durch ein feines Sieb, gibt etwas Suppenwurzel, Sellerieblätter, auch ein Vorberbrat daran und kocht nun die Lade langsam, aber ununterbrochen die ein. Die Würzkräuter werden entfernt und die dickliche Flüssigkeit in kleine Flaschen, am besten Tropfflaschen gefüllt. Die Suppen und Gemüse, die man damit würzen will, dürfen aber vorher nicht gefalzen sein, da die eingedickte Lade reichlich Salz enthält, auch darf man aus diesem Grunde von ihr nicht zu viel zusehen.

Außergewöhnlich viele Angebriefe gelangen an mich, die über das Verderben der Kirschen klagen, das sich nicht nur auf das Deffnen der Einmachgläser beschränkt, auch Salz- und Essiggemüse hatten sich nach übereinstimmenden Berichten aus den verschiedensten Gegenden in diesem Jahre nicht. Wenn man es sich zur Regel macht, jede Woche an einem bestimmten Tage seine Vorräte nachzusehen, so wird man, sollte sich wirklich ein während der kurzen Zwischenzeit eingetretener Gärungsprozess zeigen, in den meisten Fällen noch retten können. Bei beschlagener Salzbohnen muß man die unreine Brühe antersetzen, Abund Deckel der Gefäße nebst dem Stein sauber abwaschen und reiches Salzwasser darüber gießen. Dasselbe gilt von Salzgurken und Sauerkraut, doch darf bei letzterem eine geringe Zuderzugabe nicht fehlen. Uebrigens wird bei Sauerkraut mehrfach geflagt, daß es keine richtige Säure angenommen; der Fehler liegt hierbei an der zu niedrigen Temperatur nach dem Einschneiden, das frisch eingeschnittene Sauerkraut muß bei 25 Grad Celsius erst etwa 10 Tage stehen, bis sich die Säure gebildet hat und darf erst dann in den kühlen Keller gebracht werden. Daß sich Pfeffer- und Senfgurken in diesem Jahre oft nicht halten wollen und die Neigung zeigen, schimmelig zu werden, liegt aller Wahrscheinlichkeit nach, an dem weniger guten Essig, den man in diesem Sommer bekam. Man tut gut, den Essig abzugießen, wieder aufzukochen, dabei gut zu schäumen und mit frischem Essigzusatz aufzukochen, bevor man den Essig erkalten wieder über die Gurken gießt. Vorteilhaft erweist es sich übrigens in diesem Falle, wenn man die Gurken und Gewürze auf ein breites Sieb legt, sie mit schwachem Essig abspült und wieder von neuem in die inzwischen gesäuberten Gefäße füllt. Bei den süßsauren Essiggurken zeigt sich eine große Neigung zur Schimmelbildung. Man muß von ihnen den Schimmel ganz vorsichtig erst möglichst gründlich zu entfernen haben, bevor man die Früchte auf ein Sieb schüttert, den Saft filtriert und dann aufkocht und rein ausschäumt. Die Früchte selbst spült man sauber ab, die Einmachgefäße säubert man und trocknet sie aus, erhitze sie langsam, füllt die Früchte wieder hinein und gießt den Saft kochend heiß darüber. Zeigt der Saft schon eine leichte Gärung, muß neuer Zucker zugelegt und das abgeseigte Obst unter Zusatz von einer Messerspitze voll doppeltkohlensaurem Natrium in den Saft, einmal aufkochen, bevor man Obst und Saft in die Gefäße füllt. Diese Früchte soll man aber täglich in Augenschein nehmen, sie müssen, sowie sich bei ihnen Zeichen von Gärung wieder bemerkbar machen, sofort verbraucht werden. Auch die sonst eigentümlich unermüßlichen Dunstfrüchte, wie Khabarber und Stachelbeeren, halten sich in ihren Glasflaschen oft nicht in diesem Jahr. Sieht man dies rechtzeitig, bevor Gärung eintrat — in letzterem Falle sind sie verloren — so kann man sie retten, wenn man sie

einige Minuten im Dampf wieder kocht, wobei sie allerdings am besten Aussehen verlieren. Auf längere Haltbarkeit darf man aber bei ihnen nicht rechnen, ein baldiger Gebrauch ist nur anzuraten. Wer getrocknetes Obst und Gemüse besitzt, muß auch die des öfteren ansehen. Am besten ist es, sie wöchentlich gut durchzuschütteln und sie zweimal im Monat zu sieben, damit sich keine Motten bilden können. Wenn sie sich ganz trocken anfühlen, so muß man sie auf Backblechen auseinanderfächeln und nachtrocknen. Von wesentlicher Wichtigkeit sind für die Erhaltung der Konserven die Beschaffenheit und die Luft des Aufbewahrungsortes, die kühl, rein und trocken sein muß. Auch darf man niemals bei angebrochenen Gläsern, Kisten, die vom Tisch zurückkommen, wieder in diese Gläser zurücklegen. Daß man den Inhalt offen gesunder Einmachgläser, sofern er keinerlei schlechten Geruch und veränderten Geschmack zeigt, weiter erhalten kann, wenn man das Glas noch einmal sterilisiert, ist bekannt, ich rate aber mehr zu sofortigem Verbrauch, zum Vorteil für Geschmack und Beschaffenheit gerichtet ein wiederholtes Sterilisieren dem Inhalt des Glases nicht. Wo aber immer sich eine unliebsame Veränderung bei unseren Konserven zeigt, auch wenn sie etwa nur einer besonders feinen Zunge bemerkbar sein sollte, darf keine Hausmutter aus „Sparfamkeitsgründen“ diese Sachen verbrauchen, bei unserem jetzt ohnehin nicht allzu widerstandsfähigen Darm und Magen, könnte der Genuß zu den bösesten Folgen führen, für die keine Hausfrau und Mutter die Verantwortung tragen möchte.

Von zwei „Rundschau“-Leserinnen gingen Briefe ein, die mich um Hilfsmittel für bitterlich schmeckendes Hafermehl bitten, das so, wie es ist, ungenießbar ist. Zunächst muß man durch eine Kostprobe des rohen oder des eben aufgekochten Mehles die Stärke des Bittergeschmacks feststellen und nach diesem eine mehr oder minder große Mischung mit anderem Mehl bei der Verwendung dieses Hafermehles vornehmen. Wenn man aus Hafermehl Suppen kochen will, tut man gut, Kartoffelsuppen mit reichlich Suppengrün mit Hafermehlzusatz zu kochen, es zur Bindung von Kohlsträubenuppe zu verwenden, auch kann man Hafermehl sehr gut unter Sauerkrautpuffer mischen. Der bittere Geschmack des Mehles wird außerdem noch sehr gemildert, wenn man es erst trocken in eiserner Pfanne röstet, so daß es schwachgelbliche Farbe zeigt, und dann nach dem Erkalten noch oben angebeutet wurde, verwendet. Mit Zugabe von Milch, Fruchtkochwein und Fruchtsaft, dem nötigen Zucker und Zitronenschalenextrakt kann man aus diesem gerösteten Hafermehl, nach dem Erkalten mit Wasser kalt angerührt wird, auch eine schmeckliche Hafermehlsuppe kochen, die von der Bitterkeit nur noch schwache Andeutung zeigt. Hat man Rühr- oder Mandelmehl so kann man aus dem Hafermehl auch einen Kuchen backen, der den Bittergeschmack ebenfalls kaum merktbar ist. Man nimmt 150 Gr. Rührmehl und 100 Gr. des Hafermehls, gibt etwas Salz, 125 Gr. Zucker, wenig geriebene Mastanuß, 1 Teelöffel feinen Zimt, etwas Zitronenschalenextrakt, 375 Gr. kalte gekochte geriebene Kartoffeln, 1 Ei, das man in etwas Wehwein und Wasser verquirlt dazu und mengt alles zu einem dickflüssigen Teig, wie zu einem Papstbrotteig zusammen. Zuletzt rührt man 2 Backpulver darunter, füllt den Teig in eine eingefettete Springform und bäckt den Kuchen 1 1/2 Stunden bei guter Hitze. Alles mit Kartoffeln bereitetes Backwerk verlangt gute Hitze, damit der Teig trocken wird und beim Auskühlen nicht zusammenfällt. Es empfiehlt sich auch immer, dieses Backwerk erst etwas im geöffneten Bratofen stehen zu lassen, wenn es fertiggebakten ist, damit es in der warmen Luft noch nachtrocknet, erst wenn der Kuchen gut ausgekühlt ist, wird er aus dem Ofen genommen und erst, wenn er kalt geworden ist, gefrägt. Ein zweiter Kuchen kann von dem bitteren Hafermehl auf folgende Weise bereitet werden. Man mischt 60 Gr. dieses Hafermehls mit 125 Gr. Kriegsmehl, gibt 3 Eigelb geriebener Honig, 1 Eigelb, etwas Salz, 50 Gr. Zucker und ein Backpulver daran, mengt den steifen Schnee des Eiweiß und ein Backpulver darunter und bäckt diesen Kuchen 45 Minuten bei nicht zu starker Hitze. Ich denke, meine beiden ratgebenden Hausmütter werden nun ihr bitterlichschmeckendes Hafermehl noch nutzbringend verwenden können.

Und nun möchte ich zum Schluß heute noch das verzweifelte Hausstückerchen aus seiner Not befreien, das beim Aufstehen der von ihm eingemachten Gurken feststellen mußte, daß die Salzgurken zu sauzig und die Sauergurken zu sauer geworden. Daß darob Mutter recht verdrießlich und die Geschwister bitter enttäuscht waren, ist wohl begreiflich. Nun soll die weiße Klüdensee, Frau Holle, helfen. Und sie will's versuchen, aber natürlich werden dann die Gurken nicht völlig den Wohlgeschmack treffend eingemachter Gurken zeigen. Also, liebes Hausstückerchen, die verfaulenen Gurken nimmt man aus der Brühe, spült sie ab und schichtet sie in einen sauberen frischen Steintopf, kocht hartes Brunnenwasser ohne Salz auf, läßt es abkühlen, fügt einen Teelöffel Weinsäure zu und gießt dies über die Gurken, die erst einige Wochen ruhig darin stehen müssen, dann aber bald aufgebraucht werden sollen. Zu saure Gurken werden abgekoffen, in einen größeren Steintopf geschichtet, zwei Drittel der Brühe mit weißem Wein, etwas mildem Essig und Zucker aufgekocht und nach dem Erkalten übergegossen, ebenfalls erst einige Wochen stehen lassen.

Meine anderen Fragerinnen erhalten in der nächsten Plauderei ihre Antwort.

### Einfuhrmöglichkeiten aus und über Rußland.

Der Verlauf der Verhandlungen zu Brest-Litowsk hat die Aussicht auf eine Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Rußland vorläufig hinausgeschoben. Käme es aber auch in Bälde zu einer Öffnung der Grenzen, so würde der Warenverkehr zwischen den Centralmächten und Rußland nur einen gerigen Bruchteil des normalen Friedensverkehrs umfassen können. Die für die Ausfuhr verfügbaren Warenmengen haben in den Kriegsjahren natürlich eine ganz bedeutende Verringerung erfahren. Demgemäß sind auch die Aussichten der Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhr aus Rußland, das vor dem Kriege in dieser Hinsicht eine Hauptrolle gespielt hat, vorerst mit einiger Zurückhaltung zu beurteilen.

In runden Ziffern gerechnet, hatte Rußland vor dem Kriege eine jährliche Getreideernte von 4 bis 5 Milliarden Pud, wovon etwa 20 Prozent zur Ausfuhr gelangten. Die russischen Ernten sind nun in den Kriegsjahren ständig zurückgegangen, und das Ergebnis des letzten Jahres wurde von amtlicher Seite mit rund 3 Milliarden Pud angegeben. Der Rückgang traf insbesondere das europäische Rußland, das schon 1916 keine gute Ernte und 1917 neuerlich einen geringeren Ertrag zu verzeichnen hatte. Das russische Landwirtschaftsministerium gab im letzten Herbst die Ernten der 46 Gouvernements des europäischen Rußland folgendermaßen an:

	1916	1917
	Millionen Pud	Millionen Pud
	(1 Pud = 16,375 kg.)	
Woggen	1296	1059
Winterweizen	326	288
Sommerweizen	404	383
Gerste	465	431
Safer	747	559

Nur in einigen wenigen Gouvernements, wie Saratow und Samara, war eine Mittelernte zu verzeichnen, sonst blieb sie ausnahmslos unter dem Durchschnitt. Sogar die Qualität aller Getreidearten allgemein eine befriedigende.

Auf Grund der vorliegenden Ziffern kann kaum angenommen werden, daß sich im europäischen Rußland namhafte für den Export verfügbare Getreidevorräte befinden. Die verhältnismäßig günstigsten Verhältnisse sollen noch in Bessarabien herrschen, schlechter sind sie im übrigen Südrußland, wie in Taurien, Cherson und im Dongebiet, wo die letztjährige Anbaufläche um 15 bis 25 Prozent zurückgegangen ist. Wesentlich günstiger ist die Sachlage in Sibirien, wo allein nach russischen Zeitungsmeldungen große Getreidevorräte vorhanden sind. Die Transport-schwierigkeiten sind jedoch so bedeutend, daß selbst Moskau, dessen Approvisionnement sehr im Argen liegt, keine Zufuhr aus Sibirien erhält. Ein russisches Blatt meldete kürzlich vor kurzem, daß auch auf Bahnstationen in Cherson 7 Millionen Pud Getreide liegen, die nicht abtransportiert werden können. Sollten im Süden tatsächlich Bestände für den Export verfügbar sein, so würde ihre Beförderung auf dem Seeweg unsicher konstatieren gehen.

Ueber die Aussichten der heurigen Ernte, beziehungsweise den Herbstanbau 1917, liegen verlässliche Angaben nicht vor. Wiederholt haben jedoch russische Zeitungen betont, daß das Ernteergebnis 1918 in erster Linie vom Frieden, in zweiter von der Beistellung genügender Landwirtschaftsmaschinen abhängen wird. Vor längerer Zeit schon hat Rußland große Mengen Landwirtschaftsmaschinen in Amerika bestellt, doch wurde bisher nur ein geringer Bruchteil geliefert.

Die russische Petroleumproduktion hat sich im Laufe der Kriegsjahre relativ gut gehalten. Im letzten Jahr dürfte sich allerdings ein ziemlicher Rückgang ergeben haben. In den Petroleumdistrikten soll es nicht an erheblichen Vorräten mangeln, die sich infolge von Transport-schwierigkeiten angehäuft haben.

In der russischen Lederindustrie, die in Friedenszeiten große Ueberschüsse zu exportieren pflegt, herrschen recht kritische

Verhältnisse. Mangel an Rüssen, die vielfach verjütert werden, und an Brennstoff sowie unerfüllbare Forderungen der Arbeiter drohen die Industrie ganz lahmzulegen, die gegenwärtig selbst den Inlandsbedarf nicht völlig zu decken vermag. Die Produktion 1917/18 wird bloß auf 60 Millionen Pud geschätzt gegen 80 bis 90 in normalen Zeiten.

Auch was Butter und Pflanzenfette betrifft, ist derzeit nicht mit großen Exportüberschüssen in Rußland zu rechnen. Die russische Butterproduktion 1913 betrug 9 Millionen Pud, wovon 4,7 Millionen Pud zur Ausfuhr gelangten, während der Inlandsverbrauch 4,3 Millionen Pud absorbierte. Pro 1917 wurde die gesamte Erzeugung infolge des starken Rückganges der Produktion in Sibirien bloß auf 4,5 Millionen Pud veranschlagt, so daß nur ein geringes Quantum für die Ausfuhr disponibel sein dürfte. Ähnlich verhält es sich mit Weizen, Sonnenblumenöl, Hanföl und Baumtollkamenöl, wovon Rußland 1913 mehr als 25 Millionen Pud herstellte. Immerhin dürfte sich sowohl in Butter als in Pflanzenölen ein begrenzter Bezug aus Rußland bewerkstelligen lassen.

Wesentlich besser sind die Aussichten für den Import von Flach aus Rußland, wovon in den letzten Friedensjahren 10 bis 12 Millionen Pud zur Ausfuhr gelangten. Die letzte russische Flachsernte war gut, die Fabriken haben sich in Erwartung steigender Preise schon im Herbst voll gedeckt und bedeutende Mengen sind in den Händen der Produzenten und Händler zurückgeblieben. Das wichtigste russische Flachproduktionsgebiet liegt in den Ostseeprovinzen (Bernau), der allfällige Abtransport zur See dürfte auf keine Schwierigkeiten stoßen.

Ein anderer Artikel, in dem sich auch günstigere Bezugsmöglichkeiten aus Rußland bieten, sind Felle und Pelze. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um Hasenfelle, Feh- und Marmelkierfelle, worin die russische Produktion den Eigenbedarf um zirka 15 Millionen Stück übersteigt. Da die Ausfuhr im Kriege stockte, dürften sich in diesen Fellen große Vorräte in Rußland angehäuft haben.

Mit Eintritt des Friedens wird man in Rußland wohl in erster Linie darangehen, die Transportverhältnisse wieder auf den normalen Stand zu bringen. Gegenwärtig soll rund der vierte Teil der russischen Lokomotiven unbrauchbar sein, und auch das Waggonmaterial erfordert starke Ergänzung. Eine Besserung auf diesem Gebiet wird neue Möglichkeiten nicht nur der Bezüge aus, sondern auch solcher über Rußland eröffnen. Der Friede mit Rußland würde tatsächlich das Ende der Blockade Mitteleuropas bedeuten, denn die riesige russisch-asiatische Grenze läßt sich nicht absperren. Auch sind China und die zentralasiatischen Länder, die lebhaften Verkehr mit Indien unterhalten, kaum in der Lage, den Handel mit und über Rußland einer Kontrolle zu unterstellen. Unsicher würden in absehbarer Zeit nach dem Frieden mit Rußland ostasiatisches Sojabohnenöl, chinesisches Tee, Reis, Häute und Felle aus China und wohl auch tropische Produkte aus dem südlichen Asien ihren Weg über Rußland nach Europa finden.

## Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holte.

Vor allem sollen heute meine Feldgrauen ihre Antworten haben, die mir in den letzten Wochen verschiedene Fragebriefe geschickt haben. Ihre Fragen sind gar verschiedener Art, und man sieht aus ihnen, mit wie mannigfachen Dingen sich unsere Soldaten draußen in der Front beschäftigen müssen, mit Dingen, die ihnen sicher früher im Berufs- oder Erwerbsleben ganz fern lagen.

Die **Mannschaftswäsche** beschäftigt Herrn Hauptmann D. sehr lebhaft, der gern wissen möchte, wie man hartes Wasser weich macht. Regenwasser ist für die Lösung von Schmutz am vorteilhaftesten, Fluß- und Teichwasser werden ebenso weich und schmutzlösend, wenn man ihnen etwas Soda zusetzt. Quellwasser ist stets hartes Wasser, da es viel kalkige und auch mineralische Teile mit sich führt, die sich mit dem Seifenpulver nicht verbinden, so daß dieses unlöslich bleibt und eine mangelhafte Reinigung der Wäsche eintritt. Man kann dieses Wasser weich machen, wenn man es mit Borax und Soda abkocht, und zwar rechnet man 50 Gramm davon auf 100 Liter Wasser. Solch weichem Wasser setzt man bei der Wäsche praktischerweise auch noch etwas Salmiat zu, das zugleich schmutzlösend und verfeinend wirkt, man kann dann an Seifenpulver sparen; von letzterem werden für ein Wäschestück der Mannschaftswäsche 10 Gramm genügen, wenn das Wasser weich und mit Salmiatzusatz versehen wird. Laubholzäsche kann für Wäsche wohl gebraucht werden, man muß die Sache aber gut verstehen, sonst verdirbt man die Wäsche, aber reinigt sie nicht. Die Wäsche, die man mit Aschenlauge waschen will, muß man Stück über Stück im Waschzuber mit Abzapfvorrichtung aufhäufen, nicht flach auseinanderlegen, sie mit einem glatten Tuch zuleht bedecken und dann mit warmem Wasser begießen, damit die Wäsche nun zusammenfällt und man viele Wäschestücke in den Waschzuber bringen kann. Man stellt das Aschensieb auf die Wäsche, nachdem man ein grobes Tuch und etwas Stroh darübergebreitet und auf das Aschensieb die weiße Laubholzäsche — am besten ist Buchenholzäsche — geschüttet, und zwar rechnet man auf 10 Liter Wasser 1 Liter Asche. Das Einweichwasser wird aus dem Waschzuber abgelassen und nun auf die Asche erst warmes, dann allmählich immer heißeres Wasser geschüttet, bis man zuletzt endlich sprudelnd kochendes Wasser auf die Asche gießt. Man muß soviel Wasser aufgießen, daß die Aschenlauge die Wäsche völlig bedeckt. 5—6 Stunden muß die Wäsche jetzt gebrüht werden, d. h. man zapft die Aschenlauge immer wieder ab und gießt neues sprudelnd kochendes Wasser über, bis die Asche verbraucht ist und nur noch sandige Rückstände zeigt. Dann nimmt man das Aschensieb fort — es muß die ganze Wäsche natürlich bedecken — und schüttet etwas kochende Seifenpulverlauge über die Wäsche, die über Nacht mit der Lauge stehenbleiben muß. Die Wäsche wird dann einzeln aus der Lauge gehoben, in warmem Wasser gespült und dann, wenn nötig, in leichter Seifenpulverlauge nachgewaschen, mehrere Male gespült, zuletzt schwach gebläut und zum Trocknen aufgehängt. Das richtig ausgeübte Aschenlaugeverfahren, das früher in vielen Haushaltungen mindestens bei der großen Halbjahreswäsche angewandt wurde, liefert eine tadellose Wäsche.

Ganz in Erstaunen ob seiner Kochkünste hat Herr Oberleutnant Sch. mich gefragt; es war ganz famos, was er für prachtvolle Ideen seinem Koch gegeben hat, es steck in ihm wohl ein zweiter Brillat-Savarin? Die Frage, ob er nicht zuckerlos eingemachte Stachelbeeren zu einer Fischtunke verwenden könnte, war mir erst sehr verblüffend, dann habe ich die Gelegenheit — da es hier einmal Fische gab — abgepaßt und einen Versuch gemacht, und ich kann jetzt die Auskunft geben, daß die Sache geht, und zwar auf folgende Weise: ½ Liter beflagter Stachelbeeren wird durchgestrichen und der Brei mit soviel Wasser verdünnt, daß man eine nicht zu dicke Tunke erhält, sie wird erhitzt, man gibt dann einen Eßlöffel voll zerlassener Butter, einen gehäuften Teelöffel Zucker, etwas geriebene Muskatnuss und Pfeffer daran und kocht alles gut durch. Die vorgegerichteten Fische kocht man in Salzwasser, dem man einige Eßlöffel Essig zusetzt und gießt beim Anrichten die Stachelbeertunke über die Fische. Berraten Sie aber, Herr Oberleutnant, lieber nicht vorher Ihren Kameraden die Bestandteile Ihrer „neuen“ Tunke; das könnte den Erfolg stören!

Ob man nicht von kalten Kartoffeln, die immer übrig bleiben, zum Abend etwas anderes machen könnte als Bratkartoffeln, aber es darf nicht labbrig schmecken, — fragt auch ein Feldgrauer aus dem Osten. Wie wär's mit einem würzigen Kartoffelberg? Dazu werden die Kartoffeln durch die Reibemaschine gerieben und mit zwei bis vier gewiegten, vorher gewässerten Heringen — je nach Menge der Kartoffelmasse — vermischt, außerdem ¼ bis ½ Liter Brühwürfelbrühe, in der 2 Eigelb verquirlt werden, und einige Löffel Essig darunter gemischt, so daß eine geschmeidige, aber nicht zu dünne Masse entsteht. Sie wird mit Salz und Pfeffer abgeschmeckt, bergförmig auf eine Schüssel gehäuft und mit gehackten roten Rüben, die süßsauer eingemacht wurden, und Scheiben von geschälten Salzgurten verziert. Dieser würzige Kartoffelberg schmeckt sehr schön. Hoffentlich helfen meine Angaben den Feldgrauen aus ihren Verlegenheiten ebenso, wie es meine Ratschläge hier in der Heimat tun.

Frau H. in Wiesbaden hat die Stachelbeeren wohl schon in zu weit vorgeschrittenem Wachstum eingemacht, die Schale ist zu dick, sie nimmt den Zucker nicht auf, der jetzt zusetzt wird. Ich würde Ihnen raten, die Stachelbeeren einfach zu Mus zu kochen und dann zu süßen. Der Stachelbeerbrei kann zu warmem Rehl-

pudding, zu einer Grütze mit Sago oder Kartoffelmehl, zu einer Suppe, zur Füllung von Kartoffelminicaultaschen und ähnlichen Dingen verbraucht werden.

Milch, verehrte Frau H., habe ich doch nur ganz vereinzelt in den Kochvorschriften. Es wird Milch in Büchsen in letzter Zeit vielfach hin und wieder von den Kommunalverwaltungen ausgegeben, außerdem gibt es aber unter den „Rundschau“-Leserinnen gar viele, welche noch Milch bekommen oder selbst haben, das beweisen mir fast täglich die Anfragen, die den Vermerk tragen: etwas Milch steht mir noch zur Verfügung. Und ganz vorwurfsvoll ist nun der Schluß des Briefes, daß die Einmachgläser nach keinem der angegebenen Verfahren aufgehen, daß stets der Gummiring entzweigt, oft sogar auch noch Deckel oder Glas. Nun habe ich in den letzten Wochen einen Glasöffner zur Erprobung von der Erfinderin erhalten, der seinen Namen „Bravo“ mit Recht führt, denn bravo möchte man wirklich laut ausrufen, wenn man mit Hilfe dieses Glasöffners, der für große und kleine Gläser einstellbar ist, spielend leicht das Glas öffnet und unbeschädigt und unverfehrt der Gummiring, auch der Kriegsgummiring, vor einem liegt. Ich rote meinen Leserinnen dringend zur Anschaffung dieses Dessiners, er kostet zwar 3,50 M., aber was bedeutet diese Ausgabe, wenn man die kostbaren Gummiringe sich erhalten kann. Ich weiß nun leider nicht, ob die Haushaltungsgeschäfte der verschiedenen Städte diesen Glasöffner führen (er heißt also Bravo, und man lasse sich keinen anderen etwa aufreden), deshalb gebe ich hier die Anschrift der Erfinderin, sie ist: Fräulein Martha Brimmer, Berlin SW., Kreuzbergstraße 44.

Bittere Pfifferlinge und bitterschmeckende Bohnen und endlich versalzene Tomaten machen verschiedenen Hausmüttern, die Pfifferlinge auch einigen Feldgrauen bitteren Kummer. Von den bitterschmeckenden Pfifferlingen ist mir sogar von einer Seite eine Probe geschickt worden, die ich nach der nachfolgenden Vorschrift bereite und gar nicht bitter befand. Ich hoffe, daß die übrigen Klagen über die Bitternis der Pfifferlinge damit auch erledigt sein werden; wenn die Pilze in den Fällen nicht etwa zu scharf gedörrt und nicht abgebrüht wurden, dann sind und bleiben sie bitter. Ich finde überhaupt, daß gerade Pfifferlinge mit ihrem herben Geschmack sich weniger zum Trocknen als zum Sterilisieren eignen; meine vor zwei Jahren eingetroffenen Pfifferlinge sind eine Delikatesse. Doch dies nur nebenbei. Die getrockneten Pfifferlinge habe ich dreimal rasch mit lauem Wasser abgewaschen, auf ein Sieb gegeben und dieses in ein Gefäß mit heißem Wasser gestellt, das ich zweimal erneuerte, sowie das Wasser kühl wurde. Dann wurden die Pilze abgetropft, mit etwas Zwiebel und gehackter Petersilie in wenig Fett durchgeschmort und mit leichter Fleischbrühe langsam weich geschmort. Sie gebrauchten eine Stunde Schmorzeit. Die Brühe wurde mit einer roh geriebenen Kartoffel gebunden. Sollen die Pilze zur Würzung nur sein, so schmort man sie nur mit wenig Brühwürfelbrühe, wiegt sie gröblich und benutzt die Kochbrühe mit zur Tunke.

Mit den gallbitter schmeckenden Bohnen ist es mir ein Rätsel; ich habe bislang noch niemals mit ihnen diese Erfahrung gemacht. Vielleicht verliert die langjährige und dankbare Leserin einmal ein Einstellen der gewässerten Salzbohnen auf einem Sieb in heißes, leicht gesüßtes Wasser, das des öfteren erneuert wird und danach erst ein Kochen auf bekannte Weise. Weiter weiß ich keinen Rat.

Die versalzene Tomaten, die so völlig vom Salz durchdrungen sind, daß sie trotz Auswässern noch zu scharf salzig schmecken, lassen sich vielleicht verwenden, wenn man sie durchstreicht, mit ungesalzen gekochten durchgeriebenen Kartoffeln und etwas Eierlakt mischt, zu Bratlingen formt und lichtbraun brät, um sie als Beilage zu einem recht milden Weißkohlgemüse zu geben. Man kann mit ihnen auch wohl gut ungesalzen gekochte Kartoffelsuppen, Graupengemüse und ähnliches vermischen und die versalzene Tomaten in kleinen Mengen auf diese Weise verwerten.

L. K. in Goslar kann Braunkohl im Steintopf einsalzen, man streift dazu den Kohl von den Stielen, wäscht ihn ab, läßt ihn gut abtropfen und drückt ihn, mit Salz durchstreut, in einen Steintopf, beschwert ihn, deckt ihn zu und stellt ihn an einen kühlen, trockenen Ort. Man muß beim Einsalzen vorsichtig mit der Salzzugabe sein, da Kohl leicht versalzen wird und dann wieder eine neue Klage über ein versalzene Gemüse zu mir dringen wird. Uebrigens eignet sich Braunkohl trefflich zum Dörren.

Frau G. K. in Bauhen kann Rudekn auch mit gutem Eiersah bereiten, — aber gibt es diesen noch? Ich habe mit dem heerdlichen Eiersahpulver, als es dieses in vergangenen schönen Zeiten noch gab, Rudekn hergestellt, sie ganz wie sonst bereitet und keinen Unterschied gemerkt zwischen ihnen und mit Ei bereiteten. Aber ob ich jetzt mit den doch recht fraglichen Eiersahpulvern dazu raten soll, das schöne weiße Weizenmehl, das Sie noch haben, dazu zu verarbeiten, ist mir doch zweifelhaft, ich würde lieber die Kartoffelnudeln versuchen, die ich in meiner vorigen Plauderei beschrieben habe. Eierkuchen kann man mit Eiersahpulver recht gut sowohl mit Mehl als auch mit Zusatz von kalten geriebenen Kartoffeln bereiten, wünschenswert ist aber doch ein Zusatz von Milch dann, auch eine Kleinigkeit Backpulver nimmt man gern dazu.

Zwei Anfragen von getreuen Leserinnen muß ich weitergeben an meine „Rundschau“-Gemeinde; ich bitte die Leserinnen, welche den Fragerinnen helfen können, die Antwort direkt an die letzteren zu senden.

Frau Lehrer Scheibel in Rosenhagen bei Berleberg fragt durch mich, ob eine Leserin aus Schwerin etwa einen gut erhaltenen Brückherd verkaufen könnte, da die Firma, bei welcher ein Brückherd bestellt war, diesen neu jetzt nicht liefern kann. Ich bemerke

dazu noch, daß mir erst kürzlich eine Leserin voller Befriedigung von ihrem auf meine Empfehlung hin angeschafften Brückherd berichtet und mir schrieb, ich möge doch den Leserinnen das mitteilen, auch daß sie den Herd nach Bestellung von der Firma B. Ebeling, Bremen, bald geliefert erhalten hat.

Frau Professor Else Schulze, Krefeld, aber klug beweglich, daß zwei von meinen Küchenplaudereien in der Küche vernichtet wurden, daß sie diese Beiblätter sich gern wieder verschaffen möchte, aber keine Ahnung hätte, wenn sie erschienen. Die eine Plauderei enthält die Vorschrift zum Kürbisgulash, die andere die Vorschrift Kürbis mit Rummel gekocht. Ich kann der Fragerin keine Auskunft geben, weil ich vor der Umsiedlung stehe und die „Rundschau“-Rummern schon tief im Dunkel einer zugewagelten Kiste ruhen, ich hoffe aber von meinen vielen verehrten Leserinnen kann jemand die betreffende Angabe machen.

Der Mangel an frischen Gewürzen, besonders an Zitronenschale, wird von allen Hausfrauen sehr schmerzhaft empfunden, das merke ich aus den verschiedenen Anfragen nach dem besten Ersatz. Die kleinen Fläschchen, die man mit Zitronenschalensenz kauft, enttäuschen meist bitter, am besten ist die Essenz, welche die Firma Liebig, Hannover, in kleinen Fläschchen in den Handel bringt, wenigstens im Vergleich zu anderen, die man kauft. Sie reicht aber nicht im entferntesten an den Zitronenschalensenztrakt, den Dr. L. Neumann, Dresden, herstellt (oder muß ich sagen herstellte?), alle Gewürzextrakte waren köstlich, die man von dieser Firma bezog, vielleicht kann man aber noch von ihr den genannten Extrakt beziehen, man kann ja unter Berufung auf mich mit Rückantwortkarte anfragen und bestellen. Teuer wird der Extrakt aber sicher sein.

Zum ersten Hochzeitstag, den sie in ihrer jungen Ehe feiert, möchte Frau Ermgard doch einmal eine Torte auf dem Tisch haben und einen Kuchen zum Kaffee, aber ohne viel Butter und Eier. Ja, liebes Pfarrfräulein, wenn wir Butter und Eier hätten, wär's ja leicht, zur Torte und zum Kuchen zu kommen, aber jetzt ist's eine kleine Kunst. Vielleicht kann die Schaumtorte und der Kartoffelbiskuit aber den Wunsch erfüllen, beides sind erprobte Vorschriften, die ich warm empfehlen kann.

Zur Schaumtorte rührt man aus 30 Gr. Butter, 1 Eigelb, etwas Milch, 100 Gr. Zucker, einer Prise Salz und 175 Gr. Mehl einen glatten Teig, gibt ½ Paket Backpulver daran und bäckt auf eingefettetem Tortenboden eine Platte davon. Man rührt nun von 2 Eiweiß, 100 Gr. Zucker und 3 Eßlöffel Marmelade einen steifen Schaum, man muß mindestens 30 Minuten rühren; diesen Schaum häuft man bergartig auf die abgekühlte Teigplatte und legt auf den Schaum zuleht, kurz vor dem Anrichten, abgetropfte eingemachte Sauerkirschen. Zum Kartoffelbiskuit schält man Kartoffeln, wiegt roh 750 Gr. davon und kocht sie auf Dampf — nicht in Wasser also — gar. In dieser Zeit muß man 3 Eigelb mit 200 Gr. Zucker, etwas Zitronenschalensenztrakt ganz dickschäumig rühren, auch den Schnee der drei Eiweiß durchziehen. Unter diese Masse werden die heißen, feingeriebenen Kartoffeln gemischt, und nun der Teig 30 Minuten gerührt, zuleht ½ Paket Backpulver zugefügt, in eine vorgegerichtete Form gefüllt und bei gleichmäßiger Hitze gebacken. Der Kartoffelbiskuit muß vorsichtig abkühlen und erst gestürzt werden, wenn er vollständig erkaltet ist. Er fällt dann nicht zusammen und ist wunderschön locker. Ich wünsche meinem jungen Hausmütterchen guten Erfolg und eine noch oftmalige Wiederkehr des schönen Tages.

**Die Arbeit im Rathaus.**

Durch zahlreiche Holzkäufe die Brennholznot hintanzuhalten. — Neue städtische Abmehlwirtschaft. — Eine große Schweinemastanlage.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weisfirchner fand heute die 89. gemeinderätliche Obmännerkonferenz statt. Magistratsrat Dr. Fastenbauer berichtete über die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle, über die Beistellung von Klaffierungswagen seitens des Eisenbahnministeriums, über die Zuweisung von Braunkohle außerhalb des Kontingents durch das Arbeitsministerium und über die Beistellung von Arbeitern zur Kohlenabfuhr seitens des Kriegsministeriums. Magistratsoberkommissär Schramm erstattete hierauf einen ausführlichen Bericht über den Stand der Kartoffelvorräte und teilte mit, daß unter Verbeibaltung der bisherigen Quote mit den vorräthigen Vorräten das Auslangen bis in die erste Hälfte des Monats März gefunden werden könne. Die Konferenz nahm weiters einen Bericht des Magistratsoberkommissärs Dr. Lorenz über die Versorgung der Approximierungsgewerbe mit Brennholz und der Bevölkerung mit Unterzundholz zur Kenntnis. Die Gemeinde habe durch zahlreiche Holzankäufe den Bedarf für die nächste Zukunft sichergestellt. Dr. Lorenz schilderte die großen Schwierigkeiten, die sich insbesondere der Bringung des Holzes entgegenstellten, und stellte fest, daß von der Gemeinde alle Vorkehrungen getroffen wurden, um für die nächste Zeit eine Brennholznot hintanzuhalten. Im Laufe der Debatte, die sich an diesen Bericht knüpfte, nahmen die Gemeinderäte v. Steiner und Dr. v. Schwarzsiller gegen die außerordentlich hohen, durch keine Produktionskosten berechneten Preise des ab Stamm gekauften Holzes Stellung und stellten fest, daß in dieser Richtung der Verbrauch der Wiß für jeden behördlichen Schutz preisgegeben sei. Gemeinderat v. Steiner stellte weiters die Forderung, daß der Sicherstellung von Bauholz für das nach Kriegsende zu erwartende Wiederaufleben der Lautätigkeit seitens des Magistrats ein erhöhtes Augenmerk zugewendet werden soll. Magistratssekretär Dr. Hopfkopf berichtete hierauf über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. Er legte hierauf Vertragsentwürfe vor, betreffend die Verlängerung der Luhtwirtschaft auf Gut Sachsenburg, die Errichtung einer neuen städtischen Abmehlwirtschaft auf Gut Rothensee der Göttinger Zuderfabrik und den Ankauf von Melkflühen aus der Zuderfabrik Ungarisch-Gradiß, mit welcher auch ein Milchlieferungsvertrag abzuschließen werden soll. Zum Schluß erörterte der Referent das Projekt, beziehungsweise den Vertragsentwurf für die Errichtung einer großen Schweinemastanlage auf Gut Pernhofen mit einer Jahresproduktion von 5000 bis 8000

**Fettschweinen.** Die vorgelagerten Projekte und Vertragsentwürfe wurden von der Konferenz einstimmig zur Kenntnis genommen.

**Bemühungen für eine Steigerung der Kohleneinfuhr aus Deutschland.**

Der Minister für öffentliche Arbeiten Ritter von Soman hat sich heute in Begleitung des Oberberg Rates Dr. Kloss und des Ministerial-Vize sekretärs Dr. Soral nach Berlin begeben, um mit dem Reichskommissär für Kohlenverteilung über die Ein- und Ausfuhr von Kohle zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche Rücksprache zu pflegen. Diesen Verhandlungen wird für die Kohlerversorgung Oesterreichs große Bedeutung beigemessen, da hiebei vor allem eine Steigerung der in der letzten Zeit in bedenklichem Maße zurückgebliebenen Einfuhr ober-schlesischer Kohle angestrebt wird.

**Gemeinsame Beschaffung von Bedarfsbescheinigungen für Kleider- und Schuhwaren.**

Um jenen Behörden, Anstalten und Unternehmungen, welche bedarfsbescheinigungspflichtige Bekleidung und Schuhwaren an ihre Angestellten und Arbeiter von Amts wegen abgeben, die Beschaffung von Bedarfsbescheinigungen für diese Personen zu erleichtern, hat das Handelsministerium die kumulative Beschaffung der Bedarfsbescheinigungen in diesen Fällen gestattet. Bemerkenswert wird, daß bedarfsbescheinigungspflichtige Bekleidungsgegenstände auch dann nur gegen Bedarfsbescheinigung abgegeben werden dürfen, wenn sie vor Erlassung der Kleider- beziehungsweise Schuhverordnung von der ausgebenden Stelle erworben worden sind.

**Die Kartoffelquote.**

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit  $1\frac{1}{2}$  Kilogramm festgesetzt.

**Das Wohlfahrtsfleisch.**

Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird auch in der 45. Woche vom 28. d. M. bis 2. Februar Wohlfahrtsfleisch an die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufsscheine im gleichen Ausmaß wie in der abgelaufenen Woche  $\frac{1}{2}$  Kilogramm (für Haushalte bis 2 Personen),  $\frac{1}{4}$  Kilogramm (bis 5 Personen) und 1 Kilogramm (für 6 und mehr Personen gegen Abtrennung des Buchstaben Q, am Montag A bis F, Mittwoch G bis K, Donnerstag L bis R und Samstag S bis Z in den bekannten Ständen der Großschlachtereien abgegeben werden.

**Fettbezug für Mindestbemittelte.**

In der Zeit vom 27. Jänner bis 9. Februar 1918 werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Großschlachtereien gegen Abtrennung des Abschnittes P des Einkaufsscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 Gramm Schweinefett zum Preise von 48 Heller für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

**Abgabe von Sauerrüben.**

In der kommenden Woche werden vom 31. Jänner bis 8. Februar wieder Sauerrüben nach den Bestimmungen der Kundmachung des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle 6, abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 23 des amtlichen Einkaufsscheines. Auf jede Person entfällt  $\frac{1}{2}$  Kilogramm. Der Preis beträgt Kr. 1,24 für ein Kilogramm.

**Die Abgabe von Schweinen in St. Marg.**

Die Genossenschaft der Fleischhauer macht darauf aufmerksam, daß Montag, den 28. Jänner, im Schweinefleischbau in St. Marg kein Verkauf von Schweinen und Innereien stattfindet.

**Aus den Wirtschaftsorganisationen.**

Erster Wiener Konsumverein. Die Abgabe der einzelnen Artikel erfolgt in der kommenden Woche wegen des auf den Samstag fallenden Feiertags für die erste Gruppe der Mitglieder am Dienstag, für die zweite Gruppe am Mittwoch, für die dritte Gruppe am Donnerstag, für die vierte Gruppe am Freitag. Zur Abgabe gelangen: Sauerrüben, Marmelade, Zuder und Kaffeemischung nach Maßgabe der noch im Besitze der Mitglieder befindlichen Kartenabschnitte, ferner Salz, Kartoffeln und Fettprodukte. Mehl nach Maßgabe der Zuweisungen.

„Baba“ Wirtschaftsverband der Angehörigen freier akad. Berufe. Verkaufsstelle: Wien, I., Schottenbaue 14. Warenabgabe: 26. Verkaufswoche (28. bis 2. Februar): Leberpastete, Fleischkonserven, inländische Würste, polnische Würste (solange Vorrat), Souva-Käse, Marmeladen (gegen Karte), Feigen, Tee-Ersatz, Citrus, Worcester'sauce, Schnittbohnen in Wasser, Salz (groß und fein), Kleeblätter, verbandseife und Waschlöscher (gegen Karte), Weineisig, Citrus, Sidol, Stärkin, Kammelmwürfel, Nellen, Zimmt, getrocknete Schwämme, Julienne, Puddingpulver, Kapsel verschiedener Sorten, Unterjünder. — Sonstiges: Samstag, den 2. Februar, findet der Verkauf bis 1 Uhr statt — Flaschen zu Essig, Geschirr zu Marmelade und zu Schnittbohnen mitbringen.

Verband deutscher Hausfrauen Oesterreichs: kommende Woche gelangen folgende Waren zur Abgabe: Preiselbeerkompott (Geschirr mitbringen), Poll, Kohl in Salz, rote Rüben, Kalauerias, chinesischer Tee mit Numeclay, Kammelm, fertige Suppen, Suppenwürfel, Mustardüsse, Julienne, Waschlöscher, Seifenpulver (gegen Karte), Mehlbrücker und Mehlbrücker und Stärkeres (Dania). — In der Abgabestelle, VIII., Florianigasse 39, am Mittwoch, den 30. d., von 3 bis 6 Uhr, für den 1., 7., 8., 9., 16., 17., 18. und 19. Bezirk. — In der Verkaufsstelle, IV., Rainergasse Nr. 13, am Donnerstag, den 31. d., von 3 bis 6 Uhr für die übrigen Bezirke.

Reichswirtschaftsbund der Festangestellten. In der kommenden Woche werden von den Mitgliedern Nr. 15 000 bis 20 000 Schuhe zum Ausbessern übernommen. Vorhub- und Klappenverbesserungen können derzeit nicht übernommen werden. Die Mitglieder werden gebeten, die bereits fertigen Schuhe abzuholen. Es ist noch ein kleiner Vorrat von Herrenschuhen vorhanden, der in der nächsten Woche an die Mitglieder Nr. 6000 bis 7000 ausgegeben wird. Zur Folge Erlaß der Statthaltereien sind für  $\frac{1}{4}$  Kilogramm Mehl nicht 5, sondern 10 Abschnitte einzuziehen. Außer den bereits erwähnten Waren kommen noch an sämtliche Mehlbesitzer saure Rüben,  $\frac{1}{4}$  Kilogramm per Kopf, zur Ausgabe. In der kürzesten Zeit wird die Ausgabe der vom Volksbekleidungsamt beigestellten Schuhe und die Uebernahme von Ausbesserungen für Mindestbemittelte vorgenommen. Die Verkaufsstellen sind nunmehr von  $\frac{1}{2}$  8 bis  $\frac{1}{2}$  12 und von  $\frac{1}{2}$  3 bis  $\frac{1}{2}$  7 Uhr zugänglich.

### Minister Generalmajor Höfer über Ernährungsfragen.

Die gegenwärtige Lage und die Aussichten für die Zukunft.

Der Minister und Leiter des Amtes für Volksernährung G.M. Höfer hatte die Liebenswürdigkeit, einen Mitarbeiter unseres Blattes zu empfangen und einige Fragen über die gegenwärtige Lage und die Aussichten für die nächste Zukunft zu beantworten.

Die erste Frage galt der Mehl- und Brotversorgung. „Wir stehen noch unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse,“ sagte G.M. Höfer, „Woche um Woche war das Amt bemüht, die Versorgung mit der früher geltenden Mehlmenge nach allen Kräften aufrecht zu erhalten. Aber Österreich ist ein Bedarfsland, das schon im Frieden, selbst in einem guten Erntejahr wie 1912, aus Ungarn namhafte Mengen an Brotgetreide einführen mußte. Die eigene Ernte

Österreichs des Jahres 1917 langt nach Abzug von Saatgut, selbst wenn man sie bis auf das letzte Körnchen erfassen könnte, bei weitem nicht hin, um den Jahresbedarf Österreichs zu decken, namentlich Heuer, wo die Gerstenernte infolge der Dürre so schlecht war. Wir müssen daher unbedingt Zuschüsse erhalten, die dormalen nur aus Ungarn und Rumänien möglich sind. Seit Beginn des neuen Wirtschaftsjahres, das ist seit dem 15. August 1917, haben wir aus Rumänien 1 1/2 Millionen Meterzentner Weizen eingeführt, und nicht 15 Millionen, wie phantastischerweise auch schon behauptet wurde. Im Winter trat eine Stodung ein, weil der Mais der neuen Ernte Rumaniens noch nicht genügend ausgetrocknet war und vor Ende Jänner nicht versandfähig ist. Leider blieben auch die ungarischen Zuschüsse nicht auf entsprechender Höhe, was uns gerade zur Zeit der Pause in den rumänischen Zuschüssen in die so schwierige Lage brachte.

Vielfach wird auch bemängelt, warum die Biererzeugung nicht gänzlich eingestellt worden ist. Sie wurde nur deshalb nicht vollständig stillgelegt, weil gewisse Schwerverarbeitergruppen und die Armee unbedingt eine bestimmte Menge an Bier forderten. Man hat längst die Vorräte an Braugerste für die Broterzeugung bis auf ein für die Gesamtversorgung nicht in die Wagschale fallendes Mindestmaß requiriert. Das Bier, das jetzt noch zum Ausschank gelangt, ist, soweit es nicht aus Ungarn bezogen wird, hauptsächlich unter Heranziehung von Erntemitteln, besonders von Szirolkamen, hergestellt.

Was den Ertrag der heurigen Ernte anlangt, so kann niemand behaupten, daß ich schönfärberei die Wahrheit verheimlicht hätte. Schon am 22. September des Vorjahres habe ich ausdrücklich im Ernährungsrat erklärt, es lasse sich nur soviel sagen, daß die Ernte an Brotgetreide, also an Weizen und Roggen, vielleicht ein klein wenig besser als im Vorjahr, an Gerste dagegen, vor allem aber an Hafer ganz erheblich schlechter sei. Ich verwies darauf, daß das heimische Defizit nur durch Zuschüsse aus Rumänien und Ungarn gedeckt werden könne. Weder ich noch irgendein Funktionär des Amtes für Volksernährung haben zu irgendeinem Zeitpunkt die Ernte des Jahres 1917 anders geschildert, als sie tatsächlich war; das, was damals über die Ernte vielfach anders gesprochen und geschrieben wurde, stammt nicht von unserer Seite.

Ich möchte auch die Mühlenfrage kurz streifen. Die Hausmühlen hatten wir schon leinzeit gesperrt; Ausnahmen kann die Be-

hörde fallweise dort bewilligen, wo diese Maßregel die Versorgung gefährdet, namentlich im Gebirge.

Daß die Lohnmühen vielfach die Quelle von Unzulänglichkeiten bilden, steht außer Frage. Strenge Kontrollmaßnahmen sind zwar verfügt, ihre Durchführung läßt aber viel zu wünschen übrig, weil es an dem erforderlichen geeigneten Kontrollpersonal mangelt. Wir haben mehr als 20.000 Lohnmühen! Weitere Verschärfungen sind im Zuge. Der springende Punkt unserer Versorgung aber ist und bleibt der Zuschub von außen. Die so oft gehörte Frage, wir hätten selbst genug, wenn wir alles aus den Verstecken hervorbrächten, stimmt nicht; was sind zum Beispiel 1000 Waggons? Damit sind wir in drei Tagen fertig.

Vor allem werden die Verhandlungen mit Ungarn mit besonderem Nachdruck fortgesetzt. Die erste Aushilfe, die unsere Versorgung in der kommenden Zeit sichert, ist aus Deutschland unterwegs. 445 Waggons sind im Anrollen, von denen ein kleiner Bruchteil für Mährisch-Osttrau bestimmt ist.

Wien hat in letzter Zeit auch unter einer schlechten Beschickung des Fleischmarktes zu leiden gehabt. Die Ursache war, daß die Zufuhr von österreichischem wie von ungarischem Vieh in den letzten Wochen hinter dem früheren Ausmaß zurückblieb, besonders aus dem Grunde, weil das Zusammenreiben des Viehs auf dem Lande durch die schlechten Weg- und die Schneesverhältnisse beeinträchtigt wurde. Das Amt für Volksernährung mußte erwirken, daß eine beträchtliche Anzahl von Kindern, die für die Konservenerzeugung bestimmt war, zur Deckung des Zivilkonsums von der Militärverwaltung freigegeben wurde. Auch die in Durchführung begriffene Fleischbewirtschaftung dürfte abhelfen. Auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx wird an Stelle des bisherigen Markt-Konjunktiums eine Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch gesetzt werden, die den Anlauf von Schlachtrindern auch aus Ungarn durchzuführen und in Wien selbst Rinder und Fleisch nach den Weisungen einer neuorganisierten k. k. Markt-Kommission zuzuweisen haben wird. Ich hoffe, auch eine weitgehende Verbilligung des Rindfleischpreises zu erzielen.

„Es heißt, Excellenz, daß das Volksrindfleisch aufhöre.“

„Das kann man nicht sagen. Vielmehr wird das so äußerst teure Extremsfleisch nur an Hotels und an zahlungskraftige Kreise der Bevölkerung geliefert werden, während das übrige Fleisch

Verzicht auf die Mehl- und Brotkarte zuließe?“

„Das ist ausgeschlossen, weil jede Durchbrechung eines Systems die aller schlechtesten Erfahrungen ergibt. Eine Bewirtschaftung läßt sich nur mit eiserner Konsequenz durchführen. Würden die Landleute von einer solchen Erlaubnis erfahren, so ginge die Ablieferung sofort außerordentlich zurück. Die Freigabe käme einigen wenigen zugute, während die Allgemeinheit aufs schwerste geschädigt würde.“

„Wie wird sich nach Anschaffung der Erzeugnisse die Versorgung der nächsten Monate gestalten?“

sich in aufreibendster und sorgenschwerster Pflichterfüllung der anerkannt undankbarsten Aufgabe widmen, die enormen Schwierigkeiten in der Ernährung eines Defizitlandes niederzukämpfen.“

noch billiger zum Verkauf gelangen wird als das sogenannte Volksrindfleisch.“

„Große Besorgnis herrscht in der Bevölkerung wegen der Ernährung der Kinder, da nur so wenig Milch zu haben ist.“

„Die tägliche Milchlieferung nach Wien beträgt noch ungefähr 160.000 Liter, was glücklicherweise für die Pflichtmenge zur Versorgung der Kinder, Schwerkranken und dergleichen noch ausreicht. Ich hoffe nicht nur, daß die Zufuhr nicht mehr viel unter dieses Ausmaß herabsinke, sondern auch, daß wir nach Wiedereintritt der Grünfütterung mit einer Besserung rechnen können.“

„In letzter Zeit wurde vielfach die Forderung nach einer energischeren Bekämpfung des Schleichhandels laut. Haben Excellenz diesbezüglich schon schönere Weisungen gegeben?“

„Wir bemühen uns ja in jeder Weise, den leider florierenden Schleichhandel mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen. Was uns aber hindert, ist der Mangel an ausführenden Organen. Vor einem Jahre hatten die politischen Behörden nichts als ihren viel zu knapp bemessenen Personalstand. Wir haben seither Finanzorgane für den Ernährungsdienst zugewiesen, Wirtschaftsräte und Wirtschaftsämter zu errichten getrachtet, wir haben die Kriegswucherämter eingeführt und die Ernährungsinspektion. Das war im vierten Kriegsjahr bei dem allgemeinen Lentemangel eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Zur Ergänzung wurde der freiwillige Ernährungsdienst ins Leben gerufen, der nun weiter ausgebaut wird. Leider vermisse ich die tätige Mithilfe des Publikums. Die Leute erzählen wohl, daß man Lebensmittel, mit denen zu handeln strafbar ist, zu kaufen bekommt, daß sie selbst eingekauft haben, aber die Quellen mag niemand nennen. Immerhin ist die Zahl der täglich Verhafteten und von den Behörden Gestellten sehr groß. Ununterbrochen werden Razzias abgehalten. Man hängt es nur nicht an die große Glocke, weil dies die Schuldigen zur Vorsicht mahnen würde. Gelänge es selbst, den Schleichhandel ganz aus der Welt zu schaffen, so darf man nicht glauben, daß damit die Not ein Ende hätte. Denn wie schon früher erwähnt, bedeuten selbst tausend Waggons aus den Vorräten der Schleichhändler für die Gesamtheit nur einen dreitägigen Vorrat. Uebrigens wird fortgesetzt an der Bekämpfung des Schleichhandels mit allem Nachdruck gearbeitet. Möge nur das Publikum kräftig mithelfen.“

„Wie wäre es, Excellenz, wenn man nach Abschluß der Requisitionen den freien Einkauf bei den Landwirten gegen

# Neues Pester

## Ernährung und Versorgung. Lebensmittelschmuggel.

Der Schleichhandel nach Oesterreich. — Schmuggel mittels Flugmaschine. — Ein Sack Mehl aus dem Himmel. — An Kofschweise angebundene Lebensmittel. — Eßbare Kohle. — Der Schmuggel-Reisrod.

Der Schmuggel von Lebensmitteln aus Ungarn nach Oesterreich hat einen riesigen Umfang angenommen. Große Mengen Nahrungsartikel gehen auf diesem Wege (außerhalb des festgesetzten Kontingents) nach Oesterreich, in Folge dessen Ungarns Ernährungsweisen in ein kritisches Stadium getreten ist.

In zahlreichen Provinzstädten des Landes mußten die Lebensmittelrationen herabgesetzt werden, an Mehl herrscht mehr Mangel als in Oesterreich. Durch den Lebensmittelschmuggel von Ungarn nach Oesterreich wird indessen die Versorgung des letzteren durchaus nicht verbessert, es wird nur eine Doppelversorgung wohlhabender Personen herbeigeführt.

Nicht nur Private, sondern auch organisierte Gruppen besaßen sich systematisch mit dem Schwärzen von Lebensmitteln nach Oesterreich. Früher war der Hauptschmuggelweg die Eisenbahnlinie Pozsony—Marchegg. Auf dieser Strecke wurden große Mengen Lebensmittel nach Wien gebracht. Seitdem aber der Obergespan von Pozsony Georg Szendrői auch als Regierungskommissär für das Ernährungswesen in den Westkomitaten Ungarns waltet, hat dort der Schmuggel abgenommen. Seit her widelt sich der Lebensmittelschmuggel über die Nordostkomitate nach Galizien und von Kroatien-Slavonien nach dem Küstenland und Dalmatien ab.

Die Ueberwachung der Schmuggeluntriebe durch die ungarische Grenzpolizei, sowie Gendarmeriedetachements entlang der Grenzkomitate hat das Schwärzerhandwerk bedeutend erschwert; die Klugheit der Schmuggler weiß aber stets raffinierte Tricks zur Hintergehung der Kontrollorgane zu erfinden. Der Rekord auf dem Gebiete des Schmuggelwesens wurde dieser Tage auf der Linie Erefujvár—Wien erzielt: die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich mittels Luftschiffs. Auf einer Eisenbahnstation hinter Erefujvár ereignete sich eines Tages Folgendes: Tief unter den Wolken wurde ein schwarzer Punkt entdeckt, der sich der Erde näherte und immer größere Dimensionen annahm, bis die Umrisse eines straffen Sackes deutlich zu erkennen waren. Eine Menge von Schaulustigen hatte sich angesammelt, die in die Luft starrten. Der Sack setzte seinen geraden Weg zur Erde fort; mitten hinein in die Menschenansammlung, die sofort auseinanderstob. Der Vorstand der betreffenden Eisenbahnstation, der sich gleichfalls in der Menge befand, konnte nicht rechtzeitig beiseite springen. Er wurde von dem Sack hart gestreift, der hierbei platzte und sich seines Mehlinhalts entledigte. Der Stationschef mußte seine Neugierde mit Hautabschürfungen büßen, die ihn drei Wochen ans Bett fesselten. Die umständliche Untersuchung, die hierauf eingeleitet wurde, gab Aufklärung über das Phänomen. Aus einer Flugstation in Ungarn wollte ein Pilot mittels Luftschiffs einen Sack Mehl nach Oesterreich befördern. Der Sack wurde an das Gerüst des Apparates angebunden; während der Fahrt löste sich der Sack los und fiel zu Boden.

Ein Pferdetransport, der für den Wiener Markt bestimmt war, diente vor einigen Tagen einem eigenartigen Schmuggelvorgang. In der Nähe von Pozsony entdeckte das Eisenbahnpersonal, daß die Pferde des Waggons sich nicht bewegten; sie standen still, mit dem Kopf zu den Gittern heraus. Bald wurde das Räthsel der „versteinerten“ Pferde gelöst; sie waren an Latten angebunden und an jedem Schweif war ein Paket mit Mehl, Bohnen, Zucker und anderen Lebensmitteln befestigt. Vor einiger Zeit konnten Grenzpolizisten auf der Strecke Sopron—Graz „eßbare“ Kohle auffinden. Köstlich da mehrere Wagonladungen mit Kohle nach Oesterreich; es fiel auf, weshalb Kohle aus Ungarn nach Oesterreich geliefert werde. Eine Durchstöberung der Waggon ergab, daß nur zu oberst Kohle geschichtet war, darunter lagen große Mengen von Lebensmitteln.

Ganz besonders besaßen sich Bäuerinnen der Grenzkomitate mit dem Lebensmittelschmuggel. Sie haben sich ein eigenes Kleidungsstück, einen Reisrod mit weiten offenen Sohlfallen, zurechtgelegt, der für den Schmuggel sich besonders eignet. Die Sohlfallen dienen zur Aufbewahrung der Lebensmittel. Arg erging es einem Dorfmitterchen, das auf listige Weise Bohnen nach Oesterreich mitführen wollte. Sie füllte ihre Blouse mit den Bohnen in so geschickter Weise, daß man nichts merken konnte, als zwei feste Brüste. Als sie auf das Trittbrett des Eisenbahnwaggons steigen wollte, rutschte sie aus, fiel zu Boden und die Bohnen rollten in weitem Bogen aus der Blouse, die wieder platt wie ein Brett war.

### Die Schmuggelkonferenz.

Ernährungsminister Prinz Ludwig B i n d i s c h g r ä f hat sofort nach seinem Amtsantritt es als erste Aufgabe betrachtet, dem Schmuggelunwesen ein Ende zu bereiten. Sektionsrath Ludwig D e m p l e hat im Auftrage des Landes-Ernährungsamtes bereits vorher eine Studienreise in die Grenzkomitate unternommen und ein Elaborat ausgearbeitet, das einerseits eine Verstärkung des Grenzschutzes, andererseits zwecks Vereinfachung des Vorgehens eins